

Stephan Lorenz (Hg.)

TafelGesellschaft

Zum neuen Umgang mit Überfluss
und Ausgrenzung

Stephan Lorenz (Hg.)
TafelGesellschaft

STEPHAN LORENZ (HG.)

TafelGesellschaft

Zum neuen Umgang mit Überfluss und Ausgrenzung

[transcript]



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de/>. Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-verlag.de

© 2010 transcript Verlag, Bielefeld

Die Verwertung der Texte und Bilder ist ohne Zustimmung des Verlages urheberrechtswidrig und strafbar. Das gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Verarbeitung mit elektronischen Systemen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Umschlagabbildung: Bratscher / photocase.com (Detail)
Lektorat & Satz: Stephan Lorenz
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-1504-3
PDF-ISBN 978-3-8394-1504-7

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <http://www.transcript-verlag.de>
Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter: info@transcript-verlag.de

INHALT

Einleitung: TafelGesellschaft – in guter Gesellschaft?	9
-------------------------------------------------------------------	----------

WIE VERLÄUFT DER TAG BEI EINER LEBENSMITTELAUSGABE?

Teltower Tisch – Kurzer Blick ins Abseits der Armut	23
<hr/>	
GABRIELE GOETTLE	

WELCHE BEDEUTUNG HABEN TAFELN FÜR GESELLSCHAFTLICHE SOLIDARITÄT?

Soziale Arbeit und die Tafeln – von der Transformation der wohlfahrtsstaatlichen Armutsbekämpfung	35
<hr/>	
FABIAN KESSL/HOLGER SCHONEVILLE	

Wie fügen sich die Tafeln in das Bild einer solidarischen Stadt?	49
<hr/>	
MONIKA ALISCH	

Beförderte die neuere Arbeitsmarktpolitik den Erfolg der Tafeln?	57
<hr/>	
LUISE MOLLING	

Übernehmen Unternehmen mit ihrer Unterstützung der Tafeln gesellschaftliche Verantwortung?	69
<hr/>	
STEFANIE HIß	

**WER NUTZT DIE TAFELN UND WAS KANN ER
ODER SIE ERWARTEN?**

Welche Bedeutung haben Tafelangebote für Kinder? 81

MAIKE BECKER

**Sind Tafelnutzende »Kunden« – und sollten sie
deshalb bei der Tafel zahlen?** 91

STEPHAN LORENZ

Haben Tafelnutzende Ansprüche? 103

STEPHAN LORENZ

**Wem hilft das Jobben bei der Tafel?
Vom Leben mit und Arbeiten bei den Tafeln** 115

KARIN SCHERSCHEL/MELANIE BOOTH/KAREN SCHIERHORN

**WIE BEZIEHEN SICH ANDERE AKTEURE ORGANISIERTER HILFE
UND POLITISCHER MOBILISIERUNG AUF DIE TAFELN?**

**Wie verhält sich die Caritas in Hessen zu Tafeln
und ähnlichen »Ergänzenden Armutsdiensten«?** 129

JÜRGEN EUFINGER/STEFAN WEBER

Warum sollen Tafeln politisch unterstützt werden? 137

KATRIN GÖRING-ECKARDT

**Die Tafeln, der Sozialstaat und der Kampf gegen
die Verschwendung – Anmerkungen aus der
Perspektive einer Gewerkschafterin** 153

REGINA GÖRNER

Tafeln – oder hungern? Mobilisierung gegen Armut 163

GEORG RAMMER

WIE WEITER?

Neue Aufgaben für die Tafeln? Zu sozialökologischen Mitteln und Zwecken der Tafelarbeit	175
----------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

STEPHAN LORENZ

Dürfen Tafel-Engagierte kritisiert werden? Legitimation einer systemkritischen Position	185
----------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

STEFAN SELKE

Die Tafeln – und die Zukunft des Sozialstaats	199
------------------------------------------------------	-----

MATTHIAS MÖHRING-HESSE

Armut schändet nicht – Über den Unterschied zwischen Armut und Elend	217
---------------------------------------------------------------------------------	-----

MARIANNE GRONEMEYER

Abkürzungsverzeichnis	233
------------------------------	-----

AutorInnenverzeichnis	235
------------------------------	-----

Einleitung:

TafelGesellschaft – in guter Gesellschaft?

STEPHAN LORENZ

Der Name ›Tafel‹ ist zum Synonym für das Sammeln und wohl­tätige Verteilen überschüssiger Lebensmittel, aber auch anderer Güter geworden (Möbel­tafeln, Tiertafeln etc.). Denn die Tafeln sind als Organisation die bekanntesten Vertreterinnen solcher vergleichsweise neuen Initiativen freiwilligen Engagements. Mehr als das sind sie zu einem Symbol für gesellschaftlichen Wandel avanciert. Ihre Praxis verweist auf eine offensichtlich polarisierende Entwicklung: wachsenden Angebotsüberschüssen stehen Menschen gegenüber, die in hohem Maße von den Möglichkeiten der ›Konsumgesellschaft‹ ausgeschlossen sind. Ich werde einleitend zunächst die Ausbreitung des Phänomens skizzieren, dann zentrale Deutungsmöglichkeiten der Tafeldiskussion herausstellen und schließlich einen Überblick über die Gliederung und die Beiträge des Bandes geben.

Zur Ausbreitung von Tafeln und tafelähnlichen Initiativen

Tafeln breiten sich seit mehr als fünfzehn Jahren immer weiter aus. Sie werden zahlenmäßig immer mehr und ihr Tätigkeits-

spektrum erweitert sich ständig. Da sie in manchen Regionen bereits flächendeckend arbeiten – bezogen auf die zum Sammeln mobilisierbaren Lebensmittel – lässt der Bundesverband Deutsche Tafel e.V. (www.tafel.de) nur noch ausgewählte Neugründungen zu. Dies hält andere Initiativen freilich nicht davon ab, ähnliche Arbeiten unter anderen Namen zu verfolgen. Das Konzept des Sammelns und Verteilens ist deshalb noch deutlich erfolgreicher als es die Zahlen, die der Bundesverband angibt, ohnehin schon nahe legen: von der ersten Tafel 1993 nahmen sie auf etwa 860 Ende 2009 zu und erreichen mit ihrer Arbeit etwa eine Million Menschen.

Schaut man nun über die Landesgrenzen hinaus, wird der Erfolg des Konzepts erst wirklich sichtbar. Von Deutschland aus etablierten sich Tafeln auch in Österreich und der Schweiz. Bereits vor der ersten Tafelgründung in Berlin fassten Mitte der 1980er Jahre in Frankreich sogenannte Food Banks Fuß. Seitdem verbreiteten und verbreiten sie sich über weite Teile Europas. Während Skandinavien lange als Ausnahme gelten konnte, zeigen die Angaben der »European Federation of Food Banks« seit Kurzem auch dort Gründungsaktivitäten (www.eurofoodbank.org/eng/1e1.php, Denmark/Sweden, 19.4.2010). Seit 2006 operiert zudem »The Global FoodBanking Network«, dem aktuell Food Bank-Organisationen aus 18 Ländern aller Kontinente angehören (www.foodbanking.org, 10.6.2010). Ähnlich wie für die Tafeln in Deutschland lässt sich für die globale Ebene sagen, dass die Food Banks zwar die größten und bestorganisierten Initiativen repräsentieren, es darüber hinaus aber zahlreiche ähnlich arbeitende Initiativen gibt.

Man kann Tafeln und Food Banks dahingehend unterscheiden, dass erstere üblicherweise lokal aktiv sind, mit direktem Bezug zu ihren NutzerInnen, während Food Banks in größerem Maßstab operieren und vor allem soziale Einrichtungen beliefern. Letztlich ist diese Differenz aber graduell. Auch Tafeln beliefern seit Beginn soziale Einrichtungen und schließen sich in größeren Verbänden zusammen und umgekehrt gibt es im Rahmen von Food Banks durchaus lokale Initiativen. Das Konzept ist grundsätzlich dasselbe: überschüssige Lebensmittel werden auf weitgehend freiwilliger, nicht-staatlicher Basis und unterstützt von Unternehmen und Sponsoren (neben Lebensmitteln z.B. für die Fahrzeuge oder die Internetauftritte) einge-

sammelt, um sie an Menschen zu verteilen, deren Möglichkeiten einer eigenständigen Versorgung über den Markt stark eingeschränkt sind.

Das Vorbild für Food Banks wie die Tafeln kommt aus den USA. Dort und in Kanada setzte spätestens seit Beginn der 1980er Jahre eine starke Zunahme solcher Initiativen ein. Als *food banks*, *food pantries* oder unter Begriffen wie *charitable food assistance* hat sich diese Arbeit in vielfältigen Formen schon weitgehend etabliert. Aus europäischer und deutscher Sicht mag man wenig überrascht sein, dass in den USA solche Unterstützungsarbeit privat und zivilgesellschaftlich geleistet wird. Das US-amerikanische Sozialsystem ist insgesamt marktnäher und basiert weniger auf sozialstaatlich erbrachten Leistungen (Esping-Andersen 1990). Aber auch dort handelt es sich um eine relativ neue Entwicklung. Wie hierzulande, sieht die Diskussion dort solche Initiativen auch als eine Konsequenz des Rückbaus sozialstaatlicher Leistungen seit den 1980er Jahren.

Die Tafeln fügen sich also offensichtlich in einen globalen Trend, der sich ausgehend von Nordamerika auf die hochindustrialisierten »Überflussgesellschaften« erstreckt (vgl. Riches 2002). Vor diesem Hintergrund klingen Statements seitens Tafelaktiver, eigentlich müssten die Tafeln wieder überflüssig werden, eigentümlich jenseitig. Gleichwohl drückt sich darin ein Unbehagen aus, das derzeit hierzulande wohl noch recht häufig anzutreffen ist. Ein politisch-moralisches Empfinden scheint sich noch nicht damit abfinden zu wollen, dass Menschen in eine Situation kommen, in der sie auf eine Unterstützung angewiesen sein sollen, die sich aus dem zusammensetzt, was vom Angebot im Überfluss als Überflüssiges abfällt.

Während die Ausbreitung von Tafeln und ähnlichen Initiativen also als höchst erfolgreich betrachtet werden kann, bleibt fraglich, ob damit die erhobenen Ansprüche oder Hoffnungen eingelöst werden können. Leisten sie einen Beitrag zur Lösung von Armut- und Ausgrenzungsproblemen? Und haben sie mit ihrer Arbeit tatsächlich eine Möglichkeit gefunden, der »Wegwerfgesellschaft« Einhalt zu gebieten?

Deutungen und Diskussionsperspektiven zu den Tafeln

»TafelGesellschaft« lautet der Titel dieses Bandes und lässt damit Interpretationsspielräume zwischen »Tafeln« und »Gesellschaft« für die Diskussion offen. Inwiefern können Tafeln und Gesellschaft Verbindungen eingehen – und sollen sie das überhaupt? Drei zentrale Bedeutungslinien möchte ich einleitend unterscheiden:

1. *Tafel*-Gesellschaft mag zuerst Assoziationen im Sinne einer festlichen Tischgesellschaft hervorrufen (vgl. Lorenz 2009a). Viele Gäste versammeln sich auf Einladung, um einen besonderen Anlass in Gesellschaft zu begehen, wobei die arrangierte Tafel den materialisierten Bezugspunkt bildet. Die Abläufe des Essens und Trinkens, die Auswahl der Speisen und Getränke, die Sitzordnung usw. helfen, die Veranstaltung dem Anlass entsprechend zu strukturieren. Die Tafel, so lässt es sich in Kürze fassen, stiftet einen sozialen Zusammenhang und verleiht ihm Gestalt und Bedeutung. Tatsächlich beziehen die »Tafeln« einiges ihrer Symbolkraft aus dem Verständnis dessen, was eine Tafel üblicherweise meint. Das ist durchaus riskant, weil ihre Tafelarbeit faktisch das Gegenteil davon ist: diese »Tafeln« werden nicht aus festlichem Anlass genutzt, sondern um Unterstützung für ganz alltägliche Schwierigkeiten zu erlangen; auch können die Tafeln kein ausgewähltes Festessen anbieten, sondern sammeln das, was nach der KonsumentInnen-Auswahl übrig bleibt. Das Symbol »Tafel« kann deshalb nur als Protestformel aufgefasst werden: als Einforderung dessen, was offensichtlich nicht verwirklicht ist.
2. Eine zweite Assoziation stützt sich stärker auf *Gesellschaft* und zwar im Sinne eines unternehmerischen Akteurs, so wie man beispielsweise von einer Aktien-Gesellschaft (AG) spricht oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH): gewissermaßen die Tafel & Co. Charity Corporation. Hier sind die Tafeln als kollektiver Akteur angesprochen, die mit ihrem Charity-Konzept eng mit Unternehmen zusammenarbeiten, sich dabei aber immer wieder selbst quasi-unternehmerisch präsentieren. Man denke etwa an die bei den Tafeln verbreitete Rede von »Tafelkunden« oder

»Tafelläden«. In diesem Sinne werden besonders die möglichst effiziente logistische Leistungsfähigkeit bei den Tafeln und das große Engagement der Aktiven zu entscheidenden Kriterien bei der Beurteilung der Tafeln. Die ökonomische Symbolik gerät dabei allerdings leicht ins Spannungsverhältnis zur Arbeit und zum Selbstverständnis einer Non-Profit-Organisation oder gar einer sozialen Bewegung.

3. Schließlich kann *Tafelgesellschaft* aber auch für die nationalstaatlichen Gesellschaften stehen, in denen es Tafeln oder ähnliche Initiativen gibt. Und wie bereits gesehen, sind offensichtlich global gesehen die meisten Überflusgesellschaften auf dem Weg, Tafel-Gesellschaften zu werden: die »Tafelgesellschaft« als zeitgenössische Ausprägung einer sich polarisierenden Überflusgesellschaft? Nicht mehr über den Markt zu verkaufende Überschüsse aus Produktion, Handel und Konsum werden an diejenigen verteilt, die über zu wenig Mittel verfügen, um ihren Alltagsbedarf in ausreichendem Maße über eigenständigen Einkauf am Markt realisieren zu können. Mit *Tafelgesellschaft* wird so in zeitdiagnostischer Absicht ein Aspekt sozialen Wandels besonders hervorgehoben.

Die Deutungen der Tafeln sind heute mehr denn je umstritten (Lorenz 2009b). Den drei aufgezeigten Interpretationslinien folgend lauten die grundlegenden Fragen: Sind, im erstgenannten Sinne, die Tafeln vor allem als ein Ausdruck gesteigerter Mitmenschlichkeit und empathischer Geselligkeit zu verstehen, die gesellschaftliche Solidarität zeitgemäß zum Ausdruck bringen? Sind sie, in Anlehnung an die zweite Bedeutung, als privat und zivilgesellschaftlich effiziente Lösung für Probleme zu betrachten, die sozialstaatlich nicht (mehr) geleistet werden können oder sollen? Die Antworten auf die beiden ersten Fragen werden Einfluss darauf nehmen, wie letztlich die dritte Bedeutung ausbuchstabiert wird und ob oder wie diese Perspektiven zueinander in Beziehung zu setzen sind. Daraus resultiert schließlich die dritte Frage: Entspricht die »Tafelgesellschaft« dem, was politisch angestrebt und folglich unterstützt werden soll, dem, womit ein politisches Wir sich in guter Gesellschaft sieht?

Wenn man die Tafeln als einen Indikator für die gegenwärtige Gesellschaftsentwicklung annimmt, dann kann ihre einge-

hendere Analyse auch ein besseres Verständnis dieser Entwicklungen ermöglichen. Sie kann zeigen, wie gesellschaftliches Geben, Nehmen, Teilen und Verteilen gedeutet und organisiert wird. Marcel Mauss (1990/1925) hatte vor über achtzig Jahren demonstriert, wie wechselseitiges Geben, Nehmen und Erwidern, kurz: Reziprozität, sozialen Zusammenhalt in sogenannten archaischen Gesellschaften elementar hervorbringt und erhält und was das für moderne Gesellschaften heißen kann. Neuere Diskussionen um den Sozialstaat schließen dort an und betonen die Bedeutung von vielfältig vermittelten Reziprozitäten in differenzierten und pluralisierten Gesellschaften (vgl. Lessenich/Mau 2005). An den Tafeln, deren Haupttätigkeit im Sammeln und Verteilen von Lebensmitteln liegt, lässt sich deshalb Grundlegendes zur aktuellen (Um-)Deutung gesellschaftlichen Zusammenhalts ablesen. Wem wird welche gesellschaftliche Teilhabe eröffnet, zugestanden oder verwehrt?

Angesichts der Ausbreitung und Bedeutung des Phänomens erstaunt, dass bislang nur wenige fundierte Beiträge in der neueren öffentlichen und der Fachdebatte vorliegen (vgl. Selke (Hg.) 2009). Das Anliegen des Buches ist es deshalb, die wissenschaftlichen wie gesellschaftspolitischen Diskussionen um einige Stimmen zu erweitern und ein facettenreicheres Bild zu ermöglichen. Die Tafeln wurden in ihren ersten fünfzehn Jahren in der Öffentlichkeit mit viel Sympathie wahrgenommen und müssen sich erst seit Kurzem ernsthaft kritischen Stimmen stellen. Dies mag mal verstärkt die Differenzen innerhalb der Tafeln herausfordern, mal im Gegenteil zu geeintem Außenaufreten führen. Doch genügt es nicht, nur zu klären, wie sich die Tafeln selbst sehen und was sie in der Gesellschaft erreichen wollen – welche Gesellschaft sie wollen. Zumindest ebenso wichtig ist die Frage, ob oder welche Tafeln gesellschaftspolitisch gewollt sind und was gegebenenfalls als Alternative wünschenswert und umzusetzen ist. So gesehen bieten die Tafeln auch einen Anstoß zur Selbstverständigung darüber, ob sich die Gesellschaft mit einem Umgang mit Überfluss und Ausgrenzung, wie er durch die Tafeln praktiziert wird, »in guter Gesellschaft« sieht.

Der Band möchte zu einer solchen Selbstverständigung beitragen und dafür kontroverse Diskussionsbeiträge versammeln und dokumentieren, aus der Wissenschaft sowie aus Politik

und Verbänden. Aber nicht nur die AutorInnen nehmen unterschiedliche Perspektiven ein, auch die ›Tafellandschaft‹ selbst ist in Bewegung und zeigt sich recht vielgestaltig. Die Tafeln und ähnliche Initiativen werden nicht nur mehr, sondern entwickeln auch ständig ihr Tätigkeitsspektrum weiter. Ob bzw. womit genau sie ihren Anliegen gerecht werden und geeignete Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Probleme bieten können, dazu werden im Band unterschiedliche Reflexionen angestellt und Positionen vertreten.

Überblick zur Gliederung der Beiträge

Den Band eröffnet ein Beitrag von *Gabriele Goettle* aus ihrer Reportagereihe »Über das Geld«. Schon in früheren Arbeiten ist die Autorin Armutspänomenen nachgegangen (vgl. Goettle 2000), um Menschen »im Abseits der Armut« eine öffentliche Stimme zu verleihen. Ihre Reportage wird auch denen exemplarische Einblicke in das Geschehen bei einer Tafel bzw. tafelfähnlichen Initiative ermöglichen, die eine solche bisher nur aus der Ferne wahrgenommen haben.

Goettles Eingangskommentierung markiert ihre kritische Sicht auf diese neue Form der Überschussverwertung und Armenversorgung. Ihre Darstellungen aus der Nähe zeigen aber neben den Problemen auch die möglichen Freundlichkeiten an einem solchen Ort. Diese Spannung durchzieht nicht nur den Band, sondern die gesamte Diskussion um die Tafeln. Während sich vor Ort immer wieder, wenngleich nicht selbstverständlich, hilfreiche und aufrecht empathische Solidarität findet, räumt selbst die Schirmherrin der Tafeln in Deutschland, Bundesministerin Ursula von der Leyen, bei öffentlicher Gelegenheit ein, dass es doch grundsätzlich ein Problem sei, dass es der Tafeln in einem reichen Land bedarf.

In vier Abschnitte gegliedert folgen die weiteren Beiträge. Abschnitts- wie Beitragstitel sind dabei zumeist als Frage formuliert. Das geht auf den Herausgeber zurück, der den AutorInnen die jeweiligen Fragen in dieser oder einer ähnlichen Form vorlegte und sie um eine Bearbeitung bat. Das Konzept des Bandes ähnelt damit dem der heute häufig anzutreffenden »FAQs«, also der »Häufig gestellten Fragen«. Diese sollen beim

Zugang zu Institutionen oder Organisationen Orientierungswissen anbieten. Man kann an ihnen sehen, dass die eigenen Fragen oft von vielen anderen geteilt werden. Und bei dieser Gelegenheit wird man sich zudem über weitere typische Fragen informieren können, mit denen man selbst möglicherweise noch konfrontiert werden wird. Sicher, im ungünstigen Fall mag man sich mit Problemen befassen, die man sonst nie hätte. Im vorliegenden Band ist das durchaus gewollt! So soll also auch hier Orientierungswissen angeboten werden, indem mit jedem Beitrag eine Frage zu den Tafeln aufgeworfen wird, die eine häufig gestellte ist – oder sein sollte oder sein könnte. Die Auswahl resultiert aus meiner zweijährigen Beschäftigung mit den Tafeln im Rahmen eines Forschungsprojektes. Sie ist insofern nicht willkürlich oder zufällig entstanden, kann und soll aber dennoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die Hoffnung ist gleichwohl, auf diese Weise fundierte Anregungen für die weitere Debatte anbieten zu können.

Im ersten dieser Buchabschnitte geht es um die Bedeutung der Tafeln für die gesellschaftliche Organisation und Legitimation von Solidarität. Fragt man nach der massiven Ausbreitung von Hilfeangeboten durch die Tafeln, dann liegt die Frage nahe, ob und gegebenenfalls warum etablierte Hilfeorganisationen und soziale Einrichtungen nicht (mehr) in ausreichendem Maße Hilfen bieten. *Fabian Kessl* und *Holger Schoneville* stellen fest, dass eine klare Trennung zwischen zivilgesellschaftlicher Tafelarbeit und beruflich qualifizierter Sozialer Arbeit keineswegs bestehe, da tafelähnliche Angebote längst Teil letzterer geworden seien. Zu beobachten sei vielmehr eine gesellschaftliche Spaltung, die sich auch in der Sozialen Arbeit selbst reproduziere. In »Schattenbereichen« gehe es potenziell nur noch um fürsorgende Notlinderung, nicht mehr Ursachenbekämpfung. Deshalb wäre eine neue Positionierung der Sozialen Arbeit überfällig.

Monika Alish greift einen Anfang der 1990er Jahre selbst mitentwickelten Ansatz zur Verwirklichung der »solidarischen Stadt« auf und bilanziert deren (Nicht-)Realisierung in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Wenngleich Tafeln durchaus lokale solidarische Arbeit zu leisten vermögen, stünden sie doch in ihrem heutigen Auftreten keineswegs für das »Idealbild« einer solidarischen Stadt.

Den auffallend rapiden Anstieg an Tafel-Initiativen in den letzten Jahren setzt *Luise Molling* in Beziehung zur neueren Arbeitsmarktpolitik. Sie sieht enge Zusammenhänge zwischen den Konzepten und Umsetzungen dieser Politik und der Zunahme an Tafeln. Einschränkungen sozialer Rechte und deren öffentliche Legitimierung bereiteten den Boden für die – historisch zurückkehrende – Aufwertung von Wohltätigkeitsideen.

Die Sponsoreseite untersucht *Stefanie Hiß*. War es lange Zeit selbstverständlich, Steuerzahlungen als solidarischen Beitrag für das Gemeinwesen zu begreifen, so sei seit den 1990er Jahren der vermeintliche ›Umweg‹ über den Sozialstaat immer weniger attraktiv erschienen. Öffentlich sichtbarereres Sponsoring, z.B. an die Tafeln, ermögliche Unternehmen eine Inszenierung von solidarischer Verantwortungsübernahme, die faktisch aber unverbindlicher bleibe als ein gesetzlich verpflichtende.

Der folgende Buchabschnitt fragt, welche Hilfen sich die Tafelnutzenden von Tafeln erwarten und inwieweit diese Erwartungen erfüllt werden. *Maike Becker* diskutiert hier, basierend auf ihren Studienergebnissen, Tafelangebote, die sich speziell auf die Unterstützung von Kindern richten. Im Vergleich zweier Tafeln zeigt sie auf, welche Potenziale Tafeln dabei hätten und wie diese besser genutzt und umgesetzt werden könnten.

Stephan Lorenz untersucht in zwei Beiträgen Fragen aus dem Tafelalltag. Zum einen wird die verbreitete Rede von den Tafel-»Kunden« aufgegriffen. Gezeigt werden kann, dass mit dieser Bezeichnung auf ein zentrales Problem aufmerksam gemacht wird, nämlich den beschädigten KonsumentInnen-Status der NutzerInnen. Deshalb einen solchen Status über die Bezeichnung als »KundInnen« zu simulieren, kann allerdings zusätzliche Demütigung statt Anerkennung hervorrufen. Im folgenden Beitrag wird der doppeldeutigen Frage nach »Ansprüchen« von Tafelnutzenden nachgegangen: *stellen* sie faktisch welche bzw. *können* sie dies auch auf rechtlicher Basis? Empirisch ist zu sehen, wie bei den NutzerInnen einerseits systematisch der Eindruck von legitimen Ansprüchen auf Tafelleistungen erweckt wird, dieser aber andererseits faktisch nicht einzulösen ist und zum Teil offen zurückgewiesen wird.

Der Beitrag von *Karin Scherschel, Melanie Booth* und *Karen Schierhorn* widmet sich schließlich denen bei der Tafel, die auf-

grund langfristiger Arbeitslosigkeit zu NutzerInnen der Tafelangebote gehören können, die zugleich aber über arbeitsbehördlich geförderte 1-Euro-Jobs den Status von TafelmitarbeiterInnen erhalten. Fallbeispiele veranschaulichen, dass diese Tätigkeiten von manchen durchaus gerne verrichtet würden, aber keinen Ersatz für Erwerbsarbeit böten. Zudem müsse heute konstatiert werden, dass die arbeitsmarktpolitischen Ziele solcher Beschäftigungen weitgehend verfehlt würden.

Die Beiträge im nächsten Buchteil bieten Positionierungen aus politischer bzw. Verbandsperspektive zur Bedeutung und Entwicklung der Tafeln, beginnend mit der Caritas. Laut Bundesverband der Tafeln arbeiten mehr als die Hälfte aller Tafeln unterm Dach eines Trägerverbands, so auch bei der Caritas. Die hohe Engagementbereitschaft bei den Tafelinitiativen irritierte das Selbstverständnis der Wohlfahrtsarbeit des Verbands und stieß eine Auseinandersetzung darüber an, ob oder wie sie mit dessen Ansprüchen zu vereinbaren seien. Die Diskussion wird bereits seit einigen Jahren geführt, so dass sie bei der Caritas, zumindest auf Leitlinienebene, heute am weitesten fortgeschritten sein dürfte (vgl. Neher 2008, Rhoden 2009).¹ Der Beitrag von *Jürgen Eufinger* und *Stefan Weber* reflektiert den Stand der Diskussion bei der Hessen-Caritas.

Katrin Göring-Eckardt sieht die Tafeln sozialpolitisch vor allem als positive Realisierung freiwilligen Engagements für solidarischen gesellschaftlichen Zusammenhalt. In diesem Sinne führt sie eine Reihe von Beispielen auf und plädiert für eine breite politische Unterstützung der Tafeln. Nichtsdestotrotz erhofft sie sich auch mehr Vernetzungsinitiativen und politische Impulse, die aus den Tafeln heraus kommen sollten.

Aus gewerkschaftlicher Perspektive betrachtet *Regina Görner* die Rolle der Tafeln in der Sozialstaatsentwicklung. Demzufolge wären staatlich garantierte soziale Rechte als ein historisch

1 Zwischenzeitlich wurden auch bei der Diakonie Leitlinien erarbeitet. Bei den Tafeln selbst gibt es zwar schon seit langem Grundsätze, aber auch Auseinandersetzungen darum, inwiefern diese noch dem aktuellen Stand der Tafel-Entwicklung gerecht würden. Zum Teil wurden auf Landesebene neue Leitlinien verabschiedet, wie es auch vereinzelte Initiativen gibt, die auf Bundesebene Neuerungen erreichen wollen.

erkämpfter Verdienst zu betrachten. ›Ergänzende‹ Dienste privater Wohltätigkeit seien dagegen kritisch zu sehen, weil sie potenziell den Rückzug des Staates aus seinen Verpflichtungen befördern könnten. Da die politische Realität aber nicht immer die wünschenswerte Rolle des Sozialstaats zuließe, sei freiwilliges Engagement, so auch das der Tafeln, dennoch als eine wichtige solidarische Unterstützung zu begrüßen.

Engagiert sind Menschen auf ganz unterschiedliche Weise. So nimmt *Georg Rammer*, selbst Attac-Aktiver, eine Perspektive ein, die stärker auf politische Mobilisierung gegen Armut setzt, und fragt, ob ein breites Bündnis dabei erfolgreich sein könnte. In zwei Szenen inszeniert er in einer Mischung aus Zitat, politischer Fiktion und Vision die Verhandlungen von Ausgrenzungsproblemen in den Diskursen von PolitikerInnen und MedienvertreterInnen gegenüber denen von TafelnutzerInnen.

Der letzte Buchabschnitt ist der Frage gewidmet, wie es mit den Tafeln und ihrer Rolle im sozialen Gefüge der Gesellschaft weitergehen könnte oder sollte. Zunächst richtet *Stephan Lorenz* den Blick auf die Ausdifferenzierung der Tafeltätigkeiten, die sich heute zum Teil erheblich vom Konzept des Sammelns und wohltätigen Verteilens von Überschüssen entfernt haben. Diskutiert wird, inwiefern dies lediglich der Organisationsetablierung geschuldet ist oder aber den Tafelanliegen – Verringerung von Ausgrenzung und Überschusserzeugung – sogar gerechter wird, als das bloße Sammeln/Verteilen.

Stefan Selke reflektiert dann, inwiefern Tafelarbeit bzw. Tafelengagierte aus soziologischer Perspektive kritisiert werden dürften. Während die Antwort, ob Kritik möglich und nötig sei, ein eindeutiges Ja erfordere, seien Art und Anliegen der Kritik aufwendiger zu erläutern. Denn sie würden gerade von Engagierten häufig als störend oder gar anklagend wahrgenommen. Letztlich zielt sie aber auf eine potenziell zu erreichende ›praktische Kritik‹, die gemeinsam mit den Tafelengagierten erreicht werden sollte.

Mit dem folgenden Beitrag hat *Matthias Möhring-Hesse* auch die Aufgabe übernommen, einige Diskussionslinien des Bandes resümierend aufzugreifen und quer dazu eine eigene Perspektive einzuführen. Während zumeist der Sozialstaat von den Tafeln her diskutiert wird, kehrt der Autor die Sicht gewisserma-

ßen um und betrachtet die Tafeln aus Sicht des Sozialstaats. In der dabei normativ entworfenen Zukunft des Sozialstaats hätten die Tafeln, so Möhring-Hesse, keinen Platz. Er beobachtet bei den Tafeln falsche Vorstellungen über die sozialen Probleme, die aber z.T. auch von KritikerInnen nicht ausreichend hinterfragt würden. Wenn elementarer Mangel an Lebensmitteln statt Ausgrenzungen zum Hauptproblem skandalisiert würden, fielen Engagement und Kritik hinter ein zeitgemäßes Verständnis des Sozialstaats zurück. Wichtiger wäre es »den gegenwärtigen Sozialstaat beim Wort zu nehmen« und umfassende gesellschaftliche Teilhabe einzufordern.

Den Abschluss des Bandes bildet ein Beitrag von *Marianne Gronemeyer*, der auf Vorträgen beruht, die die Autorin z.B. anlässlich von Tafelgründungen gehalten hat. Sie plädiert für einen anderen Blick auf Armut. Diese sei keineswegs ein bedauernder Zustand, sofern sich darin »daseinsmächtig« leben ließe. Dem stünden die Abhängigkeiten im Konsumismus viel mehr entgegen als Armut. An den Tafeln würde so ein doppelter Verlust sichtbar: ohne die nötige Kaufkraft sei kein Anschluss an die konsumistische Lebensweise möglich, aber auch die daseinsmächtige Armut sei kaum noch eine realisierbare Lebensoption in den Industriegesellschaften. Ein Potenzial der Tafeln läge vor allem dort, wo sie Subsistenz stärken würden.

Meine Forschungen zu den Tafeln wurden für zwei Jahre von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) am Institut für Soziologie in Jena gefördert, einschließlich der Publikationskosten des vorliegenden Bandes. Mein Dank gilt zunächst denen, die mir ihre Sicht der Tafeln als Nutzende oder Engagierte in Interviews anvertraut haben, die in der Ergebnispräsentation aber anonym bleiben müssen. Herzlich danken möchte ich weiterhin Dana Tegge, Susanne Hilbert und Ninja Dörrenbächer, die als studentische Mitarbeiterinnen von der Dateninterpretation bis hin zur Erstellung dieses Buches zu dessen Gelingen beitrugen. Am Institut möchte ich für verschiedenste Unterstützungen meiner Arbeit Karin Scherschel sowie Hartmut Rosa und Bruno Hildenbrand besonders danken. Nicht zuletzt gilt mein Dank den AutorInnen, die sich auf das kontroverse Unterfangen dieses Buches eingelassen und in kürzester Zeit einen aktuellen Diskussionsband mit entstehen lassen haben.

Literatur

- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge.
- Goettle, Gabriele (2000): *Die Ärmsten. Wahre Geschichten aus dem arbeitslosen Leben*, hg. v. Hans Magnus Enzensberger in der »Anderen Bibliothek«, Frankfurt a.M.
- Lessenich, Stephan/Mau, Steffen (2005): »Reziprozität und Wohlfahrtsstaat«. In: *Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität*, hg. v. Frank Adloff/Steffen Mau, Frankfurt a.M./New York, S. 257-276.
- Lorenz, Stephan (2009a): »Die Tafeln zwischen Konsumismus und ›Überflüssigkeit‹. Zur Perspektive einer Soziologie des Überflusses«. In: *Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention*, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 65-84.
- Lorenz, Stephan (2009b): »Nachhaltige Wohlstandsgewinne? Der Boom der Tafel-Deutungen«. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 22 (3), S. 116-123.
- Mauss, Marcel (1990/1925): *Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften*. Frankfurt a.M.
- Neher, Peter (2008): *Eckpunkte des Deutschen Caritasverbandes zur Beteiligung an existenzunterstützenden Dienstleistungen in Form von Lebensmittelläden*, www.caritas.de/2340.asp?detail=true&id=1181, 30.3.2010.
- Rhoden, Heribert (2009): »Zwischen Armutszeugnis und Notwendigkeit – Das Konzept *Tafel plus*«. In: *Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention*, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 259-262.
- Riches, Graham (2002): »Food banks and food security: welfare reform, human rights and social policy. Lessons from Canada?« In: *Social Policy & Administration* 36 (6), S. 648-663.
- Selke, Stefan (Hg.) (2009): *Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention*, Wiesbaden.

Teltower Tisch – Kurzer Blick ins Abseits der Armut¹

GABRIELE GOETTLE

Anfang der 1990er-Jahre wurde in Berlin die erste »Tafel« gegründet, ihre Tätigkeit bestand im Einsammeln und Verteilen übrig gebliebener, nicht mehr verkäuflicher Lebensmittel für Arme nach dem amerikanischen Vorbild der »Food Banks« beziehungsweise des »Second Harvest«. Was damals für Obdachlose gedacht war, wurde zu einem stetig wachsenden Versorgungssystem für eine stetig wachsende Anzahl arm gewordener Normalbürger.

Auch als Folge von Hartz IV entstanden bis heute deutschlandweit mehr als 850 Tafeln, die ein Netz von etwa 2.000 Ausgabestellen beliefern, in denen laut Schätzungen des Bundesverbandes 1 Million Bürger vorstellig werden. Die Beschaffung und Verteilung von jährlich etwa 130.000 Tonnen Lebensmitteln verlangt logistisches Management, vor allem aber das Engagement zehntausender ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, sowie den Einsatz von 1-Euro-Jobbern.

Es gibt eine Reihe bekannter und unbekannter Sponsoren aus der Geschäftswelt, ganze Schulklassen spenden jedes Wo-

1 Zuerst erschienen in »die tageszeitung« vom 31.8.2009 unter dem Titel »Eintopf für die ganze Woche. Zu Besuch beim Teltower Tisch – ein Blick ins Abseits der Armut«.

chenende von ihrem Taschengeld, Betriebe sammeln, eine Supermarktkette hat ihren Pfandflaschenautomaten einen Knopf einbauen lassen, mit dem auf Kundenwunsch der Betrag den Tafeln gutgeschrieben wird. Die Tafel ist eine sogenannte Sympathieträgerin mit hohem Ansehen, die aus dem Nichts eine Art Schlaraffenland hervorzaubert.

Für viele Arme ist sie nicht mehr wegzudenken. Und auch nicht für viele Lebensmittelketten, Discounter und Geschäfte. Ehedem musste bezahlt werden für die Abholung des »Biomülls« – aus dem die Entsorgungsfirmen eine Gärsubstanz herstellen, die sie an Biogasunternehmen weiterverkaufen, und die wiederum gewinnen aus 8.000 Tonnen Lebensmitteln ungefähr 3.000 Megawatt sauberen Strom. Nun erspart die Entsorgung über die Tafeln nicht nur die Kosten, es gibt auch noch gratis eine Imagewerbung mit dazu. Und die steuerliche Abschreibung der Spende.

Die geschickte Nutzung dieser drei Fliegen pro Klappe hat die Tafel zu einer Art Wohlfahrtskonzern werden lassen, der längst seine Fühler nach einer europäisch vernetzten deutschen Foodbank großen Stils ausgestreckt hat. Und für die Strategen einer »Verschlankung der Sozialpolitik« sind die Tafeln, ist private Wohlfahrt, absolut unverzichtbar. Was ursprünglich Philanthropie war, wird unter der Parole »Essen, wo es hingehört« zur schöngefärbten Abspeisung der Armen und zur Beihilfe bei der stillschweigenden Aushöhlung des im Grundgesetz vorgegebenen Sozialstaatsgebots.

Die Privatisierung des Armutsrisikos macht Fortschritte. Und nicht von ungefähr steht die berüchtigte Berater- und Rationalisierungsfirma McKinsey dem Bundesverband der Tafeln seit vielen Jahren zur Seite (ebenso den Tafeln in Österreich, der Schweiz, Kanada usw.). McKinsey war unter anderen beteiligt am Konzept von Hartz IV, an der Arbeitsweise der ARGEn und an der »Reform« der Sozialversicherung. Vollkommen gratis hat der teure McKinsey für den Bundesverband einen Leitfaden und ein Handbuch für Aufbau und Betrieb einer Tafel verfasst, bindende Lektüre für jedes seiner Mitglieder.

Gespräch mit Herrn Leube

Der »Teltower Tisch« befindet sich an einem etwas heruntergekommenen Teil der Hauptstraße von Teltow/Potsdam Mittelmark. Lebensmittelausgabe ist samstags von 14 bis 17 Uhr. Auf dem schmalen Grundstück, Potsdamer Straße 34, befindet sich im hinteren Teil ein Stück Rasen mit einem kleinen Kinderspielfeld, durch eine Hecke abgetrennt vom betonierten Hof vorn. Dort steht ein flaches Gewerbegebäude, eineinhalb Zimmer groß, es dient als Ausgabestelle. Gegenüber hat jemand ein Holzgerüst gezimmert und mit Plastikplanen bezogen, eine Überdachung, darunter Stände und Obstkisten wie auf dem Markt. An den Pfosten hängen gelbe Schilder »Hier dürfen Sie sich selbst bedienen«. Alles wirkt geordnet, sauberlich, aber recht ärmlich und beengt.

Ab 13 Uhr kommen Lieferfahrzeuge auf den Hof, darunter auch von der Potsdamer Tafel. Männer laden die Obst- und Gemüsekartons aus. Es gibt Mangold, viele Bananen, Melonen, Radieschen, Tomaten, Trauben, Zucchini, Auberginen, Möhren, Blumenkohl, viele Nektarinen, Sellerie, diverse Kräuter und so fort. Ein eingespieltes Team gestandener älterer Frauen sortiert und mustert aus. Die Kartons und Kisten füllen sich mit gut aussehender Ware. Ein Fahrzeug bringt Brot, Brötchen und Backwaren, vorwiegend aus hellem Mehl. Alles wird hineingetragen ins Gebäude, und auch dort stehen ehrenamtliche Helferinnen bereit und füllen die Regale und Tische mit dem Angebot. Es gibt auch Bücher hier und einen Tisch mit Kinderspielzeug. Vier große Gewerbekühlschränke mit Glastüren, gespendet von einer Sparkasse, geben der Szenerie ein bisschen was von einem Geschäft. Die Leiterin der Stelle, Schwester Ulrike Büttner von der Diakonie, schwirrt hin und her und hat ein Auge auf alles. Sie empfiehlt uns Wolfgang Leube als Gesprächspartner.

Der zögert nicht lange und bittet ins winzige Dienstzimmer. Wir erfahren, dass er 1956 in Thüringen geboren wurde, seit 1965 in Berlin lebt und ein richtiger Teltower geworden ist. Im Jahr 1973 machte er im VEB Teltomat seine Ausbildung zum Elektromonteur, daneben arbeitete er auf dem Friedhof Teltow. Im Jahr 1990 wurde er Friedhofsverwalter. Seit 2003 ist er ehrenamtlicher Mitarbeiter beim Teltower Tisch.

Wolfgang Leube bietet uns Kaffee an und erzählt: »Neun Jahre, sag ich mal, gibt's jetzt diese Institution. Früher waren es mal vier Vereine, eine Arbeitsloseninitiative, die haben sich zusammengenommen im ›Kleinen Netzwerk‹. Die Räume waren in der Jahnstraße, in unserer alten DDR-Sparkasse. Und die waren viel günstiger, platzmäßig. Und auch viel diskreter als hier, wo wir ja direkt auf dem Präsentierteller sind, ohne Zaun und Tor. Hier müssen die Leute bei Wind und Wetter im Freien anstehen, allen Blicken ausgesetzt. Viele schämen sich, gesehen zu werden. Es gibt auch leider viel Gerede in Teltow. Die Jahnstraße ist dann gescheitert, aus finanziellen Gründen, wir konnten uns nicht selber tragen, da hat keine Behörde geholfen, nichts. Und wenn unsere Frau Kuke nicht gesagt hätte, wir können hierher - das war der ehemalige Angelladen ihres Mannes -, dann hätte es die Institution nicht mehr gegeben. Dann wäre es aus gewesen. Die Ämter haben sich nicht gerührt. Im Jahr 2004 hat dann das Diakonissenhaus Teltow/Lehmin die Trägerschaft übernommen.

Inzwischen geht es uns wieder ganz gut. Wir versorgen hier drei Orte: Teltow, Kleinmachnow und Stahnsdorf. Es kommen momentan 38 Familien mit zwei, vier, fünf oder auch zehn Kindern, und 80 Einzelpersonen. Da hängen also ein paar hundert Leute dran. In den letzten Wochen und Monaten kamen neue Leute dazu. Wir haben auch immer etwa 15 bis 20, ob nun Rentner oder Invaliden, die keine Marken haben, die »nicht berechtigt« sind. Die kommen aber trotzdem und bekommen auch, was eben noch da ist. Es wird niemand weggeschickt. Wir haben Marken, die werden von den Berechtigten in so einer Art Lossystem gezogen jede Woche, damit es gerecht zugeht und keiner sich benachteiligt fühlt. Die Familien kommen immer zuerst. Aber wir haben jetzt immer genug da, es bekommt also der Erste genug, und auch der Letzte kommt nicht zu kurz.

Wir hatten zwei Jahre lang einen Engpass bezüglich der Ware, da bin ich dann immer rumgefahren zu den Geschäften, um die Reste zu bekommen für die Leute, aber weil wir nicht als ›Tafel‹ anerkannt waren, haben wir nicht viel bekommen. Es gab dann auch Meinungsverschiedenheiten mit der Potsdamer Tafel. Doch jetzt werden wir von der Tafel beliefert, das ist ein Probelauf für ein halbes Jahr, und die Lage hat sich entschärft,

es ist genug da. Also die Nummer ist eigentlich nicht mehr ausschlaggebend, aber wir behalten sie bei.

Ganz wichtig ist zu sagen, dass viele Rentner kommen, die ja oft mit nur 10 Euro über dem Limit liegen, also keinen Sozialausweis kriegen. Denen geht es oft schlechter als den Hartz-IV-Empfängern. Teltow und Stahnsdorf als Gemeinden, die stellen Sozialausweise aus, das heißt, die bearbeiten das dort, die urteilen nach den Papieren, was ich persönlich ja schön finde, aber ich möchte nicht beurteilen, wer bedürftig ist und wer nicht. Kleinmachnow stellt keine Karten aus. In Kleinmachnow wohnen die Reichen, die Schauspieler, da gibt es keine Bedürftigen, anscheinend. Die kommen aber trotzdem bei uns rein, haben ihre Hartz-IV-Bescheinigungen und bekommen selbstverständlich was, wie jeder. Jedenfalls, wir geben den ›Abholern‹ – wir sagen ›Abholer‹ und nicht ›Kunden‹ wie die anderen, denn wir geben hier die Lebensmittel kostenlos weiter – denen geben wir so viel, wie da ist am liebsten. Am Schluss muss hier alles raus, denn wir haben keine Lagermöglichkeit, außer den Kühlschränken. Und da drin wird's ja auch nicht frischer! Wir haben ein, zwei Leute, die Schweine haben, wo wir dann, bevor wir's wegschmeißen, denen Bananen geben, kistenweise, und Brot und Brötchen.

Abfall ist ein Problem, die Biotonnen sind schnell voll, und wir müssen aufpassen, dass keine Ratten kommen, denn da ist ja gleich der Kindergarten in der Nachbarschaft. Fleisch und Wurst kriegen wir immer relativ wenig, also da bleibt nichts an Abfall. Wir haben ein Ehepaar, die holen sich, wenn alles verteilt ist, die Reste an Obst. Erdbeeren waren gerade viele da. Die machen daraus für die Leute Marmelade, und die Zutaten werden gegen Rechnung von uns hier bezahlt. Ist schön, so was! Und die Holzkisten holt der Siggie sich, der hat Ofenheizung und macht sie klein für den Winter. Wir versuchen, so viel wie möglich zu verwerten, denn das tut einem ja leid, es einfach wegzuerwerfen!

Wir versuchen, es hier so gemütlich und schön zu machen, wie es mit unseren Mitteln geht. Aber wir sind zu beengt, die Leute können sich nicht mal irgendwohin setzen. Nur wenn der christliche Verein aus der Ruhlsdorfer Straße kommt - die machen alle 14 Tage ein Grillfest hier -, da stehen dann Bänke, aber ansonsten ... Und im Winter findet die Ausgabe hier drinnen

statt. Die Abholer stehen dann dicht gedrängt, aber irgendwie muss es gehen. Andere Räume bekommen wir einfach nicht. Hier haben wir wenigstens einen Halbjahresvertrag, der sich jeweils verlängert, auf Widerruf. Die Diakonie würde uns vielleicht sogar Räume geben, aber das wäre für viele Abholer einfach zu weit. Viele gehen mit den Beuteln ja zu Fuß nach Hause, weil mit dem Bus fahren, das kostet 'ne Menge, das ist bei 359 Euro zum Leben und allem einfach nicht drin. Aber trotz allem, die Leute kommen gern hierher. Die Kinder sind auch gern da, spielen ein bisschen und kriegen was zum Naschen. Es ist ja auch die Geselligkeit wichtig für den Menschen, manchmal lebenswichtig. Wir haben einen Behinderten, Rollstuhlfahrer, er hat keine Beine mehr, jetzt hat er auch noch seine Frau verloren, der sagt, ich bin froh, dass ich immer ein paar Leute treffe und quatschen kann.

Man sieht es ja auch, dass die Leute hier viel miteinander reden. Sie tauschen sich aus beim Warten, manchmal tauschen sie auch Kochrezepte, da höre ich gern zu. Eine fragt, was machst du eigentlich mit dem und dem? Und der oder die erzählt, was sie kocht, und das macht dann die Runde.

Die Leute haben wieder Spaß am Kochen, und sie machen aus dieser ›Ergänzung‹ - denn das soll es laut Definition sein - was Gutes für sich, für ihre Familie. Und das ist wichtig, besonders für Frauen mit Kindern, die es ja in allem härter trifft. Denen reicht das vom Amt zugeteilte Geld noch weniger als den anderen. Es ist einfach zu wenig, um sich gesund und gut zu ernähren, und schmecken soll es ja auch. Und das muss ich nun unbedingt noch sagen: Die Sachen stehen zwar unmittelbar vor dem Ablaufdatum oder müssen raus, weil nächste Woche Frischware kommt, sie sind aber noch tadellos in Ordnung. Also nicht nur ›verzehrfähig‹, sondern, ich sag mal, appetitlich. Alles andere wird von uns aussortiert, da achten wir Ehrenamtlichen sehr darauf. Denn dass jeder sich freut über die Waren, das liegt uns am Herzen.

Sonnabends sind wir schon früh hier, erst mal trinken wir Kaffee, besprechen uns, machen den Hof sauber und bereiten alles vor. Unter der Woche bin ich ab und zu da, schau nach dem Rechten und gieße die Blümchen. Momentan sind wir 26 Leute etwa, anwesend sind heute 10. Die beiden Herren sind Strafarbeiter. Sie sind sehr fleißig und wollen, auch wenn sie

die Strafe abgearbeitet haben, hier bleiben. Und wir haben, was mich besonders freut, auch Jugend hier, fünfzehnjährige Mädels, die noch Schülerinnen sind und helfen wollen. Aber letzten Endes sind wir zu wenig Leute.

Was wir bräuchten, das ist eigentlich ein fester Stamm, der jeden Sonnabend zuverlässig hierher kommt, denn manchmal wird es eng. Das ist das Problem. Die Damen hier sind sehr engagiert, teilweise schon sehr lange. Einige kannten sich, glaube ich, noch von den Betrieben her, haben da lebenslang zusammengearbeitet, im Kombinat elektronische Bauelemente Carl von Ossietzky oder im VEB Geräte- und Reglerwerke. Das waren Großbetriebe hier in Teltow, die hatten über 5.000 Beschäftigte! Man hat ja früher ewig in so einem Betrieb gearbeitet, das war wie Familie. Das gab's nicht wie heute, diesen dauernden Wechsel. Oder gar Arbeitslosigkeit, das gab's gar nicht. Ich selbst habe bis zur Wende im VEB Teltomat gearbeitet, da wurden die großen Asphaltmischmaschinen zusammengebaut, Endmontage, und wir haben die Elektrik montiert, die Kabel verlegt. Die Maschinen gingen sogar in den Export ins nichtsozialistische Ausland!

Es sind jedenfalls Bekanntschaften entstanden, Ehen sogar. Und Freundschaften, die teils bis heute gehalten haben. Ich bin damals durch einen Kumpel zu diesem Verein hier gestoßen, zum ›Kleinen Netzwerk‹, damals noch, und ich habe es nie bereut.

Durch meine Friedhofstätigkeit kannte und kenne ich ja eine Menge Leute. Ich habe das damals schon als Schüler gemacht, mit 15 Jahren habe ich auf dem Friedhof Teltow angefangen, habe geholfen, Leute zu beerdigen, für 7,50 Mark Taschengeld.

Während der Lehre habe ich mal eine ›Kent‹ gekauft, die sooo lang ist, das war natürlich in der Disko der Hammer, als ich die geraucht habe! Ich bin dieser Arbeit treu geblieben, über die Lehre hinaus war ich immer auf dem Friedhof, jeden Tag, 37 Jahre lang, Montag und Donnerstag von 1 bis 18 Uhr, Sonnabend von 9 bis 14 Uhr. Ich habe die Urnen getragen und Grufte gemacht für die Erdbestattung. 25 Mark gab's dafür später, ein Schweinegeld!

Der Friedhof ist sehr schön, den müssen Sie unbedingt besuchen, fünf Hektar groß, mit vielen alten Bäumen. Und dort habe ich schon als junger Mensch kennengelernt, was seelischer

Schmerz ist, was Probleme sind. Was das bedeutet, wenn ein Kind stirbt, ein Vater, ein Partner. Ich habe auch sehr viele Trauerreden gehalten, lange und kurze, schon bevor ich Friedhofsverwalter war. Da kamen oft Leute, die sagten, Sie sind der erste Mensch, mit dem ich seit Tagen rede. Die schwerste Zeit, habe ich festgestellt, kommt immer erst nach dem Bestattungstag, dann ist der Tote unwiderruflich und für immer weg. Aber das Allerschlimmste ist, wenn Kinder gestorben sind, wie damals das achtjährige Mädchen beim Sturm 1972 am 17. November. Es war mein erstes Mal, so was vergisst man nicht. Oder die Kinder, die nach der Wende verstärkt durch Verkehrsunfälle ums Leben gekommen sind, durch neue Autos und Motorräder. Ganz schlimm. Ich habe das deutlich registriert auf dem Friedhof.

Im Jahr 1990 bin ich dann übernommen worden als Friedhofsverwalter. Es hat mich selbst gewundert. Heute ist das sehr eingeschränkt, ich habe zwar noch eine Stelle, aber nicht mehr in der Verwaltung. Damals bin ich ins kalte Wasser gesprungen. Ich dachte, den Friedhof kenne ich wie kein anderer, ich weiß, was gemacht werden muss. Aber ich habe alles falsch gemacht, anscheinend. Heute kann ich es ja sagen, ich bin entmachtet worden, habe den Erneuerungsmaßnahmen im Wege gestanden. Man hat mir vorgeworfen, dass ich nicht marktwirtschaftlich denke und handle. Gut, vielleicht hätte ich den Leuten grundsätzlich eine Doppelstelle für viel Geld verkaufen müssen, aber ich habe gesagt, Sie können auch eine Einzelstelle nehmen und dann später noch eine Urne draufbetten, das kommt billiger. Denn es ist ja alles sehr viel teurer geworden nach der Wende. Manch einer war ein armes Schwein. Man versetzt sich ja auch rein in die Leute, und die waren mir dankbar. Oder wir haben auch alte Einfassungen gescheuert, ganz primitiv mit Sand und Bürste, und die dann für wenig Geld weiterverkauft.

Ich erzähle jetzt die ganze Zeit von mir, aber Sie wollen es ja wissen. Also in mir sträubt sich einfach alles ... ja schon, ich bin Christ, aber das ist ganz schwierig. Eigentlich bin ich radikal, im Grunde. Ich verrate Ihnen, ich habe Karl Marx gelesen, freiwillig! Und ich bin ein Fan von Rosa Luxemburg. Daher werde ich auch als Roter beschimpft.

Mir haben immer die Ideale imponiert. Die hat unsere DDR-Führung ja leider schändlichst missbraucht und verraten, für meine Begriffe. Leider. Und ich bin auch von den 68ern ein Fan in manchem. Ich war eigentlich schon immer ›anti‹. Ein ganz dummes Beispiel: Ich war im Ferienlager, und es sollte ein Stück aufgeführt werden. Die Leiterin hat zu mir gesagt, und du, du machst den Prinzen! Und ich sagte, nein, auf keinen Fall, ich will den spielen, der gegen den Prinzen ist! Das ist bis heute so geblieben. Ich lege mich mit jeder Obrigkeit an. Gründe gibt's ja genug. Und ich muss sagen, um das abzuschließen, ich bin auch maßlos enttäuscht worden von der sogenannten Demokratie, als ich gemerkt habe, es gibt sie gar nicht! Ich hasse das, wie man für dumm verkauft wird, und noch mehr hasse ich die Erhabenheit derjenigen, die Macht haben über die, die sie nicht haben.

So, jetzt wissen Sie, weshalb ich hier bin. Und ich weiß, dass sich dadurch nichts ändert an den Ursachen. Ist klar. Aber trotzdem, es ist wichtig für die Leute, dass wir das hier zusammen machen jeden Samstag. Und ich sage Ihnen, ich sehe mich bei der ganzen Geschichte nicht als den, der hinter diesem Ausgabetisch steht, ich sehe mich auch als denjenigen, der davor steht. Finde ich wichtig, dass man das weiß. Es kann mir passieren, dass ich morgen davor stehe, oder auch Ihnen sogar. Dass man dankbar sein muss, wenn man einen Beutel bekommt. Und was mich immer fertigmacht, wenn ich sehe, gleichaltrige Kumpel, mit denen ich in der Schule war, mit denen ich gelernt habe, wie die hierherkommen heute. Also, das ist für mich ein Problem. Das sind Kumpel, die einen ordentlichen Beruf hatten ihr Leben lang, die Familie haben und dann wie viele plötzlich ihre Arbeit und alles verloren haben. Ein direkter Spielkamerad von mir kommt auch. Der hat studiert, ist hochintelligent, hat ein großes Wissen und alles, und dieser Mann findet keine Arbeit mehr und schlägt sich mit Hartz IV und 1-Euro-Jobs rum.

Da komme ich dann schnell ins Nachdenken: Wie kann das denn sein, dass diese Gesellschaft das angeblich nicht brauchen kann, dieses Wissen und diese Kenntnisse, dass der Mann einfach nichts mehr wert ist?! Die Logik verstehe ich nicht. Es geht nur noch um Geld, Geld, Geld! Den ganzen Tag in allen Nachrichten. Geld hat schon auch eine Rolle gespielt früher in der

DDR, aber nicht die Rolle, die es heute spielt: die Überlebensrolle! Und ich sehe das hier besonders deutlich, auch bei den Kumpels. Ich schäme mich zwar nicht, wenn ich die treffe, ich bin ja nicht dafür zuständig, was passiert, aber ich habe ein flaes Gefühl im Magen, ehrlich gesagt.

So, jetzt muss ich mal ein bisschen was arbeiten. Heute ist nicht so viel los, gestern war ›Geldtag‹, unserer Erfahrung nach kommen dann einige nicht. Die wollen wahrscheinlich lieber mal richtig einkaufen gehen, im Supermarkt.«

Wir bedanken uns für das Gespräch. Während meine Freundin Elisabeth Kmölniger den leicht verlegenen Herrn Leube fotografiert, gehe ich hinaus und mische mich unter die Wartenden.

Die Abholer

Der Hof ist voll mit plaudernden Menschen, die in Grüppchen beieinander stehen. Dann werden Nummern aufgerufen und die Betreffenden treten mit ihren Taschen und Beuteln zu den Ständen.

Ich spreche eine junge Mutter mit zwei kleinen Kindern an, stelle mich vor und frage, ob ich sie begleiten darf bei ihrem Rundgang. Sie nickt unbefangen und erzählt, dass sie Hartz IV bekommt, ihr Mann arbeitet halbtags und macht eine Ausbildung zum Altenpfleger. Sie öffnet ihren Einkaufstrolly, nimmt, was sie braucht, von den freundlichen Ehrenamtlichen. »Ja, Nektarinen sind sehr gut«, sagt sie, »die kann man nämlich liegen lassen, bis sie reif sind. Einige von den Honigmelonen auch, bitte.«

Sie verstaut diverse Gemüse und Salat, trifft ihre Wahl wohlüberlegt. Auch die Kinder dürfen mitentscheiden. Sie sagt. »Ich bin jetzt seit vier Wochen dabei. Meine Mutter auch. Und ich muss sagen, ich bin superzufrieden. Wir leben seitdem sehr gesund. Gesünder als vorher und auch sehr abwechslungsreich. Das ist alles total wichtig, wenn man Kinder hat, die möchten ja auch zugucken, wie die Mutter kocht. Denn es ist doch so, dass man vom Geld, das man kriegt, nicht das richtige Essen kaufen kann. Ich sag mal so: Es reicht zwar hin, um eine Familie mit drei Kindern zu ernähren, was wir an Geld be-

kommen, aber eben mit viel Dose und Nudeln, wenig Frisches. Für frische Sachen reicht es einfach nicht.« Inzwischen wurde auch die Markennummer der Oma aufgerufen, sie verstaut ihre Waren und gesellt sich zu uns und sagt erfreut: »Na, heute ist 'ne Menge da!« Die Tochter fügt hinzu: »Ja, es ist richtig gute Ware dabei, echt super, ich muss sagen, es war jedes Mal so.« - »Die Kinder können frisches Obst und Gemüse essen«, sagt die Oma, »ganz anders als früher.« Die Mutter nickt und erklärt: »Ich bin über meinen Schatten gesprungen. Hatte gehört von dieser Stelle, aber ich dachte immer, ne, so nötig haben wir's nun doch nicht! Aber ich war richtig blöd. Wäre ich nur schon früher gekommen.« - »Ja«, fügt die Oma hinzu, »es wird ja sonst alles nur weggeschmissen in den Läden.« Wir gehen ins Gebäude. Dort bekommen die beiden Frauen Brot, Brötchen, Hefeklöße und Milchprodukte. Die Palette des Angebots ist groß: Bioquark, Biomilch, Frischkäse, mehrere Sorten französischer Ziegenkäse liegen bereit, Joghurt in Mengen, Butter, Eier, Aufschnitt. Sogar echte Crevetten und künstliches Krebsfleisch sind im Angebot für die, die es mögen. Die Kinder stehen vor dem Kindertisch und singen im Duett: »Wir möchten ein Mal...buch, ein Mal...buch...« Und sie bekommen ein Malbuch von der Ehrenamtlichen, Frau Kuke. »Für ein Lächeln«, sagt sie, »es kostet nur ein Lächeln.« Der kleine Junge bekommt auch noch einen Plastiklöwen mit beweglichen Beinen geschenkt, und als ich ihn nach zehn Minuten draußen wiedersehe, lächelt er noch immer.

Ich treffe auf die kleine Gruppe ohne Marken. Alle warten geduldig. Eine ältere Frau sagt: »Wenn man keine Nummer hat, dann muss man halt ausharren bis zum Schluss, aber sogar dann, wenn man drankommt, ist noch genug da. Genug für uns alle, da hat keiner das Nachsehen.« - »Ne«, sagt eine Rentnerin, »vor 'ner Weile war's noch ganz anders, da brauchte man ja gar nicht mehr herkommen. Jetzt haben sie in Hülle und Fülle. Man kann nicht meckern. Nur Fleisch ist immer wenig. Aber es geht auch ohne. Ne, ich muss schon sagen, ist gut hier, und die Mitarbeiter sind richtig freundlich und hilfsbereit.«

»Gleich geht es los, ich sehe ihn schon«, sagt ein Mann mit Brille. Aber die Rentnerin schaut auf ihre Uhr und sagt: »Ne ... noch fünf Minuten. Na, ich freu mich schon auf die Paprikaschoten und alles. Das ist ja immer sehr gut noch, das Obst und

Gemüse.« Ein dünner Mann, der bisher geschwiegen hat, ist anderer Meinung: »Ich sehe das nicht so! Das sind alles alte, abgelaufene, überlagerte Sachen, die sie im Geschäft gar nicht mehr bis Montag aufheben können. Das wird ziemlich schnell schimmelig oder schlecht, gerade das Gemüse. Und wenn's mal angegangen ist, dann ist es angegangen. Sicher, man kann's wegschneiden, aber der Schimmel ist überall. Es ist gefährlich, den Schimmel mitzuessen!« Die Runde schweigt und macht abweisende Gesichter. Nur die Rentnerin erklärt unbeeindruckt: »Also, ich habe noch keinen Schimmel gefunden. Man muss es ja nicht aufheben, tagelang. Ich wasche die Sachen gut ab und koch mir einen schönen Eintopf für die ganze Woche. Dann habe ich auch gleich was, wenn die Enkel kommen.«

Wolfgang Leube nähert sich, begrüßt die markenlosen Abholer und gibt die Reste frei.

Soziale Arbeit und die Tafeln – von der Transformation der wohlfahrtsstaatlichen Armutsbekämpfung

FABIAN KESSL/HOLGER SCHONEVILLE

Soziale Arbeit im veränderten Kontext – vier dominante Formen der Thematisierung von Tafeln

»Guten Tag, warum stehen Sie bei der Suppenküche an?«. Mit dieser Frage überschreibt die Bildzeitung am 16. Februar 2010 ihren Aufmacher zur »große[n] Hartz IV-Debatte«. Illustriert wird die Darstellung mit einer Fotografie von fünf Personen, die unterschiedliche und zugleich typische Gruppen von ALG II-NutzerInnen zu repräsentieren scheinen: Ein 46 Jahre alter Gas-Wasser-Installateur, der »seit sieben Jahren arbeitslos [ist]« und keine »Hoffnung auf neue Arbeit [hat]«; eine 55 Jahre alte »gelernte Gärtnerin«, die »nur 128 Euro Hartz IV« bekommt, weil ihr Mann Rente bezieht; eine 35 Jahre alte »Friseurin und Näherin“, »die keine Arbeit findet«; ein 64 Jahre alter Maurer, dessen Einkünfte »nicht zum Sattwerden [reichen]«, obwohl er »45 Jahre [...] gerackert [hat]«; und schließlich eine 79 Jahre alte Kranfahrerin, die nach 30 Jahren Erwerbstätigkeit »trotzdem nur 550 Euro Rente bezieht«. Alle fünf Personen stehen mit leeren Einkaufstaschen in der Hand und ernsten bis niedergeschlagenen Blicken an der Eingangstür zu einem lokalen »Tafel-

oder Tischangebot« an. Ihnen gegenüber und neben einer verschlossenen Tür – vermutlich der Eingangstür zum Verkaufsraum – stehen zwei Frauen, deren strenge Blicke auf die Schlange der Wartenden gerichtet sind. Sie tragen halblange weiße Kittel, wie sie in der Lebensmittelindustrie, in Apotheken oder Fleischereien getragen werden, und einen Berechtigungsausweis um den Hals. Zwischen der Gruppe der Anstehenden und jenen beiden Frauen steht ein Pflegearbeitswagen, wie man ihn aus Kliniken kennt, auf dem eine blaue Geldkassette steht und diverse Listen liegen. Offensichtlich gibt es in dem Moment, in dem das Bild aufgenommen wird, keine direkte Kommunikation zwischen den abgebildeten Akteursgruppen.

Mit dieser Illustration reihen sich die Bildzeitungsmacher in eine zunehmend verbreitete Bildgebung ein, bei der Hartz IV-BezieherInnen immer wieder als NutzerInnen der lokalen »Tafeln« und »Tischen« dargestellt werden – manches Mal, wie im vorliegenden Fall, scheint die Bildinformation dabei sogar eine Gleichsetzung nahe legen zu wollen: Hartz IV-BezieherInnen sind TafelnutzerInnen und umgekehrt.

Eine solche Bildgebung findet sich vor allem im Rahmen der medialen Inszenierung der jüngsten Sozialstaatsdebatte, die der Philosoph Peter Sloterdijk im Juni 2009 mit seinen sozialstaatskritischen Einschätzungen ausgelöst hat: Sozialstaatliche Umverteilungslogik habe zur Konsequenz, dass die »Produktiven« durch die »Unproduktiven« ausgebeutet würden (FAZ vom 13. Juni 2009). Eine Debatte, die von dem Vorsitzenden der Freien Demokratischen Partei Deutschlands (FDP), Guido Westerwelle, dann Anfang 2010 popularisiert wurde: In der Tageszeitung »Die Welt« schreibt dieser Anfang Februar 2010, der Sozialstaat lade zur »spätromischen Dekadenz« ein, wenn »dem Volk anstrengungslose[r] Wohlstand [versprochen werde]«. In diesen und weiteren Beiträgen der Wochenzeitung »Die Zeit«, der »tageszeitung« oder der »Süddeutschen Zeitung«, in der auf die Stellungnahmen von Sloterdijk und Westerwelle reagiert wurde, findet sich immer wieder die Tafelsymbolik als Illustration des Hartz IV-Alltags.

Aus sozialpolitischer und sozialpädagogischer Sicht ist diese Bildgebung nun deshalb von besonderem Interesse, weil sie auf *veränderte Thematisierungsweisen* in der öffentlichen Debatte um Armut, Armutsbekämpfung und Wohlfahrtsstaatlichkeit

aufmerksam machen kann. Erstens scheint es inzwischen eine weithin geteilte Einschätzung zu sein, dass der Alltag von Hartz IV-BezieherInnen einen Alltag in Armut meint – denn die NutzerInnen von Lebensmittelausgaben und ähnlichen Initiativen sind, auch nach dem Selbstverständnis der Anbieter, arme Bevölkerungsmitglieder: »Tafeln« »sammeln ›überschüssige«, aber qualitativ einwandfreie Lebensmittel, und geben diese an Bedürftige weiter« (<http://www.tafel.de/startseite>, 14.4.2010). Die These, Hartz IV falle mit einem Alltag in Armut in eins war dagegen noch in Zeiten der »großen Koalition« vehement bestritten worden – nicht zuletzt, um der Kritik zu begegnen, der Bezug dieses Transfereinkommens habe einen Verarmungseffekt.¹ Insofern ist die neue Selbstverständlichkeit, mit der ein Leben unter den Bedingungen eines Transfereinkommens als ein Leben in Armut beschrieben wird, bemerkenswert. Zweitens wird Armut am Anfang des 21. Jahrhunderts aus der Unsichtbarkeit der Sozialamtsflure, Wärmestuben oder Kleiderkammern, in der die von ihr Betroffenen in der wohlfahrtsstaatlichen Phase typischerweise anzutreffen waren, zunehmend in die Sichtbarkeit gerückt: Tafeln, Tische, aber auch andere »almoosenökonomische Angebote« (Kessl 2009), wie »Medikamentafeln« oder »Sozialkaufhäuser«, scheinen die neuen Orte, an denen Armut im urbanen Alltag öffentlich auftritt, aber auch verortet wird. Eng mit dieser zweiten Thematisierungsform ist eine dritte verbunden: Die historische Wiederkehr der Unter-

1 Zwar ist ein direkter Verarmungseffekt durch den Hartz-IV-Bezug empirisch schwer nachvollziehbar. Doch als Instrument der Armutsbekämpfung ist Hartz IV allen Erkenntnissen nach nicht wirksam. Das zeigen die weiter massiv gestiegenen Armutsquoten seit der entsprechenden grundlegenden Veränderung des SGB im Jahr 2004. Doch nicht nur die Armut insgesamt ist weiter angestiegen, sondern gerade auch die Arbeitsmarktintegration, auf die die Hartz IV-Instrumente zielen, ist in den vergangenen Jahren deutlich prekärer geworden: So ist der Niedriglohnsektor bis 2007 auf 21,5 Prozent angewachsen (Kalina/Weinkopf 2009); die Reallöhne sind in Deutschland im EU-Vergleich am deutlichsten gesunken und auch die Spaltung zwischen denjenigen Gesellschaftsmitgliedern, die über ein großes oder sehr großes Vermögen verfügen und denjenigen, die auf ein kleines oder kein Vermögen zugreifen, nimmt weiter kontinuierlich zu (vgl. Frick/Grabka 2009).

scheidung legitimer und illegitimer Armutgruppen. Auch das symbolisiert die Typisierung in der Bildzeitungsillustration: Hier scheinen nur »berechtigte«, »tugendsame Arme« anzustehen, die ehrlich und wacker gearbeitet haben oder das gerne tun würden, aber nun in die prekäre Lage der Erwerbslosigkeit, einer Niedriglohnbeschäftigung oder einer nur sehr geringen Rente geraten sind. Diesen »berechtigten« gegenüber finden sich die hier nicht Dargestellten, die »unberechtigten« oder »lasterhaften Armen« – eine Personengruppe, die von Sloterdijk bis Westerwelle beschworen wird und der unterstellt wird, sowohl sozialstaatliche Unterstützungs- und Hilfsangebote wie das philanthropische Engagement der Tafelanbieter illegitimweise auszunutzen. Obwohl die Bildgebung also bereits die »lasterhaften Armen« ausgeblendet hat, symbolisiert die Bildarstellung mit der Position der beiden Frauen am Pflegearbeitswagen – mit Berechtigungsausweis, Kasse und Kontrolllisten – eine strenge Prüfung der Zugangsberechtigung. Der Subtext scheint also zu markieren: Wir prüfen genau, dass hier auch nur die Berechtigten eingelassen werden. Die beiden Frauen, die den Wartenden gegenüber positioniert sind, deuten zugleich noch eine vierte Thematisierungsweise an: Die neuen almosenökonomischen Strukturen, wie die Lebensmittelausgaben oder ähnliche Initiativen, beschreiben sich selbst und werden in wachsendem Maße als eine Form bürgerschaftlichen Engagements beschrieben. Diese Form der Thematisierung findet sich bspw. in einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion »Die Linke« im deutschen Bundestag aus dem Jahr 2006: Die »Tafeln« werden hier zum einen als »ein herausragendes Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement« bezeichnet und es wird zum anderen davon ausgegangen, dass durch die »Tafeln« »Menschen geholfen [wird], die über die staatliche Sozialpolitik nur unzureichend erreicht werden.« Die »Tafeln« seien aus diesem Grund »eine wichtige Ergänzung der vorhandenen staatlichen Hilfen«.²

2 Für analoge Thematisierungen vgl. auch die Rede des Bundespräsidenten Horst Köhler 2006 im Rahmen eines Benefizkonzertes in der Berliner Philharmonie sowie die Pressemitteilung des Bundesministeriums für Frauen, Familien, Senioren und Jugend 2006 anlässlich der Übernahme der Schirmherrschaft für die Tafeln durch die Bundesministerin Ursula von der Leyen.

Alle vier Thematisierungsformen verweisen darauf, dass sich der Kontext, in dem sozialpolitische wie sozialpädagogische Angebote verortet sind, in den vergangenen Jahren radikal verändert hat: Die Differenzierung von Sozialversicherungs- und Fürsorgesystemen wird zunehmend diffus, worauf die Gleichsetzung von Hartz IV-BerzieherInnen und armen Gesellschaftsmitgliedern verweisen kann; Armut verliert seine Skandalisierungskraft, die ihr vor dem Hintergrund des wohlfahrtsstaatlichen Integrationsideals inhärent war, weshalb sie auch in den Fluren von Sozialbürokratie und sozialpädagogischen Anbietern weitgehend unsichtbar geblieben war; zugleich wird den von Armut Betroffenen zunehmend ein massiver Grad der Verpflichtung auferlegt (*Aktivierung*), sich aus dieser Notlage wieder zu befreien oder zumindest Anstrengungen in diese Richtung zu präsentieren und nachzuweisen. Ansonsten droht ihnen die Stigmatisierung als »lasterhafte Arme«, beispielsweise in Form ihrer öffentlichen Diskreditierung als »Sozialschmarotzer«; und nicht zuletzt ist das Modell der bisherigen Professionalität in der Sozialbürokratie und im Feld sozialer Dienstleistungsanbieter mit dem Einzug neuer almosenökonomischer Strukturen und einer damit verbundenen neuen Philanthropie vehement angefragt.

In diesem grundlegend veränderten Kontext wohlfahrtsstaatlicher Armutsbekämpfung stellt sich natürlich auch die Frage, wie es um das Verhältnis von beruflich wahrgenommener Sozialer Arbeit und den ihrem Selbstverständnis nach primär bürgerschaftlich organisierten »Tafeln« bestellt ist.

Die Tafel – Konkurrentin oder Partnerin Sozialer Arbeit?

Schauen wir in die Alltagspraxis der Lebensmittelausgaben, müssen wir zuerst feststellen, dass die Gegenüberstellung von Sozialer Arbeit als professioneller wohlfahrtsstaatlich verfasster Instanz auf der einen Seite und den Tafeln als bürgerschaftlicher Initiative die Realität nicht treffend beschreibt. Das wird bereits mit Blick auf die Entwicklung der Organisationsform von »Tafeln« deutlich. Während diese zu Beginn ihrer Etablierung als unabhängige, bürgerschaftlich und lokal organisierte

Initiativen entstanden sind, haben sich mittlerweile übergeordnete Strukturen herausgebildet. Insbesondere der »Bundesverband Deutsche Tafeln e.V.« dient als bundesweites Dach der »Tafeln«, der Richtlinien für die Arbeit in den lokalen »Tafeln« herausgibt, bundesweite Aktionen koordiniert und als bundesweiter Vertreter und Ansprechpartner für die Öffentlichkeit dient. Aber auch innerhalb der Organisationsformen der beruflich wahrgenommenen Sozialen Arbeit sind die »Tafeln« längst angekommen: Der »Bundesverband Deutsche Tafeln e.V.« ist Mitglied im Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV). Vor allem aber betreibt eine wachsende Zahl von Wohlfahrtsverbänden und -anbietern – von der Arbeiterwohlfahrt über die Caritas bis zur Diakonie – selbst eine beachtliche Zahl von »Tafeln«. Genaue Daten liegen hierzu bisher nicht vor, aber einen Hinweis kann die Selbstauskunft des Deutschen Caritasverbandes geben, der Anfang 2010 nach eigener Einschätzung von etwa 220 Lebensmittelausgaben in seinen Reihen ausgeht.

Nun ist eine solche Aufnahme kleinerer Initiativen in den Korpus der Wohlfahrtsverbände historisch kein prinzipiell neues Phänomen, schließlich wurde der DPWV 1924 als Dachverband unabhängiger und eher kleinerer Wohlfahrtsorganisationen gegründet. Und immer wieder finden seither neue Träger oder Selbsthilfeorganisationen ihren Weg in die Wohlfahrtsverbände. Ungewöhnlich ist allerdings, dass ein derart umfassendes, ursprünglich primär bürgerschaftliches Angebot, wie es die »Tafeln« darstellen, seinen Weg in die Reihen der Wohlfahrtsverbände findet bzw. von diesen mit initiiert wird – wenn auch in durchaus differenter Weise: Das Angebot der jeweiligen Lebensmittelausgaben wird innerhalb der Wohlfahrtsverbände zuweilen modifiziert, beispielsweise werden bestehende Suppenküchen zu Lebensmittelausgaben erweitert oder in anderen Fällen die bisher schon vorgehaltenen Dienstleistungen in anderer Weise ergänzt. So wird die Ausgabe von Lebensmitteln immer häufiger auch zusammen mit anderen Angeboten, beispielsweise im Bereich der Schuldnerberatung, der Hausaufgabenhilfe oder mit Koch- und Ernährungskursen vorgehalten.

Zugleich wäre das Verhältnis der Wohlfahrtsverbände zu den Lebensmittelausgaben und ähnlichen Initiativen missverständlich dargestellt, wenn nicht auch darauf hingewiesen wür-

de, dass das zunehmende Angebot von Lebensmittelausgaben in den Wohlfahrtsverbänden gegenwärtig Gegenstand deutlicher Diskussionen geworden ist. So titelt der »Kirchenbote« des Bistums Osnabrück am 18. Oktober 2009 mit der Schlagzeile »Skandal für ein reiches Land. Tafelbewegung in Deutschland: Eine lobenswerte Erfolgsgeschichte kommt in die Kritik« und ein zweiter Artikel in der gleichen Ausgabe ist überschrieben mit »Zweifelhafte Almosen«. Diese Beiträge stehen exemplarisch für eine wachsende Zahl von Stellungnahmen und Diskussionsbeiträgen, in denen, wie im vorliegenden Fall, eine Konfliktlinie beschrieben wird: Auf der einen Seite wird als Sachverhalt geschildert, dass eine wachsende Zahl von Not leidenden Menschen ohne die Lebensmittelausgaben ihre Existenzsicherung nicht mehr realisieren könnten. Nur diese versorgten diese Gesellschaftsmitglieder gegenwärtig mit Lebensmitteln, weshalb die private Initiative der »Tafeln« zu begrüßen sei. Auf der anderen Seite stellten die Lebensmittelausgaben aber einen Rückschritt in der Armutsbekämpfung dar, da sie Armut zwar in ihren Folgen etwas linderten, die Ursachen jedoch nicht bekämpften.

Vor dem Hintergrund derartiger Diskussionen haben die beiden größten bundesdeutschen Wohlfahrtsverbände, der Caritas Bundesverband (2008) und das Diakonische Werk (2010), inzwischen eine Stellungnahme zu den Lebensmittelausgaben verabschiedet. In beiden Positionspapieren wird deren bürgerschaftliches Engagement begrüßt und weiterhin darauf hingewiesen, dass die Angebote der Lebensmittelausgaben vermehrt auch von Personen genutzt würden, die durch die bisherigen Angebote der beiden Verbände nicht erreicht worden seien. Auch das sei positiv zu vermerken. Gleichzeitig wird in den Papieren darauf verwiesen, dass die Lebensmittelausgaben zwar in der Lage sind, Notlagen temporär abzumildern, jedoch kein adäquates Mittel einer wohlfahrtsstaatlichen Armutsbekämpfung darstellten. Um eine soziale Teilhabe von Personen zu ermöglichen, die von Armut gefährdet oder betroffen sind, sei vielmehr eine Armutspolitik notwendig, die auf individuellen Rechtsansprüchen für die jeweilige Person basiert.

Die Wohlfahrtsverbände stehen somit gegenwärtig in keinem geringeren Dilemma als demjenigen, sich auf der einen Seite auf die Befriedigung eines immens gewachsenen und

nachgefragten Angebots zu konzentrieren und damit auch neue AdressatInnen zu gewinnen oder auf der anderen Seite den selbst formulierten Anspruch zu befördern und politisch einzufordern, eine verlässliche, sozialstaatlich organisierte Armutsbekämpfung zu realisieren. Anders ausgedrückt: Die Partnerschaften und Verflechtungen mit den lokalen Lebensmittelausgaben und ähnlichen Initiativen stellt für die Träger Sozialer Arbeit und die Soziale Arbeit insgesamt einen grundlegenden Konflikt hinsichtlich des eigenen sozialpolitischen und fachlichen Anspruchs und Auftrags dar.

Soziale Arbeit zwischen sozialstaatlicher Sicherung und ehrenamtlicher Mildtätigkeit

Die lokalen Lebensmittelausgaben und ähnliche Initiativen beanspruchen inzwischen einen festen Platz im Orchester sozialstaatlicher Sicherung und zivilgesellschaftlicher Initiativen. Dies dokumentiert zum einen die schlichte Zahl von inzwischen fast 900 »Tafeln« im bundesdeutschen Kontext – womit das Angebot zwischen 2003 und 2009 fast verdreifacht wurde – und über einer Million wöchentlicher NutzerInnen (vgl. Bundesverband Deutsche Tafeln e.V. 2007). Zum anderen unterstreicht aber auch die bereits skizzierte immense mediale Aufmerksamkeit, die den Lebensmittelausgaben zukommt, und die diese bereits zu einem Symbol der neuen Armut machen, deren bemerkenswerte Etablierung.

Unsere These ist, dass sowohl die Expansion als auch die öffentliche Wahrnehmung der »Tafeln« und ähnlicher Initiativen Ausdruck einer neuen sozialen Spaltung (Nullmeier/Lessenich 2006) sind, wie sie im bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Kontext nicht denkbar war. Denn diese neue Qualität sozialer Stratifizierung, wie sie auch in den vier veränderten Thematisierungsweisen von Armut, Armutsbekämpfung und Wohlfahrtsstaatlichkeit symbolisiert wird, hat Akteure auf den Plan gerufen, die mit neuen Formen der existenzsichernden Nothilfe »eine Brücke zwischen Überfluss und Mangel« bauen wollen (<http://www.tafel.de/die-tafeln>, Stand: 12.03.2010). Entstanden ist mit den kommunalen »Tafel-« und »Tisch-«, aber auch ähnlichen Angeboten der Almosenökonomie, nicht weniger als

»eine[r] der größten sozialen Bewegung unserer Zeit« (ebd.). Und mit dieser sieht sich nun auch die professionelle Soziale Arbeit konfrontiert.

Der Umgang mit sozialen Bewegungen ist nun Sozialer Arbeit keineswegs unbekannt. Im Gegenteil: Sie ist in ihrer Geschichte eng mit der Entwicklung sozialer Bewegungen verbunden. Soziale Bewegungen haben sogar entscheidende Impulse zur Entstehung und fachlichen Etablierung der beruflich wahrgenommenen Sozialen Arbeit geleistet (vgl. die Beiträge in Wagner (Hg.) 2009). Das Verhältnis von Sozialer Arbeit und sozialen Bewegungen kann als Wahlverwandtschaft beschrieben werden, »da von Sozialen Bewegungen soziale Probleme aufgegriffen werden, die mit tradierten Formen gesellschaftlicher Organisation nicht oder nicht hinreichend lösbar erscheinen. Dies sind vielfach auch die Probleme, mit denen Soziale Arbeit sich beschäftigt bzw. auf die Soziale Arbeit reagieren soll. Soziale Bewegungen zeigen notwendige Veränderungen an und beteiligen sich am Prozess der Umsetzung. Soziale Arbeit reagiert ebenfalls auf sozialen Wandel und hat die Aufgabe, bestehende und neue Unzulänglichkeiten gesellschaftlicher Verhältnisse zu bearbeiten« (Wagner 2009: 9).

Die Errichtung wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme und die Etablierung der beruflichen, fachlich qualifizierten Sozialen Arbeit stellte die Abwendung von mildtätigen, auf Zufall beruhenden Gaben und den damit einhergehenden Abhängigkeiten für bedürftige Menschen dar und stellte diesen individuelle Rechte entgegen, die darauf zielen, die Teilhabe der Gesellschaftsmitglieder zu sichern. Die Entstehung und Ausbreitung der »Tafeln« sowie ähnlicher Initiativen und die damit einhergehende Wiederkehr von karitativen Hilfsangeboten zur Linderung sozialer Notlagen irritiert vor diesem Hintergrund. Vielfach haben sich die lokalen »Suppenküchen, Tafeln, Kleiderkammern, kostenloses Mittagessen für Kinder, Arbeitslosenfrühstücks, Restaurants des Herzens und viele weitere Instanzen der karitativen Notversorgung [...] als Basisversorgung für Menschen etabliert, die in Armut bzw. in extremer Armut leben« (Lutz 2008, S. 8). Diese Form der Notversorgung zielt nicht auf eine fundamentale Veränderung der konkreten Lebenssituationen ab, sondern stellt eine Hilfeleistung dar, die das Leben

unter den gegebenen Umständen womöglich etwas erträglicher gestalten lässt.

Damit deutet sich eine neue Dynamik und Richtung der Spaltung Sozialer Arbeit (vgl. Lutz 2008) an, auf die einige WissenschaftlerInnen bereits seit längerem hinweisen (vgl. Bommers/Scherr 1996, Schaarschuch 1990): Zum einen wird die sozialpädagogische Logik zu einer zentralen Logik im Kontext des aktivierenden Sozialstaats, da es hier darum geht, Potenziale zu mobilisieren und Eigenverantwortlichkeit anzustoßen. Zum anderen entstehen Schattenbereiche des Wohlfahrtsstaats, in denen nurmehr zur Linderung sozialer Notlagen beigetragen wird, jedoch weder rechtlich garantierte und entsprechend einforderbare Leistungen erbracht werden, noch Ursachen der Armutslagen bekämpft werden. Mit dieser Transformation des bisherigen Systems der wohlfahrtsstaatlichen Armutsbekämpfung wandelt sich nicht nur das grundlegende Verständnis, was der »soziale Staat« leisten soll, sondern auch das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Verantwortung auf der einen Seite und Individuum auf der anderen Seite (vgl. Lessenich 2008).

Soziale Arbeit unter veränderten Vorzeichen und neuem Legitimierungsdruck

Die Lebensmittelausgaben der »Tafeln« und ähnliche Initiativen sind nicht nur eingebettet in die grundlegende Transformation der bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Armutsbekämpfung, sondern stehen durchaus symptomatisch für die seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zunehmend veränderte Wohlfahrts- und Fürsorgeökonomie und -kultur. Die rasante Etablierung und immense öffentliche Thematisierung der »Tafeln« können dabei als Symbol, aber auch als Ausdruck der neuen sozialen Spaltungsprozesse gelesen werden und somit auch als Ausdruck einer veränderten Armutspolitik. In der medialen Bild- und Symbolsprache werden die Lebensmittelausgaben in mehrfacher Hinsicht zu einem Sinnbild der neuen Armutspolitik stilisiert. In den Schlangen vor den Lebensmittelausgaben zeigt sich nicht nur eine neue Armut, sondern erhält auch ihr öffentliches Gesicht. Diese Sichtbarmachung führt bisher allerdings nicht zu einer Skandalisierung der massiv gestiegenen

Armutquoten, sondern eher zu einer verstärkten Moralisierung der Alltagspraxen armer Gesellschaftsmitglieder und deren öffentlichen Disziplinierung. Diese zeigt sich exemplarisch in der dualen Thematisierungsfigur der »berechtigten Armen« bzw. »lasterhaften Armen«. Wer zur »Tafel« oder ähnlichen Angeboten kommen darf, hat der ersten Gruppe anzugehören, so die hier genutzte Unterstellung. Die Nutzung durch die als »lasterhafte Arme« markierten Personen wird dagegen als unzulässig erklärt. Die Moralisierung ihres Verhaltens wird noch dadurch verstärkt, dass die Lebensmittelausgaben als primär bürgerschaftliche Angebote organisiert und präsentiert werden – ja ihr Engagement als herausragendes und zukunftsgestaltendes bürgerschaftliches Engagement thematisiert wird. Denn, so das Argument, die Lebensmittelausgaben tragen zur sozialen Sicherung bei, indem sie die Not von Menschen, die von Armut betroffen sind und deren Versorgung ansonsten nicht mehr gesichert ist, lindern. Ein solches philanthropisches Angebot »auszunutzen« scheint ein extremes Maß des Unmoralischen.

Die Tafeln und analoge almosenökonomische Angebote werden damit auf der einen Seite zu einem Sinnbild der lebendigen Zivilgesellschaft stilisiert und auf der anderen Seite stellt ihr Ausbau die Leistungsfähigkeit der sozialstaatlich organisierten Sicherungs- und Dienstleistungsstrukturen nicht nur in Frage, sondern delegitimiert deren Notwendigkeit.

Die professionelle Soziale Arbeit ist innerhalb dieses Prozesses keinesfalls ein Zaungast oder nur indirekt von diesen Transformationsprozessen betroffen. Wie gezeigt werden konnte, beteiligt sie sich vielerorts pragmatisch an den lokalen Lebensmittelausgaben und ähnlichen Initiativen oder initiiert sogar deren Auf- und Ausbau. Damit ist der grundlegende Wandel der bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Armutsbekämpfungsstrategien und Armutspolitik insgesamt längst mitten in der Sozialen Arbeit angekommen. Die neuen Konstellationen zwischen Lebensmittelausgaben und ähnlichen Angeboten und den bestehenden sozialen Dienstleistungsangeboten werden das Angesicht der zukünftigen Sozialen Arbeit, wie des Wohlfahrtsstaats insgesamt entscheidend prägen.

Umso überraschender ist es, dass eine deutlich differenzierte und informierte Positionierung der Sozialen Arbeit bisher erst an wenigen einzelnen Stellen zu beobachten ist. Dabei ist

die Frage, wie sich professionelle Träger aber auch Fachkräfte an jenen Initiativen beteiligen sollen, eine entscheidende Frage für die Gestalt(ung) der zukünftigen sozialen Dienstleistungslandschaft. Bisher verändern die Lebensmittelausgaben und ähnliche Initiativen die Soziale Arbeit eher schleichend und weitgehend unbeobachtet wie undiskutiert. Die ersten Initiativen der Positionierung, wie sie gegenwärtig in den Reihen der Wohlfahrtsverbände beobachtet werden können, sind daher überfällig.

In welche Richtung sich der Wandlungsprozess insgesamt vollziehen und mit welchen Konsequenzen er einhergehen wird, ist derzeit noch offen. Aus Sicht einer professionellen Sozialen Arbeit lassen sich allerdings notwendige Fragen an die »Tafeln« und ähnliche Initiativen formulieren: Inwiefern ist es ihnen möglich, nicht nur Überlebenshilfe, also Notversorgung zu leisten, sondern auch zu einer Befähigung ihrer NutzerInnen beizutragen, und inwiefern sind sie in der Lage, über die Linderung akuter Notlagen hinaus, Menschen bisher nicht verfügbare Handlungsperspektiven zu eröffnen? Diese Fragen deutlich hörbar zu stellen und auf ihre verbindliche Beantwortung zu drängen, ist u.E. für die professionelle Soziale Arbeit von dringlicher Wichtigkeit, zumindest solange sie als professionelle Instanz das Ziel einer Erweiterung oder zumindest Eröffnung von bisher nicht zugänglichen Handlungsmöglichkeiten ihrer AdressatInnen weiterhin anstrebt. Disziplinar sollte diese Arbeit durch eine Empirie der neuen Almosenökonomie unterstützt werden, in deren Mittelpunkt Fragen stehen müssen, wie diejenigen nach der Bedeutung der »Tafel«-Angebote für die AdressatInnen Sozialer Arbeit; nach möglichen Missachtungserfahrungen, die nach ersten Erkenntnissen mit der Nutzung von Lebensmittelausgaben einhergehen – bspw. in Form von Beschämung und sozialer Stigmatisierung –, und nicht zuletzt nach den Auswirkungen auf das Selbstwertgefühl und Selbstverständnis der AdressatInnen. Liegt eine solche Empirie vor und mischen sich die VertreterInnen der professionellen Sozialen Arbeit in die Verhältnisbestimmung von »Tafeln« und Sozialer Arbeit aktiv und informiert ein, dann wäre eine gute Ausgangsbasis für die dringende Auseinandersetzung um die Gestalt(ung) einer angemessenen zukünftigen Armutsbekämpfung gelegt.

Literatur

- Bommes, Michael/Scherr, Albert (1996): »Exklusionsvermeidung. Inklusionsvermittlung und/oder Exklusionsverwaltung. Zur gesellschaftstheoretischen Bestimmung Sozialer Arbeit«. In: Neue Praxis 26 (2), S. 107-123.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2006): Pressemitteilung: Ursula von der Leyen übernimmt Schirmherrschaft über die deutschen Tafeln, Pressemitteilung vom 14.12.2006.
- Bundespräsident (2007): Grußwort von Bundespräsident Horst Köhler beim Benefizkonzert in der Philharmonie am 2. Februar 2007 in Berlin. Bulletin der Bundesregierung (15-1), S. 1-3.
- Bundesregierung (2008): Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Dr. Petra Sitte, Roland Claus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion Die Linke. Drucksache 16/7807. Die Tafeln und ihre Bedeutung im sozialen Gefüge.
- Bundesverband Deutsche Tafel e.V. (2007): Die deutschen Tafeln in Zahlen. Ergebnisse der Tafel-Umfrage 2007. Bundesverband Deutsche Tafel e.V., Berlin.
- Deutscher Caritasverband (2008): Eckpunkte des Deutschen Caritasverbandes zur Beteiligung an existenzunterstützenden Dienstleistungen in Form von Lebensmittelläden, http://www.caritas.de/aspe_shared/form/download.asp?action=load&nr=241114&form_typ=6&ag_id=5, 1.3.2010.
- Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche (2010): »Es sollte überhaupt kein Armer unter Euch sein«. »Tafeln« im Kontext sozialer Gerechtigkeit. Positionspapier. Diakonie Texte, Berlin.
- Dorndorf, Michael (2009): Zweifelhafte Almosen. Kirchenbote. Wochenzeitung für das Bistum Osnabrück, (42), S. 2.
- Frick, Joachim R./Grabka, Markus M. (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. Wochenbericht des DIW 76 (4), <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/93785/09-4-1.pdf>, 2.8.2009.
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2009): Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen – zunehmende Bedeutung

- von Niedrigstlöhnen, IAQ-Report 2009-05, <http://www.iaq.uni-due.de/iaqreport/2009/report2009-05.pdf>, 3.8.2009.
- Kessler, Fabian (2009): Marked Silence, Neo-Feudalistic Reactions and the Stabilized Moral Regime – the Current De- and Reformation of ›the Social‹. In: *Social Work & Society* 7 (1), http://www.socwork.net/2009/1/essays/fabiankessler/Essay_FabianKessler.pdf, 25.7.2009.
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld.
- Lessenich, Stephan/Nullmeier, Frank (Hg.) (2006): Deutschland eine gespaltene Gesellschaft, Frankfurt und New York.
- Lutz, Roland (2008): Perspektiven der Sozialen Arbeit. Aus Politik und Zeitgeschichte, (12-13), S. 5–10.
- Schaarschuch, Andreas (1990): Zwischen Regulation und Reproduktion. Gesellschaftliche Modernisierung und die Perspektiven Sozialer Arbeit, Bielefeld.
- Strack, Christoph/Dorndorf, Michael (2009): Skandal für ein reiches Land. Eine lobenswerte Erfolgsgeschichte kommt in die Kritik. Kirchenbote. Wochenzeitung für das Bistum Osnabrück (42), S. 1.
- Wagner, Leonie (2009): »Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen – Einleitung«. In: *Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen*, hg. v. Leonie Wagner, S. 9–19.
- Wagner, Leonie (Hg.) (2009): *Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen*, Wiesbaden.

Wie fügen sich die Tafeln in das Bild einer solidarischen Stadt?

MONIKA ALISCH

Die Tafeln waren nicht das Ziel einer »sozialen Stadtentwicklung« und auch nicht der Ausdruck einer »solidarischen Stadt«. Dieser Begriff konnte sich nach seinem ersten nennenswerten Erscheinen als Buchtitel im Jahr 1993 ohnehin nicht lange halten – während der Untertitel »Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich« (Alisch/Dangschat 1993) sich durch die gesamten 1990er Jahre und später durch die Implementierungsgeschichte der Policy »Soziale Stadtentwicklung« in Deutschland zog.

Was kennzeichnet eine soziale/solidarische Stadt?

Mit dem Bild einer solidarischen Stadt ging es ursprünglich tatsächlich darum, deutlich zu machen, dass gesellschaftliche Modernisierung und wirtschaftliches Wachstum offenbar nur um den Preis zunehmender Polarisierungen in der Gesellschaft zu haben sind, die sich in räumlichen Abschottungen und entsprechenden funktionalen wie kategorialen Zuschreibungen der dort lebenden Menschen verfestigen: »Darüber geht die Solidarität verloren, zumindest werden mit der zunehmenden Zahl

gesellschaftlicher Distinktions-Dimensionen die Menschen, die als ›gleich‹ und ›gleichwertig‹ empfunden werden, immer weniger« (ebd.: 219). Unsere damalige Vermutung, dass (lokale) Bündnisse – wie sie mit der »Sozialen Stadt« Programmatik in- zwischen bundesweit mehrhundertfach initiiert wurden – letztlich Zweck- oder Notgemeinschaften darstellen, die genau so lange halten, wie sich die Partner davon Vorteile versprechen, ist empirisch zwar bisher nicht belegt, lässt aber die Reichweite von Solidarität auf dieser Ebene fraglich erscheinen. Nicht umsonst werden jetzt vereinzelt Studien aufgelegt, die die Nachhaltigkeit geschaffener Strukturen in Fördergebieten der Sozialen Stadt erforschen sollen (vgl. Endres 2010).

Spätestens seit dem globalen Finanz-GAU im Herbst 2008 scheint das von uns zu Beginn der 1990er Jahre formulierte Szenario der »unheiligen Allianz aus Wirtschaftswachstum und zunehmenden Ausgrenzungsprozessen, die eine wachsende Zahl von Menschen von den Erträgen dieses Wirtschaftens ausschließt« (Alisch/Dangschat 1993: 219), ein klares Abbild der Realität zu sein. Die Vorstellung einer »Stadtentwicklung des sozialen Ausgleichs« als Ausweg, mit einer klaren Vorfahrt für die sozialen Belange bei allen wesentlichen Entscheidungen der Kommunen (Sozialverträglichkeitsprüfung) wollte bei den Ursachen von »Armut *durch* Wohlstand« ansetzen, nicht bei den Folgen der Armut *im* Wohlstand. Während die Armutsforschung der 1990er Jahre diese Gleichzeitigkeit der Zunahme von Armut und Wohlstand thematisierte ging Jens S. Dangschats (1995) These der Armut *durch* Wohlstand darüber hinaus und definierte die Armutsentwicklung als »Zuspitzung sozialer Problematik in einer allgemeinen gesellschaftlichen Reaktion auf ökonomische Umstrukturierungen und deren politischer Regulation« (Dangschat 1999: 9), wobei die Art »städtischer Organisation von Gesellschaft [...] Armut verstärkt, selbst Armut erzeugt und räumlich konzentriert« (ebd.: 8).

Vor diesem Hintergrund sah sich der ursprüngliche Ansatz einer »solidarischen« oder sozial ausgleichenden Stadt sicher nur als »kleine Lösung«, die über ein ressortübergreifendes Zusammenlegen aller noch verfügbaren Ressourcen, eine breitere Entscheidungsbasis durch den Fokus auf den intermediären Bereich und konsequente Partizipation, die Ebene der Wohnquartiere als letzte Integrationsinstanz erhalten wollte. Die eigentli-

che Idee, nämlich Stadtentwicklungsentscheidungen an einer Strategie des sozialen Ausgleichs auszurichten, ging wesentlich weiter: Hier stand die konsequente Orientierung an den Bedürfnissen und Problemlagen der Bevölkerung auf gesamtstädtischer und kleinräumiger Ebene im Mittelpunkt. Mitgedacht wurden Systeme der bedürfnisbezogenen kommunalen Sozialberichterstattung, der Partizipation und der intermediären Aus handlung auf gesamtstädtischer Ebene.

Der sogenannte Quartiersansatz, der sich stadtentwicklungs politisch in Deutschland daraus entwickelte, nahm die Wohngebiete der Modernisierungsverlierer in den Blick: Jene Stadtteile der (Groß-)Städte, die für die Stadtentwicklung schon lange an Wert verloren hatten, die als Großwohnsiedlungen aufwendig nachzubessern sind und all jenen noch preis günstigen Wohnraum bieten, die sich auf dem freien Wohnungsmarkt nicht mehr angemessen versorgen können. Es ist somit kein Zufall, dass Anlaufstellen der Tafel vorwiegend dort in den Städten eingerichtet wurden, wo der Volksmund schon den »sozialen Brennpunkt« verortet hat.

Eine »kleine Lösung« zur Bewältigung von Armut durch Wohlstand sind auch die Tafeln, die nie den Anspruch hatten, bei den Ursachen von Armut anzusetzen. Sie haben sich zwar etwa zeitgleich, aber doch unabhängig von der stadtpolitischen Ausrichtung am Quartiersansatz in den (Groß-)Städten entwickelt. Hier ging es um schnelles Handeln, darum, die akute Not der Lebensbewältigung unter Armutsbedingungen zu lindern.

Ein prinzipiell richtiges Vorgehen, wenn man bedenkt, dass hunderte der Fördergebiete im Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt« locker ein Jahrzehnt »entwickelt« werden, bevor der notwendige Prozess des »Umdenkens«, des Veränderns von Strukturen innerhalb des administrativen Systems und der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit als annähernd umgesetzt bezeichnet werden kann. Das ist keine Kritik an der Praxis der Sozialen Stadt; Prozesse brauchen diese Zeit, Überlebensstrategien unter Armutsbedingungen haben diese Zeit jedoch nicht.

Dennoch sehe ich die Tafelarbeit nicht als Element der sozialen Stadt – weder in ihrer etablierten Form als strukturverbesserndes quartiersbezogenes Maßnahmenpaket noch in der »idealen« Version als »Strategie des sozialen Ausgleichs«:

Die »soziale Stadt« ist bis zur Auflage des Bund-Länder-Programms für »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf« eher Ausdruck der notwendigen Reform kommunaler Sozialstaatlichkeit gewesen. Ernst-Ulrich Huster (1997: 57) verwies auf die kommunale Selbstverwaltung, nach der es den Kommunen oblag, »Bürgerinnen und Bürger, die in Not geraten waren, im Rahmen der kommunalen Finanzkraft dann zu helfen, wenn andere Hilfesysteme versagten«. Und weiter: »In diesem Sinne war die Stadt immer eine soziale, zu denen kommunale, von Bürgern gestiftete Wohlfahrtseinrichtungen hinzu traten«. Die soziale Stadt ist also eigentlich ein sozialpolitischer Terminus, der auf die »Herausforderung und strukturelle Überforderung« der Kommunen (Hanesch 1997a: 29) als »Sozialstaat in Reserve« (ebd.: 34) deutete und vor allem als »Krise der sozialen Stadt« (ebd., Blanke et al. 1986, Häußermann/Siebel 1987) in die Fachdiskussion eingebracht wurde.

Für die Zukunft der sozialen Stadt in diesem krisenhaften Sinne steht das Bild der Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements als »neue Ressource und neue Perspektive für eine soziale Politik« (Hanesch 1997b: 9). Hier fügt sich die Idee der Tafelarbeit konzeptionell durchaus ein, wenn man dabei weniger die Verteilung wirtschaftlich als unbrauchbar definierter Lebensmittel im Blick hat, sondern stärker das Engagement derer, die diese Verteilungslogistik organisieren.

Ich würde nicht so weit gehen, dass die Tafeln nun ein Teil des Problems sind, weil sie einem Konzept von Wohltätigkeit entsprechen, das die soziale Arbeit seit dem 19. Jahrhundert geprägt hatte und letztlich das Vorhandensein von Armut in der Gesellschaft als Normalzustand akzeptiert hat. Die Tafeln und ihre rasante Popularität sind ein Indikator dafür, dass das Problem der Armut im und letztlich durch Wohlstand weiter wächst. Problematisch erscheint es mir jedoch, wenn Gesellschaft sich darauf einrichtet, dass es Armut in diesem Ausmaß gibt und dieser Tatbestand selbst nicht mehr skandalisiert wird.

Stattdessen wird die Armutsproblematik unter anderen Etiketten versteckt: Sie begegnet uns als Ethnisierung sozialer Probleme, wenn die Integrationsdefizite der ZuwanderInnen und ihrer Kinder und EnkelInnen kritisiert wird, als Bildungsproblem oder auch als Gesundheits- und Ernährungsproblem. Bis heute liegen keine politischen Strategien vor, die Armut in ei-

nem der reichsten Länder Europas auch nur annähernd bewältigen könnten. Eine moderne Gesellschaft hat so viel Armut, wie sie sich leistet, hieß es schon vor mehr als einem Jahrzehnt in der kritischen Armutsforschung, und »je ›ferner‹ und diskriminierbarer soziale Gruppen sind, desto leichter funktioniert die Entsolidarisierung«, stellte Jens S. Dangschat schon vor mehr als zehn Jahren (1999: 26) fest, »insbesondere wenn die ›Aufklärung‹ über deren soziale Lage bewusst einseitig dargestellt wird« (ebd.). In einer Mischung aus sozialwissenschaftlicher Resignation und politischer Ernüchterung ist im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts diese Beobachtung brandaktuell, wenn derzeit aus der liberalen Mitte heraus Hartz IV EmpfängerInnen diffamiert und kriminalisiert werden, ihre »spät-römische Dekadenz« (in den Warteschlangen der Tafeln und Wärmestuben) als Bedrohung des Wohlstands anderer dargestellt wird und sie – auch das ist nichts Neues – als selbstverantwortlich für ihre Lage als Modernisierungs- jetzt GlobalisierungsverliererInnen abgestempelt werden.

Vor diesem Hintergrund können die Tafeln nicht die Lösung der Armutproblematik durch Wohlstand sein. Es ist bis heute nicht einmal gelungen, sie zu »Mahnmalen gegen Armut« aufzubauen, deren Existenz in Politik und Gesellschaft eher peinlich und daher dringend zu überwinden sein müsste. Das Gegenteil ist der Fall: Engagierte Menschen, die ihre Freizeit damit verbringen, über weite Strecken zu fahren, um Lebensmittel einzusammeln, Familientüten zu packen und sich den Dank und Undank der Zielgruppe abzuholen, füllen ganze Reportageseiten in den Wochenendbeilagen der Lokalzeitung. Natürlich ist das bürgerschaftliche Engagement an dieser Stelle bewundernswert. Aber es ist auch bezeichnend, dass hier häufig RentnerInnen aktiv sind, die sich ausmalen können, selbst zur Risikogruppe der Tafel-KundInnen zu gehören. Und wieder stellt sich die Frage, ob es eine zivilgesellschaftliche Aufgabe ist, die Grundversorgung von Familien sicherzustellen. Mit Solidarität hat auch das nicht viel zu tun, denn hier solidarisiert man sich eben nicht mit seinesgleichen, sondern »hilft« »Bedürftigen«.

Es sollte nicht vergessen werden, dass es hier nicht darum geht, vorhandenen Wohlstand an reichhaltigen Lebensmitteln mit denen zu teilen, die sich gute Lebensmittel finanziell nicht

leisten können. Hier wird vielmehr das zur Weiterverwertung abgegeben, was man den zahlungsfähigen KundInnen im Supermarktregal nicht mehr zumuten mag – weil das Obst nicht mehr schön anzusehen ist oder nach Vorgaben des Handels nicht länger verkauft werden sollte.

Auch das Konzept der »Sozialen Stadt« ist nicht die Lösung des Armutproblems. Dies wurde und wird ebenfalls seit dem Entstehen dieser Policy angezweifelt, obwohl Armut nie wirklich der Fokus war: Ganz klar standen zwei Zielrichtungen im Vordergrund: Die Stabilisierung oder Verbesserung der Lebensbedingungen in gegenüber anderen städtischen Teilgebieten benachteiligten und benachteiligenden Stadtteilen einerseits und die bessere Verknüpfung vorhandener Ressourcen und Kompetenzen auf der administrativen und der lokalen Ebene andererseits - dort insbesondere durch Beteiligungsverfahren. Armut »zu bekämpfen« und sich dabei auf ausgewählte, abgegrenzte Territorien zu beziehen, während stadtweit bis global andere Ziele einer modernen Gesellschaft verfolgt werden, galt nie als ausreichend, allenfalls als Anfang.

Zurück zur Idee der »Solidarischen Stadt«: Durchgesetzt hat sich also der Begriff der »Sozialen Stadt« als Kurzformel des Quartiersansatzes. Damit war die Herausforderung, sich an der Messlatte der Solidarität (der Wohlhabenden mit den Ärmere(n?) zu messen, ebenso vom Tisch, wie der Anspruch auf einen sozialen Ausgleich innerhalb der Stadt(gesellschaft). Der ist zwar Teil des Sozialstaatsprinzips, warf aber im Kontext einer sozialen Stadtentwicklungspolitik ebenfalls Fragen auf, wie realistisch etwas ausgeglichen werden könnte, in sich sozial, ökonomisch und räumlich polarisierenden Städten.

Was könnten die Tafeln ermöglichen?

Die eingangs gestellte Frage, wie sich die Tafeln in das Bild einer »solidarischen Stadt« einfügen, ist nicht einfach zu beantworten. Die Antwort ist kein Jubelgeschrei über die Erfolgsgeschichten der Tafeln oder der sozialen Stadtentwicklung. Sie erinnert jedoch daran, dass einiges von dem, was in den 1990er Jahren als Ausweg aus der »Krise der sozialen Stadt« in Fachdiskursen ausgebreitet wurde, noch nicht die Realität von Poli-

tik und Gesellschaft erreicht. Ganz praktisch gesehen sollte die Tafelarbeit sich in eine Richtung entwickeln, die aus TafelkundInnen wieder Subjekte eigener Entscheidungen macht, die Anknüpfungspunkte für eigenen Bildungsfortschritt oder Beschäftigung oder generell Möglichkeiten der Teilhabe bietet. In Verbindung mit der Idee der Sozialen Stadt ginge es insgesamt wieder um solche Projekte und Strategien, die von den personellen, räumlichen, finanziellen und institutionellen Ressourcen ausgehen, die im Wohnquartier oder der Stadt (bei kleinen und mittleren Städten) vorhanden sind. Jede Unterstützung in prekären Lebenslagen knüpft dabei an die bei der Bewohnerschaft vorhandenen Potenziale, Fähigkeiten und Aktivitäten an und stärkt diese. Dabei müsste sichergestellt sein, dass Projekte sozialverträglich sind und ungewollte Nebenwirkungen rechtzeitig abgeschätzt werden können.

In diese normative Programmatik ordnet sich das Konzept der Tafeln ein, wenn die »Kunden« der Tafeln zu Verantwortlichen in der Tafelarbeit werden, wenn es nicht allein um das Abholen woanders überflüssiger Lebensmittel ginge, sondern um selbstorganisierte Weiterverwertung, verbunden mit Bildungsangeboten für eine sinnvolle Ernährung (Verbraucherzentralen) oder Möglichkeiten, die eigenen Kompetenzen zu erkennen und zu entwickeln.

Um es deutlich zu sagen: Vieles von dem, was ich hier zur Diskussion stelle, liest sich vielleicht wie ein historischer Rückblick in das ausgehende 20. Jahrhundert. Da aber die formulierten Ansprüche und Ziele einer Stadt des sozialen Ausgleichs, einer solidarischen Stadt (bis heute ist »die« Soziale Stadt nicht in die jeweiligen kommunalen Gesamtpolitiken eingebettet, selbst die stets erwünschte gleichzeitige Nutzung der Instrumente unterschiedlicher Ressorts ist nur dort möglich, wo bereits »Soziale Stadt« draufsteht) aus meiner Sicht noch immer Gültigkeit haben und sich die Problemlagen, auf die zu reagieren wäre, sich in fast 20 Jahren und über drei Regierungen hinweg verschärft statt gemindert haben, würde ich kein neues »Idealbild« der solidarischen Stadt zeichnen wollen.

Literatur

- Alisch, Monika/Dangschat, Jens S. (1993): Die solidarische Stadt – Ursachen von Armut und Strategien für einen sozialen Ausgleich, Frankfurt a.M.
- Blanke, Bernhard/Evers, Adalbert/Wollmann, Hellmut (Hg.) (1986): Die Zweite Stadt. Neue Formen lokaler Arbeits- und Sozialpolitik, Leviathan, Sonderheft 7, Opladen.
- Dangschat, Jens S. (1995): »Stadt« als Ort und als Ursache von Armut und sozialer Ausgrenzung«. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B31-32/95, S. 50-62.
- Dangschat, Jens S. (1999a): »Armut durch Wohlstand«. In: Modernisierte Stadt – Gespaltene Stadt. Ursachen von Armut und sozialer Ausgrenzung, hg. v. Jens S. Dangschat, Opladen, S. 13-44.
- Endres, Susanne (2010): Wie nachhaltig sind soziale Stadtentwicklungsprogramme? Eine Untersuchung am Beispiel Kassel-Brückenhof. MA Thesis im Studiengang Soziale Arbeit – Studienrichtung Sozialraumentwicklung und –organisation, Hochschule Fulda/Hochschule RheinMain, <http://www.sozialraumentwicklung.de> (i.E.).
- Hanesch, Walter (1997a): »Konzeption, Krise und Optionen der sozialen Stadt«. In: Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit, hg. v. Walter Hanesch, Opladen, S. 21-56.
- Hanesch, Walter (1997b): »Einleitung«. In: Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit, hg. v. Walter Hanesch, Opladen, S. 7-20.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (1987): Neue Urbanität, Frankfurt a. M.
- Huster, Ernst-Ulrich (1997): »Zentralisierung der Politik und Globalisierung der Ökonomie: Veränderung der Rahmenbedingungen für eine soziale Stadt«. In: Überlebt die soziale Stadt? Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit, hg. v. Walter Hanesch, Opladen, S. 57-76.

Beförderte die neuere Arbeitsmarktpolitik den Erfolg der Tafeln?

LUISE MOLLING

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und maroder öffentlicher Finanzen wurde mit der Agenda 2010 der wohl größte Umbau des Arbeitsmarkts und des Sozialsystems in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht. Nach dem Motto »Fordern und Fördern« sollte der »alimentierende« zu einem »aktivierenden« Sozialstaat umgestaltet und der Arbeitsmarkt flexibilisiert und dereguliert werden, um damit wachstums- und beschäftigungspolitische Effekte zu erzielen. Doch trotz des massiven Ausbaus prekärer Arbeitsverhältnisse (Zeit- und Leiharbeit, Mini- und Midijobs), der Lockerung des Kündigungsschutzes, der Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe und der Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln für die Arbeitsaufnahme wurde das primäre Ziel einer deutlichen Reduktion der Arbeitslosenzahlen eindeutig verfehlt.¹

1 Der offizielle statistische Rückgang von 4,5 Millionen Arbeitslosen im Jahr 2005 auf 3,4 Millionen im Jahr 2009 hält einer näheren Betrachtung nicht stand, da Unterbeschäftigte, also beispielsweise Personen in Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen, nicht in die Rechnung miteinbezogen werden. Die Zahl der Unterbeschäf-

Dafür zeigt der mit den Hartz-Gesetzen eingeleitete tiefgreifende Strukturwandel des deutschen Arbeitsmarktes und Sozialsystems andere Auswirkungen. Die Herausbildung eines von der Mehrheitsgesellschaft weitgehend abgekoppelten Bevölkerungsteils und die im Zuge der Individualisierung sozialer Risiken zunehmende Auflösung gesamtgesellschaftlicher Solidarität sind die offensichtlichsten Folgen der Agendapolitik. Auch die Entwicklung der Deutschen Tafeln hin zu einem professionellen und gesellschaftlich anerkannten Almosensystem ist eng mit diesen Phänomenen verbunden und lässt sich ohne die Hartz-Gesetzgebung als zentralen Katalysator nicht nachvollziehen.

Bei der Analyse dieser Zusammenhänge gilt es im Folgenden zunächst die konkreten gesetzlichen Neuregelungen zu benennen, die die Verbreitung des Tafelsystems begünstigt bzw. erst ermöglicht haben. Dazu zählt die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe im Rahmen des vierten »Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt« und das Instrument der »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung« (im Volksmund 1-Euro-Jobs), von dem die Tafeln ausgiebigen Gebrauch machen.

In einem zweiten Schritt werden die abstrakteren, individuellen und gesamtgesellschaftlichen Effekte nachgezeichnet, welche die mit den Arbeitsmarktreflexen flankierend vermittelte neoliberale Ideologie zeitigt. Der Wandel des Gerechtigkeitsbegriffs, die Neukonzeption der Arbeitslosigkeit als individuelles Versagen und die Unterordnung des Sozialen unter das ökonomische Prinzip sind als zentrale ideologische Neubestimmungen auch von großer Bedeutung für die umfassende Etablierung der Tafeln in Deutschland.

Neuregelungen der Arbeitsmarktpolitik

Die systematische Verarmung von Millionen von BundesbürgerInnen im Zuge der Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe und der Reduktion der Bezugsdauer des

tigten liegt derzeit bei gut 4,7 Millionen. Die reale Arbeitslosenzahl hat sich daher durch die Agenda 2010 keineswegs reduziert.

Arbeitslosengeldes (ALG) I auf maximal 18 Monate war die wohl wichtigste Voraussetzung für den »Erfolg« der Tafeln. Während die bisherige Arbeitslosenhilfe an das vorherige Einkommensniveau gekoppelt war und damit zumindest tendenziell den Erhalt des Lebensstandards ermöglichte, soll das ALG II nun lediglich das soziokulturelle Existenzminimum sichern, wie es sich aus dem ersten Artikel des Grundgesetzes und dem Sozialstaatspostulat ableitet. Der derzeitige, auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 2005 berechnete Eckregelsatz für eine alleinstehende Person beträgt 359 Euro monatlich, EhegattInnen oder PartnerInnen erhalten 90 Prozent, Kinder je nach Alter nur noch 60-80 Prozent des Gesamtbetrags. Der Bedarf von Kindern wurde nicht gesondert berechnet, sondern an den Erwachsenenregelsatz gekoppelt und nach Alter gestaffelt. Während es auf der Basis der herkömmlichen Sozialhilfe in zahlreichen Fällen möglich war, Sonderbedarf geltend zu machen, ist der Regelsatz nun pauschalisiert, das heißt, einmalige zusätzliche Kosten wie die Reparatur einer Waschmaschine müssen angespart werden.

Am 9. Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht die Berechnungsgrundlage der Hartz IV-Regelsätze für verfassungswidrig erklärt und bis Januar 2011 eine Neuberechnung eingefordert. Ob sich die Situation der Betroffenen und ihrer Kinder dadurch spürbar verbessern wird, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen. Zunächst stehen etwa 6,5 Millionen ALG II-BezieherInnen weiterhin täglich vor der Herausforderung, mit ihrem knappen Budget sämtliche Ausgaben zu bestreiten.

Dabei spielen die Lebensmittel der Tafeln eine wichtige Rolle, wie der sprunghafte Anstieg der Tafelausgabestellen nach Einführung des ALG II im Jahr 2005 zeigt. Nach Angaben des Bundesverbands der Tafeln nutzen über eine Million Menschen – größtenteils ALG II-EmpfängerInnen – die Angebote der Tafeln inzwischen regelmäßig. Dabei zeigt der hohe Anteil von minderjährigen TafelnutzerInnen (23,5 Prozent), wie schwierig es insbesondere ist, den Bedarf eines Kindes allein von den Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II zu decken. Der Gang zu den Tafeln ist eine Kompensationsstrategie, die bescheidene finanzielle Spielräume schafft – sei es für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, den Kinobesuch mit den Kindern oder die im Regelsatz nicht berücksichtigte Praxisgebühr.

Während die Leistungen nach dem SGB II entgegen des eigentlichen Anspruchs so niedrig bemessen sind, dass sie lediglich das bloße Überleben gewährleisten, ist es der Besuch bei den Tafeln, der eine einigermaßen ausgewogene Ernährung und auch die im soziokulturellen Existenzminimum eigentlich inbegriffene gesellschaftliche Teilhabe zumindest ansatzweise ermöglicht.

Die deutlich gestiegene Nachfrage nach den Lebensmitteln der Tafeln lässt sich also nur vor dem Hintergrund der aus der Hartz IV-Gesetzgebung resultierenden Verarmungseffekte verstehen. Auf der anderen Seite wäre aber auch das Angebot der Tafeln ohne die Nutzung eines Instruments dieser Arbeitsmarktreformen wohl kaum in der jetzigen Form aufrecht zu erhalten. Ohne den massenhaften Einsatz der »Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung« könnten die Tafeln den enormen logistischen Aufwand nur schwer bewältigen. Nach Auskunft des Bundesverbandes der Tafeln sind derzeit etwa zehn Prozent der 40.000 TafelhelferInnen über solche Arbeitsgelegenheiten beschäftigt. Da diese üblicherweise 20-30 Stunden pro Woche arbeiten, ist ihr Beitrag am gesamten Arbeitsvolumen aber weit höher zu veranschlagen als der der ehrenamtlichen Helfer, von denen wohl nur wenige so viel wöchentliche Zeit für ihr Engagement aufwenden. Beobachtungen bei der Berliner Tafel haben gezeigt, dass die 1-Euro-Jobber dort in erster Linie für die täglich anfallenden Arbeiten eingesetzt werden, die die freiwilligen HelferInnen nicht gerne verrichten, beispielsweise für das Aussortieren von faulem Obst und Gemüse, Reinigungsarbeiten oder Fahrdienste (vgl. auch Selke 2008: 124f.). Die gesellschaftliche Spaltung wird so innerhalb des Tafelsystems reproduziert: Auf der einen Seite die ehrenamtlichen HelferInnen, deren reguläre Arbeit oder ausreichende Rente ein solches unbezahltes Engagement erst ermöglicht, auf der anderen Seite die Arbeitslosen, die sich so ihr ALG II ein wenig verbessern und gleichzeitig hoffen, auf diesem Wege eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden. Diese mit den Arbeitsgelegenheiten verbundene Zielsetzung tritt jedoch nur in den wenigsten Fällen ein, stattdessen trägt der Einsatz der staatlich subventionierten Billig-Jobber bei den Tafeln dazu bei, die Arbeitslosenstatistik zu schönen und gleichzeitig die

schlimmsten Folgen der politisch intendierten Verarmung einzuhegen.

Die gesetzlichen Neuregelungen im Zuge der neueren Arbeitsmarktpolitik haben also sowohl die Nachfrage nach den Lebensmitteln der Tafeln deutlich erhöht als auch den Ausbau des Angebots ermöglicht. Auch die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Tafeln und die Tatsache, dass sich eine Million Menschen der demütigenden Situation aussetzen, für die Abfälle der Mehrheitsgesellschaft anzustehen, erschließt sich nur, wenn man den ideologischen Wandel, der sich mit der Agenda 2010 vollzogen hat, in die Analyse mit einbezieht.

Konsequenzen des ideologischen Wandels

Schon das die Arbeitsmarktreformen begleitende Motto »Fördern und Fordern« macht deutlich, wie sehr die Agenda 2010 vom neoliberalen Menschenbild geprägt ist, nach dem ein jeder »seines Glückes Schmied« und somit auch für sein Unglück selbst verantwortlich ist. Während Arbeitslosigkeit bisher als ein gesellschaftliches, für jeden gleichermaßen geltendes Risiko betrachtet wurde, impliziert der Leitspruch »Fördern und Fordern« ja bereits, dass ein solches Fordern überhaupt nötig ist, dass Druck auf die Arbeitslosen ausgeübt werden muss, damit sich diese aus der »sozialen Hängematte« erheben und wieder in den Arbeitsmarkt integrieren.

Der eklatante strukturelle Mangel an Arbeitsplätzen wurde also weitgehend ignoriert, der Glaube an die Vollbeschäftigung trotz der offensichtlichen, bereits über Jahrzehnte andauernden Stagnation des Arbeitsvolumens künstlich aufrechterhalten. Obwohl die deutliche Differenz zwischen der Zahl der Arbeitslosen und der verfügbaren Arbeitsplätze auf andere Ursachen hinweist, konzipierte man die mangelnde Eigenmotivation der Betroffenen als zentrale Ursache der hohen Arbeitslosigkeit. Diese Umdeutung der Arbeitslosigkeit vom allgemeinen Risiko, das jedeN gleichermaßen treffen kann, zum Ergebnis individuellen Versagens hat der gesamtgesellschaftlichen Solidarität, wie sie in der Sozialstaatstheorie einst formuliert wurde, den Boden entzogen – und dies ausgerechnet zu einer Zeit, in der angesichts von mehreren Millionen dauerhaft Erwerbslosen

diese Solidarität für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtiger wäre denn je.

Begleitet und theoretisch fundiert wurde die Individualisierung des sozialen Risikos Arbeitslosigkeit durch die aggressive Propagierung der neoliberalen Theorie der Leistungsgerechtigkeit, die eine starke Wirkungsmacht entfaltet. Im Gegensatz zum Konzept der Bedarfsgerechtigkeit, das die gerechte Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen von individuellen Bedürfnissen ableitet, ist aus dieser Perspektive der materielle Reichtum der/des Einzelnen gerechtes Ergebnis ihrer/seiner individuellen Leistung. Genauso wie der relative Wohlstand der »Leistungsträger« in der Gesellschaft als gerecht dargestellt wird, erscheint die Armut der Geringverdienenden und Arbeitslosen aus dieser Perspektive als quasi natürliches und gerechtes Ergebnis ihrer »Leistungsverweigerung«. Auch wenn dabei verkannt wird, dass wirtschaftlicher Erfolg unter marktwirtschaftlichen Prinzipien keineswegs zwingend mit Leistung einhergehen muss und umgekehrt Leistung auch nicht von wirtschaftlichem Erfolg gekrönt sein muss, ja der Begriff an sich als objektiver Maßstab gänzlich unbrauchbar ist (vgl. Butterwege 2008: 156), sind die diskursiven Effekte der einseitigen Fixierung auf das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit deutlich zu spüren. Bestärkt durch zahlreiche mediale Hetzkampagnen gegen vermeintlich arbeitsfaule und sich durch staatliche Transfers bereichernde Hartz-IV-Empfangende sowie ins gleiche Horn stoßende PolitikerInnen macht sich ein »Sozialneid von oben« breit, der in jüngster Zeit gar in den Feuilletons seriöser Zeitungen ein Forum findet (exemplarisch Sloterdijk 2010).

Da die Konzeption der Arbeitslosigkeit als allgemeines Risiko die Basis für solidarische Leistungen der Gesellschaft bildete, führt nun die Umdeutung der Arbeitslosigkeit zum Resultat individuellen Scheiterns bzw. die Wiederentdeckung des »unwürdigen« Armen zwangsweise zur Auflösung dieser gesellschaftlichen Solidarität. Solange Arbeitslosigkeit ähnlich einer Krankheit jeden unverschuldet treffen kann, wird die solidarische Hilfe für den Betroffenen kaum in Frage gestellt. Sobald aber angenommen wird, dass Arbeitslose ihre Lage selbst herbeigeführt haben oder gar im Verdacht stehen, an dieser nichts ändern zu wollen, werden sie von BürgerInnen mit sozialem

Rechtsanspruch zum BittstellerInnen, die für jegliche Unterstützung dankbar sein können.

Nur vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Entsolidarisierungstendenzen ist zu verstehen, dass die Entwicklung eines modernen Almosensystems, wie es durch die Tafeln verkörpert wird, nicht von öffentlichem Protest, sondern im Gegenteil von hoher gesellschaftlicher Anerkennung begleitet war und ist. Während der solidarische Ausgleich auf Augenhöhe gesellschaftlich immer mehr an Rückhalt verliert, konnte das Almosenprinzip, das immer ein Gefälle zwischen Gebendem und Nehmendem voraussetzt, eine Renaissance erleben. Die freiwillige, barmherzige Gabe tritt so an die Stelle des materiellen Rechtsanspruchs; der »schuldige« Arme darf gegenüber den produktiven Leistungsträgern der Gesellschaft keinen Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben erheben, sondern lediglich auf deren edle Spende hoffen. Nicht zufällig wird der Abbau sozialer Rechte (im neoliberalen Politjargon meist »Förderung der Eigenverantwortung« genannt) von zahlreichen medialen und politischen Kampagnen zur Stärkung der Bürgergesellschaft und des freiwilligen bzw. ehrenamtlichen Engagements begleitet (vgl. Molling 2009). Die anhaltende Forderung nach der Entlastung der »Leistungsträger« von den Kosten des staatlich vermittelten sozialen Ausgleichs findet so ihre Entsprechung in der steigenden Zahl mildtätiger Stiftungen und Vereine, in deren Rahmen die schlimmsten Folgen des sozialpolitischen Rückzugs auf freiwilliger Basis befriedet werden. Paternalistische Denkmuster spielen hierbei ebenfalls eine Rolle, da man den leistungsscheuen und ungebildeten Armen die Fähigkeit zum vernünftigen Umgang mit finanziellen Leistungen abspricht und über die Ausgabe von Sachspenden deren Kontrolle und Erziehung sicherstellen will.

Der mit der Agenda 2010 eingeleitete ideologische Wandel zum »schuldigen« bzw. »unwürdigen Armen« findet seine Entsprechung auch in der psychischen Lage der Betroffenen, die trotz des offensichtlichen Mangels an Arbeitsplätzen nicht etwa aufbegehren und selbstbewusst ihre Rechte einfordern, sondern demütig bei den Tafeln um Unterstützung bitten. Wenn Armut als selbst verschuldetes Schicksal erlebt wird, tritt an die Stelle des Widerstands gegen den Abbau sozialer Rechte und den Kampf um die Veränderung politischer Verhältnisse die pure

Dankbarkeit für jedwedes Almosen, das die äußere Not ein wenig lindert. Anstatt Ausgangspunkt für eine Politisierung der verarmten und marginalisierten Bevölkerung zu sein, dienen die deutschen Tafeln so zunehmend als Treffpunkte einer abgeschotteten »Parallelgesellschaft«, die angesichts mangelnder Perspektiven und der erlebten Stigmatisierung durch die arbeitende Mehrheitsgesellschaft unter ihresgleichen Trost findet.

Das System der Tafeln im Kontext der neuen Arbeitsmarktpolitik

Die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Tafeln lässt sich also durch die Neukonzeption der Arbeitslosigkeit als Ergebnis individuellen Versagens und daraus entstehender gesellschaftlicher Entsolidarisierungstendenzen erklären. Doch erst wenn man sich die spezifische Logik des Tafelprinzips vor Augen führt, zeigt sich, dass die Tafeln ein geradezu idealtypisches Symbol der neuen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Ära sind, in der die Verarmung und gesellschaftliche Exklusion eines großen Bevölkerungsteils im Interesse des möglichst reibungslosen Ablaufs der Marktprozesse in Kauf genommen wird.

Nach dem Motto »Sozial ist was Arbeit schafft« wurde mit der Agenda 2010 die Senkung der Arbeitslosenzahlen zum Selbstzweck, ganz unabhängig von den sozialen Folgen einer solchen Politik. Anstatt nach Konzepten zu suchen, wie das aufgrund steigender Produktivität bereits seit den sechziger Jahren stagnierende Arbeitsvolumen auf die größere Zahl erwerbsfähiger Bürger verteilt oder den Betroffenen ein menschenwürdiges Leben auch unabhängig von der Erwerbsarbeit ermöglicht werden kann, wurde der deutsche Arbeitsmarkt mit der Agenda 2010 amerikanisiert, das heißt, die Schwächung sozialer Rechte ging einher mit dem massiven Ausbau prekärer Beschäftigung und der Etablierung eines Niedriglohnssektors, der inzwischen der zweitgrößte nach den Vereinigten Staaten ist. Während man die Arbeitgeber deutlich entlastete, wurde der Druck auf die Arbeitslosen, Arbeit auch zu schlechten Konditionen anzunehmen, durch die drohende Verarmung, die Senkung der Zumutbarkeitsgrenzen und die zahlreichen Sanktionsmöglichkeiten deutlich erhöht. Zudem zeigen die Angst

vor dem sozialen Absturz und die Konkurrenz durch staatlich subventionierte Geringverdienende enorme disziplinierende Effekte auf die ArbeitnehmerInnen. Im Rahmen der Agenda 2010 wurde demnach im Interesse des primären Ziels – der Senkung der Arbeitslosenzahlen durch wirtschaftliches Wachstum – die Verarmung von Millionen von BundesbürgerInnen sowie die Schaffung eines allgemeinen Klimas der Angst und Unsicherheit durch soziale Entrechtung in Kauf genommen. Mit dem Argument, dass wirtschaftliches Wachstum letztlich der gesamten Bevölkerung zugute komme, wurde das Soziale dem ökonomischen Interesse untergeordnet und hat mittlerweile nur noch eine Berechtigung, wenn es selbst marktwirtschaftlichen Prinzipien folgt oder diesen zumindest nicht entgegensteht.

Das System der Tafeln folgt dem gleichen Prinzip, da die Hilfe für die Armen durch das Einsparen der Entsorgungskosten und die steuerliche Absetzbarkeit der Lebensmittelspenden noch den wirtschaftlichen Profitinteressen dient. Während die Sozialabgaben den Gewinn der Unternehmen schmälern, kann mit dem Spenden überschüssiger Waren an die Tafeln der Profit also noch gesteigert werden. Auch die zahlreichen Sponsoren können durch die Unterstützung der Tafeln ihr öffentliches Image verbessern und damit zumindest indirekt ihre Absatzchancen steigern. Das mit der Agenda 2010 umgesetzte Leitbild der »Ökonomisierung des Sozialen« wurde demnach innerhalb des Tafelsystems geradezu perfektioniert.

Selbst wenn man nicht soweit gehen will, die Existenz der Tafeln allein auf das Engagement der an den Hartz-Gesetzen beteiligten Unternehmensberatung McKinsey zurückzuführen (vgl. Heck 2005) – sie also als strategisch bewusst geplanten Teil der neoliberalen Umstrukturierungen zu betrachten –, ist nicht zu leugnen, dass die Tafeln in der Verkehierung des Subsidiaritätsprinzips Notlagen lindern, die erst durch die systematische Verarmung im Rahmen der Hartz IV-Gesetzgebung entstanden sind. Sie werden so – ob beabsichtigt oder nicht – zum Erfüllungsgehilfen des sozialstaatlichen Rückzugs. Durch den massenhaften Einsatz der 1-Euro-Jobber profitieren die Tafeln zudem noch von den staatlich subventionierten billigen Arbeitskräften, wie es sie seit den Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 zu Hunderttausenden gibt. Das System der Tafeln passt

schließlich aufgrund seiner inhärenten Logik, in der das Soziale den ökonomischen Interessen dient, sehr gut zur aktuellen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, in welcher soziale Rechtsansprüche in erster Linie als Hindernisse des freien Wettbewerbs aufgefasst werden. Und auch die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Tafeln ist ohne den ideologischen Wandel, der Arbeitslosigkeit und Armut von einem politischen zu einem individuellen Problem umkonzipiert und an die Stelle der strukturellen Armutsbekämpfung auf Basis eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses die individuelle Befriedung von Armut auf Basis von Nächstenliebe und Wohltätigkeit treten lässt, nicht zu erklären.

Fazit

Die neuere Arbeitsmarktpolitik hat demnach maßgeblich zum »Erfolg« der Tafeln beigetragen. Ohne einen grundlegenden Politikwechsel wird das »System Tafeln« wohl weiterhin wachsen, sich mit der Unterstützung von Lebensmittelbanken und Sponsoren zunehmend professionalisieren und für immer größere Teile der Bevölkerung zu einer wichtigen Anlaufstelle werden. Die Entstehung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft findet so ihre Entsprechung in der Herausbildung einer Zwei-Klassen-Ökonomie, innerhalb derer die ökonomisch »überflüssigen« Teile der Bevölkerung von den Überschüssen der Mehrheitsgesellschaft leben (vgl. Lorenz 2009). Die neuere Arbeitsmarktpolitik hat diese gesellschaftliche Spaltung verschärft und auch die Tafeln tragen nicht zu deren Linderung bei. Vielmehr findet die gesellschaftliche Exklusion der arbeitslosen und arbeitenden Armen bei den Tafeln ihre räumliche Entsprechung, denn die Ausgabestellen und Tafelläden sind der Ort, an dem sie Nahrung und manchmal auch Trost, jedoch keinesfalls einen Weg aus der Armut finden.

Der »Erfolg« der Tafeln ist das Resultat einer Politik, die politische Armutsbekämpfung durch Wohltätigkeit ersetzt und das Fundament unserer Demokratie durch den Abbau sozialer Rechtsansprüche immer mehr untergräbt. Dabei hat gerade die globale Finanzkrise gezeigt, dass Arbeitslosigkeit keineswegs Ergebnis leistungsscheuer Arbeitsloser und zu hoher staatlicher

Transfers ist, sondern ausreichende sozialstaatliche Sicherung im Gegenteil unerlässlich ist, um gerade in Krisenzeiten Einkommen und Konsumnachfrage zu stabilisieren. Nicht nur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch aus ökonomischer Perspektive ist es daher unerlässlich, politische Antworten auf die strukturelle Massenarbeitslosigkeit zu finden, die sich nicht in der systematischen Verarmung und Entrechtung von Arbeitslosen und ArbeitnehmerInnen erschöpfen.

Ehrenamtliches Engagement ist durchaus wünschenswert, solange es staatliche Leistungen ergänzt. Die politische Instrumentalisierung der Tafeln überschreitet jedoch eindeutig Grenzen, wenn die Vergabe von Almosen das staatlich garantierte Recht auf ein ausreichendes – das heißt nicht nur das bloße Überleben, sondern auch soziale und kulturelle Teilhabe ermöglichendes – Einkommen ersetzt. Nur ein von Gegenleistungen unabhängiger Rechtsanspruch auf ausreichende soziale Sicherung kann die Freiheit, Unabhängigkeit und Würde jedes Einzelnen bewahren. Das Almosensystem der Tafeln ist ideal, um – wie es zu Beginn der Fall war – denjenigen Nothilfe zu leisten, die wie Obdachlose oder Drogensüchtige aus dem sozialen Netz gefallen sind. Wenn ein solches System jedoch in einem der reichsten Länder der Welt zum institutionalisierten Bestandteil des sozialen Netzes wird, ist dies keineswegs als »Erfolg« zu werten, sondern als wahres Armutszeugnis einer verfehlten Politik.

Literatur

- Butterwegge, Christoph (2008): »Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-) Politik«. In: Kritik des Neoliberalismus, hg. v. Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak, 2. Auflage, Wiesbaden, S. 135-215 .
- Heck, Klaus (2005): ... die im Dunkeln sieht man nicht, Telepolis, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20576/1.html>, 26.07.2005.
- Lorenz, Stephan (2009): »Die Tafeln zwischen Konsumismus und ›Überflüssigkeit‹. Zur Perspektive einer Soziologie des Überflusses«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung

und Armutsintervention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 65-82.

Molling, Luise (2009): »Die Tafeln und der bürgergesellschaftliche Diskurs aus gouvernementalistischer Perspektive«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 157-174.

Selke, Stefan (2008): Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird, Münster.

Sloterdijk, Peter (2010): »Wider die Verteufelung der Leistungsträger«. In: Süddeutsche Zeitung, 06.01.2010.

Übernehmen Unternehmen mit ihrer Unterstützung der Tafeln gesellschaftliche Verantwortung?

STEFANIE HIß

Unternehmen unterstützen in Deutschland seit den 1990er Jahren die Tafeln durch ihre Spenden und ihr Sponsoring. Damit übernehmen sie gesellschaftliche Verantwortung im Sinne einer Unterstützung von einer zunehmenden Anzahl von Bedürftigen, deren Bedarfe im Zuge des Abbaus sozialstaatlicher Leistungen nicht gedeckt werden können. Betrachten wir jedoch diese Unterstützungsleistung in einem übergreifenden Kontext, so ist die Frage nach der gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme von Unternehmen nicht mehr so eindeutig zu beantworten. In diesem Beitrag wird argumentiert, dass die Tafeln Ausdruck einer Entwicklung von einer impliziten zu einer expliziten gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme sind. Erst der Abbau von Sozialstaatlichkeit hat diejenigen Räume geschaffen, in denen sich Unternehmen nun über ein explizites, ein freiwilliges und über die gesetzlichen Regelungen hinausgehendes gesellschaftliches Engagement ein gutes Image verschaffen können. Und *vice versa*: Indem sich die Tafeln seit nunmehr 15 Jahren institutionalisieren, legitimieren und befördern sie den Abbau sozialstaatlicher Ansprüche zu Gunsten privater, quasi-marktlicher Tafel-Almosen. In den folgenden Abschnitten wird zuerst eine begriffliche Annäherung an die

gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen und die Tafeln gesucht. Im Anschluss wird der Wandel von einer impliziten zu einer expliziten gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme von Unternehmen am Beispiel der Tafeln analysiert. Ein kritisches Resümee beschließt den Beitrag.

Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen – eine begriffliche Annäherung

Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen – oder auch *Corporate Social Responsibility* (CSR) – ist ein Trend, der in dieser Explizierung in den 1990er Jahren aus dem angloamerikanischen Raum in Deutschland angekommen ist. Inwieweit Tafeln als CSR betrachtet werden können, hängt von der zu Grunde gelegten CSR-Definition ab. Bisher konnte sich keine einheitliche Definition, Systematisierung oder Kategorisierung durchsetzen. Anknüpfend an die Europäische Kommission (2001: 8), die in ihrem Grünbuch CSR als ein Konzept bezeichnet, »das den Unternehmen als Grundlage dient, um auf freiwilliger Basis soziale und ökologische Belange in ihre Unternehmenstätigkeit und in ihre Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren«, stellt auch die deutsche Bundesregierung die Freiwilligkeit von CSR in den Mittelpunkt ihrer Politik (Rat für Nachhaltige Entwicklung 2006). Die freiwilligen Lebensmittelspenden und das Sponsoring sind in diesem ersten, sicherlich noch sehr oberflächlichen Zugriff auf die Thematik also als CSR zu verstehen. Vor allem die freiwilligen Lebensmittelspenden sind eng mit der unternehmerischen Wertschöpfungskette verbunden und sparen Entsorgungskosten und Steuern (Selke 2009b: 74). Die Wertschöpfungskette wird jedoch nicht zugunsten einer Reduktion von Überflussproduktion umgewandelt, sondern lediglich in ihrem letzten Glied – Entsorgung oder Spende – modifiziert. Gerne fügen die Unternehmen in ihrer Selbstdarstellung der großzügigen Spende für sozial Bedürftige noch den ökologischen Aspekt der optimierten Ressourcennutzung hinzu. Im Sinne einer *Win-win-Situation* liegt bei dieser Betrachtung die unternehmerische Motivation zur Beteiligung an den Tafeln auf der Hand – die Unternehmen sparen Kosten und »gewinnen« Image, die Bedürftigen »gewinnen« eine bes-

sere Versorgung mit Lebensmitteln. Die Gemeinwohlorientierung geht mit einer gehörigen Portion »Privatwohlorientierung« der Unternehmen einher. Das »Tafelsystem [fügt sich, S.H.] reibungslos in den wirtschaftlichen Kreislauf« (Molling 2009: 168) ein.

Etwas anders gelagert ist das Engagement derjenigen Unternehmen, die nicht spenden, sondern sponsern. Bei der kostenlosen steuerlichen oder organisatorischen Beratung oder der Finanzierung von Schutzbriefen für Autopannen der benötigten Fahrzeuge modifizieren die Unternehmen nicht ihre Wertschöpfungskette im Hinblick auf eine höhere Gemeinwohlorientierung, sondern stellen davon unabhängig eine Dienstleistung oder auch einen Geldbetrag zur Verfügung. Hier befinden wir uns noch eindeutiger im Bereich der aus den USA bekannten *Charity-Projekte*, die vom eigentlichen unternehmerischen Kerngeschäft unabhängig sind. Diese CSR-Tätigkeiten erlauben den Unternehmen keine über die steuerliche Vergünstigung der Spende hinausgehende Kostenreduktion, bringen aber ebenfalls das Potential eines positiven Imagegewinns durch CSR mit sich.

Doch wie tiefgründig kann hier wirklich von einer gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen gesprochen werden? Wie bereits herausgestellt, ist die Modifikation der unternehmerischen Wertschöpfungskette gering bis nicht vorhanden. Am eigentlichen Prozess des Wirtschaftens wird nichts verändert. Die Tafeln setzen keine Anreize zur Reduktion der Produktion von Überfluss, sie verdeutlichen uns lediglich, wie enorm die produzierten Überflüsse im Lebensmittelbereich sind (Lorenz 2009b). Ein Engagement für die Tafeln bringt für die Unternehmen in der Regel kein darüber hinausgehendes Umdenken der Wirtschaftsweise im Sinne einer umfassenderen sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit mit sich. Während die Arbeitsbedingungen etwa von Lidl in der medialen Kritik stehen, bietet die Handelskette zeitgleich den KonsumentInnen die unkomplizierte Spende des Pfandes von Flaschen an die Tafel an und spendet deutschlandweit Lebensmittel (Bundesverband Deutsche Tafel e.V. o.J.). Dieses beliebig herausgegriffene Beispiel zeigt, dass sich auf der einen Seite Unternehmen explizit um ein positives CSR-Image bemühen und für die Tafeln engagieren können, während sie auf der anderen Seite die sozi-

alen und ökologischen Bedingungen im unternehmerischen Produktions- oder Dienstleistungsprozess nicht zu Gunsten einer gesellschaftlichen Wohlfahrtsorientierung zu modifizieren versuchen.

Für Unternehmen geht die Tafelinitiative also mit relativ wenig Aufwand einher, dem Kostenersparnisse und die Chance auf ein positives Image gegenüber stehen. Für die Tafeln und vor allem für ihre »KundInnen« ergibt sich durch diese Initiativen ein hoher Nutzen durch die ergänzende Versorgung mit Lebensmitteln. Können wir also die Tafelbewegung als eine CSR-Erfolgsgeschichte interpretieren? Nicht uneingeschränkt, denn eine Betrachtung der Tafeln als solcherart unternehmerische CSR-Tätigkeit würde dem Phänomen nicht gerecht werden, wenn wir es bei dieser Feststellung beließen. Der enorme Anstieg der Gründung von Tafeln in Deutschland seit 1993 mit seinen langfristigen Implikationen kann nur im Kontext eines strukturell-institutionellen Wandels verstanden und in diesem Rahmen sowohl umfassend als auch kritisch eingeordnet werden.

Von impliziter zu expliziter Verantwortung

Die Tafeln sind in den 1990er Jahren in einer Zeit entstanden, in der sich der staatliche Rückzug aus der sorgenden Wohlfahrtsstaatlichkeit anbahnte (Becker 2009). Im Zuge der Agenda 2010 und der Hartz-IV-Gesetzgebung haben sie seit der Jahrtausendwende ihren größten Wachstumsschub erfahren (Selke 2009a: 25, weiterführend Molling 2009: 162). Rohrman (2009) zeichnet nach, wie im deutschen Sozialstaat einklagbare Rechtsansprüche zunehmend durch unverbindliche Almosen ersetzt werden. »Das Tafelwesen boomte [...] Die Kehrseite: Einst einklagbare, existenzsichernde sozialstaatliche Leistungen wurden zunehmend durch Almosen substituiert. An die Stelle gesetzlich garantierter sozialstaatlicher Armutsbekämpfung traten [solange der Vorrat reicht] private Hilfen, welche die Folgen von Armut etwas abmilderten« (Rohrman 2009: 150). Die Tafeln sind somit Ausdruck eines Wandels weg von staatlicher Sozialleistung hin zum Aufbau privat organisierter Wohlfahrtsstrukturen.

Ebenfalls seit den 1990er Jahren können wir beobachten, dass sich Unternehmen in Deutschland in vielen gesellschaftlichen Bereichen unter dem Stichwort CSR engagieren. Unternehmen haben eigene CSR-Abteilungen gegründet, in denen regelmäßig CSR-Berichte verfasst werden, haben sich zu CSR-Allianzen wie zum Beispiel *Econsense* zusammengeschlossen, sind dem *Global Compact* oder anderen internationalen CSR-Initiativen beigetreten, führen intensive Dialoge mit – auch – unternehmenskritischen *Stakeholdern* und vermarkten sich im Sinne von CSR als gesellschaftlich verantwortliche Unternehmen (Hiß 2006). Matten und Moon (2008) unterscheiden diese Form der expliziten CSR von einer impliziten CSR, die sich in Institutionen und Gesetzen manifestiert. Dies ist eine Differenzierung, die auch zur weiteren Einordnung des unternehmerischen Engagements für Tafeln hilfreich ist.

Die institutionelle Einbettung unternehmerischer Verantwortung differiert von Land zu Land und ist Resultat eines historischen Ringens um die Rechte und Pflichten und die Freiheiten und Verantwortlichkeiten des Staates und von Unternehmen. In einigen Ländern, z.B. in Deutschland, übernimmt der Staat traditionell die primäre Verantwortung für Soziales. Dies bedeutet nicht, dass er die alleinige Verantwortung dafür trägt, sondern dass er seine staatlichen Möglichkeiten nutzt, auch andere gesellschaftliche Akteure, insbesondere Unternehmen, dafür in die Pflicht zu nehmen. Indem er beispielsweise Gesetze zum Arbeitnehmerschutz erlässt, definiert er implizite Verantwortungsstandards und verpflichtet Unternehmen zur Einhaltung dieser Regeln. In anderen Ländern, z.B. in den USA oder Großbritannien, übernimmt der Staat zwar auch in vielen Bereichen Verantwortung für Soziales, hält sich in anderen Bereichen aber bewusst davon zurück und überträgt diese Verantwortlichkeiten auch nicht an andere Akteure. Das Ausmaß impliziter Verantwortungsstandards ist hier geringer ausgeprägt. Die Vorgehensweise dieser Staaten resultiert aus der liberalen Vorstellung, nach der der Staat nur den allgemeinen Rahmen setzt und im Gegenzug anderen Akteuren Gestaltungsraum belässt, von ihnen aber gleichzeitig erwartet, dass sie diesen Raum verantwortungsvoll ausfüllen. In diesem Gestaltungsraum, frei von Gesetzen oder impliziten Vorgaben, hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA das Konzept einer expliziten

CSR entwickelt, das seit gut zwanzig Jahren auch in anderen Teilen der Welt zunehmend Verbreitung findet. US-amerikanische Unternehmen engagieren sich innerhalb dieses Rahmens schon lange freiwillig für gesellschaftliche und über das gesetzlich verbindliche Maß hinausgehende Belange. So hatten auch die ersten Entwicklungen der heutigen Tafeln, bekannt unter dem Begriff »Second Harvest«, ihre Ursprünge in den USA. Die Verbreitung dieser Idee und Praxis einer als explizit verstandenen CSR in koordinierten Kapitalismen vollzieht sich jedoch erst allmählich (Brammer/Pavelin 2005; CCCD 2007; Habisch et al. 2005; Maignan/Ralston 2002).

Vor allem in Deutschland war eine explizite CSR-Aktivität von Unternehmen vor den 1990er Jahren kaum zu beobachten. Dabei darf nicht übersehen werden, dass gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen an sich kein neuartiges Phänomen ist. Gerade in Deutschland existiert eine bis in Zeiten der Industrialisierung zurück reichende Tradition gesellschaftlich verantwortlicher Unternehmen. Die Praktiken dieser frühen Verantwortungsübernahme haben sich im Lauf der Zeit institutionalisiert und, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg, in formellen Gesetzen und informellen Praktiken manifestiert. Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ist damit zu einem impliziten Bestandteil u.a. der »Deutschland AG« geworden (Beyer/Höpner 2003).

Seit den 1990er Jahren ist die implizite gesellschaftliche Verantwortung, wie sie für die Deutschland AG charakteristisch war, in Auflösung begriffen. Als Infrastruktur unternehmerischer Verantwortungsübernahme verliert sie an Bedeutung und wird von neuen, alternativen Infrastrukturen abgelöst. Dies geht einher mit der Dekonstruktion der Idee impliziter unternehmerischer Verantwortungsübernahme und der (Re-) Konstruktion einer Idee von Verantwortung als expliziter, freiwilliger CSR. Das unternehmerische Engagement für die Tafeln fügt sich in diesen Kontext institutionell-strukturellen Wandels ein.

Sowohl Unternehmen als auch die Tafeln treiben diesen Wandel – ob intendiert oder nicht – aktiv mit voran. Unternehmen nutzen ihr Drohpotenzial einer Standortverlagerung und üben Druck auf den Staat aus, z.B. die Steuer- und Abgabenlast zu senken. Zugleich unterstützen Unternehmen Tafeln und zeigen damit, dass eine privat organisierte Hilfeleistung Armut

mildern kann. In staatlichen Einrichtungen kann wiederum auf die gut funktionierenden Tafeln verwiesen werden, die den Abbau sozialstaatlicher Leistungen als Reaktion auf die sinkenden Steuereinkommen kompensieren können. Wenn »in den Bundesagenturen für Arbeit, in den Kommunen und bei vielen Sozialdiensten [...] nicht mit Hinweisen auf die Tafeln gespart«, wenn »Betroffenen sogar mit leichtem Zwang zu den Tafeln geschickt« (Selke 2009a: 28) werden, dann sind dies deutliche Anzeichen einer sich verändernden Sichtweise auf gesellschaftliche Verantwortlichkeiten. Das Subsidiaritätsprinzip ist seit langem in der Sozialgesetzgebung verankert und liefert die notwendige Legitimation der Verantwortungsabgabe. Demnach haben öffentliche Träger (z.B. Kommunen) von der Bereitstellung eigener Dienstleistungen und Einrichtungen abzusehen, wenn geeignete Angebote der freien Träger vorhanden sind (Selke 2009a: 28). Damit gehen die Tafeln in »Konkurrenz zur Sozialpolitik mit einem Hilfemodell, das nicht auf Rechten, sondern auf privater Wohltätigkeit basiert« (Lorenz 2009a: 121). Die Tafeln füllen also mit ihrer freien Trägerschaft nicht nur eine Versorgungslücke im Sozialstaat, sondern legitimieren in gleichem Maße auch den weiteren sozialstaatlichen Rückzug. Gleichwohl die Tafeln die unzulängliche staatliche Sozialpolitik kritisieren, werden sie – unintendiert – zum Agenten des beschriebenen Wandels. Die Tafeln mit ihren Spendern und Sponsoren treiben den Paradigmenwechsel von einer impliziten zu einer expliziten gesellschaftlichen Verantwortung mit voran (Hiß 2009).

Wie weit diese Akzeptanz des privaten, zivilgesellschaftlichen Auffangens eines faktischen Sozialabbaus bereits in den öffentlichen politischen Diskurs Eingang gefunden hat, zeigt auch die Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage zu den Tafeln: »Die deutschen Tafeln sind ein herausragendes Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement. Etwa 32.000 ehrenamtliche HelferInnen stehen hinter der Tätigkeit der Tafeln. Durch dieses Engagement wird auch Menschen geholfen, die über die staatliche Sozialpolitik nur unzureichend erreicht werden. Die Bundesregierung sieht deshalb in den Tafeln eine wichtige Ergänzung der vorhandenen staatlichen Hilfen« (Bundesregierung 2008: 1). Somit stellt die Bundesregierung unzulängliche staatliche Sozialleistung als Faktum fest und befür-

wortet das ergänzende Angebot durch die privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Aktivitäten, ohne den damit einhergehenden Wandel einer nur selektiven Teilhabe jenseits staatlicher Gerechtigkeitsprinzipien zu problematisieren.

Unternehmen als Agenten des Wandels fungieren gewissermaßen als institutionelle Entrepreneur¹, die an der »schöpferischen Zerstörung« (Schumpeter 1952 [1912], 1993 [1942]) der alten und der kreativen Erschaffung der neuen Infrastrukturen und Praktiken aktiv beteiligt sind. In diesem Sinne ist das Unternehmen McKinsey in der Anfangsphase der Tafeln der zentrale institutionelle Entrepreneur. Die Unternehmensberatung arbeitete im Rahmen eines zweijährigen Projektes (1995-97) ein Organisationsmodell aus und verhalf den Tafeln damit, sich zu einem hochprofessionellen Non-Profit-Franchise-Unternehmen zu profilieren (Rohrman 2009: 149f.). Betrachten wir hingegen das Kerngeschäft der Unternehmensberatung, so hat McKinsey aktiv die Organisationsmodelle von Unternehmen in einer Weise umstrukturiert, die im Sinne einer Shareholder-Value-Orientierung tendenziell Profiten vor Beschäftigungssicherung den Vorrang einräumt.

Ein weiteres Beispiel ist die Reduktion des Steueraufkommens des Hauptsponsors Mercedes Benz Vertrieb, der zum Konzern Daimler AG gehört (früher Daimler-Benz AG, dann Daimler-Chrysler AG). So hat der frühere Vorstandsvorsitzende Edzard Reuter (1987-1995) mit dem Hinweis auf die gesellschaftliche Verantwortung eines Unternehmens der Größe der Daimler-Benz AG die Nutzung von Steuersparmethoden nach dem Schütt-aus-Hol-zurück-Verfahren von sich gewiesen. Sein am Shareholder-Value orientierter Nachfolger Jürgen Schrempp (1995-2005) hatte hingegen keine Skrupel, alle Möglichkeiten einer Steuerersparnis auszunutzen und erklärte 1995, dass die Daimler-Chrysler AG keine Steuern mehr zahle (Beyer/Höpner 2003: 182). Die Studie von Jarass und Obermair (2004) zeigt einen allgemeinen Trend seit 1996, wonach die Rückgänge der

1 Nach der Definition von Maguire, Hardy und Lawrence (2004: 657) umschreibt institutionelles Unternehmertum »the activities of actors who have an interest in particular institutional arrangements and who leverage resources to create new institutions or to transform existing ones«.

gezahlten Unternehmenssteuern mit einem Zuwachs an Dividendenausschüttungen einher gehen. Dabei ist die Zahlung von Steuern eine Möglichkeit für Unternehmen, die Gesellschaft – und nicht nur die Shareholder – an ihren Gewinnen teilhaben zu lassen und beispielsweise eine steuerfinanzierte Sozialstaatlichkeit zu unterstützen. Indem sie dies hintertreiben, sorgen die Unternehmen als Agenten der Umstrukturierung aktiv dafür, dass der Abbau der Sozialstaatlichkeit vorangetrieben wird und damit der Bedarf an Tafeln in der Gesellschaft steigt. Betrachten wir die CSR-Tätigkeit von Unternehmen, müssen wir also immer ihr gesamtes Handeln in Rechnung stellen. Die Unterstützung der Tafeln ist eine explizite CSR-Tätigkeit, der der Abbau der impliziten CSR in Deutschland gegenüber gestellt werden muss (Hiß 2009).

Kritisches Resümee

Kehren wir in einem kritischen Resümee zurück zur Ausgangsfrage des Beitrags, inwieweit das unternehmerische Engagement für die Tafeln als Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung angesehen werden kann. Die Beantwortung der Frage ist nicht trivial und bedarf einer Unterscheidung in die Bewertung der Aktivität an sich und der weiteren Einbettung in den Paradigmenwechsel von impliziter zu expliziter CSR.

In einem ersten und direkten Zugriff auf das Phänomen der Tafeln ist das freiwillige Engagement der Unternehmen als CSR, als gesellschaftliche Verantwortungsübernahme, zu verstehen. Wenn Bedürftige Lebensmittel erhalten, die ansonsten weggeworfen würden, dann ist dies sozial wie auch ökologisch sinnvoll. Von einer Perspektive des faktischen Helfens im Jetzt und Hier ist dies eine freiwillige unternehmerische Verantwortungsübernahme für die Gesellschaft und unterstützt pragmatisch Bedürftige.

Betrachten wir dieses unternehmerische Engagement jedoch eingebettet in einen weiteren Kontext, dann ist die Beantwortung der Frage nach einer CSR nicht mehr so eindeutig zu formulieren. Die CSR-Aktivitäten zu den Tafeln sind Teil eines Paradigmenwechsels von einer impliziten zu einer expliziten CSR in Deutschland. Dabei kommt den Unternehmen nicht nur eine

reagierende Rolle zu, in der sie die sich vergrößernden Gestaltungsspielräume eines reduzierten Sozialstaates nutzen und aktiv gestalten. Vielmehr übernehmen sie selbst auch eine aktive Rolle im Sinne eines institutionellen Entrepreneurs, der eben diesen Wandel von einer impliziten zu einer expliziten CSR vorantreibt. Die Infrastruktur der Tafeln bietet den Unternehmen diejenigen Aktivitätsräume, die es ihnen erlauben, sich gesellschaftlich zu legitimieren. Dabei kann leicht übersehen werden, dass beispielsweise die Nutzung jedes erdenklichen Steuerschlupfloches und der Abbau von Arbeitsplätzen zu Gunsten von hohen Dividenden und Boni den Anteil Bedürftiger, die auf die Tafeln angewiesen sind, seit den 1990er Jahren mit in die Höhe getrieben hat. Unternehmen sind Agenten eines Wandels von einer impliziten zu einer expliziten CSR, der insgesamt für die Gesellschaft den Anteil gerecht verteilter Sozialstaatleistungen reduziert und den Anteil privat organisierter Wohlfahrtsleistungen erhöht. Damit werden private Akteure in einer vormals staatlichen Gerechtigkeitsprinzipien folgenden Armutsbekämpfung machtvolle Gestalter – wollen wir das? Soll man privatwirtschaftlich organisierten Unternehmen, die in erster Linie Profitinteressen vertreten, die Sozialfürsorge der Ärmsten überlassen? Wollen wir es uns in einem der reichsten Länder dieser Erde »leisten«, ehemals gesetzlich verbürgte Ansprüche auf Sozialleistungen zu freiwilligen Almosen degenerieren zu lassen, deren Gewährung von den Unternehmen jederzeit und ohne Vorwarnung eingestellt werden kann, wenn die wirtschaftliche Lage es erfordert? Bei aller Hochachtung vor dem Engagement der Tafelmitarbeiter: ist das die Organisation von Armutsfürsorge, die wir wünschen?

Literatur

- Becker, Jens (2009): »Das Unbehagen in der Gesellschaft. Soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeitserfahrungen in Deutschland«. In: *Tafeln in Deutschland*, hg. von Stefan Selke, Wiesbaden, S. 107-136.
- Beyer, Jürgen/Höpner, Martin (2003): »The Disintegration of Organised Capitalism: German Corporate Governance in the 1990s«. In: *West European Politics* 26(4), S. 179-198.

- Brammer, Stephen/Pavelin, Stephen (2005): »Corporate Community Contributions in the United Kingdom and the United States«. In: Journal of Business Ethics 56, S. 15–26.
- Bundesregierung (2008): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Dr. Petra Sitte, Roland Claus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 16/7972, 5.2.2008.
- Bundesverband Deutsche Tafel e.V. (o.J.): Spender & Sponsoren – Jeder gibt, was er kann, <http://www.tafel.de/foerderer/spender-sponsoren>, 27.12.2009.
- CCCD – Centrum für Corporate Citizenship Deutschland (2007): Corporate Citizenship. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland und im transatlantischen Vergleich mit den USA. Ergebnisse einer Unternehmensbefragung des CCCD, Berlin: CCCD.
- Europäische Kommission (2001): Europäische Rahmenbedingungen für die soziale Verantwortung der Unternehmen – Grünbuch, Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- Habisch, André/Jonker, Jan/Wegner, Martina/Schmidpeter, René (2005): Corporate Social Responsibility Across Europe, Berlin/Heidelberg/New York.
- Hiß, Stefanie (2009): »From Implicit to Explicit Corporate Social Responsibility - Institutional Change as a Fight for Myths«. In: Business Ethics Quarterly, Special Issue on »The Changing Role of Business in a Global Society: New Challenges and Responsibilities« Vol. 19(3), S. 433- 451.
- Hiß, Stefanie (2006): Warum übernehmen Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung? Ein soziologischer Erklärungsversuch, Frankfurt a.M.
- Jarass, Lorenz/Obermair, Gustav M. (2004): Geheimnisse der Unternehmenssteuern: Steigende Dividenden, sinkendes Steueraufkommen, Marburg.
- Lorenz, Stephan (2009a): »Nachhaltige Wohlstandsgewinne? Der Boom der Tafel-Deutungen«. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 22 (3), S. 116-123.
- Lorenz, Stephan, (2009b): »Die Tafeln zwischen Konsumismus und »Überflüssigkeit«. Zur Perspektive einer Soziologie des Überflusses«. In: Tafeln in Deutschland: Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung

- und Armutsintervention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 65-84.
- Maignan, Isabelle/Ralston, David A. (2002): »Corporate Social Responsibility in Europe and in the U.S.: Insights from Businesses' Self-presentations«. In: *Journal of International Business Studies* 33(3), S. 497-515.
- Matten, Dirk/Moon, Jeremy (2008): »Implicit and Explicit CSR: A Conceptual Framework for a Comparative Understanding of Corporate Social Responsibility«. In: *Academy of Management Review* 33(2), S. 404-424.
- Maguire, Steve/Hardy, Cynthia/Lawrence, Thomas B. (2004): »Institutional Entrepreneurship in Emerging Fields: HIV/AIDS Treatment Advocacy in Canada«. In: *Academy of Management Journal* 47(5), S. 657-679.
- Molling, Luise (2009): »Tafeln und der bürgergesellschaftliche Diskurs«, In: *Tafeln in Deutschland: Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention*, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 157-174.
- Rat für nachhaltige Entwicklung (2006): *Unternehmerische Verantwortung in einer globalisierten Welt – Ein deutsches Profil der Corporate Social Responsibility. Empfehlungen des Rates für Nachhaltige Entwicklung*, Berlin.
- Rohrmann, Eckhard (2009): »Tafeln und der Abbau des Sozialstaates«. In: *Tafeln in Deutschland: Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention*, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 137-156.
- Selke, Stefan (2009a): »Tafeln und Gesellschaft. Soziologische Analyse eines polymorphen Phänomens«. In: *Tafeln in Deutschland: Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention*, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 9-40.
- Selke, Stefan (2009b): *Fast ganz unten: Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird*, 2. Aufl., Münster.
- Schumpeter, Joseph A. (1952) [1912]: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Berlin.
- Schumpeter, Joseph A. (1993) [1942]: *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Tübingen.

Welche Bedeutung haben Tafelangebote für Kinder?

MAIKE BECKER

Immer mehr Kinder in Deutschland sind von Armut betroffen. Je nach Studie leben aktuell zwischen 13 und 17 Prozent aller Kinder, d.h. jedes sechste bzw. achte Kind, in der Bundesrepublik Deutschland in relativer Einkommensarmut (vgl. BMAS 2008; BMFSFJ 2008). Diese »Infantilisierung der Armut« (vgl. Hauser 1997: 76) nimmt stetig zu und zeigt sich auch deutlich anhand der Verteilung der Tafel-KundInnen. So ist der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die über die Tafeln versorgt werden, mit fast 25 Prozent doppelt so hoch wie der der RentnerInnen mit 12,3 Prozent. In einigen Städten sind sogar 40 Prozent der KundInnen unter 18 Jahre alt (vgl. www.tafel.de, Februar 2010).

Durch die tägliche Konfrontation der TafelhelferInnen mit den Problemen der in Armut lebenden Familien erfuhre die Grundidee der Tafeln in den letzten Jahren eine Erweiterung. Seit 2004 bieten immer mehr Tafeln spezielle Angebote für Kinder an. Diese Angebote sollen Kindern aus sozial benachteiligten Familien neben einer ausreichenden Ernährung häufig auch eine bessere Teilhabe in den verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens ermöglichen (vgl. BDT e.V. 2007: 2). Diese Tafeln werden zumeist als »Kinder-Tafeln« bezeichnet, wobei es sich dabei nicht um einen offiziellen Begriff handelt. Nach Angaben

des Bundesverbandes der Deutschen Tafeln e.V. bietet aktuell rund ein Viertel der über achthundert Tafeln spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche an.

Hinter dem Begriff der sogenannten »Kinder-Tafel«, der für Tafeln mit speziellen Angeboten für Kinder und Jugendliche steht, verbergen sich sehr unterschiedliche Konzepte und Projekte. Generell kann zwischen regelmäßig (58 Prozent) und gelegentlich stattfindenden Angeboten (42 Prozent) unterschieden werden, sowie zwischen Angeboten, die auf eine gesündere, ausgewogene Ernährung abzielen und Angeboten, die den Kindern auch eine bessere Teilhabe in der Schule und der Freizeit ermöglichen sollen.

Bei näherer Betrachtung der Daten des Bundesverbandes über Tafeln mit speziellen Angeboten für Kinder zeigt sich, dass es trotz der zum Teil sehr unterschiedlichen Konzepte drei wesentliche Projekttypen bzw. Angebotsarten gibt: Freizeitaktivitäten; Kinderrestaurants; Belieferung von Kinder- und Jugendeinrichtungen mit Lebensmitteln.

Die Hälfte aller erfassten »Kinder-Tafeln« organisiert *Freizeitaktivitäten*, wie Kochkurse, Zoo- und Schwimmbadbesuche, bzw. lädt Kinder aus sozial benachteiligten Familien bei verschiedenen Gelegenheiten zu Festen ein. Die Häufigkeit der Durchführung schwankt zwischen den einzelnen Tafeln erheblich. Einige haben feste monatliche Termine, einige bieten nur sporadisch Angebote in diesem Bereich an. Allen gemeinsam ist jedoch, dass es sich bei den teilnehmenden Kindern um Kinder handelt, deren Eltern auch Angebote der Tafeln in Anspruch nehmen.

In einigen Städten Deutschlands wurden bereits spezielle *Kinderrestaurants* ins Leben gerufen. Diese bereiten werktäglich, unter Verwendung von Tafel- Lebensmitteln, warme Mahlzeiten zu und geben diese an Kinder und Jugendliche aus. In den meisten Fällen wird ein geringer Unkostenbeitrag erhoben, teilweise ist die Ausgabe unentgeltlich. Manche Kinderrestaurants stehen allen Kindern und Jugendlichen offen, andere wählen die Kinder über die nachzuweisende Bedürftigkeit aus.

Das Hauptaugenmerk der Tafeln, welche *Schulen, Kindergärten und Jugendeinrichtungen mit Lebensmitteln beliefern*, ist auf die Sicherstellung und Verbesserung der Ernährung der Kinder und Jugendlichen, die meist in sozialen Brennpunkten leben,

gerichtet. Die kooperierenden Einrichtungen nutzen die Lebensmittel u.a. um Frühstücksbeutel oder Pausensnacks herzustellen. Die TafelmitarbeiterInnen haben in der Regel selbst keinen Kontakt zu den Kindern.

In vielen Fällen finden sich aber auch Kombinationen dieser drei Angebotsarten. So bieten einige »Kinder-Tafeln« neben dem Mittagstisch im Kinderrestaurant auch Freizeitaktivitäten oder Hilfe bei den Hausaufgaben an.

Zwei »Kinder-Tafeln« im Vergleich

Einen ersten, recht umfassenden medialen Einblick in die Arbeit von Kinder-Tafeln ermöglichte das ZDF im Rahmen einer Dokumentation, die sich speziell den Angeboten für Kinder am Beispiel der Dortmunder Tafel widmete (15.6.2008, ZDF). Als Forschungsgegenstand wurden die »Kinder-Tafeln«, trotz ihrer rasanten Entwicklung, bisher nicht systematisch in den Blick genommen. Vor allem die Perspektive der Kinder, also deren eigene Wahrnehmung der Lebenssituation im Zusammenhang mit den Tafelangeboten, fand noch wenig Beachtung.

Um erste Erkenntnisse auf diesem Gebiet zu erlangen, wurde meine Studie (Becker 2009) von der Forschungsfrage geleitet, wie Mädchen im Grundschulalter die Angebote einer Tafel nutzen, ihre Lebenssituation wahrnehmen. Es wurde untersucht, wie Kinder die objektiv bestehende finanzielle Benachteiligung der eigenen Familie erleben und empfinden und welche Bedeutung in diesem Zusammenhang den Angeboten der Tafeln aus Kindersicht zukommt. Ziel war es somit auch die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Angebotsformen herauszuarbeiten, um dadurch Anregungen und Empfehlungen für die weitere Arbeit der Kinder-Tafeln geben zu können.

Um diesem Ziel gerecht zu werden wurden zwei unterschiedlich strukturierte Tafeln in die Erhebung miteinbezogen, um so die Wirkung der verschiedenen Angebote vergleichen zu können. Die Auswahl fiel auf zwei Tafeln, die sich sowohl in ihren Angebotsformen als auch in ihren Sozialräumen erheblich von einander unterschieden. Armut und die damit verbundene soziale Benachteiligung stellen im Fall der Tafel in X-Stadt im Vergleich zu der in Y-Stadt eher ein Randphänomen dar. In X-

Stadt ist ein vergleichsweise kleiner Anteil der Bevölkerung auf das Angebot der Tafel angewiesen. Besonders deutlich wird der Unterschied beim Vergleich der Anzahl der Kinder, die in Familien mit geringeren finanziellen Ressourcen aufwachsen. So ist in dem 6000 EinwohnerInnen großen Stadtbezirk Y mit den etwa 1000 dort lebenden Kindern fast jedes vierte von Armut betroffen, in der gesamten Gemeinde von X-Stadt dagegen nur jedes zehnte. So unterschiedlich wie die vorliegenden Sozialräume der beiden Tafeln, so unterschiedlich ist auch deren Angebotspalette für Kinder. Durch die zahlenmäßig größere Betroffenheit und die Konzentration auf nur einen Stadtbezirk erscheinen umfangreichere Angebote in Y-Stadt eher notwendig. Neben einem täglichen Mittagessen und einer Hausaufgabenbetreuung haben 30 Kinder täglich die Möglichkeit, an verschiedenen Spiel- und Bastelaktivitäten, Lesenachmittagen und Ausflügen teilzunehmen. Außer diesen Angeboten der Kinder-Tafel gibt es noch weitere soziale Einrichtungen, wie beispielsweise einen Kinder- und Jugendtreff, der mehrmals pro Woche kostenlose Freizeitaktivitäten anbietet. Ein gänzlich anderes Bild zeigt sich im Fall der Kinder in X-Stadt: spezielle Angebote für Kinder finden hier lediglich in den Ferien statt. Durch die Teilnahme an Kochkursen, welche unter der Leitung einer Ernährungsberaterin stattfinden, sollen die Kinder spielerisch lernen, wie auch mit geringen finanziellen Möglichkeiten schmackhafte und vor allem gesunde Mahlzeiten zubereitet werden können. Andere soziale Einrichtungen, die Kindern aus sozial benachteiligten Familien Möglichkeiten der Freizeitgestaltung anbieten, gibt es in der Region sehr begrenzt und meist nur in der Ferienzeit.

Je Tafel beteiligten sich vier Mädchen im Alter zwischen sieben und zehn Jahren an der Datenerhebung. Um nun Zugang zur kindlichen Perspektive zu bekommen, erhielten die Kinder, im Anschluss an eine Fantasiereise, den Auftrag, eine »thematische Kinderzeichnung« (vgl. Tschanz/Krause 1992) zu einer für sie typischen Tafelsituation anzufertigen. Diese Zeichnung diente als Ausgangspunkt für die im Anschluss durchgeführten problemzentrierten Interviews. Die Auswertung der Daten, welche mit der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2004) erfolgte, zeigte, dass die interviewten Mädchen aus Y und X ihre Lebenssituation trotz der finanziell ähnlichen

Verhältnisse sehr unterschiedlich wahrnehmen. Wenngleich alle Mädchen die finanzielle Mangellage der Familie registrieren und auch zum Großteil von Einschränkungen im Versorgungsbereich der Ernährung betroffen sind, welche durchaus als belastend empfunden werden, so zeigen die Auswertungsergebnisse doch, dass sich die Wahrnehmungen über diese materiellen und finanziellen Aspekte hinaus deutlich voneinander unterscheiden.

Die festgestellten Unterschiede sind dabei in erster Linie auf das soziale Umfeld, aber auch auf die unterschiedliche Angebotsstruktur der beiden Tafeln zurückzuführen. Wie dargestellt, handelt es sich bei Armut in X-Stadt bezogen auf die Gesamtbevölkerung eher um ein Randphänomen. Die Mädchen in X-Stadt sind stärker von privatem Wohlstand umgeben. Bessergestellte Kinder suggerieren ihnen ihre prekäre Situation, was dazu führt, dass sie von Exklusionsbefürchtungen und Exklusionserfahrungen betroffen sind. Dies lässt sich anhand der folgenden Interviewpassagen eindrucksvoll verdeutlichen: »... ich hab ja sonst noch Freundinnen, aber die wollen nicht mit mir spielen.«; »Ich hab net so viele Freundinnen ... ich hab fast nur Eine.« Sie erleben ihr soziales Netzwerk zu Gleichaltrigen als eingeschränkt, da sie nur wenige oder schwierige Gleichaltrigenbeziehungen haben. In ihrer Wahrnehmung mangelt es ihnen an einem unverzichtbaren Teil des normalen Kinderlebens, worunter sie auch leiden. Gespräche über die eigene finanzielle Situation werden bewusst vermieden, da die Befürchtung besteht aufgrund der Mangelsituation abgelehnt zu werden. Ebenso erleben sie ihre Verwirklichungsmöglichkeiten im Freizeitbereich eingeschränkt. Sie haben häufig Langeweile und ihre Interessen und Begabungen können nur sehr bedingt gefördert werden, was sich ebenfalls negativ auf ihre Gefühlslage auswirkt: »wir haben nie so viel Geld für ins Schwimmbad ... das find ich ganz schade ... das schönste Schwimmbad wär kostenlos.« Einen Beitrag zum Abbau dieser belastenden Fehlentwicklungen kann die Tafel in X-Stadt nur sehr bedingt leisten, da sich ihre Hilfe primär auf die Ausgabe von Lebensmitteln und damit auf den materiellen Bereich bezieht. Auch wenn dies überwiegend positiv aufgenommen wird und somit einen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation darstellt, müssen in diesem Zusammenhang zugleich negative Momente von den

Kindern verarbeitet werden. Die Inanspruchnahme der Tafelangebote verdeutlicht den Mädchen selbst, vor allem aber auch Außenstehenden die familiäre Mangellage, wodurch die ohnehin bestehenden Exklusionsbefürchtungen verstärkt werden. Die Mädchen möchten nicht, dass Freunde und Bekannte über die Tafelbesuche informiert sind: »Es muss ja net jeder wisse, wo wir hin gehe«, da dies in ihren Augen dazu führen würde, dass sie »geärgert« und »gehänselt« werden. In diesem Zusammenhang stellen angebotene Kochkurse der Tafel in X-Stadt einen positiven Beitrag dar, da sie den Kindern die Gelegenheit bieten Kontakte zu Gleichaltrigen zu knüpfen, die aus ähnlichen Verhältnissen kommen. Ebenso ermöglicht die Teilnahme an Kochkursen den Mädchen, gänzlich neue Erfahrungen zu sammeln, welches sich wiederum positiv auf ihren Selbstwert auswirkt: »Als ich beim Kochkurs war und die Sachen gemacht hab, hab ich mich einfach toll gefühlt«.

Die in Y-Stadt durch Armut geprägte sozialräumliche Struktur gibt den Mädchen die Möglichkeit, milieuspezifische Freundschaften zu schließen, welche nicht von Exklusionsbefürchtungen geprägt sind. Die bestehenden Freundschaften wirken sich vielmehr positiv auf das Empfinden der eigenen Situation aus, da sie die Mädchen emotional unterstützen. Durch das vielfältige Tafelangebot vor Ort nehmen sie keine für sie wesentlichen Einschränkungen im Freizeitbereich wahr und erfahren darüber hinaus eine über das Materielle hinausgehende Unterstützung im sozio-emotionalen Bereich, die den im häuslichen Umfeld entstandenen Beeinträchtigungen entgegenwirkt. Die Mädchen sehen die Tafel als »Teil ihrer Familie« und kommen gern zur Tafel, weil sie sich zu Hause einsam fühlen und häufig nicht die gewünschte Aufmerksamkeit von Seiten der Eltern erfahren: »Meistens ist mein Vater weg und meine Mutter muss viel aufräum' und meinen Bruder weg bring' in Kindergarten und oder abholen«. Im Rahmen ihrer Tafelbesuche erfahren und empfinden die Mädchen Gefühle von Nähe, Fürsorge und Verständnis. Die Tafel dient als Anlaufstelle bei Problemen, »wenn man traurig ist oder so, dann muntert man sich hier wieder auch auf«. Es zeigt sich also, dass die Gefühlswelt und die Lebenssituation der Mädchen bei weitem nicht allein von der finanziellen Mangellage bestimmt wird. Zwar spielen materielle Werte wie Geld und Besitz eine Rolle im Leben

der Mädchen, gerade weil sie nur in geringem Umfang zur Verfügung stehen; wichtiger für das Wohlbefinden erscheinen jedoch Erfahrungen von Vertrauen, Geborgenheit und Zuverlässigkeit. Die finanzielle Benachteiligung verliert an Bedeutung, wenn emotionale Unterstützung vorhanden ist. Diese Unterstützung sollten Kinder in erster Linie von Seiten der Eltern erfahren. Die Auswertungsergebnisse weisen jedoch darauf hin, dass die Eltern der interviewten Mädchen aufgrund eigener Probleme, die häufig mit der finanziellen Situation einhergehen, nicht oder nur bedingt dazu in der Lage sind, ihre Kinder emotional zu unterstützen. Wenn Eltern diese Unterstützung nicht mehr leisten können, dann sollten Maßnahmen zur Stärkung der Kinder außerhalb der Familie in Orten des sozialen Raums erfolgen. Die positive Wirkung solcher Maßnahmen zeigt sich eindeutig am Beispiel der Kinder-Tafel in Y. Die Mädchen profitieren in vielfältiger Weise von dem ganzheitlichen Angebot, was sich förderlich auf ihre Empfindungen und Gefühle auswirkt.

Anregungen für kindgerechtere Tafelarbeit

Aufgrund dieser positiven Auswirkungen ist es nicht verwunderlich, dass die Nachfrage nach solchen Angeboten stetig wächst. Aus diesem Grund wurde von Seiten des Bundesverbands Deutsche Tafeln e.V. der Förderfonds »Jedem Kind eine warme Mahlzeit – jedem Kind ein Pausenbrot« initiiert. Durch Förderprogramme sollen die Aktivitäten der Mitgliedstafeln für sozial und wirtschaftlich benachteiligte Kinder und Jugendliche weiter ausgebaut werden. Bundesweit sollen so folgende Angebote umgesetzt werden (vgl. BDT e.V. 2010):

- Gesundes Frühstück für Kinder in Schulen und Kindergärten
- Zusammenarbeit mit Institutionen und Akteuren, die mit Kindern in sozialen Brennpunkten arbeiten, z.B. Unterstützung bei der Zubereitung einer warmen Mahlzeit für Kinder
- Essens-Angebote der Tafeln (z.B. Kinder-Restaurant)
- Kooperation mit PartnerInnen (z.B. Wohlfahrtsverbänden, Kirchen etc.)

- Pädagogische Angebote für armutsbetroffene Familien in Kooperation mit Einrichtungen vor Ort bzw. überregionalen Initiativen (z.B. Kochkurse)
- Angebote, die Ideen von örtlichen Tafeln sowie SpenderInnen umsetzen.

Um bei der Umsetzung solcher Aktivitäten noch besser die spezifischen Bedürfnisse von Kindern aus sozial benachteiligten Familien berücksichtigen zu können, erscheint es an dieser Stelle sinnvoll Empfehlungen für diese Arbeit zu formulieren, welche auf den dargestellten Ergebnissen basieren. Sicherlich kann es nicht »die« Kinder-Tafel geben, die sämtlichen Beeinträchtigungen entgegenwirkt und jedes Kind optimal unterstützt. Auch deshalb, weil das Problem der Kinderarmut ein differenziertes, heterogenes und multidimensionales Problem darstellt, welches keine standardisierte Bearbeitung zulässt (vgl. Chassé et al. 2005, 329). Dennoch wäre es empfehlenswert die Angebotsstruktur der Kinder-Tafeln dahingehend zu verändern, dass mit der Inanspruchnahme der Angebote keine Stigmatisierung mehr einhergeht. Durch einen generellen Verzicht auf den Nachweis der Bedürftigkeit und die Öffnung der Angebote für alle interessierten Kinder, gleich welcher sozialen Herkunft, ließe sich ein erster Schritt in die richtige Richtung machen. Es ist davon auszugehen, dass sich eine solche Vorgehensweise auch fördernd auf das eingeschränkte soziale Netzwerk auswirken würde, da die Kinder so die Möglichkeit bekämen Kontakte über ihr bisheriges Umfeld hinaus zu knüpfen. Des Weiteren haben die Ausführungen verdeutlicht, dass eine finanzielle Mangellage mit vielfältigen Einschränkungen in unterschiedlichen Lebensbereichen einher geht. Um betroffene Kinder effektiv zu unterstützen eignen sich ganzheitliche Angebot, wie im Fall der Tafel in Y-Stadt, in hohem Maße. Die Kinder erfahren im Rahmen ihrer Tafelbesuche Zuwendung, Anleitung und Förderung, welche für die kindliche Entwicklung von großer Bedeutung sind und an denen es im häuslichen Umfeld zumeist mangelt. Bestehende Defizite werden abgebaut, was zu einer Verbesserung der Lebenssituation beiträgt. Es wäre daher generell wünschenswert, dass sich die Angebote der Kinder-Tafeln nicht nur auf den materiellen Bereich beschränken, sondern dass auch stets eine Unterstützung im sozio-emotionalen

Bereich mit ihnen einhergeht. Der Ausbau der bestehenden Angebotsstruktur ist dafür jedoch Voraussetzung, da ein vertrautes und unterstützendes Verhältnis nur durch regelmäßige, am besten tägliche Angebote aufgebaut werden kann.

In diesem Zusammenhang kann man sicherlich die berechnete Frage stellen, ob es überhaupt die Aufgabe der Tafeln ist bzw. sein sollte, solch ein ganzheitliches Konzept zu entwickeln. Betrachtet man jedoch die gesamtgesellschaftliche Entwicklung so zeigt sich schnell, dass die Kinder die Hauptleidtragenden der heutigen Zeit sind, denen, egal von welcher Seite, Unterstützung in jeglicher Form zukommen sollte.

Literatur

- Becker, Maike (2009): Tafeln und Kinderarmut: Armutsempfinden von Mädchen im Grundschulalter im Zusammenhang mit den Angeboten der Tafeln in Deutschland. Diplomarbeit, Universität Trier.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2008): 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Lebenslagen in Deutschland, Bonn.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)(2008): Kinderarmut in Deutschland, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Internetredaktion/Pdf-Anlagen/kinderarmut-in-deutschland,property=pdf,bereich=bmfsfj,rwb=true.pdf>, 24.03.2010
- Bundesverband Deutsche Tafeln e.V. (BDT e.V.) (2007): Deutsche Tafeln nach Zahlen. Ergebnisse der Tafel-Umfrage 2007, http://www.tafel.de/fileadmin/pdf/Tafel-Umfrage/Tafel-Umfrage_2007_Auswertung.pdf, 24.03.2010
- Bundesverband Deutsche Tafeln e.V. (BDT e.V.) (2010): Jedem Kind eine warme Mahlzeit – jedem Kind ein Pausenbrot, http://www.tafel.de/fileadmin/pdf/Aktuelles/Kinder_Foerderfonds.pdf, 24.03.2010.
- Chassé, Karl August/Zander, Margherita/Rasch, Konstanze (2005): Meine Familie ist arm. Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen. 2. Auflage, Opladen.
- Hauser, Richard (1997): Vergleichende Analyse der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten

- und neuen Bundesländern 1990 bis 1995. In: Becker, Irene/Hauser, Richard (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft? Frankfurt a.M./New York, S. 63–82.
- Mayring, Philipp (2007): Qualitative Inhaltsanalyse. 9. überarbeitete Auflage, Weinheim.
- Tschanz, Manuela/Krause, Christina (1992): »Wie Grundschüler die Reaktion ihrer Eltern auf Zensuren reflektieren – eine Längsschnittanalyse thematischer Kinderzeichnungen«. In: Psychologie in Erziehung und Unterricht 4/1992. München, S. 264-276.
- ZDF (15.06.2008): Sonntags TV fürs Leben: Menschen und Projekte: Hilfe zur Selbsthilfe für ein vernünftiges Mittagessen - Die Dortmunder Kindertafel: <http://sonntags.zdf.de/ZDFde/inhalt/31/0,1872,7249983,99.html?dr=1>

Sind Tafelnutzende »Kunden« – und sollten sie deshalb bei der Tafel zahlen?

STEPHAN LORENZ

Die Bezeichnung »Kunde« für Tafel-NutzerInnen ist bei den Tafeln weit verbreitet. Gleichwohl ist nicht sofort einleuchtend, warum und was das genau bedeutet. Denn schließlich sind die Tafeln keine Produktions- oder Handelsunternehmen und die NutzerInnen sollen sich – laut Tafelgrundsätzen – höchstens symbolisch an den Lebensmittelkosten beteiligen.

Eine mögliche Deutung ist, dass von KundInnen gerade deshalb die Rede ist, weil die Tafel-NutzerInnen eigentlich keine KundInnen sind und weil ihre Konsummöglichkeiten im Alltag stark eingeschränkt sind. Es handelt sich so gesehen um einen Anerkennungs- und Protestbegriff, und es werden damit Ansprüche an die eigene Tafel-Arbeit gestellt. Die mit der Anrede als »Kunden« formulierte Anerkennung fordert die (Wieder-)Herstellung einer Marktintegration. Sieht man in den NutzerInnen KundInnen, begegnet man ihnen nicht als bloß zu versorgenden Bedürftigen. Man achtet sie als Marktteilnehmende auf Augenhöhe. Sie sollten, wie es der gesellschaftlichen Normalität entspricht, also wie alle anderen auch, einfach einkaufen gehen können, um ihre Lebensmittel zu bekommen. Freilich wird man Lösungen für die Spannungen zwischen dem Anerkennungs-begriff und dem faktischen Gegenteil finden

müssen. Denn hätten die Tafel-NutzerInnen tatsächlich einen unbeschädigten gesellschaftlichen Kunden-Status, würden sie gerade nicht zur Tafel gehen, sondern in den nächsten Supermarkt.

Letztlich wird man die NutzerInnen selbst fragen müssen, warum sie zur Tafel kommen und was sie dort wollen. Was ist ihr Bedarf, inwiefern trifft sich dieser mit den Vorstellungen der Tafeln und können diese ihre Ansprüche auch einlösen? In einigen Studien wurden zwischenzeitlich bereits unterschiedliche Zugänge zu den Tafeln beschrieben (vgl. Igl u.a. 2008, Selke 2008, Molling 2009). Aus sechs eigenen NutzerInnen-Interviews mit möglichst unterschiedlichen Perspektiven auf die Tafeln, ließen sich in meinen Forschungen zwei Typen herausarbeiten. Diese stehen für die m.E. wichtigsten Anliegen, die sich für die NutzerInnen mit den Tafeln verbinden, und sie korrespondieren zugleich mit bestimmten Vorstellungen bei den Tafeln selbst. Der eine Typus sei hier nur benannt, nämlich die *Tafelnutzung als Zugehörigkeit*. Hier steht die Möglichkeit von sozialer Begegnung, von Entfaltungschancen und wechselseitiger Anerkennung im Zentrum des Tafelzugangs (vgl. dazu meinen »Ansprüche«-Beitrag in diesem Band).

Den anderen Typus nenne ich die *Tafelnutzung als kalkulierte Option*, die dem »Kunden«-Verständnis der Tafeln korrespondiert. Diesen möchte ich im Folgenden an exemplarischen Auszügen aus einem Interview mit Frau K. vorstellen und diskutieren.¹ Frau K. geht es wesentlich darum, die Lebensmittelangebote in Anspruch zu nehmen, um ihre Haushaltskasse zugunsten anderer Ausgaben zu entlasten. Allerdings ist ihr die Beeinträchtigung ihres gesellschaftlichen Kunden-Status sehr bewusst. Die Simulation eines »KundInnen«-Verhältnisses durch die Tafeln empfindet sie deshalb eher als zusätzliche Demütigung und keineswegs als würdevollen Umgang oder anerkennde Begegnung auf Augenhöhe. So wird sich zeigen, dass die Tafeln mit ihrem »Kunden«-Begriff durchaus etwas Richtiges

1 Frau K. lebt mit Lebenspartner und drei Kindern in einer sächsischen Stadt mittlerer Größe. Das Interview mit ihr wurde Anfang 2009 geführt; alle persönlichen Angaben wurden anonymisiert. Die Zitate wurden um der Lesbarkeit und teilweise der Anonymität willen moderat der Schriftsprache angepasst.

treffen, aber auf diese Weise weder »KundInnen« hervorbringen noch notwendig Anerkennung vermitteln können.

Zur Kalkulation der Tafelnutzung

Interviewbeginn

Interviewer: Gut, dann würde mich einfach zuerst interessieren, wie Sie überhaupt auf die Tafeln aufmerksam geworden sind.

Frau K.: Na, durch unsere finanzielle Situation.

Die Interviewerfrage eröffnet Frau K. Möglichkeiten, inhaltlich zunächst eher unverbindlich und unpersönlich zu bleiben. Sie könnte einen distanzierten Bericht zum Bekanntwerden mit den Tafeln liefern und sich gewissermaßen über Umwege, z.B. über Dritte, dem Interviewthema, also der eigenen Tafelnutzung nähern. All dies macht sie aber nicht, sondern Frau K. geht direkt, ohne Umschweife auf das Thema zu. Sie zeigt einen aktiven Problemzugang. Dabei bleibt sie allerdings tatsächlich distanziert, insofern sie noch gar nicht von Problemen spricht, sondern sehr versachlicht und abstrakt von »*finanzieller Situation*«. So kommen bereits zu Beginn zwei Aspekte zum Tragen: ein sachlicher, aktiver Umgang mit Problemen, wie auch die Vermeidung einer konkreten, persönlich-emotionalen Bezugnahme darauf (z.B. »wir hatten Geldsorgen« o.ä.). Anders formuliert: Sie benennt zuerst die »*finanzielle Situation*« als Grund, aber noch nicht die konkreten Gründe und Bezüge der »*finanziellen Situation*«. Üblicherweise ist es das persönlich Unangenehme – erst recht gegenüber dem unvertrauten Interviewer –, das emotional auf Abstand gehalten wird. So zeichnet sich schon zu Beginn ein aktiv-pragmatischer Zugang zu den Tafeln ab: Frau K. nimmt die Sache in die Hand. In diesem Sinne, so wird es sich im Folgenden bestätigen, bieten die Tafeln eine zusätzliche, aber nur für eine möglichst kurze Übergangszeit genutzte Hilfoption in einer finanziell schwierigen Situation. Die Tafeln bieten offensichtliche Vorteile, die in Anspruch genommen werden können; dass sie es werden resultiert aber aus einer als unangenehm erlebten Notwendigkeit heraus.

Wir haben ja drei Kinder. (I: ja) Hm. Und ist ja so bei dem Arbeitslosengeld, man kommt vorne und hinten nicht hin.

Die »*finanzielle Situation*« wird nun nach Ausgabe- und Einnahmeseite hin erläutert: »*Kinder*« kosten Geld, das aber als »*Arbeitslosengeld*« nicht ausreichend zur Verfügung steht. Der abstrakte erste Zugang wird im Sinne alltagsweltlicher Probleme konkretisiert, die am Anfang der Tafelnutzung stehen. Freilich gehen nicht alle, die mit »*drei Kindern*« leben und arbeitslos sind, zur Tafel. Für Frau K. jedenfalls tritt das »*Arbeitslosengeld*« als allgemeingültiger Sachzwang auf: es »*ist so*« dass »*man*« mit »*dem*« Geld nicht auskommen kann. Das »*finanzielle*« Problem ist die Versorgung der »*Kinder*«, die Ursache liegt in der Höhe des »*Arbeitslosengeldes*«, worauf man keinen Einfluss nehmen kann.

Die Handlungsspielräume liegen an anderer Stelle, worin sich der pragmatische Zugang ausdrückt:

Entweder man kann nur Essen kaufen und kann den Kindern keine Bekleidung kaufen (I: hm), weil's eben nicht reicht. Oder, und da sind wir dann auf die Idee gekommen und sind eben zur Tafel gegangen. (I: hm)

Im Rahmen der von Frau K. gesehenen objektiven Möglichkeiten (»*man*«) kalkuliert sie: »*entweder*« muss am »*Essen oder*« an der »*Kinderbekleidung*« gespart werden. Es ist dann die eigene »*Idee*«, die »*Tafeln*« als Option auszuwählen und sich aktiv zu erschließen (»*zur Tafel gegangen*«). Wenn sich durch Tafelnutzung beim »*Essen*« sparen lässt, dann bleibt mehr für »*Kleidung*«, so dass beides möglich ist. Damit ist also eine pragmatische Lösung gefunden, womit zugleich deutlich wird, dass es sich nicht um ein »*Hungerproblem*« handelt. Armut ja, aber von »*Ernährungsarmut*« zu sprechen, wie häufig im Zusammenhang mit den Tafeln, würde das Problem unzulässig verkürzen. Würden die Tafeln beispielsweise primär Kleidung anbieten (»*Kleidungsarmut*«?!), wäre dies halt für Frau K. die Möglichkeit zu sparen und mehr für Essensausgaben zur Verfügung zu haben. Dass die Tafeln Lebensmittel ausgeben liegt an der Möglichkeit, diese einsammeln und anbieten zu können, aber nicht primär an einem als solchem notwendigen Lebens-

mittelbedarf bei den NutzerInnen. Das Beispiel zeigt, dass die Rede von der Ernährungsarmut »anbieterdefiniert« ist.

Ja, und das geht so eigentlich ganz gut. Also wir, mir reicht's, wenn wir einmal in der Woche gehen. Es gibt aber auch Leute, die gehen dann wirklich mehrfach die Woche und schmeißen lieber die Hälfte weg, wenn sie zu Hause sind. Also man kriegt soviel, dass es eigentlich über 'ne ganze Woche reicht, wenn man einmal geht.

Die kalkulierte Lösung geht auf, sogar »ganz gut«. Dabei könnte es Frau K. – pragmatischerweise – belassen. Es werden jetzt aber noch Angemessenheitskriterien verhandelt, in welchem Umfang die Tafeln in Anspruch genommen werden bzw. werden dürfen. »Einmal in der Woche« entlastet dann entsprechend finanziell so weit, dass genügend für Kleidung (oder anderes) bleibt. Was zunächst für sie selbst ausreichend ist (»wir/mir«) wird dann als allgemeingültiges Kriterium behauptet (»man kriegt soviel/wenn man«). Damit setzen Rechtfertigungen ein, die über eine pragmatisch kalkulierte Lösung hinaus weisen. Hier macht sich geltend, dass es kein »neutrales«, isoliertes Kalkül gibt, sondern dass, wie eingangs bemerkt, eine unangenehme Situation zu bewältigen ist. Selbst wenn das Kalkül individuell aufgeht, bleibt es nach »außen« erklärungs- und rechtfertigungsbedürftig. Das Problem erwächst also nicht allein aus der individuellen Situation, sondern aus von außen kommend wahrgenommenen Anforderungen, die individuelle Problemlösung noch zu rechtfertigen.

Bewältigt wird dies einmal, indem das eigene Handeln als nach allgemeingültigen Maßstäben gültiges präsentiert wird: »man« nimmt nur »soviel«, dass es nach objektiv prüfbar Kriterien »reicht«. Zum anderen und ihre eigene Legitimität verstärkend grenzt sich Frau K. von anderen »Leuten« ab, deren Handeln sich nicht rechtfertigen lasse. Frau K. handelt so, wie allgemeingültig richtigerweise zu handeln ist, im Gegensatz zu anderen, die das nicht tun, weil sie mehr als angemessen nehmen und verantwortungslos damit umgehen (»wegschmeißen«).

Tatsächlich haben soziale Hilfebeziehungen strukturell das Problem der Asymmetrie: hier die Helfenden, da die Hilfesuchenden. Das wirft Fragen wechselseitiger Anerkennung auf. In diesem Sinne ist es plausibel, dass Frau K. gewissermaßen ei-

nen eigenen Beitrag leisten will, dass sie Wechselseitigkeit (Reziprozität) dadurch zu erreichen sucht, dass sie Hilfen nur ausnahmsweise und verantwortungsvoll in Anspruch nimmt. Die Behauptung von Allgemeingültigkeit (was für mich reicht, reicht für alle anderen ebenso) und die daran orientierte Abgrenzung von anderen gehen freilich darüber hinaus und auf Kosten anderer. Der Rechtfertigungsdruck wird in eine Konkurrenz darum überführt, wer der letztgültigen Autorität allgemeinverbindlicher Maßgaben entspricht und wer nicht.

Die Bedeutung des Kunden-Status

Frau K. ist mit der Tafel grundsätzlich zufrieden und findet diese »*schon 'ne sehr gute Idee*«. Auf die Frage danach, was »*Besserungen*« sein könnten, bezieht sie das auch nicht zuerst auf verbesserte Tafeln, sondern zuerst auf andere Sozialpolitik bzw. stärker staatlich organisierte und garantierte Unterstützung. Im folgenden Zitat wird die Ausgrenzungserfahrung in Form des Verlusts des Kunden-Status besonders deutlich. Ebenso zeigt sich, dass die Konstruktion des »Tafel-Kunden« durch die Tafeln nicht tragen kann.

- I: Können Sie sich Besserungen vorstellen, was irgendwie vielleicht besser wäre?
- K: Na, wenn der Staat wieder mal irgendwie in der Hinsicht mal sich was einfallen lassen würde. (I: ja) Also da war's ja früher noch besser, wo's Sozialamt gab und man hat Sozialhilfe bekommen. (I: hm) Dann konnte man auch mal sagen: Ich kann mal schnell ein Bett kaufen. Dann hat man das Geld gekriegt. Jetzt rennt man ja ewig rum. (I: hm) Und wenn ich an der Tafel einkaufe, dort, na ja, in dem Möbelkaufhaus ist das ja meist noch teurer, als wenn ich zu [Name Möbeldiscounter] fahre oder [Name weiteren Möbeldiscounters] sonst wohin und kriege das für die Hälfte vom Preis. Und das zehnte Mal [?] kriegen die das dahinten geschenkt und machen sich dann noch 'n Reibach draus. Das ist das Schlimme. (I: hm) Also da wär's wirklich praktisch, wenn's noch so was gäbe wie Sozialamt, wo man dann Bekleidungs-geld für die Kinder gekriegt hat und einmal im Jahr Möbel-geld, falls irgendwas war. (I: hm) Und nicht wie jetzt, bei jedem Tod und Teufel erstmal monatelang rennt und zum Schluss sagen: Ihnen steht noch nicht mal 'n zinsloses Darlehen zu. Machen

wir nicht. Dann sparen sie sich das Geld ab. (I: hm) Und wo soll man's denn noch absparen? (I: ja) Das ist ja das Schlimme, ne. Also müsste wirklich der Staat mal wieder was für die Leute tun.

Das Beispiel des Bettes wurde von Frau K. bereits vorher im Interview eingeführt, dass nämlich auch mal ein Bett der Kinder kaputt gehen könne, was ein größeres finanzielles Problem darstellt. Die Frage ist dann, wie sich dieses Problem bei knappen Ressourcen lösen lässt. Nach Frau K.s Erfahrung besser in Form der vormals gezahlten »Sozialhilfe« als auf Basis des Arbeitslosengeldes II (ALG II, Hartz IV),² aber – und das ist hier entscheidend – eben auch als auf Basis wohltätiger Tafelarbeit. Sich »mal schnell ein Bett kaufen« zu können und dafür über das notwendige »Geld« zu verfügen ist das, was Frau K. gern würde, aber nicht kann. Darin drückt sich der beschädigte Kunden-Status aus. Denn Marktintegration würde genau das bedeuten, den eigenen Bedarf als Konsumentin »schnell« befriedigen zu können, das heißt bei Bedarf einfach in ein entsprechendes Geschäft zu gehen und zu kaufen, d.h. mit »Geld« zu bezahlen. Dabei geht es hier nicht um besondere Anschaffungen oder Wünsche, sondern um sehr Basales. Denn ein »Bett« kann als elementarer gesellschaftlicher Standard betrachtet werden: üblicherweise schlafen Menschen hierzulande in »Betten« und verbringen darin somit etwa ein Drittel des Tages, Kinder sogar mehr. Dass Frau K. »Möbeldiscounter« benennt, besagt weiter, dass die Befriedigung dieses Bedarfs an einem »Bett« auf niedrigstem Kostenniveau angestrebt wird. Auch der billigste »Kauf« wäre immer noch eigenständiger »Kauf«, das heißt die erfüllte Teilhabemöglichkeit am Markt als Konsumentin.

Der Verlust dieses Konsumentinnen-Status entlässt Frau K. nicht einfach in passive Armut, sondern fordert von ihr zusätzliche Anstrengungen – zusätzlich deshalb, weil sie zur Bedarfsbefriedigung notwendig sind, sie aber keineswegs näher an eine autonome Kundenposition bringen. Das kann man arbeitsmarktpolitisch »Aktivierung« nennen, führt aber faktisch nicht zu nachhaltigen Effekten eigenständiger Versorgung über Ar-

2 So ist zu sehen, dass die neuere Arbeitsmarktpolitik in der Erfahrung von Frau K. den Kunden-Status mehr beschädigt als die frühere Sozialhilfe.

beit und Konsum. »Ewig/monatelang rum rennen« zu müssen heißt, nicht einmal den elementaren Bedarf dann befriedigen zu können, wenn er ansteht. Sie bezieht das zum einen auf die Behörden der Arbeitslosigkeitsverwaltung, die sich im Gegensatz zum »Sozialamt« für nicht zuständig erachten, Frau K. keine praktikable Alternative bieten (z.B. »Darlehen«), sondern sie nur auf ihre Eigenverantwortlichkeit verweisen (»sparen«).³ Das zuerst genannte »rum rennen« lässt sich zum anderen auf die »Tafeln« bzw. das »Möbelkaufhaus«, beides von Frau K. in eins gesetzt, beziehen. Die Tafel, auf die sie Bezug nimmt, bietet Second-Hand-Waren an, u.a. Möbel. Ohne dass das hier ausgeführt wird, lässt sich annehmen, dass es darum geht, dass im Second-Hand-Bereich nicht immer ein Vollsortiment verfügbar ist, wie üblicherweise im »Discounter«. Die akute Bedarfsbefriedigung und der Kunden-Status scheitern nicht allein am »Geld«, sondern auch am Angebot. Gegebenenfalls muss man eben »ewig rum rennen«, bis Second-Hand ein entsprechendes, vielleicht noch für Kinder taugliches »Bett« verfügbar ist – und vielleicht warten auch noch andere auf diese Gelegenheit. Bei meinem eigenen Besuch bei der Tafel, im Rahmen der Datenerhebung, gab es dort beispielsweise kein Bett.

Ohnehin ist es aus Sicht Frau K.s unangemessen, dass die »Tafeln«/das »Möbelkaufhaus« die Waren zwar »geschenkt« bekommen, sie dann aber – überteuert – verkaufen (»sich dann noch 'n Reibach draus machen«).⁴ Dies stellt die gängige Tafelpraxis in Frage, ihre »KundInnen« an den Kosten zu beteiligen, wenn auch nur zu einem »symbolischen« Preis. Eine häufig vertretene Idee dabei ist, dass die Kostenbeteiligung eher die

3 Das Arbeitsamt, das bei Frau K. weder Agentur heißt noch von den ARGEn unterschieden wird, hat im Gegensatz zum Sozialamt keinen weiter gehenden sozialen Auftrag. Für Frau K. heißt das: »Und das Arbeitsamt, das stellt dann auf stur. Das hat eben seinen Satz und gut, alles andere geht's nichts an.«

4 Dass die Second-Hand-Waren dort teurer als im Discounter wären, wie Frau K. angibt, lässt sich als Regel kaum bestätigen. Möglich könnten Fälle sein, bei denen besonders hochwertige Second-Hand-Möbel tatsächlich teurer sind als Sonderangebote im Discounter. Hier geht es eher darum, die erlebte Benachteiligung besonders drastisch zu artikulieren und die Untauglichkeit eines Marktersatzes durch die Tafeln zu betonen.

Möglichkeit eines würdigen Umgangs biete, weil die »KundInnen« dann selbst etwas beitragen, also nicht nur Empfangende und BittstellerInnen seien. Frau K. ist sehr klar, dass sie ihren Konsumentinnen-Status weitestgehend verloren hat, aber die Simulation eines Kundenverhältnisses, indem »Geschenktes« an die TafelnutzerInnen weiter verkauft wird, erlebt sie keineswegs als würdigen Umgang. Vielmehr sieht sie sich dadurch nur ein weiteres Mal benachteiligt, nachdem sich bereits die sozialstaatliche Unterstützung als unzureichend erwies. In ihrer Studie berichtet Molling (2009: 191) von nur einer ihrer zwanzig Befragten, dass sie mit symbolischen Zahlungen die Legitimität ihres Gangs zur Tafel verbinde und deshalb »nicht das Gefühl habe zu betteln«.

So zeigt sich, dass die Tafeln mit ihrer Rede von den »KundInnen« insofern richtig liegen, als sie auf ein ganz zentrales Problem mit einem Anerkennungs-begriff zu reagieren versuchen. Gleichwohl können sie den beschädigten Konsum-Status mit ihrer Arbeit eben gerade nicht ersetzen. Bei den Tafeln selbst können die NutzerInnen keine »KundInnen« sein. Hier kann die vermeintliche Anerkennung als »Kundin« leicht zum Gegenteil, zu zusätzlicher Demütigung führen. Die Tafeln können es nur begrenzt und indirekt, insofern sie das eingangs dargestellte Kalkül ermöglichen, indem sie also Entlastung in der Haushaltskasse bieten, womit den NutzerInnen andere Konsum-Optionen eröffnet werden. So lässt sich wenigstens zum Teil den Konsumstandards und -zwängen gerecht werden:

- K: (...) also ich nehm' das wirklich in Anspruch, dass ich sparen kann, um den Kindern mal was zu kaufen. Es ist ja, grade bei den Großen (...) Und für die Großen da mal was kaufen kann. Es ist ja auch so, man kann sie heute nicht mehr nur in Aldi-Sachen rumlaufen lassen, da werden sie auf der Straße verprügelt. (I: ja) Ich mein', wenn man so wie meine Mittlere ist, die sich dann auch schnell mal wehrt, dann ist es eben schon mal gut, wenn man irgendwo günstig 'ne Hose kriegt, die auch nicht aussieht wie billig und die bisschen mit der Mode mitgeht. Und dann, dafür sparen wir eben immer. (I: ja) Das Geld, was wir da nicht brauchen in dem Moment für Lebensmittel ausgeben, das sparen wir dann immer für die Kinder. (I: hm) Ja.
- I: Gibt's da sonst noch (...) irgendwie besondere Wünsche, die Sie hätten oder wofür Sie jetzt vielleicht sparen würden oder ...?

K: Nein, eigentlich nicht. (I: hm) Also wenn wir mal verreisen, dann fahren wir sowieso nur nach [Name der Stadt] zu meinem Bruder. Und das Geld wird eben am Monatsanfang schon genommen, und da wird 'ne Fahrkarte im Voraus gekauft. Dann sparen wir da auch noch mal. Und (...) mit unserm Sorgenkind, dann können wir eben nicht so lange und so weit weg. (I: ja) Also mir wär's, das einzige, was mir wichtig ist, dass der wieder auf die Beine richtig kommt, der Kleine. (I: ja) Und sonst sind wir eigentlich glücklich. (I: hm) Genau.

»Modische« Kleidungsanforderungen müssen erfüllt werden können, um den »Kindern« zusätzliche Ausgrenzungserfahrungen so weit als möglich zu ersparen. Gerade weil das »Glück« in hohem Maße am Wohl der Kinder hängt, werden die Ressourcen gezielt eingesetzt und Sparstrategien entwickelt. Dafür bietet die Tafelnutzung eine Möglichkeit.

Fazit

Bei dem exemplarisch vorgestellten Typus der *Tafelnutzung als kalkulierter Option* steht im Vordergrund, dass die Tafeln Möglichkeiten der Entlastung des Haushaltsbudgets bieten. Wenn nur geringe finanzielle Mittel verfügbar sind, dann bietet es sich an, Lebensmittel von der Tafel zu holen, so zu sparen und folglich Geld für andere Ausgaben verfügbar zu machen. Deshalb pauschal von »Ernährungsarmut« zu sprechen, orientiert sich mehr am Tafelangebot als am Problem der NutzerInnen. Denn würden die Tafeln andere Hilfeangebote machen – was ja häufig auch der Fall ist –, ließe sich eben dort sparen. Das zentrale Problem der Tafel-NutzerInnen ist hier ihr weitgehender Verlust des Konsumenten-Status: den eigenen Bedarf auf eigenständige Weise als MarktteilnehmerIn zu befriedigen.

In einer Gesellschaft, die sich in hohem Maße als Konsumgesellschaft begreift, ist das ein hoher Verlust, eine massive Ausgrenzung. Damit ist hier nicht gemeint, dass es an der Realisierungsmöglichkeit einer konsumistischen Haltung fehle, deren größtes Glück im Shopping besteht. Stattdessen geht es um ganz Basales auf niedrigstem Kostenniveau: auch der billigste Kauf ist immer noch eigenständiger Kauf.

Gegenüber den Tafeln funktioniert das allerdings nicht. Der Versuch der Tafeln, über eine quasi-ökonomische Sprache – v.a. die Bezeichnung der NutzerInnen als »KundInnen«, aber auch über »symbolische Preise« oder »Tafelläden« – eine Marktteilnahme zu simulieren, greift zu kurz. – Zumindest auf dieser Basis ist eine Kostenbeteiligung nicht zu begründen. – Denn die Tafeln sind kein besonders preisgünstiger Anbieter am Markt, sondern eine Hilfeeinrichtung *neben* dem Markt, und sie werden auch als eine solche wahrgenommen. Dies zu verschleiern kann zu zusätzlichen Demütigungen führen, weil es die NutzerInnen nicht ernst nimmt. Diesen ist sehr klar, so war es exemplarisch zu sehen, dass die Tafeln keine Marktanbieter sind; und ihnen ist klar, dass es allen anderen klar ist und dass sie als TafelnutzerInnen diejenigen sind, die nicht am Markt teilnehmen können und auch von allen anderen so wahrgenommen werden.

Die Bezeichnung als »KundInnen« verweist zwar tatsächlich auf das zentrale Problem der NutzerInnen, also auf den Verlust des KonsumentInnen-Status, verleiht aber deshalb noch keine Anerkennung. Auch liegt das Interesse der NutzerInnen (dieses hier vorgestellten Typs; zum zweiten vgl. meinen »Ansprüche«-Beitrag in diesem Band) tatsächlich darin, einfach nur anonym die Lebensmittel-»Angebote« zu nutzen – so wie man auch im Supermarkt einfach nur anonym auf die Angebote zugreift. Dennoch können die NutzerInnen bei den Tafeln selbst keine KundInnen sein; hätten sie einen unbeschädigten Kunden-Status, würden sie eben nicht zur Tafel gehen.

Eine Möglichkeit der Anerkennung ist nur gegeben, wenn Problemanalyse, Anerkennungsformen und sachliche Hilfeoptionen der Tafeln auseinander gehalten werden. Die Einschränkungen des KonsumentInnen-Status zu sehen und politisch zu problematisieren ist das eine, die NutzerInnen zu unterstützen das andere. Die Kundenrolle nur zu simulieren, belastet mehr, als dass es entlasten würde. Die Hilfemöglichkeit der Tafeln besteht in erster Linie in der Entlastung des Haushaltsbudgets der NutzerInnen, womit indirekt auch der KonsumentInnen-Status gestärkt werden kann: über die Einsparung von Lebensmittelkosten bleibt Geld für andere Ausgaben.

Literatur

- Igl, Gerhard u.a. (2008): Die Tafeln. Innenansichten aus dem Alltag einer sozialen Bewegung, Berlin.
- Molling, Luise (2009): »Die Berliner Tafel zwischen Sozialstaatsabbau und neuer Armenfürsorge«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 175-196.
- Selke, Stefan (2008): Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird, Münster.

Haben Tafelnutzende Ansprüche?

STEPHAN LORENZ

Die Frage lässt sich auf zweierlei Weise sehr schnell beantworten. Erstens: Ja, es kommen immer wieder Menschen zur Tafel, die Anspruch auf die Leistungen der Tafel erheben. Und zweitens: Nein, Tafelarbeit wird freiwillig geleistet und könnte insofern jederzeit eingestellt werden; folglich kann darauf kein Anspruch seitens der NutzerInnen erhoben werden. Da die Frage doppeldeutig ist, liefert die einfache Beantwortung einen Widerspruch. Das Problem fängt hier erst an. Es muss genauer gefragt werden, um welche Ansprüche es sich handelt, wie sie entstehen und wer sie wann oder wo stellen kann.

Wer soll welche Bedürfnisse befriedigen?

Ein Ausgangspunkt der Tafelarbeit ist die Annahme, dass es Bedürftigkeit gibt. Bedürftigkeit meint in der Regel, dass Menschen offensichtlich zu wenig haben, um bestimmte Mindeststandards der Lebensführung erreichen zu können. Dies ist oft eine direkte oder indirekte Folge von Arbeitslosigkeit, womit zugleich ausreichendes eigenes (oder familiäres) Einkommen fehlt. Bedürftigkeit verweist dann darauf, dass die sozialstaatlich organisierte, vor allem finanzielle Ausstattung von Menschen in solchen Lebenssituationen mangelhaft ist. Aus Tafel-

sicht reichen die rechtlich geregelten Möglichkeiten Ansprüche zu stellen nicht aus, um ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Teilhabe und Bedürfnisbefriedigung sicher zu stellen. Anders formuliert: Die sozialpolitisch definierten sozialen Rechte sind unzureichend. Die Tafeln bieten deshalb eine zusätzliche Unterstützung an, indem sie Lebensmittel kostenlos bzw. meist gegen geringe Geldbeträge anbieten.

Wenn das Problem ist, dass die Rechtsansprüche auf Unterstützung zu gering bemessen sind, dann können die Tafeln mit ihren Angeboten etwas Entlastung verschaffen. Sie demonstrieren damit zugleich, dass sie die sozialstaatliche Problembearbeitung für unzureichend halten. Gelöst ist das Problem damit freilich noch nicht, denn die Frage bleibt ja, wie eine sozialpolitisch angemessene Bearbeitung aussehen müsste. Bei den Tafeln gibt es darauf im Wesentlichen drei Reaktionen.

(1) Die erste sagt, dass das eben nicht mehr Aufgabe der Tafeln, sondern der institutionalisierten Politik sei. Für die Tafeln sei es ausreichend, dass sie durch ihre Arbeit auf politische Versäumnisse aufmerksam machen und man könne ihnen auch nicht mehr zumuten. Allerdings lässt sich das staatlicherseits ganz anders deuten: die Leistungen der Tafeln können durchaus einfach als Entlastung wahrgenommen werden. Solange die Probleme zivilgesellschaftlich auf freiwilliger Basis aufgefangen werden, lassen sich eigene politische Lösungen beliebig vertagen, zumal das Geld immer knapp ist – bedient werden zuerst andere, die ihre ›Ansprüche‹ laut genug einfordern (können).

(2) Die zweite Reaktion schließt daran an, indem sie diese zivilgesellschaftliche Bearbeitung zum eigenen Programm macht. Es ist der Versuch, die Tafelarbeit zu etablieren und dafür möglichst viele Mittel von Spendern und Sponsoren zu gewinnen, um diese verteilen zu können. Wo dies tatsächlich angestrebt wird, arbeitet man gewissermaßen an einem sozialpolitischen Systemwechsel: zumindest Teile der solidarischen Leistungen gegenüber hilfeschuchenden Menschen sollen gesellschaftlich auf freiwilliger Spendenbasis und nicht (mehr) auf sozialstaatlich garantierter Basis erbracht werden. Öffentlich wird zwar eher darauf hingewiesen, dass die Tafeln eigentlich wieder überflüssig werden sollten. Faktisch weist die Tafelentwicklung (und vergleichbare Entwicklungen international) aber in Richtung einer Etablierung. Offensiv als Problemlösung wird

das kaum vertreten und würde wohl auch für öffentliche Empörung sorgen. Jedenfalls noch: In den USA und Kanada, aus denen die Vorbilder solcher Unterstützungsformen für Europa kommen, handelt es sich durchaus ebenfalls um relativ neue Phänomene, die keineswegs urwüchsig zum dortigen Sozialsystem gehören. Doch der zeitliche Vorsprung von gut einem Jahrzehnt reicht, ein größeres Maß an gesellschaftlicher Normalität solcher Hilfen zu erreichen.

Aber auch hierzulande gibt es Stellungnahmen, die die Etablierung der Tafeln als Teil der Lösung begrüßen oder sogar fordern. So wurden die Tafeln Mitte der 1990er Jahre im Rahmen eines (unentgeltlichen) Pro-Bono-Projekts der Unternehmensberatung McKinsey beraten, wobei zwei Handbücher zum Aufbau bzw. Betrieb einer Tafel entstanden. Im letzteren heißt es (McKinsey & Company 1997: F1):

»Die Bereicherung des Speisezettels von Bedürftigen und die sinnvolle Nutzung im Überfluss an anderer Stelle vorhandener Nahrungsmittel – diese Idee der Tafeln ist so bestechend, dass man ihr eine große Zukunft vorhersagen möchte. [...] Die Frage, ob Tafeln eine Modeerscheinung sind und genauso schnell verschwinden, wie sie entstanden sind, lässt sich wohl verneinen – dafür ist die Idee zu überzeugend. [...] Insgesamt werden jedoch die Tafeln aus der sozialen Landschaft mittelfristig nicht mehr wegzudenken sein und angesichts eines immer größer geknüpften sozialen Netzes eine wichtige Rolle in der Versorgung sozial Schwacher spielen.«

Prognostisch gesehen war das zutreffend, das ist der eine Aspekt. Wenn man bei McKinsey von einer solchen Entwicklung überzeugt war, dann wird, so ist zweitens anzunehmen, ihre Beratungstätigkeit nicht nur bei den Tafeln entsprechend ausgerichtet gewesen sein, sondern auch bei ihren Regierungsberatungen zur neueren Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, den sogenannten Hartz-Reformen: Während also bei den Tafeln Wohltätigkeit befördert wurde, so andererseits die Rücknahme sozialer Rechte (vgl. Rohrmann 2009: 149ff.). Man kann das als Realitätssinn bezeichnen oder als sich selbst realisierende und bestätigende Prophezeiung. Jedenfalls geht es nicht allein um »Realität«, das ist der dritte Aspekt, denn deutlich wird im Zitat, dass

diese Entwicklung nicht als Problem wahrgenommen, sondern als positiv begrüßt und deshalb befördert wurde.

Bei den Tafeln selbst schreibt der Vorsitzende des Bundesverbands im Jubiläumsheft zu fünfzehn Jahren Tafeln (Feedback 1/2008: 2):

»Wir würden uns wünschen, dass wir von der Politik als notwendiger Teil unseres Sozialsystems anerkannt und die entsprechende Unterstützung erhalten würden. [...] Während andere Vereine die Segnungen der Vereinsförderung erfahren und ihre Geschäftsstellen durch die öffentliche Hand finanziert werden, muss der Bundesverband der Tafeln bisher ohne diese Förderung auskommen. Aus unserer Sicht ist das ein sozialpolitischer Skandal. Von der Politik wünschen wir uns an dieser Stelle ein klares Bekenntnis zur Arbeit der Tafeln.«

Der »sozialpolitische Skandal« sind hier nicht Armut und Ausgrenzung, sondern mangelnde Anerkennung und Unterstützung der Tafeln durch den Staat. Die Tafeln werden nicht als Symptom einer verfehlten Sozialpolitik vorgestellt, wogegen man protestiert und sich engagiert, sondern bereits »als notwendiger Teil unseres Sozialsystems«. Nicht die staatliche Sozialpolitik soll sich zu ihren Fehlern »bekennen« und für mangelhafte Unterstützung die Verantwortung übernehmen. Vielmehr soll sich die Politik zur »Arbeit der Tafeln« bekennen, also anerkennen, dass die Tafeln selbst eine Lösung bieten. Sicher wird man auch Zitate finden, die anderes fordern – bis hin zum genannten Überflüssigwerden. Dies zeigt aber nur die Konfusion bei den Tafeln über die Konsequenzen ihres Engagements. Die faktische Arbeit am partiellen ›Systemwechsel‹ dürfte den allermeisten Aktiven bei den Tafeln nicht klar sein.

Beiden bisher genannten Reaktionen auf die Frage nach einer angemesseneren Bearbeitung sozialpolitischer Probleme ist gemeinsam, dass sie die zweite Antwort auf die Eingangsfrage bestätigen: Die NutzerInnen haben *keinen Anspruch auf Tafelleistungen*, weil diese nicht auf einklagbaren Rechten, sondern auf freiwilliger Wohltätigkeit beruhen.

(3) Es gibt aber noch eine dritte Reaktion. An dieser Stelle ist häufig die Selbstermahnung zu hören, dass die Tafeln politischer werden müssten. Die geleistete Nothilfe ist dann der sichtbare Protest gegen Armut und Ausgrenzung in einem rei-

chen Land. Ein unwürdiger Umgang mit Menschen in unzureichend abgesicherten Lebenssituationen dürfe nicht geduldet werden. Deshalb wäre eine zusätzliche politische Anstrengung erforderlich, Möglichkeiten besserer gesellschaftlicher Integration zu erreichen. Dafür gibt es wiederum zwei Wege, die sich nicht ausschließen, eher ergänzen. Zum einen ist das der öffentlich artikulierte Protest. Eine breite Öffentlichkeit und ihre politischen VertreterInnen werden mit den Problemen unausweichlich konfrontiert und auf verbindliche sozialpolitische Lösungen hin gedrängt. Zum anderen gibt es den Weg der Erweiterung des Spektrums der eigenen Tätigkeiten. Jenseits bloßer Lebensmittelverteilung geht es um konkrete Unterstützung bei der Erlangung und Durchsetzung sozialer Rechte, z.B. durch diverse Beratungsangebote. Gemeinsam ist beiden Wegen, dass letztlich soziale Rechte besser gewährleistet bzw. dass sie erweitert werden sollen. Mit anderen Worten: Was die Tafeln selbst nicht bieten können, nämlich verbindliche (einklagbare) sozialpolitische Standards zu gewährleisten, das soll für die bzw. mit den TafelnutzerInnen politisch durchgesetzt werden.

In dieser Perspektive würden die Tafeln eine Stärkung sozialer Rechte und Teilhabemöglichkeiten verfolgen und nicht die vermehrte Mildtätigkeit. Soziale Ansprüche würden als legitimes Ziel gesetzt und so anerkannt, dass Menschen in problematischen Lebensphasen über solche verbindlichen Ansprüche gesellschaftlich integriert sein *sollten*.

Wie entstehen Ansprüche ...

Sie dabei zu unterstützen heißt allerdings immer noch nicht, dass die TafelnutzerInnen diese Ansprüche bei den Tafeln selbst bereits *faktisch* hätten. Obwohl Antwort zwei auf die Eingangsfrage so gerade *als Problem* aufgeworfen würde, wäre sie dennoch weiter gültig. Deswegen muss nun gefragt werden, woher die Ansprüche der NutzerInnen eigentlich kommen? Wo doch so offensichtlich ist, dass es sie nicht geben kann?

Um das zu beantworten wird man die TafelnutzerInnen, die mit solchen Ansprüchen kommen, selbst fragen müssen. Ich möchte dies an einem Beispiel aus meiner Forschung veranschaulichen. Dazu greife ich auf einen Interviewausschnitt mit

Frau G. zurück, die in meiner Untersuchung exemplarisch für den Typus *Tafelnutzung als Zugehörigkeit* steht (zu einem weiteren Typus vgl. meinen »Kunden«-Beitrag in diesem Band). Kennzeichnend für diesen Tafelzugang ist es, dass die Tafeln vor allem als Ort der Zugehörigkeit, der Begegnung, der Möglichkeit des Zusammenkommens mit anderen Menschen gesehen wird. Das kann im Rahmen dieses Textes nicht detaillierter dargelegt, sondern muss ein Stück weit voraus gesetzt werden. Zwar spielen auch hier allzu knappe eigene Ressourcen für die Lebensführung eine Rolle beim Gang zur Tafel. Noch bedeutender ist es allerdings für Frau G., einen Ort gefunden zu haben, an dem sie sich treffen und – über verschiedene Mitarbeiter – entfalten, den sie auch mitgestalten kann. Wie wird sie nun konkret auf die Möglichkeit der Tafelnutzung aufmerksam, wenn es nicht zuerst die materielle Notsituation ist?¹

Frau G.: Weil ich hatte eigentlich immer vermutet, dass nur eben, äh, die das in Anspruch nehmen können, die jetzt, sag mer mal, dieses Sozialgeld kriegen (Interviewer: Hm). Nich dieses Hartz IV, sondern bloß eben noch ne Stufe niedriger (I: Ja), ne. So. Und und mir wurde dann aber auf'm auf'm Bürgeramt, weil ich da die GEZ beantragt hatte, dass da ich freigestellt werde (I: Hmh), äh, da wurde mir gesagt, ob ich denn auch die Tafel nutze. Und sag, wieso Tafel? Ich sag, das is doch nich für mich, ich sag, ich krieg doch dieses Hartz... Nein, wenn Sie jetzt hier in [X-Stadt] was beantragen, sind Sie auch berechtigt, bei der Tafel (I: Hm) dort einmal in der Woche mit Lebensmittel zu holen (I: Ja). So. Und da bin ich eigentlich dazu gekommen.

Die Annahme, dass nur EmpfängerInnen von »Sozialgeld« zur Tafelnutzung berechtigt wären, sagt, dass sich Frau G., die nicht »nur eben« Sozialhilfe, sondern »Hartz IV« bekommt, nicht zu den »Bedürftigsten« zählt (»noch eine Stufe niedriger«).² Ob-

1 Der Interviewausschnitt ist wörtlich verschriftet, aber moderat der Schriftsprache angepasst und anonymisiert.

2 Finanziell befindet sich das Arbeitslosengeld II (oder Hartz IV) auf Sozialhilfeniveau, was Frau G. offensichtlich nicht bekannt ist. Hier funktioniert offensichtlich die Strategie einer Arbeitsmarktpolitik, die durch Umdeklarierung einen Status als Arbeitslose schafft, der trotz mehr oder weniger gleicher finanzieller Ausstattung dennoch als höher im Vergleich zu SozialhilfeempfängerInnen wahrgenommen wird.

wohl sie bereits zuvor von den Tafeln gehört hatte, kam ihr nicht in den Sinn, diese aus »Bedürftigkeitsgründen« aufzusuchen. Vielmehr bezieht sie sich auf bestehende Anspruchs-kriterien, die für die Tafelnutzung entscheidend sind. Ihre Frage lautet: Wer gehört zu denen, die die Tafel nutzen können? Und dies wird durch vorgegebene Kriterien beantwortet, die einzuhalten, aber von Frau G. nicht selbst zu bestimmen sind.

Dass sie nun die Kriterien erfüllt, erfährt sie während der Beantragung von Solidarleistungen bei einer Behörde, womit die Tafel als (quasi-) sozialstaatliche Einrichtung erscheint, worauf sie scheinbar einen sozialpolitisch legitimierten Anspruch erheben könne. Sie ist – amtlicherseits bestätigt – berechtigt, Lebensmittel bei der Tafel zu holen. Diese angenommene Berechtigung setzt Frau G. in die Lage, problemlos, gewissermaßen »schamlos« zur Tafel zu gehen und von ihrem »Recht« Gebrauch zu machen. Weder Not noch Scham muss sie dafür empfinden oder anführen. Ganz im Gegenteil bietet ihr die Tafel sogar einen positiven Bezugspunkt der Zugehörigkeit; deren Bedeutung drückt sich hier u.a. in der Betonung von »dazu gekommen« aus: sie betont – wie im Text nicht zu sehen, aber auf der Interviewaufnahme zu hören – das »dazu«, nicht das »gekommen«. Sie gehört jetzt »dazu«.

Vergleichbare Äußerungen finden sich mehrere im Interview: Frau G. sieht sich anspruchsberechtigt. Ja, sie ermutigt ihrerseits immer wieder Bekannte, doch ihre Ansprüche ebenso wahrzunehmen. Wenn es heute bereits vielerorts routinierte Praxis ist, dass Behörden ihre Klientel auf die Tafeln verweisen, so muss es nicht wundern, dass TafelnutzerInnen tatsächlich die Vorstellung haben, sie hätten legitime Ansprüche auf die Tafelnutzung. Und die Tafeln setzen das nicht zuletzt dadurch fort, dass sie quasi-amtliche Bedürftigkeitsprüfungen durchführen und Tafelpässe ausgeben.

... und wie agieren die Tafeln?

Freilich *sind* die Tafeln faktisch keine sozialstaatlichen Einrichtungen und man kann dort nichts verbindlich einfordern. Daran ist Zweierlei zu sehen: Zum einen, wie sich Sozialpolitik und Sozialbürokratie durch die Tafeln eigener Aufgaben entle-

digen können; zum anderen, wie bei den TafelnutzerInnen der Eindruck der Anspruchsberechtigung systematisch erzeugt wird, ohne dass deren Einlösung garantiert würde. Bei den Tafeln selbst reagiert man regelmäßig gereizt darauf, wenn NutzerInnen mit einer »Anspruchshaltung« kommen. Diese »Schamlosigkeit« ist keineswegs gern gesehen, obwohl doch die »Scham der Bedürftigen« so sehr als Problem thematisiert wird. Aber schließlich engagiert man sich ja freiwillig und möchte dafür eher Anerkennung und Dankbarkeit, jedenfalls keine Forderungen von den »Tafelkunden« hören. Solange aber die Tafeln das stille Übereinkommen mit den Behörden mitspielen, das möglicherweise noch als gelungene Kooperation auf kommunaler Ebene wahrnehmen und ihrerseits kommunale Unterstützung in Anspruch nehmen, statt gegen diese Situation politisch aufzubegehren, befördern sie selbst solche Haltungen. Wo Tafeln aktiv am Verwischen der Grenzen zwischen sozialstaatlichen und freiwilligen Leistungen beteiligt sind, ist Verwunderung oder gar Verärgerung über Ansprüche der TafelnutzerInnen unangebracht. Für die NutzerInnen resultiert, dass ihnen einerseits die Illusion von Ansprüchen auf Unterstützung suggeriert wird, sie diese im Zweifelsfall aber nicht einfordern können, sondern sich als dankbare HilfeempfängerInnen bürgerschaftlich organisierter Mildtätigkeit erweisen müssen.

Es muss betont werden, dass es sich hier nicht um ein Effizienzproblem handelt. Es geht nicht um die Frage, ob die Tafeln überhaupt logistisch und/oder bezogen auf die Lebensmittelqualität in der Lage wären, eine stabile und ausreichende Versorgung zu organisieren (vgl. dazu Eisinger 2002, Igl u.a. 2008, Riches 2002, Tarasuk/Eakin 2003, von Normann 2009). – Schon dabei bestehen erhebliche Probleme. Die gereizte Reaktion auf Forderungen ihrer NutzerInnen liegt insofern auch in einer (Selbst-) Überforderung begründet. – Selbst wenn es gelingen würde, diese Effizienzprobleme zu lösen, wären damit noch keine legitimen Ansprüche erreicht. Im folgenden Interviewausschnitt, geführt mit zwei Tafelleitern, wird beides angesprochen. Auf die Frage des Interviewers, ob sich die neue Arbeitsmarktpolitik (seit Hartz IV) für die lokale Tafel spürbar ausgewirkt hätte und mehr Menschen kämen:

Herr B.: Ja, die werden immer mehr. (Herr A.: hm) Und die Stadt macht sich's sehr leicht, auch der Chef vom Sozialamt hier, der Herr [Name], der sagt dann einfach: Ach wissen Sie, gehen Sie mal zur Tafel, die helfen Ihnen schon weiter. (I: ja) Und so weit es möglich war, wurde ja auch geholfen. (A: hm) Aber wenn wir jetzt nicht mehr genug Lebensmittel kriegen, weil die Märkte sich alle so knapp bevorraten, dann können wir denen eben... Wir haben 'ne Warteliste von zig Leuten, die die 'nen Tafelpass haben möchten, aber denen wir im Moment keinen geben können, weil wir die, die jetzt welche haben, schon nicht ganz bedienen können wie sich's gehört.

(...)

Interviewer: Hm. Wie ist denn jetzt so das Verhältnis überhaupt zur Stadt, oder gewesen, wenn Sie sagen, die machen sich das so 'n bisschen einfach und schicken Ihnen die Leute hin? Ist das dann eher (A: Eigentlich...) ein angespanntes Verhältnis, oder?

Herr A.: Also nein, äh, es ist kein gespanntes, es ist ein, äh, der Bürgermeister ist, äh, eigentlich froh, dass es die Tafeln gibt. (I: hm) Und, äh, was er machen könnte, äh, ja, der ist schon...

Herr B.: Der bemüht sich, würden wir sagen.

Herr A.: ... bemüht sich, bemüht sich. Der kann ja auch nicht sagen: Hier habt Ihr. Äh, so geht's ja nicht. (I: hm) Äh, das Verhältnis ist, ist eigentlich, die sind froh, dass sie uns haben. (I: hm)

Die Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis zur Kommune wird nicht aus der eigenen Sicht vorgetragen, sondern aus Sicht der Stadtverwaltung. Dass die mit der Tafel gut leben kann, ist aber weniger erstaunlich, als dass von Seiten der Tafel kein Widerspruch kommt. Obwohl die Verschiebung von der sozialstaatlichen auf die zivilgesellschaftliche Ebene klar gesehen wird (*»die Stadt macht sich's sehr leicht«*), belastet das nicht einmal das gute Verhältnis – und nicht einmal angesichts des Einverständnisses, dass man selbst gar nicht zu einer adäquaten Problembearbeitung in der Lage ist, weil zuwenig geeignete Lebensmittel mobilisiert werden können, *»wie sich's gehört«*.

Fazit

Bürgerschaftliche Solidarität ist zweifellos von hoher Bedeutung in der demokratischen Gesellschaft. Sie kann in der Ausgestaltung des öffentlichen Lebens und dessen Vielfältigkeit

kaum überschätzt werden. Auch als Protestform bis hin zu zivilem Ungehorsam (z.B. Kirchenasyl in der Flüchtlingshilfe), der letztlich auf die Aufhebung des »Ungehorsams« durch eine neue legitimierende Rechtsform zielt, ist sie eine Bereicherung. Der Ausgangspunkt der Überlegungen war allerdings, dass die Tafeln von »Bedürftigkeit« bei ihren NutzerInnen ausgehen. Das heißt, die Tafeln sehen gesellschaftliche Mindeststandards bei elementaren Lebensbedingungen verletzt. Hierfür unproblematisiert dauerhaft auf Lösungen zu setzen, auf die kein legitimer Anspruch erhoben werden kann, die nicht einmal Mindeststandards legitim einfordern lassen, bewegt sich in eine andere Richtung. Für die NutzerInnen bieten solche Ansprüche eine Basis, so im Beispiel von Frau G. zu sehen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfsangebote selbstbewusst zu nutzen und ohne permanente Beschämung ihren Alltag zu meistern. Diese »Anspruchshaltung« wird von den Tafeln zum Teil selbst befördert, vor Ort aber zurückgewiesen – damit wird aber auch diese Möglichkeit des unbeschämten Umgangs mit schwierigen Lebenssituationen zurückgewiesen.

Der sich (nicht nur in Deutschland) vollziehende partielle ›Systemwechsel‹ beschneidet letztlich soziale Rechte. Richtig ist deshalb die seitens der Tafeln selbst gelegentlich erhobene Forderung, dass sie politischer werden müssten, wenn sie einen nachhaltigen Beitrag zur Verringerung von Armut und Ausgrenzung leisten wollen. Nach mehr als anderthalb Jahrzehnten Tafeln in Deutschland bleibt allerdings die Frage, ob und wann sie dies tatsächlich mit dem nötigen Schwung noch angehen werden.

Literatur

- Eisinger, Peter (2002): »Organizational capacity and organizational effectiveness among street-level Food Assistance Programs«. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly* 31 (1), S. 115-130.
- Igl, Gerhard u.a. (2008): *Die Tafeln. Innenansichten aus dem Alltag einer sozialen Bewegung*, Berlin.
- McKinsey & Company 1997: *Betrieb einer Tafel*. Handbuch, McKinsey & Company Inc.

- Riches, Graham (2002): »Food banks and food security: welfare reform, human rights and social policy. Lessons from Canada?« In: *Social Policy & Administration* 36 (6), S. 648-663.
- Rohrmann, Eckhard (2009): »Tafeln und der Abbau des Sozialstaats«. In: *Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention*, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 137-156.
- Tarasuk, Valerie/Eakin, Joan M. (2003): »Charitable food assistance as symbolic gesture: an ethnographic study of food banks in Ontario«. In: *Social Science & Medicine* 56, S. 1505-1515.
- von Normann, Konstantin (2009): »Ernährungsarmut und ›Tafelarbeit‹ in Deutschland. Distributionspolitische Hintergründe und nonprofit-basierte Lösungsstrategien«. In: *Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention*, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 85-106.

Wem hilft das Jobben bei der Tafel?

Vom Leben mit und Arbeiten bei den Tafeln

KARIN SCHERSCHEL/MELANIE BOOTH/KAREN SCHIERHORN

Obwohl es bislang keine umfassenden Analysen zum Profil der TafelnutzerInnen gibt, wissen wir aus der vorliegenden Forschung (vgl. Lorenz 2009, Molling 2009, Selke 2008), dass es sich um einen eher heterogenen Personenkreis handelt, dessen kleinster gemeinsamer Nenner ein geringes oder kein Einkommen ist. Nach Angaben des Bundesverbands der Tafeln beziehen alle Tafel-NutzerInnen staatliche Leistungen (ALG II, Sozialgeld oder Grundsicherung). Seit der Einführung der sogenannten Hartz-Arbeitsmarktreformen hat sich die Zahl der »TafelgängerInnen« zwischen 2005 und 2009 auf etwa eine Million verdoppelt.¹

Die Tafeln sind bekannt für ihr bürgerschaftliches Engagement und ihre Wohltätigkeit. Unternehmen sponsern die Tafeln, indem sie diese mit überschüssigen Lebensmitteln beliefern oder auch im Ausbau ihrer Infrastruktur unterstützen (so sponsert Mercedes Benz bspw. Transportfahrzeuge für Lebensmittel). Die Praxis der Tafeln wird dennoch höchst kontrovers diskutiert. BefürworterInnen heißen vor allem ihr überzeugendes und bestechend einfaches Prinzip gut: überschüssige

1 Zahlenangaben nach Bundesverband Deutsche Tafeln (2007) und www.tafel.de/die-tafeln/zahlen-fakten (Zugriff 25.03.2010).

Lebensmittel werden an Bedürftige ausgegeben. Kritische Stimmen postulieren hingegen eine Aushöhlung sozialer Rechte. Mit der Ausbreitung der Tafeln etablierte sich (wieder) eine auf Wohl- und Mildtätigkeit basierende Armenfürsorge. In Zeiten sozialstaatlichen Rückzugs und massiver wohlfahrtsstaatlicher Einschnitte würden dadurch neue (und doch alte) Formen der Armenpolitik (wieder) hoffähig gemacht.

Mit der Ausbreitung, Etablierung und Professionalisierung sind die Tafeln in jüngster Zeit außerdem zu einem Ort geworden, an dem Erwerbslosen die Möglichkeit eröffnet werden soll, einen (Wieder-)Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt und damit in eine reguläre Erwerbstätigkeit zu finden. Die im Rahmen der Hartz-Arbeitsmarktreformen eingeführten »Arbeitsgelegenheiten« (AGH, besser bekannt als 1-Euro-Jobs) sind von den AR-GEN geförderte Beschäftigungen für Langzeitarbeitslose. Sie sollen ihren AdressatInnen eine Rückkehr in den Arbeitsmarkt eröffnen und zudem die vielzitierte und geforderte »Beschäftigungsfähigkeit« erhöhen. In der Regel sollen diese AGHs nicht länger als ein halbes Jahr dauern. Das »Jobben« bei den Tafeln ist in einer solchen geförderten Beschäftigung seit Einführung der Reformen möglich. So kam 2007 auf zehn freiwillig Engagierte etwa einE geförderte BeschäftigteR, insgesamt etwa 3200 Personen.² Diese Jobs sind arbeitsmarktpolitisch höchst umstritten. Zum einen wird befürchtet, dass sie reguläre sozialversicherungspflichtige Stellen verdrängen, zum anderen wird ihre faktisch integrative und beschäftigungsfördernde Funktion angezweifelt.³

Die AGHs sind Teil der »Hartz-Reformen«, deren Umsetzung gemeinhin als Kehrtwende von einer staatlicherseits aktiven zu einer die Arbeitslosen aktivierenden Arbeits- und Sozialpolitik in Deutschland charakterisiert wird. Programmatisch verankert die Logik des »Förderns und Forderns« die Eigenverantwortung des Einzelnen, welche durch unterstützende Akti-

2 Darunter werden »1-Euro-Kräfte, Beschäftigte in Förderprogrammen, Angestellte oder Zivildienstleistende« gezählt (Bundesverband Deutsche Tafel 2007).

3 In diese Richtung weisen auch neuere Erkenntnisse zum Erleben des Hilfebezugs und zur Akzeptanz von Aktivierungsstrategien des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (Hirsland/Lobato 2010).

vitäten der Arbeitsagenturen und der ARGEN gefördert werden soll. Obwohl im Rahmen der Evaluationsforschung mittlerweile eine Vielzahl an Studien zur Effektivität der einzelnen Instrumente vorliegt, kommt die Sicht der Betroffenen in der Regel zu kurz (vgl. Booth/Schierhorn 2010).

Zur Tafel oder nicht zur Tafel?

In unserem laufenden Forschungsprojekt untersuchen wir den Einfluss dieser neuen Arbeitsmarktpolitik auf die, die sie fördern und fordern soll.⁴ Uns interessiert sowohl die institutionelle Seite der Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik als auch die Sicht der AdressatInnen.

Obwohl die Tafeln selbst nicht ausdrücklicher Gegenstand unserer Untersuchung sind, erscheinen sie doch in unseren Datenerhebungen. Auf institutioneller Seite, wenn die BezieherInnen von Arbeitslosengeld (ALG) II durch die Behörde für zusätzliche materielle Unterstützung auf die Tafeln verwiesen werden und insofern die Tafeln der Behörde Möglichkeiten bieten, Instrumente der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, v.a. AGHs, umzusetzen. Auf Seiten der AdressatInnen begegnen uns beim Interviewen sowohl Personen, die von der Tafel leben, als auch solche, die eine Tafelnutzung vehement ablehnen, und schließlich die, die über solche »1-Euro-Jobs« bei den Tafeln beschäftigt sind. In der Öffentlichkeit werden TafelnutzerInnen nicht selten mit dem Personenkreis in Verbindung gebracht, den man gemeinhin diskriminierend als »Neue Unterschicht« bezeichnet.

4 Der Beitrag basiert auf der Auswertung leitfadengestützter Interviews, welche im Rahmen des DFG-geförderten Forschungsprojektes »Entsteht eine neue Unterschicht? Erwerbsorientierung und Institutionen an der Schnittstelle von Langzeitarbeitslosigkeit und Niedriglohnbeschäftigung« im SFB 580 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena unter der Leitung von Klaus Dörre geführt wurden. In zwei Erhebungswellen (2006 und 2009) interviewten wir in vier Regionen Deutschlands fast 100 (Langzeit-) Arbeitslose und prekär Beschäftigte. Zudem führten wir Interviews mit Akteuren der Arbeitsmarktpolitik (Bescherer/Röbenack/Schierhorn 2008).

Sie sind oftmals vom sozialen und kulturellen Leben ausgeschlossen und ihr Leben wird durch Verzicht und materiellen Mangel geprägt. Deshalb ist der Gang zur Tafel für viele mit Scham besetzt, weshalb sie ihn entweder vermeiden oder zumindest hinauszögern. Exemplarisch deutlich wird das beispielsweise bei einem geförderten selbstständigen Kioskbesitzer in einer norddeutschen Hafenstadt, welcher zum Zeitpunkt unseres ersten Interviews 2006 zwar aufgrund des finanziellen Mangels gezwungen ist, seine Möbel zu verkaufen, sich aber für die Tafel als »nicht bedürftig genug« erachtet:

»Ich kann nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, zu sagen ich hab ein Auto aufm Hof. Ich hab ein Haus. Und ich geh zur Tafel ,weil ich nichts zu beißen hab. Das ist also Fehldenken. Wenn ich denn *kein* Auto aufm Hof habe. Ich habe *kein* Haus. Und ich schlafe irgendwie unter der Brücke. Denn hab ich das Recht da hinzugehen. Weil dann hab ich nämlich nichts. Dann bin ich mittellos.«

Zum Zeitpunkt des zweiten Interviews 2009 ist die Tafel für ihn zum Rettungsanker geworden.

Für eine unserer Interviewpartnerinnen ermöglicht der Tafelbesuch Einsparungen, die sie an andere Stelle für Aktivitäten mit ihren Kindern nutzen kann:

»Mir ist es auch ein bisschen unangenehm mich dahin zustellen oder so. Aber, ich seh es so, wenn ich mich da hinstelle und halt ebend bestimmt 20 Euro 30 Euro pro Mal wo ich dahin gehe einspare, kann ich mit meinen Kindern Eis essen gehen, schwimmen gehn oder meiner Tochter oder meinem Sohn halt eben mal ne Jacke kaufen oder irgendwie so. Dann fällt halt eben mehr Geld für meine Kinder halt eben ab.«

Die Scham tritt zugunsten ökonomischer Überlegungen in den Hintergrund, wenn durch den Gang zur Tafel finanzielle Ressourcen zur Befriedigung anderer Bedürfnisse frei werden. Das unangenehme Gefühl bleibt. Wie das oben angeführte Beispiel des Kioskbesitzers zeigt, verändert sich erst im Zeitverlauf die Ablehnung zugunsten einer zunehmenden Akzeptanz aufgrund des anhaltenden finanziellen Mangels. Das gilt insbesondere dann, wenn Kinder von der Armut betroffen sind. Bei einer Befragten ist jedoch auch nach Jahren der Erwerbslosigkeit die Ablehnung groß, da der Gang zur Tafel für sie gesell-

schaftlichen Abstieg symbolisiert. Gerade durch die Vermeidung der Tafeln will sie sich vor stigmatisierenden Zuschreibungen der Außenwelt schützen und ihr Selbstwertgefühl bewahren.

Jobben bei der Tafel – vier Fallbeispiele

Die Tafeln erscheinen in unseren Interviews auch, wenn LeistungsbezieherInnen des ALG II 1-Euro-Jobs im Bereich der Tafeln ausüben. Im Folgenden sollen exemplarisch vier solcher geförderten Tafel-Beschäftigten zu Wort kommen. Die präsentierte Sicht soll keineswegs als repräsentativ gelten, es handelt sich vielmehr um Fallbeispiele, die einen Eindruck vom »Jobben« bei der Tafel vermitteln. Dennoch werden in den Gesprächen Problemlagen deutlich, die typisch für Menschen sind, die mittels eines 1-Euro-Jobs versuchen, den gesellschaftlichen Anschluss zu schaffen. Vor allem die in den Interviews geäußerten Wünsche nach gesellschaftlicher Anerkennung und nach materieller Sicherheit tauchen in einer Vielzahl von Interviews auf, die wir im Rahmen unserer Forschung geführt haben.⁵ Wir wollten wissen, wie »Tafeljobber« ihre Arbeit bewerten, was ihnen gefällt und womit sie Probleme haben. Ist diese Tätigkeit bei der Tafel ein Ersatz für »richtige« Arbeit? Lassen wir einige unserer Interviewees selbst zu Wort kommen:

*Frau Krabat*⁶ ist zum Zeitpunkt des Interviews 47 Jahre alt. Sie wurde geboren in einem kleinen Ort nahe einer mittelgroßen ostdeutschen Stadt. Sie blickt auf eine für ostdeutsche Frauen dieser Generation typische Nachwendebiographie zurück, die durch immer wiederkehrende Arbeitslosigkeit, durch zahlreiche – zum Teil »abenteuerliche« – Versuche, in verschiedenen Tätigkeitsfeldern Fuß zu fassen, und durch sogenannte Maßnahmekarrieren, also staatlich subventionierte Beschäfti-

5 Unsere Einschätzungen können sich auch auf umfassende Erfahrungen aus der Prekarisierungsforschung stützen, die am Lehrstuhl für Arbeits-, Wirtschafts- und Industriesoziologie des Instituts für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena seit mehreren Jahren verfolgt wird.

6 Alle im Folgenden genannten Namen und biographischen Angaben wurden anonymisiert.

gungen, gekennzeichnet ist. Unsere Interviewpartnerin arbeitet seit etwa dreieinhalb Jahren bei der Tafel, zunächst für ein dreiviertel Jahr unentgeltlich, seit dem wird ihr diese Beschäftigung als AGH angerechnet. Zu ihrem Tätigkeitsbereich gehören: Kaffee kochen, Waren sortieren und zweimal in der Woche Lebensmittel ausgeben. Insgesamt ist ihre AGH auf 20 Stunden in der Woche begrenzt. Frau Krabat mag ihre Arbeit bei der Tafel, weil sie unter Leuten ist und anderen helfen kann. Dass ihre Tätigkeit bei der Tafel für sie keine »richtige« Arbeit, kein Ersatz für ein reguläres Beschäftigungsverhältnis ist, wird an unterschiedlichen Stellen des Interviews deutlich. Sie formuliert beispielsweise:

»Wunderbar, mir gefällt's (bei der Tafel, Anmerk. die Verf.). Das ist mein Ding, also mit Leuten ein bisschen Spaß machen gehört ja auch dazu. Sich unterhalten ... also wieder hin kann da. [Pause] So lange man keine Arbeit hat.«

Jobben bei der Tafel ist, um mit den Worten von Frau Krabat zu sprechen:

»Sag mal besser wie nix, ich kann Leuten helfen.«

Das Jobben bei der Tafel wird nicht als richtige Arbeit gewertet. Insbesondere darin liegt die Crux solcher Tätigkeiten für die Betroffenen. Man geht dort zwar gerne hin, aber man weiß zugleich, dass es sich nur um einen Job handelt, bei dem man wenig lernt und der nicht dem entspricht, was man sich unter einer richtigen Arbeit vorstellt. Außerdem wird er nicht existenzsichernd entlohnt. Frau Krabat misst ihrer Tätigkeit keine größere arbeitsinhaltliche Bedeutung bei in dem Sinne, dass sie dort Kompetenzen erwerben würde oder sich beruflich herausgefordert sieht. In ihrer Bewertung des Jobs kommt dies mehr als deutlich zum Ausdruck, wenn sie sagt:

»Aber, fällt halt auch nicht so aus. Ich mein, das kann jeder hier machen.«

Das Jobben bei der Tafel hat vielmehr einen den Alltag stabilisierenden Effekt. Frau Krabat hat einen Ort, den sie täglich auf-

suchen kann, ihr Tagesablauf erfährt dadurch eine klare Strukturierung. Zudem ist sie sozial eingebunden und sieht sich selbst in der Rolle einer Person, die auch anderen helfen kann. Obwohl ihr die Arbeit bei der Tafel weder die gewünschte gesellschaftliche Anerkennung noch eine angemessene monetäre Entlohnung bringt, bietet ihr die Tätigkeit doch eine Sinnerfüllung dadurch, dass sie gebraucht wird. Wie viele macht Frau Krabat die schmerzliche Erfahrung, dass mit beginnender Erwerbslosigkeit sicher geglaubte Routinen allmählich im Alltäglichen ins Wanken geraten. Man weiß nicht mehr, für wen man sich hübsch machen oder warum das Fenster nun gerade heute und nicht morgen oder übermorgen geputzt werden sollte:

»Ich bin dann ziemlich Einzelgänger geworden, nur daheim rumgesessen. Lässt dich dann auch ein bisschen gehen. Ziehst halt alte Jogginghosen mal an oder mal einen alten Pullover. Was du so halt nicht mehr machst. So allgemein nicht jeden Tag die Haare machen oder so. Oder morgen musst du Fenster putzen. Ach kannst du auch morgen machen. Bin ja daheim. Man hat keinen ... wie soll man sagen ... man lebt halt in den Tag hinein.«

Auch *Frau Glöckner* kennt das Gefühl, dass vormals sicher geglaubte Gewissheiten verloren gehen können. Sie wurde 1967 in Ostdeutschland geboren. Nach ihrem 10. Klasse-Abschluss begann sie eine Ausbildung, die sie im Alter von 20 Jahren erfolgreich beendete. Arbeiten wollte sie allerdings nie in ihrem Ausbildungsberuf, da sie darin keine Erfüllung fand. Stattdessen arbeitete sie eine Zeit lang bei der Bank und schließlich im Krankenhaus. Im Jahr 2000 verliert sie ihre dortige Anstellung. Zum Zeitpunkt des Interviews ist sie seit etwa 9 Jahren erwerbslos und hat seitdem verschiedene AGHs gemacht. Seit 2003 ist sie per 1-Euro-Job bei der Tafel beschäftigt und fühlt sich dort sehr wohl, was sie auch ausdrücklich betont:

»Ich arbeite gerne. Ich bin gerne hier.«

Frau Glöckner hat die Tafel selbst mit aufgebaut und ist somit von Anfang an dabei. Sie hofft auf eine Festanstellung, weiß aber, dass es hierzu keine Möglichkeiten geben wird.

»Dann hab ich halt die Stelle hier bekommen. Bin schon lange da. Aber leider stellen sie einen ja nicht ein. Das ist eigentlich das, was ich gerne mach.«

Frau Glöckner arbeitet zusätzlich noch zweimal die Woche als private Haushaltskraft. Neben dem 1-Euro-Job, dem Haushalt und damit zusammenhängenden Erledigungen sowie den zwei Kindern bleibt ihr nur wenig Zeit für sich. Sie kann sich ein Leben ohne Arbeit nicht vorstellen. Ihre momentane Tätigkeit bei der Tafel hilft ihr, der großen Angst vor einer Erwerbslosigkeit zu entfliehen. So beschreibt sie die Vorstellung, ohne Arbeit zu sein, an verschiedenen Stellen des Interviews als »schlimm«. Auf die Frage, was fehlt, wenn keine Arbeit da ist, antwortet Frau Glöckner:

»Wenn ich das hier nicht mehr habe. Oh, das wäre schlimm für mich. Das kann ich nicht beschreiben. Das ist halt was [...] Das wäre nicht gut.«

Obwohl sie froh ist, überhaupt eine Arbeit zu haben, sind die fehlenden finanziellen Mittel immer gegenwärtig. Selbst die Klassenausflüge ihrer Kinder kann sie nicht bezahlen. Um Diskriminierungen zu entgehen, wird die Erwerbslosigkeit so selten wie möglich angesprochen. Ihre Kinder umgehen solche Situationen, indem sie sagen, dass ihre Mutter bei der Tafel arbeitet und dabei den 1-Euro-Job unerwähnt lassen. An solchen Umgangsweisen wird deutlich, dass die 1-Euro Jobs mit einem Makel versehen sind, dem es zu entgehen gilt. Die bisherigen empirischen Befunde unserer Untersuchung belegen, dass für viele unserer Interviewees der Bezug von ALG II mit Scham besetzt ist. Aber auch die Teilnahme an Maßnahmen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik wird von einigen als sinnentleert und degradierend erlebt. Übereinstimmend mit den ersten Befunden der Studie von Hirsland/Lobato (2010: 15) wird die Teilnahme als für die eigene berufliche Entwicklung wertlos erlebt. Das Normalarbeitsverhältnis bleibt das ersehnte Ziel. Frau Glöckner arbeitet zwar gerne bei der Tafel, doch sie weiß auch, dass sie dort kein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu erwarten hat. Der 1-Euro-Job und ihre zeitweilige Nebentätigkeit als private Haushaltskraft geben Frau

Glöckner die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und selbstständig den finanziellen Einschränkungen durch die Erwerbslosigkeit ein wenig entgegen zu wirken.

Auch für *Frau Beyer* stellt die Tätigkeit bei der Tafel keine gleichwertige Alternative zu regulärer Erwerbsarbeit dar. Sie ist zum Zeitpunkt des Interviews 29 Jahre alt und lebt in einer ost-deutschen Kleinstadt. Die Berufsbiographie von Frau Beyer ist durch einige Hürden und Widrigkeiten gekennzeichnet. Sie litt unter »*Lernschwierigkeiten*« und schloss deshalb die Schule bereits nach der achten Klasse ab. Nach einem zweijährigen BVJ (Berufsvorbereitende Jahre) absolviert sie eine Ausbildung im Einzelhandel. In diesem Beruf konnte sie allerdings nie wirklich Fuß fassen. Insgesamt arbeitet sie gerade einmal neun Monate darin. Seit 2002 ist sie ohne Erwerbsarbeit. Die letzten sieben Jahre sind geprägt von ihrer Familiengründung – Frau Beyer hat zwei Kinder – und der wiederholten Ausübung geförderter Beschäftigungen. Nach einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme ist die AGH bei der Tafel bereits ihr zweiter 1-Euro-Job. Erwerbsarbeit hat in ihrem Leben einen hohen Stellenwert. »*Ohne Arbeit geh ich kaputt*«, betont sie mehrfach in unserem Gespräch. Da sie ihre Arbeitsmarktchancen aufgrund der geringen Berufserfahrung und des fehlenden Führerscheins aber als minimal einschätzt, bleibt das Jobben bei der Tafel für Frau Beyer die (derzeit) einzige Möglichkeit, überhaupt einer entlohnten Tätigkeit nachzugehen. Dieser 1-Euro-Job im Umfang von wöchentlich 30 Stunden ermöglicht ihr vor allem soziale Kontakte, Abwechslung und eine Aufgabe, bei der sie sich gebraucht fühlt:

»Das ist wirklich schön. Das ist abwechslungsreich. Mal holst du das Zeug mit aus dem Discounter. Mal bist de hier. Kannst mit de Leute dich ein wengel unterhalten und bissel bemutteln und halt auch mal paar Ratschläge geben. Weil die brauchen wirklich jemandem, mit dem sie sich unterhalten können, weil die sind so verfrustet.«

Dass sie für ihre Arbeit nur einen Euro in der Stunde erhält, spielt für sie nur eine untergeordnete Rolle. Sie macht »*jede Arbeit*« und würde auch für »*50 Cent putzen gehen*.« Gleichzeitig bedeutet die AGH eine Aufbesserung des Haushaltseinkommens. Frau Beyer lebt mit ihrem Mann und den beiden Kindern am unteren Existenzminimum. Oftmals hat sie eine Woche vor

dem Monatsende »*nichts mehr in [ihrem] Geldbeutel.*« Dann ist sie froh, dass sie die Tafel hat. Hier kann sie sich nicht nur ein paar Euro dazuverdienen, sondern auch kostengünstig an dringend benötigte Lebensmittel gelangen.

Auch wenn Frau Beyer hofft, dass die AGH verlängert wird, wünscht sie sich eigentlich eine »*festе Arbeit*«. Der 1-Euro-Job ist für sie zwar ein willkommener, gleichzeitig aber doch ungenügender Ersatz für reguläre Erwerbsarbeit. Obgleich sie sich finanziell kompromissbereit zeigt, möchte sie eigentlich eine Arbeit, mit der sie unabhängig von staatlichen Leistungen leben kann:

»Bin froh, wenn ich ne feste Arbeit irgendwann mal habe. Ich hoffe, so schnell wie möglich. [...] auch wenn es hier schön ist. Man kann sich über alles unterhalten. Man kriegt Ratschläge, jeder kommt mit jedem aus, aber auf der anderen Seite ist man dann froh, wenn man einen Job hat, einen festen Job hat und man dann von dem verdammten Arbeitsamt weg ist.«

Inwieweit die AGH bei der Tafel als Sprungbrett in eine solche Tätigkeit dient, ist bestenfalls zweifelhaft.

Den Wunsch nach einer festen Arbeit hegt auch *Herr Müller* (57 Jahre). Im Anschluss an seine Lehre absolvierte er ein naturwissenschaftliches Studium. Nach dem Ende der DDR war er in verschiedenen Firmen tätig. Sein letzter Arbeitgeber ging 1998 in Konkurs. Seitdem ist er arbeitslos. Von der ARGE wurde ihm vor vier Jahren der 1-Euro-Job bei der Tafel angeboten, den er seitdem mit Freude ausführt. Vor allem »*der Kontakt zu den Leuten*« und dass er den ganzen Tag etwas zu tun hat, schätzt er an seiner Tätigkeit. Herr Müller ist das »*Jobben*« dort wichtig, und er sagt: »*mir würde was fehlen, wenn ich den Job nicht mehr hätte*«. Dennoch kann auch für ihn diese Tätigkeit reguläre Erwerbsarbeit nicht ersetzen. So ist es weniger das fehlende Geld, das ihn stört, als vielmehr arbeitsinhaltliche Ansprüche, die mit dem Ein-Euro-Job nicht ersetzt werden können, so formuliert er:

»Arbeit ist für mich, was ich gelernt habe [...] körperliche und geistige Belastung, das ist Arbeit. Hat mir Spaß gemacht damals, das macht auch Spaß, aber das ist, wie gesagt, eine Beschäftigung.«

Hirseland/Lobato (2010: 16) weisen daraufhin, dass MaßnahmeteilnehmerInnen Erwartungen an die Ausgestaltung von Maßnahmen haben, die auf eine Berücksichtigung der Bildungs- und Erwerbsgeschichte zielen (Biographieadäquanz). Diese Erwartung kommt auch in Herrn Müllers Unterscheidung zwischen Arbeit und bloßer Beschäftigung zum Ausdruck, wenn er über seine Arbeit bei der Tafel spricht.

Fazit

Die oben geschilderten Fallbeispiele machen die Ambivalenz des Jobbens bei der Tafel deutlich. Die im Titel unseres Beitrags aufgeworfene Frage, wem das Jobben bei der Tafel hilft, lässt sich nicht letztgültig beantworten. Ob das Jobben bei der Tafel hilfreich ist und in welcher Hinsicht es hilft, hängt von der jeweiligen Perspektive ab, die man einnimmt.

Aus der Perspektive der MaßnahmeteilnehmerInnen erfüllen die AGHs bei der Tafel verschiedene Funktionen. Der Job hilft, das alltägliche Leben zu strukturieren, bietet soziale Einbindungsmöglichkeiten sowie das Gefühl, eine nützliche Arbeit zu leisten. Zudem ermöglicht es die AGH, den geringen Regelatz aufzubessern. Deutlich wird bei allen unseren Befragten, dass ihnen Arbeit wichtig ist und sie liebend gern einer regulären Beschäftigung nachgehen wollen. Manche derjenigen, die wir in AGHs befragt haben, fühlen sich unterfordert oder auf dem Abstellgleis, andere wiederum schätzen dagegen ihren 1-Euro-Job. Dennoch bleibt auch bei ihnen diese »Beschäftigung« ein (zuweilen als sehr schmerzlich erlebter) Kompromiss, den sie eingehen, der aber für sie keine reguläre Tätigkeit, also bezahlte Erwerbsarbeit, ersetzt. Bei unseren Interviewees zeigen sich die negativen Beschäftigungswirkungen auch darin, dass manche bereits seit mehreren Jahren im gleichen 1-Euro-Job tätig sind. Die AGH erfüllt damit weder den Zweck einer Stärkung ihrer Kompetenzen noch dient sie als Schritt in den ersten Arbeitsmarkt. In der Tendenz zementiert sich vielmehr durch die 1-Euro-Jobs eine dauerhafte Chancenlosigkeit.

Ob, wie von den Reformen intendiert, die Integration in den ersten Arbeitsmarkt durch die AGHs gelingen kann, ist nicht zuletzt aufgrund der Arbeitsmarktlage mehr als fragwürdig.

Seitens der Arbeitsmarktverwaltung sind die AGHs im Vergleich mit anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten das weitaus am häufigsten eingesetzte. Sie sollen der Stärkung der »Beschäftigungsfähigkeit« dienen und gleichzeitig fallen Erwerbslose für die Dauer derartiger Maßnahmen aus der Arbeitslosenstatistik heraus. Die integrative Wirkung der AGHs ist dagegen höchst fragwürdig. Die Evaluationsforschung kommt zu dem Ergebnis, dass sie teilweise zum unerwünschten und dauerhaften Verbleib der TeilnehmerInnen in geförderten Maßnahmen führen (»Lock-in-Effekt«) und damit sogar noch zu einer Verschlechterung ihrer Arbeitsmarktchancen (Koch/Kupka/Steinke 2009: 164ff).

Bemisst man die 1-Euro-Jobs an ihren oben skizzierten punktuellen Effekten (Aufrechterhaltung von Zeitregimen und alltäglichen Routinen), dann können sie fallbezogen als erfolgreich bewertet werden. Bemisst man sie allerdings an den Versprechen und offiziell formulierten Zielen der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik (Integration in den ersten Arbeitsmarkt, Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit) dann fällt ihre Bewertung weit negativer aus. Die Tafeln bilden da als »Maßnahmeträger« keine Ausnahme. Für die Aufrechterhaltung der Tafelarbeit mögen 1-Euro-Jobs dienlich sein, und viele sind froh, eine solche Aufgabe nutzen zu können. Berufsbiographisch förderlich werden diese Jobs in der Regel nicht sein.

Literatur

- Booth, Melanie/Schierhorn, Karen (2010): »Von der Wende- zur Aktivierungsverliererin? Der Einfluss der Hartz-Arbeitsmarktreformen auf die Erwerbsorientierungen ostdeutscher Frauen«. In: Grundsicherung und Geschlecht. Gleichstellungspolitische Befunde zu den Wirkungen von »Hartz IV«, hg. v. Karen Jaehrling/Clarissa Rudolph, Münster. (i.D.)
- Bundesverband Deutsche Tafeln e.V. (2007): Die deutschen Tafeln nach Zahlen. Ergebnisse der Tafel-Umfrage 2007, http://www.tafel.de/fileadmin/pdf/Tafel-Umfrage/Tafel-Umfrage_2007_Auswertung.pdf, 24.03.2010.
- Bescherer, Peter/Röbenack, Silke/Schierhorn, Karen (2008): »Eigensinnige »Kunden«: Wie Hartz IV wirkt und wie nicht«.

- In: Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, hg. v. Robert Castel/Klaus Dörre, Frankfurt a. M./New York.
- Hirseland, Andreas/Lobato, Philipp Ramos (2010): Armutsdynamik und Arbeitsmarkt. Entstehung, Verfestigung und Überwindung von Hilfebedürftigkeit bei Erwerbsfähigen. Kurzzusammenfassung wichtiger Ergebnisse aus den Erhebungswellen 1 und 2. IAB Forschungsbericht 3/2010, <http://doku.iab.de/forschungsbericht/2010/fb03110.pdf>, 24.03.2010.
- Koch, Susanne/Kupka, Peter/Steinke, Joß (2009): Aktivierung, Erwerbstätigkeit und Teilhabe. Vier Jahre Grundsicherung für Arbeitssuchende, Bielefeld.
- Lorenz, Stephan (2009a): »Nachhaltige Wohlstandsgewinne? Der Boom der Tafel-Deutungen«. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 22 (3), S. 116-123.
- Molling, Luise (2009): »Die Berliner Tafel zwischen Sozialstaatsabbau und neuer Armenfürsorge«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 175-196.
- Selke, Stefan (2008): Fast ganz unten: Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird, Münster.

Wie verhält sich die Caritas in Hessen zu Tafeln und ähnlichen »Ergänzenden Armutsdiensten« ?

JÜRGEN EUFINGER/STEFAN WEBER

Die Caritas-Landesarbeitsgemeinschaft (CLAG) ist eine Untergliederung der Hessen-Caritas. Die Hessen-Caritas ist ein Zusammenschluss der Diözesancaritasverbände Mainz, Limburg und Fulda mit dem Ziel gemeinsam die Interessen der Einrichtungen und Dienste der Caritas in Hessen gegenüber der Landespolitik zu vertreten und mit ihr gemeinsam soziale Politik zu gestalten. Die CLAG Soziale Sicherung repräsentiert Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, der Straffälligenhilfe, Einrichtungen zur Beschäftigung und Qualifizierung, Migrations- und Integrationsberatung, Hilfe für Flüchtlinge, Suppenküchen/Tafeln in Trägerschaft der Caritas bzw. der Kirchengemeinden, Kleiderkammern, Betreuungsvereine, Allgemeine Sozialberatung, Fachdienst Gemeindecaritas, Gemeinwesenarbeit, Schuldnerberatung. Neben dem Lobbying für die Einrichtungen gegenüber der Politik ist die CLAG Soziale Sicherung auch als »Anwalt« der Menschen tätig, die in unseren Einrichtungen Hilfe und Unterstützung suchen. Die CLAG befasst sich auch mit den Themen Armut/Reichtum, materielle Existenzsicherung und allen damit zusammenhängenden Fragen und bezieht Position gegenüber Politik und Gesellschaft. Sie vertritt die fachpolitischen Interessen der genannten Einrichtungen der Ca-

ritasverbände in Hessen in der Öffentlichkeit, gegenüber dem Land Hessen, den hessischen kommunalen Spitzenverbänden, den Sozialleistungsträgern auf Landesebene sowie den sonstigen Behörden in allen fachpolitischen Belangen und wirkt im Rahmen der Hessen-Caritas in der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen mit.

Die folgenden Ausführungen zu den »Ergänzenden Armutsdiensten« in der Hessen Caritas reflektieren den aktuellen Diskussionsstand und nehmen Bezug auf eine Caritas-Fachtagung zum Thema. Innerhalb dieser Tagung wurde das Verhältnis der Sozialstaatsdebatte zur katholischen Soziallehre in den Blick genommen sowie über Bürgerschaftliches Engagement und den Abbau sozialer Rechte diskutiert.¹

Ergänzende Armutsdienste in Hessen

»Ergänzende Armutsdienste«, d.h. materielle Angebote, die sich an Bedürftige außerhalb der staatlichen Regelleistungen richten, haben sich in den hessischen Bistümern zunehmend etabliert.

Diese Entwicklung liegt im bundesweiten Trend, wobei vor allem die Tafelläden im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung stehen. Der Focus liegt in der Hessen-Caritas nicht allein auf den Tafeln, sondern der Begriff »Ergänzende Armutsdienste« meint Initiativen, die Hilfebedürftige bei der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse, der Nahrung, der Kleidung und des Wohnens unterstützen. Mit Tafeln, Kleiderläden, Suppenküchen, Sozialkaufhäusern und Möbellagern wird auf die wachsenden Notlagen von Menschen, deren Einkommen aus Erwerbsarbeit bzw. Sozialleistungen nicht ausreicht, reagiert. Besonders seit Einführung der Hartz IV Reform 2005 sind zahlreich Initiativen hinzugekommen.

Laut Auskunft des hessischen Landesvertreters der Tafeln, stieg die Zahl der Tafeln stetig an. 2009 wurden ca. 50.000 Menschen in Hessen regelmäßig mit Lebensmitteln versorgt.

1 Die Tagung fand am 3.12.2009 unter dem Titel »Ergänzende Armutsdienste – Lückenbüßer eines entsolidarisierten Sozialstaates?!« in Frankfurt a.M. statt. Sie findet sich dokumentiert unter <http://www.dicv-limburg.de/8773.asp>.

Eine vergleichbare Entwicklung zeigt auch eine Umfrage im Caritasverband für die Diözese Limburg e.V. auf. Existierten vor 1998 lediglich drei »Ergänzende Armutsdienste«, so waren es 2005 schon 14, bis zum Jahr 2007 kamen weitere 11 hinzu. Bis heute ist die Zahl stetig angewachsen.

Eine weitere Umfrage der Hessen Caritas zu den »Ergänzenden Armutsdiensten« kommt zu folgendem Ergebnis:

2009 existierten mindestens 54 Initiativen, davon 16 Kleiderkammern, 3 speziell für Kinder, 14 Lebensmittelausgaben und 16 Suppenküchen. Die Dienste wurden von ca. 4100 Hilfsbedürftigen in Anspruch genommen. Dieses Ergebnis zeichnet nur ein unvollständiges Bild. In Wirklichkeit dürften die Zahlen deutlich höher liegen.²

Grundsätzliche Überlegungen

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Rechtsstaat. Pflicht des Sozialstaates ist es, allen BürgerInnen das soziokulturelle Existenzminimum zu garantieren. Aus diesem Grund gibt es ein Grundsicherungssystem (SGB II und SGB XII), das diese Aufgaben erfüllen soll. Damit wäre eigentlich das Armutproblem gelöst und wir bräuchten uns nicht mit Tafeln und ähnlichen Initiativen auseinanderzusetzen. Die Realität spricht aber eine andere Sprache. Die Armut wächst und mit dieser Armut wachsen seit einigen Jahren auch die »Ergänzenden Armutsdienste«, die wir als Caritas anbieten. Das was wir als Caritas tun, die Unterstützung von Bedürftigen bei der besseren Versorgung mit Nahrung, Kleidung und Wohnbedarf, weist demnach darauf hin, dass der Verfassungsauftrag und auch der Auftrag der UNO-Menschenrechtskonvention von 1948 nicht oder unzureichend eingelöst wird. Die UNO-Menschenrechtskonvention spricht davon, dass »jeder ... das Recht auf einen Lebensstandard [hat], der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige so-

2 Dr. Karl Koch, Referent Sozialpolitische Grundsatzfragen beim Caritasverband für die Diözese Limburg e.V., anlässlich o.g. Fachtagung.

ziale Leistungen.« Über ausreichende Nahrung, Kleidung und Wohnraum zu verfügen ist also ein soziales Menschenrecht. Die Auseinandersetzung mit den »Ergänzenden Armutsdiensten« hat also eine menschenrechtliche, als auch sozialstaatliche Dimension.³

Widersprüchliche Realität

Vor diesem Hintergrund wurden folgende Widersprüchlichkeiten in der Hessen Caritas identifiziert (vgl. Hessen-Caritas 2009):

- »Ergänzende Armutsdienste« lindern Armut, aber sie bekämpfen nicht die Ursachen. Die Armen werden alimentiert, aber sie bleiben arm.
- »Ergänzende Armutsdienste« stabilisieren politisch einen Regelsatz, der zu niedrig ist. Der Staat wird durch die »Ergänzenden Armutsdienste« und das ehrenamtliche Engagement entlastet und damit eine Politik unterstützt, die das Recht der Menschen auf eine ausreichende Grundsicherung aushöhlt.
- »Ergänzende Armutsdienste« unterstützen die Gewöhnung der Gesellschaft an Armut. Sie geben der Armut einen gesellschaftlichen Platz, normalisieren sie dadurch und entlasten damit die Politik und die Mehrheitsgesellschaft von der Aufgabe, Armut wirksam zu bekämpfen.
- »Ergänzende Armutsdienste« schaffen eine Parallelökonomie, die vom Überfluss der Mehrheitsgesellschaft lebt. Eine »neue Subgesellschaft« wird so etabliert und stabilisiert. Damit beteiligen sich »Ergänzende Armutsdienste« auch an dem Prozess sozialer Ausgrenzung.
- »Ergänzende Armutsdienste« kommen den Entsorgungsinteressen der Wirtschaft und den Interessen von Trägern dieser Dienste entgegen.
- »Ergänzende Armutsdienste« kommen auch den Versorgungsinteressen der Betroffenen und den verschiedenen Moti-

3 Dr. Hejo Manderscheid, Vorstandsvorsitzender der Hessen-Caritas und Diözesancaritasdirektor des Caritasverbandes für die Diözese Limburg e.V., anlässlich o.g. Fachtagung.

vationsinteressen der engagierten haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen entgegen.

- Das Interesse vieler ist nicht auf die Abschaffung der Dienste gerichtet, sondern auf die Stabilisierung. So haben Teile der Lebensmittelindustrie ein hohes Interesse am Bestehen von Tafelläden, da ein Supermarkt hierdurch erhebliche Entsorgungskosten sparen kann.
- Unbestreitbar sind »Ergänzende Armutsdienste« unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen notwendig. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Linderung materieller Not, in dem sie die unzureichende staatliche Grundsicherung ergänzen. Damit geben sie den betroffenen Menschen einen größeren finanziellen Spielraum.

Originärer Handlungsauftrag

Die identifizierten Widersprüchlichkeiten führten zu einer Besinnung auf den originären Handlungsauftrag der Caritas.

Für die Hessen-Caritas ist der Einsatz für Gerechtigkeit und Solidarität konstitutiv und eine Verpflichtung. Wer nach Gerechtigkeit und Solidarität fragt, der oder die will auch wissen, was Menschen einander schulden. Schon vor über vierzig Jahren heißt es im Zweiten Vatikanischen Konzil: »Zuerst muss man den Forderungen der Gerechtigkeit Genüge tun, und man darf nicht als Liebesgabe anbieten, was schon aus Gerechtigkeit geschuldet ist. Man muss die Ursachen der Übel beseitigen, nicht nur die Wirkungen.« Die Caritas in Hessen wird sich gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise entschieden für die Befähigung und Teilhabe Benachteiligter einsetzen. Dies ist aus sozialen Gründen geboten und Voraussetzung für die Nachhaltigkeit der Sicherungssysteme. Befähigung und Teilhabe müssen mehr als bisher in den Regelsystemen des Sozialstaates erfolgen.

Die christliche Sozialethik betrachtet die sozialen Verhältnisse aus der Sicht der Benachteiligten und leitet daraus politische und gesellschaftliche Konsequenzen ab. In der Perspektive einer christlichen Ethik muss darum alles Handeln und Entscheiden in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt

und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt. Und: Jeder/m kommt das Recht zu, die grundlegenden materiellen und immateriellen Möglichkeiten zu haben, um sein/ihr Leben in eigener Verantwortung zu gestalten und bei der Gestaltung des Lebens der Gesellschaft mitbestimmen und mitwirken zu können.

Not zu lindern reicht nicht aus und schafft für sich genommen auch keine Gerechtigkeit. Barmherzigkeit und Gerechtigkeit gehören zusammen. Kirche und private Initiativen und Hilfsangebote entlassen niemanden aus der Verantwortung für gerechte soziale Verhältnisse.

Für die Caritasverbände in Hessen ist daher die Erfüllung der Grundfunktionen kirchlicher Wohlfahrtsverbände unverzichtbar. Angesichts der vorfindbaren Armut der Menschen ist die Bereitstellung »Ergänzender Armutsdienste« erforderlich, aber ebenso eine konsequente Anwaltschaft im Sinne des Einsatzes für Gerechtigkeit und die Stiftung von Solidarität sowohl zwischen den Hilfebedürftigen als auch mit und für die Hilfebedürftigen (vgl. Hessen-Caritas 2009).

Handlungskonsequenzen

Nachdem der Anlass für die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld beschrieben wurde, eine sozialpolitische Einordnung vorgenommen wurde, die Widersprüchlichkeiten sowie der originäre Handlungsauftrag definiert sind, leitet die Hessen Caritas folgende Konsequenzen in Form von Handlungsempfehlungen für die verbandliche Ebene und für die Ebene der Dienste und Einrichtungen ab.

- Die Caritasverbände finden sich mit der wachsenden Normalität von »Ergänzenden Armutsdiensten« nicht ab. Die Arbeit zielt nicht auf die dauerhafte Verfestigung ab. Vielmehr wird durch politisches Engagement angezielt, die Arbeit überflüssig zu machen. Aus diesem Grund setzt sich die Caritas u.a. auch für eine Erhöhung der Regelsätze und zusätzliche bedarfsorientierte Beihilfen ein.
- Die Caritasverbände entwickeln neue Instrumente politischer Einflussnahme, z.B. durch Bündnispolitik oder Kampagnen.

- Die Caritasverbände unterstützen oder initiieren Projekte und Initiativen vor Ort, wenn ein konkreter Bedarf besteht. Sie setzen sich aber auch für die Rechte der Hilfebedürftigen auf ein menschenwürdiges Leben ein und wenden sich gegen eine schleichende Auflösung von garantierten Rechtsansprüchen auf soziale Transferleistung und eine Verlagerung dieser Rechte auf ehrenamtliches Engagement und »Ergänzende Armutsdienste«. Deshalb ist es unerlässlich, dass für Ehrenamtliche Angebote der Fortbildung und Gelegenheiten des Austausches untereinander geschaffen werden. Die Angebote setzen sich neben der weiterzuentwickelnden Fachlichkeit auch mit den sozialpolitischen Ursachen und den gesellschaftlichen Auswirkungen von Armut auseinander.
- Die Caritasverbände achten darauf, dass seitens der Sozialleistungsträger nicht auf »Ergänzende Armutsdienste« verwiesen wird und gleichzeitig Leistungsansprüche verweigert werden.
- Die Caritasverbände unterstützen aktiv, dass die HilfeempfängerInnen sich aktiv, d.h. entsprechend ihrer Kompetenzen an dem jeweiligen »Ergänzenden Armutsdienst« sowohl bei der Organisation als auch in der Verantwortung für diesen Dienst beteiligen können.
- »Ergänzende Armutsdienste« bekämpfen Armut, indem sie sich so organisieren, dass sie die Selbsthilfekräfte der Menschen stärken und fördern und indem sie Hilfesuchende dazu befähigen, ihre Interessen selbst zu vertreten.
- »Ergänzende Armutsdienste« beschränken sich nicht nur auf die Verteilung von Hilfsgütern, sondern ermöglichen Begegnung, Kommunikation, Beratung und Weitervermittlung an andere professionelle Hilfeangebote oder Selbsthilfegruppen.
- »Ergänzende Armutsdienste« suchen nach Möglichkeiten, die Angebote mit der Caritasarbeit in den Pfarrgemeinden zu verknüpfen, auch mit dem Ziel, Begegnung und Dialog zu fördern.
- »Ergänzende Armutsdienste« verfügen über Räume zur Begegnung und Kommunikation.

- Bei den Diensten wird auf einen respektvollen Umgang mit den Hilfebedürftigen geachtet. Deshalb wird auch auf die Rolle und die Haltung der dort Engagierten geachtet.

Da mit einem Rückgang der Armut nicht zu rechnen ist, braucht es weiterhin kreative Ideen, um die materielle Situation der Hilfebedürftigen zu verbessern. Solche Ideen, die zu prüfen sind, könnten z.B. sein:

- Die Initiierung von Tauschringen. Hierzu liegen bereits vielfältige Erfahrungen vor. Tauschringe haben den Vorteil, dass die Hilfebedürftigen ihre Fähigkeiten einbringen können und miteinander tauschen können.
- Die Initiierung von »interkulturellen Gärten«. Diese Idee knüpft an das alte Modell des Schrebergartens an.
- Veränderung von Verbrauchsgewohnheiten der Hilfebedürftigen. So qualifizieren zum Beispiel Caritasverbände Arbeitslose zu EnergieberaterInnen. Diese unterstützen Haushalte von HilfeempfängerInnen beim Energie- und Wassersparen. Dieses Modell sollte eine flächendeckende Verbreitung finden. Oder Caritasverbände qualifizieren HilfeempfängerInnen im Hinblick auf Haushaltsführung.

Unbeschadet dieser praktischen Möglichkeiten bleibt die Aufgabe für die Caritasverbände, klar und deutlich für Armutsprävention und -bekämpfung politisch einzutreten (vgl. Hessen-Caritas 2009).

Literatur

Hessen-Caritas (2009): »Ergänzende Armutsdienste«. Positionspapier der CLAG Soziale Sicherung. Erarbeitet durch die Caritas-Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Sicherung (CLAG) und verabschiedet vom Vorstand der Hessen-Caritas im November 2009. <http://www.dicv-limburg.de/8773.asp>, 19.12.2009.

Warum sollen Tafeln politisch unterstützt werden?

KATRIN GÖRING-ECKARDT

Es ist ein großes Glück, dass es die Tafeln gibt. Die Tafelbewegung ist ein wunderbares Beispiel für bürgerschaftliches Engagement. Hier engagieren sich BürgerInnen, denen es wichtig ist, wie andere Menschen leben. Durch dieses Engagement werden Tafeln zu Orten gelebter Gemeinschaft. Hier begegnen sich Menschen, die sich anderswo nicht begegnen würden. Wenn sozialer Ausschluss zu einem immer drängenderen Problem in unserer Gesellschaft wird, dann bilden die Tafeln eine kleine, aber wichtige Gegenbewegung zu dieser Entwicklung. Denn an den Tafeln ist jedeR willkommen und erwünscht.

Tafeln sind Antworten auf das zunehmende Problem von Armut und sozialem Ausschluss. Doch wo kommt diese Armut eigentlich her, wie entsteht sie? Als im Jahr 1967 die Arbeitslosenrate in der alten Bundesrepublik erstmals in der Nachkriegsgeschichte auf ein Prozent kletterte, löste das eine regelrechte nationale Panik aus. In Anbetracht von weit über drei Millionen Menschen ohne Arbeit im Jahr 2010 haben wir eine völlig andere Situation erreicht. Mit dem Anstieg der Arbeitslosenzahlen stiegen auch die Ausgaben für die sozialen Sicherungssysteme. Immer mehr Menschen leben an der Armutsgrenze. Die steigenden Aufgaben für den »Wohlfahrtsstaat«

spiegeln sich auch in der gestiegenen Nachfrage bei den Tafeln wider.

Doch nicht nur Arbeitslosigkeit kann Ursache für Armut sein. Auch mit Arbeit kann man von Armut betroffen sein. Für viele GeringverdienerInnen trifft das heute schon zu. Sie leben bereits jetzt oft an der Armutsgrenze. Da sie aber dementsprechend auch nur geringe Beiträge in die Rentenversicherung einzahlen und selbst meist keine zusätzliche private Rentenfürsorge haben, werden sie auch perspektivisch von Altersarmut betroffen sein.

Im Wandel der Familienformen liegt eine weitere Ursache für das gestiegene Armutsrisiko. So sind besonders Ein-Eltern-Familien häufig von Armut betroffen. Aber auch Familien mit drei und mehr Kindern und vor allem Familien mit kleinen Kindern leben in Armut, denn es gilt: »Je jünger das jüngste Kind ist, desto höher ist die Armutsrate« (Peuckert 2008: 356).

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) belegt, dass mittlerweile mehr als 11 Millionen Menschen in Deutschland von Armut betroffen sind. Das ist ein Drittel mehr als noch vor zehn Jahren. Allein jeder vierte junge Erwachsene lebt unter der Armutsschwelle. Auch Unicef (2010) bezeichnet die materielle Situation vieler Kinder in Deutschland in einer internationalen Vergleichsstudie als anhaltend schwierig. Vor allem Kinder, die bei Alleinerziehenden aufwachsen, seien überproportional von Armut betroffen. Fast 700.000 Kinder von Alleinerziehenden leben unter der Armutsgrenze. Insgesamt lebt laut Unicef sogar jedes sechste Kind in relativer Armut. Das sind mehr als 2,5 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Als Antwort auf diese Entwicklung sind in den letzten Jahren immer mehr Tafeln gegründet worden. Laut Bundesverband Deutsche Tafel e.V. gibt es heute etwa 850 Tafeln mit circa 2000 Ausgabestellen.

Aber welche Menschen sind überhaupt angewiesen auf das Angebot der Tafeln? Menschen, die in eine soziale Notlage geraten sind, die einfach weniger Chancen im Leben hatten als andere. Da ist die alleinerziehende Mutter, die für ihr Kind keinen Krippenplatz gefunden hat. Da ist die Rentnerin, deren Ehemann plötzlich gestorben ist und die nun in einer zu großen und zu teuren Wohnung lebt, die sie aber wegen all der Erinne-

rungen nicht aufgeben will. Oder der Mann, der erfolgreich als Selbstständiger tätig war und plötzlich schwer krank wurde und deswegen nun keine Arbeit mehr hat.

Die meisten der TafelkundInnen, und das trifft besonders auf die vielen Kinder und Jugendlichen zu, sind unverschuldet in diese Notlage geraten. Insbesondere Kinder, die in Familien hinein geboren werden, die schon länger von Transferleistungen leben, brauchen Hilfe vom Staat – aber auch die Hilfe einer engagierten Zivilgesellschaft.

Die Tafeln müssen von allen Seiten der Politik immer wieder unterstützt und gefördert werden. Bleibt zu fragen, warum diese politische Unterstützung richtig und sinnvoll ist und wo Tafeln vielleicht Dinge leisten, die der Staat so nie leisten wird.

Tafeln ermöglichen Teilhabe und Begegnung

Tafeln wollen ihren KundInnen die Möglichkeit eröffnen, am kulturellen und sozialen Leben teilzunehmen und sie so vom Rand unserer Gesellschaft zurück in die Mitte holen. Das Ziel der Tafeln ist nicht eine vollständige Versorgung mit Nahrungsmitteln und/oder Kleidung und Möbeln. Hier geht es um ergänzende Hilfe. Gerd Häuser, Vorsitzender des Bundesverbands Deutsche Tafel, sagte dazu in einem Interview: »Wir bieten eine Teilverpflegung, die den Menschen ermöglicht, Anteil am sozialen Leben zu nehmen, weil ihnen etwas Geld im Beutel bleibt« (Süddeutsche Zeitung, 1.2.2010).

Tafeln haben vielerorts neben der Verteilung von Lebensmitteln auch noch zahlreiche andere Angebote. Die Tafel in Bad Salzungen betreibt eine Art kleinen Waschsalon, in dem man für einen geringen Betrag seine Wäsche waschen kann, wenn die Waschmaschine zu Hause defekt ist oder man gar keine besitzt. Dieses Angebot können nicht nur die KundInnen der Tafel nutzen, sondern es ist offen für alle. Hier lässt sich also die alleinerziehende Mutter, die die Wäscheberge ihrer Kinder wäscht genauso helfen, wie die Studentin, deren Waschmaschine mal wieder den Geist aufgibt. Auch das Tafelcafé in Bad Salzungen steht jedem offen. Für weniger als zwei Euro wird hier jeden Tag eine warme Mahlzeit angeboten, am Nachmittag gibt es Kaffee und selbstgebackenen Kuchen. In gemütlicher

Atmosphäre sitzen hier die plaudernden RentnerInnen neben der alleinerziehenden Mutter oder den Angestellten.

Die Suhler Tafel beispielsweise bietet neben einem Mittagstisch und natürlich der Lebensmittelausgabe – der wichtigsten Aufgabe der Tafeln – auch noch einen Kleidermarkt an. Dieser wird vorrangig von Familien mit Kindern genutzt, die sich hier für einen symbolischen Preis einkleiden können. Hier können die Familien sparen, um ihren Kindern auch mal einen Besuch im Kino oder einen Ausflug in den Zoo zu ermöglichen.

Die HelferInnen der Tafel im Nürnberger Land haben zusammen mit der Kurlbaum-Stiftung das Projekt »Schülertafel« ins Leben gerufen. Zusammen mit allen 55 Schulen im Landkreis werden hier bedürftige Kinder unterstützt. Ihnen wird so z.B. Musikunterricht, Lehrmaterial oder die nächste Klassenfahrt finanziert.

Tafeln sind Orte der Kommunikation. Man trifft Menschen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden. Mit ihnen kann man sich austauschen, weil sie ähnliche Sorgen und Ängste haben. Im besten Falle entstehen neue Kontakte und Netzwerke. Die Freiwilligen der Tafeln versuchen, immer ein offenes Ohr für die Belange und Nöte der TafelkundInnen zu haben. Die HelferInnen geben auch gerne abseits der reinen Lebensmittelausgabe hilfreiche Ratschläge. Viele von ihnen könnten auch auf der anderen Seite des Tresens stehen, denn unter den Freiwilligen finden sich auch viele, die selber betroffen sind.

Heute sind die Tafeln auch mehr als eine Institution bei der man kostenlos Lebensmittel zur Verfügung gestellt bekommt. Kinder bekommen Hausaufgabenhilfe. Vielerorts gibt es Mittagstische und Tafelcafés. Es werden Sommerfeste und Adventsnachmittage organisiert. Hier trifft man sich und kommt zusammen.

Tafeln leisten einen Balanceakt und schaffen Perspektiven

Die HelferInnen der Tafeln lassen ihre KundInnen trotz ihrer momentanen Situation Wertschätzung erfahren. Denn das ist ein offenkundiges Problem, mit dem sich jeder Tafelverein auseinandersetzt: Wie schafft man es, den TafelkundInnen nicht

das Gefühl zu geben, am Eingang ihre Würde abzugeben? Wie schafft man es, sie nicht zu Bittstellenden zu degradieren, sondern sie trotz ihrer Notlage als ganz normale Mitglieder unserer Gesellschaft zu achten? Es ist nicht leicht, den KundInnen nicht das Gefühl von Ausgrenztheit und sozialer Isolation zu geben. Das öffentliche Schlangestehen und das oft lange Warten auf die Lebensmittelausgabe ist häufig mit einem sozialen Stigma verknüpft, aus dem man sich nur schwer wieder lösen kann. Der soziale Status wird für alle sichtbar. Als bedürftig zu gelten und das durch den Gang zur Tafel auch öffentlich zeigen zu müssen, geht für viele anfangs mit einem gewissen Verlust an Selbstachtung und Würde einher.

Wahrscheinlich haben viele TafelkundInnen vorher lange überlegt, bis sie den Schritt zur Tafel gewagt haben und die Hemmschwelle überwinden konnten. Brauche ich das wirklich? Will ich mich in der Öffentlichkeit als BedürftigeR zeigen? Geht es nicht doch noch auf einem anderen Weg? Den ersten Gang zur Tafel macht sicher niemand gern. Er ist womöglich mit Scham und Angst verbunden. Angst davor, sich noch weiter von der Mitte der Gesellschaft zu entfernen. Angst, den Weg zurück nicht mehr zu finden. Man muss eingestehen, dass man bedürftig ist. Gegen dieses Unbehagen helfen nur die persönlichen Kontakte, die zwischen Bedürftigen und Freiwilligen im Idealfall entstehen. Das muss nicht immer ein langes Gespräch sein, manchmal hilft da schon ein kleines Lächeln.

»Die Tafel ist wie eine Oase, aus der man Frische schöpft. Eine Oase, die man nicht ohne Grund voreilig verlassen möchte« – dieser Satz entstammt Stefan Selkes Buch »Fast ganz unten« (Selke 2008: 89). Der Wissenschaftler hat ein Jahr lang bei verschiedenen Tafeln in Deutschland mitgearbeitet und ihre Entwicklung aus soziologischer Perspektive, z.T. auch kritisch, beobachtet. Dieses Zitat versinnbildlicht, dass die Tafeln mehr sind als eine reine Lebensmittelausgabe. Sie erfüllen eine soziale Funktion und das nicht nur für ihre KundInnen, sondern sicher auch für Menschen, die in einem 1-Euro-Job sind und die vielen ehrenamtlichen HelferInnen, die sich hier Woche für Woche engagieren. Häufig sind es Menschen, die bereits ein ganzes Arbeitsleben hinter sich haben, die sich bei einer Tafel engagieren. Sie wollen nicht einfach ihren verdienten Ruhestand genießen, sie wollen weiterhin aktiv tätig sein und ihre

im Arbeitsleben erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse weiter anwenden. Diese Menschen nutzen ihre Zeit, um anderen zu helfen. Sie treffen hier Gleichgesinnte, Leute, die ähnlich denken und handeln. Die Ehrenamtlichen wollen der Gesellschaft etwas zurückgeben und Verantwortung für ihre Mitmenschen übernehmen. Für viele ist es auch eine Form gelebter Nächstenliebe – unabhängig davon, ob jemand Manager, Hausfrau oder Büroangestellter ist. Auch viele Menschen, die selbst bedürftig sind und sich nicht nur helfen lassen wollen, sondern selber helfen wollen, sind unter den Freiwilligen.

Ein Engagement bei der Tafel schafft Verbindlichkeit. Das kann Menschen auch vor der eigenen Krise bewahren. EinE TafelhelferIn ist Woche für Woche in der Pflicht. Er oder sie weiß, da kommt jemand, der braucht jetzt ganz konkret meine Hilfe, da kann ich nicht einfach fehlen. Das gilt auch für die vielen Menschen, die einen sogenannten Ein-Euro-Job ausführen. Vor allem älteren Menschen und Langzeitarbeitslosen geben die Tafeln eine neue Perspektive. Sie bekommen hier wieder das Gefühl, etwas wert zu sein. Diese Menschen erfahren, dass sie ihre Arbeitskraft für etwas Sinnvolles einsetzen können.

Aber auch für die Betroffenen selbst schaffen die Tafeln neue Perspektiven. Hier wird den Menschen gezeigt, dass sie nicht allein sind. Hier werden ihnen Angebote gemacht, sei es Lebensberatung oder Kochkurs. Die TafelkundInnen erhalten schnelle und unbürokratische Hilfe. Bei den Tafeln wird aufgezeigt, dass es immer einen Ausweg gibt und dass es immer jemanden gibt, der hilft. Nicht zuletzt können die TafelkundInnen auch selber aktiv werden, anstatt nur Hilfe zu empfangen.

Tafeln helfen konkret

Ein Mensch, der heute von Hartz IV leben muss, hat im Schnitt 127 Euro im Monat für Lebensmittel, Getränke und Tabakwaren zur Verfügung. Das sind 4,20 Euro am Tag. Hier entsteht schnell etwas, das SoziologInnen »Ernährungsarmut« nennen. Denn zum ohnehin schon knappen Budget für Ernährung kommt, dass viele SozialhilfeempfängerInnen hier auch noch versuchen zu sparen. Gesund Kochen zu lernen und sich den Anforderungen von Körper, Geist und Seele gerecht zu ernäh-

ren, gehört zu den schwierigsten aller Aufgaben – und zwar für alle sozialen Schichten. Oft wird, vor allem aus mangelndem Wissen, an der falschen Stelle gespart.

Besonders gesunde Ernährung mit viel Obst und Gemüse kommt dabei zu kurz, weil das häufig etwas teurer ist. Hier hilft die Tafel, indem sie vor allem Obst und Gemüse verteilt. Leider berichten immer wieder TafelmitarbeiterInnen davon, dass es KundInnen gibt, die das Obst und Gemüse nicht möchten. Das hat einen traurigen Hintergrund: Manche – unabhängig von der sozialen Herkunft – wissen gar nicht mehr genau, wie man frisches Gemüse zubereitet. Sie sind an die Fertigprodukte aus den Supermarktregalen gewöhnt: Mikrowelle auf, Tiefkühlprodukt rein, drei Minuten später ist das Essen fertig. Besonders für Kinder und Jugendliche hat das problematische Auswirkungen. Sie lernen oftmals selbst nichts über gesunde und ausgewogene Ernährung.

An dieser Stelle knüpfen die Berliner Tafeln seit einigen Jahren an. Sie haben ihren Fokus in jüngster Zeit zunehmend auf die Verpflegung von Kindern und Jugendlichen gerichtet.

So entstanden in Kreuzberg und Reinickendorf zwei Kinder- und Jugendrestaurants. Dabei geht es dem Verein aber nicht nur um bedürftige Kinder. Vielmehr richtet sich das Angebot an alle Kinder im Bezirk, unabhängig vom finanziellen Background der Familie. Ziel ist es, Kinder aus sozial schwachen Familien mit Kindern aus sozial starken Familien zusammenzubringen. Soziale Ausgrenzung wird hier von Anfang an vermieden. Die Kinder sitzen hier gemeinsam am Tisch und kommen auf diese Weise in Kontakt.

Im Kreuzberger »fünf Jahreszeiten« werden Heranwachsende im Alter von sechs bis 16 Jahren täglich zwischen 12 und 15 Uhr mit Essen versorgt. Sie erhalten hier für einen Euro ein Drei-Gänge-Menü, welches aus einer Suppe oder einem Salat als Vorspeise, einer Hauptspeise und einem süßen, kleinen Nachtisch besteht. Das Menü ist wahlweise vegetarisch oder mit Fleisch. Der Einsatz von Geschmacksverstärkern wird vermieden und die verwendeten Lebensmittel stammen möglichst aus biologischem Anbau. Selbst die Getränkeauswahl ist durchdacht. Das erste Getränk dürfen die Kinder frei wählen, wer noch ein zweites möchte, kann aber nur noch aus Wasser oder ungesüßtem Tee wählen. Die Kinder erleben hier, dass ei-

ne vollwertige, abwechslungsreiche und ausgewogene Ernährung schmecken kann. Im Reinickendorfer »Talmarant« können die Kinder und Jugendlichen sich zudem nach dem Essen im Sportzentrum »Centre Talma« austoben. Hier lernen die Heranwachsenden, dass neben der richtigen Ernährung Sport und Bewegung sinnvoll sind. Eine weitere Aktion der Berliner Tafeln ist die Verteilung von Frühstücksbeuteln an neun Grundschulen in Kreuzberg und Schöneberg. Für 20 Cent erhalten die Kinder jeweils ein Käsebrod, ein Wurstbrod, ein Getränk sowie Obst. Jede Schule wird dabei nur einmal die Woche beliefert, um die Eltern nicht von ihrer Verantwortung zu entlassen, die eigenen Kinder zu versorgen.

Zusätzlich finden im »Talmarant« auch Eltern-Kind-Kochkurse statt, die offen für alle im Bezirk sind. Hier werden die Eltern animiert, sich grundsätzlich mit der Lebensmittelzubereitung auseinanderzusetzen. Neben Kochkenntnissen und grundlegendem Wissen über Nahrungsmittel, werden so auch die sozialen Bindungen zwischen Kindern und Eltern gestärkt.

Tafeln handeln nachhaltig

Ein Grundgedanke der Tafelbewegung ist Nachhaltigkeit: Überflüssige Lebensmittel gehören nicht in die Mülltonne, sondern sollen bei denjenigen landen, die sie brauchen. Dazu muss man wissen, dass Lebensmittelhersteller in der Regel eine Überproduktion einplanen, um mögliche Lieferengpässe, Transportprobleme oder Verkaufsschwankungen ausgleichen zu können. Wie viel Ware im Endeffekt aber wirklich weggeworfen wird, weiß aufgrund mangelnder Studien niemand. Doch wenn wir einen Blick in die Mülltonnen dieses Landes werfen würden, würden wir die Kritik an der Wegwerfgesellschaft sofort bestätigt sehen. Früher kannte jedeR den Satz »Essen wirft man nicht weg!«, heute gehört es in tausenden Einrichtungen und Haushalten zum Alltag. Die Gesellschaft für Konsumforschung hat errechnet, dass pro Haushalt jedes Jahr Lebensmittel im Wert von etwa 387 Euro im Müll landen. Das entspräche etwa 10 Mrd. Euro bundesweit.

In die Regale unserer Supermärkte gelangt überdies nur das Perfekte: Konservendosen dürfen keine eingedrückten Stellen

haben und Äpfel keine braunen Flecken. Die Tafelbewegung ist auch als Reaktion auf diese massenhafte Überproduktion zu verstehen. Sie hilft nicht nur, bedürftige Menschen zu ernähren, sondern auch den im Voraus einkalkulierten Überschuss sinnvoll zu verwenden.

Kritische Stimmen werfen den Tafeln immer wieder die Etablierung einer Schattenökonomie vor. Hier geht es aber vor allem um ein gesellschaftliches Problem, denn nicht nur aus ethischer Sicht, sondern auch aus ökologischer Perspektive ist »Produktion für die Mülltonne« höchst fragwürdig. Es darf bei dieser Debatte aber nicht um Reglementierungen gehen. Supermärkte haben diesen Überschuss an Ware auch, weil die KundInnen häufig auch am Samstagabend noch aus einem vollen Warenangebot schöpfen möchten. Hier brauchen wir ein Umdenken der KundInnen. Damit das geschehen kann, ist aber auch eine vollständige und umfassende Information für die VerbraucherInnen nötig. Sie müssen wissen, was die Konsequenzen ihrer Kaufentscheidungen sind.

Sie haben die Wahl. Und die Verantwortung – zumindest da, wo Politik die richtigen Rahmenbedingungen setzt und VerbraucherInnen tatsächlich wählen können. Hier wäre eine groß angelegte Informations- und Aufklärungskampagne für nachhaltigen Konsum mehr als wünschenswert. Die Grundkompetenzen für ein selbstbestimmtes Verbrauchsverhalten müssen bereits in der Schule vermittelt werden. Die VerbraucherInnenbildung muss gestärkt werden, entsprechend sind die Lehrpläne zu erweitern.

Tafeln sind Orte der Mahnung

Nicht mehr die freie Wahl zu haben, was man essen möchte, sondern eben das zu essen, was es gerade bei der Tafel gibt, ist ein Einschnitt in die Freiheit der Betroffenen. Wenngleich es sicher der größere Einschnitt ist, überhaupt auf Transferleistungen angewiesen zu sein. Daher sind die Tafeln auch Orte der Mahnung. Sie mahnen uns, hinzusehen und die Schwächsten unserer Gesellschaft nicht aus dem Blick zu verlieren. Sie sind auch Mahnung, Politik für die zu machen, die keine starke Lobby haben.

Das trifft vor allem auf die vielen Kinder und Jugendlichen zu, die auf die Angebote der Tafeln angewiesen sind. Hier ist die Politik gefragt. Denn wie Studien zeigen, ist ein Aufwachsen in Armut häufig mit einem niedrigeren Bildungsabschluss, einem schlechteren Gesundheitszustand und einem geringeren Selbstwertgefühl verbunden (Peukert 2008: 358).

Hier helfen die Tafeln, weil sie diesen Kindern vielfältige Angebote – vom Mittagstisch über die Hausaufgabenhilfe bis zum Musikunterricht – machen. Aber an dieser Stelle zeigen sie der Politik auch ihre Verantwortung auf. Denn die erfolgreiche Tafelbewegung darf nicht dazu führen, den Sozialstaat aus seiner Verantwortung zu entlassen. Gerade das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zu den Hartz-IV-Regelsätzen hat bestätigt, dass Reformen im Transferleistungssystem unabdingbar sind. Es muss ein »menschenwürdiges Existenzminimum« gesichert werden, d.h. auch TransferbezieherInnen muss eine Teilnahme am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben möglich sein. Hier muss nun eine neue – vor allem transparente – Berechnung erfolgen. Die Richter kritisierten dabei besonders die gekürzten Leistungen für Heranwachsende. Kindspezifische Bedarfe, wie Spielzeug, Schulmaterial oder Sonderbedarfe an Bekleidung bei schnellem Wachstum, können mit den geringen Transferleistungen kaum gedeckt werden. Auch die für die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen besonders wichtigen Aufwendungen für Bildung, wie z.B. für die Teilnahme an Kursen oder an einem SchülerInnenaustausch, sind für TransferbezieherInnen kaum finanzierbar. Durch pauschale Abschläge und prozentuale Ableitungen sind im Regelsatz für Bücher, Schreibwaren, Software, Ausleihgebühren, Schulmaterialien und Tagesausflüge 12,77 Euro pro Monat vorgesehen. Für den Besuch von Sport- und Kulturveranstaltungen bzw. -einrichtungen stehen einem armen Kind 4,17 Euro pro Monat zur Verfügung. Diese Anteile entsprechen erkennbar nicht den realen Lebensverhältnissen und nicht dem besonderen entwicklungsbedingten Bedarf von Kindern.¹

1 Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 16/8761, Antrag: »Existenzsicherung und Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche durch bedarfsgerechte Kinderregelsätze gewährleisten«

Hier braucht es eine am realen Bedarf eines Kindes orientierte Berechnungsgrundlage. Das Kind muss dabei im Mittelpunkt der Förderung stehen. Familien muss es auch mal ohne große Sorge möglich sein, mit ihren Kindern ins Kino zu gehen oder den anstehenden Schulausflug zu bezahlen. Erst dann ist Teilhabe wirklich möglich. Sinnvoll ist hier das Konzept der grünen Kindergrundsicherung. Demnach werden jedem Kind monatlich 330 Euro gezahlt, die entsprechend der Leistungsfähigkeit der Eltern besteuert werden.

Und, ganz grundsätzlich gesagt: Wir brauchen neue sozialpolitische Perspektiven für Deutschland. Eine Politik, die Menschen in Not ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellt, um sich selbstständig zu versorgen, *und* ihnen soziale und kulturelle Teilhabe ermöglicht. Vor allem geht es darum, die Vererbung von Armut durch umfassende Bildung zu vermeiden. Politik muss Möglichkeiten eröffnen. Eine Bildungspolitik, die jedeN individuell fördert und fordert, gehört da genauso dazu, wie über neue Formen von Arbeit nachzudenken. Es hilft nichts, einfach die Hartz IV-Regelsätze zu erhöhen, so notwendig das auch ist. Investitionen in eine hochwertige Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur sind Armutsprävention und Zukunftsinvestition zugleich. Es geht darum, den Menschen neue Perspektiven zu eröffnen, ihnen Chancen zu bieten und ihnen zu helfen, diese auch zu nutzen.

Tafeln brauchen konkrete Unterstützung

Tafeln sind wunderbare Beispiele dafür, wie niedrigschwellige Sozialarbeit funktionieren kann. Daher ist es wichtig, immer wieder zu betonen, wie wichtig die Tafeln für unsere Gesellschaft sind, denn das schafft Öffentlichkeit. Tafeln vor Ort sollten von allen Seiten konkret unterstützt werden.

Hier sind die Supermärkte und Händler der Region gefordert, ihr Engagement beizubehalten und Waren zu spenden, bevor sie weggeworfen werden müssen. Hier sind die BürgerInnen gefragt, sich einzubringen und vielleicht auch einmal die Tafeln bei der ein oder anderen Aktion zu unterstützen. Aber vor allem ist die Politik vor Ort gefragt, sich für die Tafelbewe-

gung einzusetzen. Diese konkrete Unterstützung muss in großen Teilen auf kommunaler Ebene passieren.

Kommunen sollten beispielsweise darüber nachdenken, den Tafeln kommunale Immobilien kostenlos zur Nutzung zur Verfügung zu stellen. Auch ein kleines Budget im Haushalt der jeweiligen Stadt oder Gemeinde für die Tafeln wäre sicher sinnvoll. Hier ein Schaden am Transporter der Tafel, da ein Ausfall der Kühltruhe und schon steht die Tafelarbeit auf der Kippe. Da wäre eine schnelle und unbürokratische Hilfe durch die Kommune ein Glücksfall. Gerade an Orten, wo es noch keine Tafel gibt, sollten Städte und Gemeinden solche Möglichkeiten zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements überdenken. Auch sollten die Tafeln vor Ort stets wissen, wer ihr AnsprechpartnerIn in der Kommune ist. Ein ganz besonderes Augenmerk sollte auch auf die Förderung der Vernetzung mit anderen Vereinen und Verbänden gelegt werden, um mögliche Synergieeffekte zu nutzen.

Aber auch auf Landesebene können die Tafeln konkret unterstützt werden. So könnten sie beispielsweise bei der Vergabe der Überschüsse aus dem Lottospiel bedacht werden.

Tafeln vernetzen sich – und müssen noch stärker Impulse geben

Über 23 Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich regelmäßig ehrenamtlich in Vereinen, Initiativen oder Interessengruppen für das Wohl von anderen. Die Tafeln sind ein Teil davon, der sich vielerorts aber immer stärker mit anderen Vereinen und Verbänden vernetzt.

Wie sinnvoll diese Vernetzung sein kann, zeigt das Beispiel der Arbeiterwohlfahrt Uckermark. Erfährt die AWO von einem Fall häuslicher Gewalt in der Region, wird den Frauen und ihren Kindern nicht nur eine sichere Unterkunft zur Verfügung gestellt, sondern auch die Versorgung mit Lebensmitteln in der Anfangszeit durch die Tafel übernommen. Außerdem wird später über die Möbelbörse die erste Einrichtung für eine neue Wohnung der Frauen organisiert. Die Tafel ist also hier nur ein Baustein eines größeren sozialen Hilfsnetzwerks. Auch, dass Tafeln mit Sportvereinen zusammenarbeiten, die den Kindern

und Jugendlichen, die zur Tafel kommen, den Vereinsbeitrag finanzieren oder Gratis-Sportstunden anbieten, ist keine Seltenheit.

Ein weiteres Beispiel für sinnvolle Zusammenarbeit ist sicher auch das Quartiersmanagement des Bund-Länder-Programms »Soziale Stadt – Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf«. Oftmals kennt niemand die Lage vor Ort besser als die QuartiersmanagerInnen. Sie wissen, wer im Viertel welche Hilfe braucht und wer selber helfen möchte.

Sie kümmern sich z.B. um die Integration von ZuwandererInnen. Hier sind die Tafeln – als Treffpunkte – Orte, an denen Kontakte entstehen, ohne dass es dazu erst einen amtlichen Integrationskurs braucht. Genau hier kann dann das Quartiersmanagement anknüpfen, genauso wie beim nachbarschaftlichen Zusammenleben. Die Tafeln fördern auf ihre Art die Bildung von Gemeinschaft und schaffen im besten Fall Solidarität unter den BürgerInnen. Zugleich versuchen die QuartiersmanagerInnen die Menschen vor Ort in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und am öffentlichen Leben zu beteiligen. Auch das schafft ein Gefühl der Gemeinsamkeit. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn die Tafeln und das Quartiersmanagement stärker Hand in Hand arbeiten würden.

Eine ganz andere Form der Vernetzung wäre die Zusammenarbeit mit Initiativen vor Ort, die Regionalgeld etablieren. Hierbei handelt es sich um alternative Zahlungsmittel, die nur in einer bestimmten Region und nur in einer bestimmten Zeitspanne eingesetzt werden können. Allein in Deutschland gibt es mittlerweile 24 solcher regionalen Zahlungsmittel. Die Vorstufe einer solchen Regionalwährung sind Tauschringe. Dabei tauscht man das, was man am besten kann – sei es Fenster putzen, Hecken schneiden, Musik machen oder Hausaufgabenhilfe – gegen eine andere Dienstleistung oder ein regionales Produkt. Sinn dieser Tauschbörsen und Regionalwährungen ist es, die regionalen Erzeuger und Händler zu stärken und damit die Wirtschaft vor Ort anzukurbeln. Hier gibt es durchaus Parallelen zur Tafelbewegung. Tafeln helfen konkret vor Ort und auch Tauschringe agieren und funktionieren nur regional. Hier könnte die Tafelbewegung anknüpfen und sich damit weiterentwickeln. Eine Art Nachbarschaftshilfe zu initiieren oder Tauschbörsen für Dinge, die der eine nicht mehr benötigt, der

andere dafür aber umso dringender, sind dabei sicher nur zwei von vielen Ideen.

Das sind nun nur drei Beispiele für Vernetzung mit anderen lokalen Akteuren. Gleiches gilt sicher auch für die vielen MigrantInnenvereine, Wohlfahrtsverbände oder Nachbarschaftsinitiativen.

Der Bundesverband der Deutschen Tafeln hielt in einer Erhebung fest, dass 43 Prozent aller Lebensmitteltafeln sogenannte Tafelvereine sind, 29 Prozent waren Tafeln in kirchlicher Trägerschaft (Caritas, Diakonie oder Kirchgemeinden) und 28 Prozent der Tafelprojekte befanden sich in Trägerschaft eines Wohlfahrtsverbandes, also beispielsweise der Arbeiterwohlfahrt (Selke 2009: 181). Gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden könnten die Tafeln Lobbyarbeit betreiben. Eine Million Menschen die die Angebote der Tafeln nutzen, 40.000 ehrenamtliche HelferInnen und einige Tausend Menschen, die einen 1-Euro-Job haben – hier liegt ein gewaltiges politisches Potenzial. Die Tafeln sind eine soziale Bewegung, von der man sich auch mehr Engagement auf politischer Ebene wünscht. Oft können wir von den TafelmitarbeiterInnen lernen, was die Schwächsten unserer Gesellschaft am dringendsten brauchen. Mit Hilfe ihres Wissens und Erfahrungsschatzes könnten neue Ideen und Konzepte für die Armutsbekämpfung vor Ort entwickelt werden. Ihre Praxisbezogenheit wäre ein Gewinn für jede Sozialpolitik. Eine Zusammenarbeit mit regelmäßigen Treffen und konstantem wechselseitigen Austausch mit den Tafeln gehört auf die Agenda aller SozialpolitikerInnen. Die Tafelbewegung kann Vorbild für eine niedrigschwellige Sozialarbeit sein.

Es muss darum gehen, bürgerInnennahe Partizipationsformen zu finden und zu fördern. Die TafelkundInnen müssen zu gesellschaftlichem Engagement ermutigt und befähigt werden. Der Mensch – als ein soziales Wesen – ist immer auch auf sein soziales Umfeld angewiesen. Menschen sind immer als Teile einer Gemeinschaft zu sehen. Weil dem so ist, muss der Mensch die Möglichkeit haben, diese maßgeblich mitzugestalten – wenn er das will. Hier braucht es mehr direkte Demokratie, mehr politische Bildung und die Förderung und Stärkung der Zivilgesellschaft. Dafür leisten die Tafeln einen ganz entscheidenden Beitrag. Sie stärken und fördern – ohne bürokratische

Umwege – das Gemeinwohl an der Basis, dort wo die Probleme am drängendsten sind.

Resümee: Die Tafel, eine kleine Utopie

Den Aktiven in den Tafelvereinen gebührt unsere Anerkennung und unser Dank. Die Tafeln müssen politische Unterstützung erfahren, weil sie Menschen, die in eine Notlage geraten sind, auf Augenhöhe, unvermittelt und direkt helfen. Und dass nicht nur, indem sie Hunger stillen, sondern auch, indem sie ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte ihrer KundInnen haben.

Tafeln sind Orte der Begegnung und Teilhabe.

Doch die Tafeln sind auch Mahnung. Sie erinnern uns daran, dass es Menschen in unserer Gesellschaft gibt, die weniger Chancen haben als andere. Die Tafeln machen die Armut in unserem Land sichtbar. Sie führen uns immer wieder vor Augen, dass es neue politische Strategien braucht, um Armut zu bekämpfen.

Deshalb haben die vielen Tafeln in Deutschland hoffentlich in Zukunft einen festen Platz in unserer Gesellschaft. Sie sind ein großartiges Beispiel dafür, was mit bürgerschaftlichem Engagement erreicht werden kann. Sie sind kleine gelebte Utopien: Soziale Mikrokosmen, an denen jedeR unabhängig von Herkunft und sozialem Status willkommen ist und Zuwendung erfährt.

Literatur

- Peuckert, Rüdiger (2008): Familienformen im sozialen Wandel, Wiesbaden.
- Selke, Stefan (2009): Fast ganz unten: Wie man in Deutschland durch die Hilfe der Lebensmitteltafeln satt wird, 2. Aufl. Münster.
- UNICEF (Deutsches Komitee) (2010): Zur Lage der Kinder in Deutschland, http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/Bertram2010/Info_Bertram_09web.pdf, 04.03.2010.

Die Tafeln, der Sozialstaat und der Kampf gegen die Verschwendung – Anmerkungen aus der Perspektive einer Gewerkschafterin

REGINA GÖRNER

Eigentlich dürfte es sie gar nicht geben – die »Tafeln«. Eigentlich sollte ein Sozialstaat so ausgerichtet sein, dass alle BürgerInnen ihr Auskommen haben und dass sie so versorgt sind, dass Suppenküchen, Lebensmittelgaben oder ähnliches nur noch eine Erinnerung an graue Vorzeiten darstellen würden. Für GewerkschafterInnen ist das eine unverzichtbare Forderung.

Sozialstaat als historische Leistung

Die gesellschaftliche Sorge für die Armen hat in Europa eine lange Tradition. Im Christentum waren die Gläubigen verpflichtet, sich der Armen und Bedürftigen anzunehmen und Benachteiligte und Diskriminierte zu unterstützen. Das Neue Testament überliefert den Satz »Was ihr dem geringsten meiner Brüder tut, das habt ihr mir getan.«, als Aussage Jesu und stellt damit den Zusammenhang zwischen der Sorge für die Armen und dem Gottesdienst her. Armenfürsorge ist danach Gottes-

dienst. So ist es kein Wunder, dass die Solidarität mit den Armen eine der wesentlichen Christenpflichten darstellt. Für das Mönchtum ist die Bereitschaft zu freiwilliger Armut Ausdruck höchster Tugend.

In der schnöden Wirklichkeit blieb die Umsetzung solcher Ziele zumeist ein frommer Wunsch, aber der religiöse Anspruch hat sich doch im gesellschaftlichen Bewusstsein bis auf den heutigen Tag so weit niedergeschlagen, dass man sich in einer zivilisierten Gesellschaft nicht vorstellen kann, Arme mit ihrer Lage einfach allein zu lassen. Längst wird es als ein Menschenrecht verstanden, dass jeder über das Existenzminimum verfügen können muss und dass der Staat selbstverständlich die Pflicht hat, dieses Existenzminimum zu garantieren.

In einer archaischen Gesellschaft mit geringer Mobilität hatte man sich mit der Vorstellung zufriedengegeben, dass persönliche Netzwerke wie Familie oder Dorfgemeinschaft, Zunft oder Bruderschaft den Einzelnen aufzufangen hätten, wenn er in Not geriete und sich selbst nicht mehr helfen könnte. Spätestens, als mit der Industrialisierung und der damit wachsenden Mobilität diese Netzwerke ihre Bindekraft verloren, wurde deutlich, dass Armutsbekämpfung nicht mehr der selbstorganisierten Mildtätigkeit überlassen werden konnte.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wird daher immer stärker vom Staat gefordert, dass er über eine regelrechte Sozialpolitik Armut bekämpfen und Menschen in existentiellen Notlagen versorgen müsse. Gewerkschaften, aus dem Selbsthilfegedanken heraus entstanden, haben bald die Erfahrung gemacht, dass sie allein nicht die Kraft hatten, die Risiken von Arbeitslosigkeit, Alter und Krankheit so abzusichern, dass ihre Mitglieder der ständigen Bedrohung durch Armut entgehen konnten. Sie haben deshalb schon bald nach ihrer Entstehung gefordert, dass der Staat seine Laissez-faire-Haltung gegenüber der Armutsfrage aufgeben müsse und nicht nur verpflichtet sei, arme Menschen zu unterstützen, sondern darüber hinaus auch Strukturen zu schaffen, die das Entstehen von Armut im Vorhinein bekämpfen konnten. Die private Mildtätigkeit kann ja genau das nicht leisten.

Die modernen Sozialstaaten sind aus dieser Bemühung heraus entstanden, aber nicht überall konnten sie durchgesetzt werden. Vor allem im angelsächsischen Bereich blieben die An-

hängerInnen eines Laisser-faire-Staates, der die Armutsbekämpfung dem privaten Engagement der Individuen überließ, einflussreich. Der Neoliberalismus, der seit den 80er Jahren weltweit immer mehr an Bedeutung gewann, hat seinen Ausgangspunkt in Ländern genommen, die nicht über eine wirkliche sozialstaatliche Tradition verfügten. Mittlerweile sind die Sozialstaaten dadurch überall unter Druck geraten. Oft waren die GewerkschafterInnen mehr oder weniger die Einzigen, die die Verpflichtung des Staates für die Wohlfahrt seiner BürgerInnen weiter eingefordert haben. Man kann nur hoffen, dass die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise die Position derjenigen gestärkt hat, die den Staat in einer aktiven Rolle für die Gewährleistung des sozialen Ausgleichs sehen. Entschieden ist dies noch keineswegs, aber es stimmt tröstlich, dass inzwischen die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft in gesellschaftlichen Debatten wieder Einzug gehalten hat und ihre AnhängerInnen nicht mehr rundweg der Lächerlichkeit preisgegeben werden.

Soziales Engagement der Gewerkschaften

GewerkschafterInnen sind aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte heraus außerordentlich sensibel, wenn es um die Frage des Verhältnisses von Staat und privatem Engagement geht. Allzu oft haben sie zusehen müssen, wie die Staaten sich zentraler Aufgaben entledigt und sie in die Verantwortung der Individuen verschoben haben. Folglich wird gegenüber ehrenamtlichem Engagement – und das schließt die freigemeinnützigen Träger in gewissem Sinne ein! – immer zunächst Skepsis geäußert, ob hier möglicherweise ein neuer Verschiebebahnhof entsteht, der es den Laisser-faire-Propagandisten erlaubt, den Sozialstaat zu schleifen. Leider sind diese Befürchtungen ja auch nicht einfach von der Hand zu weisen.

Deshalb gilt aus gewerkschaftlicher Sicht ein Grundsatz: Was immer an ergänzenden Armutsdiensten von privaten oder von freien Trägern aufgebaut wird, darf nicht dazu dienen, den Rückzug des Staates aus der Verantwortung zu legitimieren oder gar zu befördern. Es muss folglich genau darauf geachtet werden, dass aus dem »ergänzend« nicht einfach ein »ersetzend« wird.

Aber wer von »ergänzenden« Diensten spricht und das auch ernst meint, setzt immer eine Grundstruktur voraus, die die Basis der erforderlichen Versorgung sicherstellt. Deshalb werden GewerkschafterInnen auch von den freien Trägern immer erwarten, dass sie unseren Kampf für die Aufrechterhaltung des Sozialstaats unterstützen und sich nicht als Ersatz des Sozialstaates einvernehmen lassen. In der Praxis der Verbände ist dies ja eigentlich auch kein Problem, aber wir nehmen sehr wohl wahr, dass die Politik in viel zu vielen Fällen ihre ureigensten Aufgaben gern bei den freigemeinnützigen Trägern ablädt – und die Wirtschaft und viele andere in dieser Gesellschaft, die Beiträge zur Finanzierung und Aufrechterhaltung des Sozialstaates leisten müssten, ermutigen sie dazu ja permanent.

Fakt ist allerdings, dass mit der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse bei gleichzeitiger Zurückdrängung des Staates das Armutsproblem heute stärker denn je auf den Nägeln brennt. Auch Menschen, die erwerbstätig sind, sind in einer in der bundesrepublikanischen Geschichte bisher nie dagewesenen Weise von Armut bedroht. Der gesetzliche Mindestlohn, für den die Gewerkschaften in Deutschland kämpfen, wäre z. B. ein Stück der Basisversorgung, die der Staat sicherstellen müsste, wenn er Armut ernsthaft bekämpfen und nicht nur an den Symptomen herumkurieren wollte. Aber er ist immer noch in weiter Ferne. Die neue Bundesregierung lehnt das Thema für sich bisher dezidiert ab und nimmt damit in Kauf, dass immer mehr Menschen in die Armutsfalle geraten, aus der sie nur mit mehr staatlicher Unterstützung wieder herauskommen können.

Wenigstens konnte bei den Koalitionsverhandlungen der neoliberale Versuch, mit dem bedingungslosen Grundeinkommen den Unternehmen einen weiteren Freibrief für die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse auszustellen, verhindert werden. Spätestens in der Krise müsste der/dem ein oder anderen PolitikerIn dämmern, dass man mit der Hartz-Gesetzgebung in vielen Fällen den Versuch unternommen hat, den Teufel mit Beelzebub auszutreiben.

Die perverse Widersprüchlichkeit des Laisser-faire-Staatsprinzips wird inzwischen unübersehbar: Der Staat zieht sich zurück auf die Rolle der Pflasterkastenpolitik und sorgt damit dafür, dass der Bedarf an Pflastern ins Unermessliche steigt. Und nun sollen die Pflaster mehr und mehr von den sogenann-

ten »ergänzenden« Armutsdiensten kommen, und damit werden die Ergänzungen mehr und mehr zur Hauptsache. Gewerkschaften können dies nicht gutheißen und das werden sie auch nicht.

Deshalb werden sie zu keinem Zeitpunkt die »ergänzenden« Dienste als ein normales Instrument im Fächer sozialer Sicherung betrachten können, das man begrüßen, fördern und ausweiten muss. Das Gegenteil ist der Fall: Man muss bedauern, dass es sie gibt, man muss alles dafür tun, dass sie überflüssig werden und man muss sie zurückdrängen, so gut es geht.

Konfliktfeld »ergänzende« Dienste

Es läge daher nahe, aus gewerkschaftlicher Perspektive das »Tafel-Konzept« generell abzulehnen, weil es die unbedingt löungsbedürftigen Probleme verschleiert und den Deregulierern und Laisser-faire-Fetischisten den Vorwand liefert, ihr Unwesen ungehemmt weiter zu treiben. Und es wäre so schön, wenn man ein klares »Der Staat ist verantwortlich – basta, aus!« zur Norm machen könnte. Es ist ziemlich attraktiv, sich die widerspruchsfreie Welt eines Staates vorzustellen, der für alles zuständig ist.

Das Konzept der »ergänzenden« Dienste ist demgegenüber ein Feld beständiger Konflikte: Wie groß und leistungsfähig muss die Basisversorgung durch den Staat eigentlich sein und wie viel kann oder muss man dem ergänzenden Bereich überlassen? Das ist natürlich nicht für alle Zeiten objektiv zu definieren, sondern muss immer wieder neu gesellschaftlich ausgehandelt werden. Das ist außerordentlich mühsam und eigentlich eine Sisyphearbeit, bei der man immer wieder von vorn anfangen muss.

Aber auch das »Nur der Staat«-Konzept hat seine Tücken. Wenn man nicht nur auf ein paar flotte Wahlkampfsprüche aus ist, wird schnell deutlich, dass hier geklärt werden muss, wer wann was und wie viel dafür zahlen muss. Und auch hier braucht man Überzeugungskraft und ausreichend gesellschaftlichen Einfluss, wenn nicht hinterher diejenigen, die man schützen wollte, selbst die Zeche für den Schutz zahlen sollen.

Es hilft also nichts: Es geht zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedenfalls kein Weg vorbei an den »ergänzenden« Diensten – schon um der Menschen willen, die Hilfe brauchen und die wir als GewerkschafterInnen nicht auf dem Altar strategischer Grundüberlegungen opfern wollen. Solange wir nicht die Kraft haben, den Staat wirklich in die Verantwortung zu nehmen, müssen wir dankbar dafür sein, dass die »ergänzenden« Dienste die Menschen mit ihren Problemen nicht allein lassen.

Gewerkschaften tun sich mit solchen ehrenamtlichen Diensten natürlich noch aus einem anderen Grund schwer: Wir stehen für die Möglichkeit der Menschen, sich ihren Lebensunterhalt über Erwerbstätigkeit zu sichern. Und deshalb beobachten wir jeden Versuch mit großer Skepsis, bei dem reguläre Erwerbstätigkeit durch un- oder gering bezahlte Arbeit ersetzt wird.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten vor allem im sozialen Bereich und im öffentlichen Dienst damit ausreichend schlechte Erfahrungen machen müssen. Ich erinnere nur an die 1-Euro-Jobs oder an manche Arbeitsbeschaffungs-Maßnahme, die im öffentlichen Dienst viele, viele Planstellen gekostet hat.

Und natürlich wissen wir, dass die Billig- oder Billigstkonkurrenz die geregelte Arbeit beständig unter Druck bringt. Und das ist ja von Vielen auch ausdrücklich gewollt, auch wenn die öffentlichen und auch die frei-gemeinnützigen Arbeitgeber das gern weit von sich weisen. Die fortschreitende Prekarisierung der Arbeitswelt in den letzten zwei Jahrzehnten ist dafür allerdings der Gegenbeweis: Prekäre Arbeit ist zum Renner geworden, geregelte Arbeit ist mehr und mehr geschwunden. Das können und werden Gewerkschaften nie akzeptieren.

Gewerkschaften sind natürlich nicht gegen ehrenamtliches Engagement. Das wäre auch töricht, denn sie könnten gar nicht existieren ohne ihre Ehrenamtlichen. Die tausenden von ehrenamtlichen FunktionärInnen im Betrieb – Freigestellte sind ja die Ausnahme! – sind das Rückgrat gewerkschaftlicher Organisation. Wir wissen um seinen Wert. Es ist unbezahlbar. Aber natürlich fragen wir immer, ob ehrenamtliche Tätigkeit das Angebot geregelter Erwerbsarbeit beschneidet und zurückdrängt oder nicht. Natürlich sind die Grenzen da fließend. Für Gewerkschaften liegt es nahe, zunächst eher skeptisch zu sein. Es muss

also die Frage gestellt werden, ob bei den »Tafeln« geregelte Arbeit verdrängt wird oder nicht.

Das Zuviel an Lebensmitteln

Es ist absurd, dass wir in unserer Gesellschaft Tag für Tag Lebensmittel, die einem hohen Qualitätsstandard nicht mehr vollständig entsprechen, vernichten, während gleichzeitig Menschen nicht in der Lage sind, sich ausreichend und einigermaßen abwechslungsreich zu ernähren. Aus Gründen des Verbraucherschutzes muss vom Handel erwartet werden, dass er seinen KundInnen qualitativ hochwertige Lebensmittel anbietet, die ihr Geld nicht nur am Einkaufstag wert sind. Lebensmittel sind verderblich und ihre Qualität sinkt mit der Zeit der Aufbewahrung. Es ist das Recht der VerbraucherInnen, dass ein Produkt, das sie/er kauft, unter zumutbaren Bedingungen nutzbar ist. KäuferInnen sollen nur dann gezwungen sein, ein Lebensmittel unmittelbar zu verbrauchen, wenn es aus der Natur der Sache heraus geboten ist. Es ist deshalb ein großer Fortschritt, dass heute bei abgepackten Lebensmitteln generell angegeben werden muss, bis zu welchem Zeitpunkt das Produkt ohne Einschränkung gehandelt werden darf.

Viele wissen nicht, dass auch nach diesem Zeitpunkt, die entsprechenden Nahrungsmittel noch eine ganze Weile ohne irgendeine Gesundheitsgefährdung oder maßgebliche Qualitätsmängel genutzt werden können. Sie sind lediglich den Preis nicht mehr wert, den man für ein absolut frisches Produkt zu zahlen bereit ist. Gehandelt werden dürfen diese Lebensmittel nach dem »Verfallsdatum« also nicht mehr, aber verwendet werden können sie dennoch noch eine Weile ohne Risiko.

Der Gedanke, sie Bedürftigen kostenlos zukommen zu lassen, ist vielen Verantwortlichen in der Lebensmittelbranche schon häufig gekommen, aber das nicht wirklich planbare Anfallen der abgelaufenen Ware und die logistischen Probleme auf dem Weg zum »Kunden« sind nur schwer zu lösen. Lebensmittelhändler scheuen den Aufwand, der damit verbunden ist, und ziehen deshalb die unaufwändige Lösung vor: Die abgelaufenen Lebensmittel werden einfach vernichtet. Die Kosten dafür halten sich in Grenzen.

Geregelte Arbeit hat es deshalb in dem Bereich, in dem die »Tafeln« agieren, bisher nicht gegeben. Eine Verdrängung ist daher nicht möglich. Die Aktivität der »Tafeln« ist zusätzlich, »ergänzend«. Natürlich muss man redlicherweise noch fragen, ob man sich hier geregelte Arbeit vorstellen könnte. Die Frage würde ich nicht generell mit nein beantworten, aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint es mir jedenfalls überhaupt nicht erwartbar, dass sich private Anbieter in diesem Feld tummeln könnten – dafür sind die logistischen Probleme zu schwierig und Geld ist damit ja nicht mehr zu machen. Und auch wenn theoretisch denkbar ist, dass der Staat hier aktiv werden könnte, spricht doch nichts dafür, anzunehmen, dass der Verzicht auf diese ehrenamtlichen Tätigkeiten die Kommunen z.B. veranlassen könnte, sich in diesem Feld zu engagieren – das hätten sie im Übrigen in Zeiten, in denen die Haushaltsengpässe noch nicht so sehr an der Tagesordnung waren, durchaus tun können.

Wir haben es hier also mit einem der gar nicht so zahlreichen Felder in der Gesellschaft zu tun, in dem ein solcher Dienst keine negativen Auswirkungen auf geregelte Beschäftigung haben dürfte. Auch aus diesem Grund kann ich als Gewerkschafterin den »Tafeln« viel abgewinnen.

Was Tafeln leisten können

Und natürlich muss man begrüßen, dass die »Tafeln« eine Infrastruktur aufgebaut haben, die der Verschwendung Einhalt gebietet. Und dabei spreche ich nicht nur von der Verschwendung von Lebensmitteln: Ich habe mich im Saarland davon überzeugen können, welcher Sorgfalt, Nachhaltigkeit und Professionalität es bedarf, einen Abhol- und Verteilungsdienst für die abgelaufenen oder nur noch wenige Tage handelbaren Lebensmittel zu organisieren und dauerhaft aufrecht zu halten. Denn die Produkte drohen natürlich auch bei den »Tafeln« zu verderben: Sie müssen also schnellstens abgeholt und umgehend an die VerbraucherInnen gebracht werden. Das hatte ich mir jedenfalls einfacher vorgestellt, als es in Wirklichkeit ist.

Ich habe dabei Menschen kennengelernt, die als RentnerInnen oder PensionärInnen all ihr im Beruf erworbenes betriebs-

wirtschaftliches, prozessorganisatorisches oder logistisches Knowhow einsetzen und viel freie Zeit dazu, denn hier muss das ehrenamtliche Engagement nicht ad hoc, sondern mit Verlässlichkeit erbracht werden. Ich habe Menschen getroffen, die in dieser Aufgabe geradezu aufgeblüht sind und Höchstleistungen zustande gebracht haben, die sie vielleicht im Beruf niemals hatten unter Beweis stellen können.

Man wundert sich nämlich, wie viele ArbeitnehmerInnen sich in ihrem jeweiligen Beruf unterfordert fühlen, wie viele darüber klagen, dass ihre Talente und Fähigkeiten während des Erwerbslebens oftmals gar nicht abgerufen werden! Mancher oder manche erfährt ihre Tätigkeit für die »Tafel« als absolut sinnvoll – eine Erfahrung, die vielen im Berufsleben vorenthalten bleibt!

Verschwendet werden in unserer Überflussgesellschaft nicht nur Lebensmittel, sondern auch die Kompetenzen, Qualifikationen und Erfahrungen von Menschen. Natürlich ist es zu kritisieren, dass manche erst im Alter, außerhalb der Erwerbsarbeit, dazu kommen, all das für sie selbst sinnvoll einsetzen zu können. Aber es ist schön, dass die »Tafeln« hier Betätigungschancen bieten, die viele lange entbehren mussten.

Ich durfte erleben, dass hier Eigeninitiative, Selbstorganisation, Verantwortlichkeit gefragt sind, die in unserer Arbeitswelt viel zu oft in Bürokratie, Hierarchien und Bevormundungsverhalten erstickt werden. Das kann man nur begrüßen.

Und damit es ganz klar ist: Hier gilt das gleiche wie bei der Sozialstaatsfrage: Eigentlich dürfte es diese Situation gar nicht geben. Deshalb werden Gewerkschaften weiter dafür kämpfen, dass »gute« Arbeit in der Erwerbsarbeit stattfindet, dass sie der Normalfall ist und nicht die Ausnahme, wie der DGB-Index »Gute Arbeit« seit ein paar Jahren immer wieder belegt. Wir werden uns nie mit einer Situation zufrieden geben, in der menschliche Entfaltung, Teilhabe, Selbstverwirklichung und Sinnerfahrung beim Betreten der Arbeitsstätte ad acta gelegt und auf die Freizeit und das Familienleben oder gar auf den Ruhestand verschoben werden.

Aber diesen Kampf zu führen, wird nicht dadurch erleichtert, dass wir »gute« Arbeit im Ehrenamt ablehnen. Deshalb: Auch wenn es sie »eigentlich« nicht geben dürfte: Ich bin auch als Gewerkschafterin eine Anhängerin der »Tafeln«.

Tafeln – oder hungern?

Mobilisierung gegen Armut

GEORG RAMMER

In Deutschland besitzen zehn Prozent der BürgerInnen fast zwei Drittel des gesamten Vermögens – und nur noch zehn Prozent der Bevölkerung ist der Überzeugung, es gehe gerecht zu in der Welt (Heitmeyer 2007). Während Verbände und Initiativen dafür kämpfen, dass arme Kinder wenigstens eine warme Mahlzeit am Tag bekommen, melden die Zeitungen: Kaum hat der kleine Mann mit seinen Steuergeldern den Kollaps des globalen Finanzsystems abgewendet, da streichen einige Banken schon wieder Rekordgewinne ein. Während die letzten Bundesregierungen durch ihre Beschlüsse zu Steuerpolitik und zu Arbeitsmarkt- und Finanzmarktpolitik Konzernprofite gesteigert und Reiche noch reicher gemacht haben, wächst die Armut von Kindern und Familien und die Zahl der Suppenküchen und der Tafeln.

Für eine Million Menschen in Deutschland sind die Tafeln eine existenzielle Notwendigkeit. Sie helfen ihnen zu überleben; sie helfen natürlich nicht, aus der Armut herauszukommen. Wer hat überhaupt ein Interesse daran, dass sich die Verhältnisse ändern, die so zielsicher einen Teil der Bevölkerung als ökonomisch unverwertbar aussondern? Sozialpsychologisch betrachtet hilft bürgerliche Wohltätigkeit (»Sie reichen euch manche Almosen hin ...«, Kurt Tucholsky) nicht nur den Ar-

men. Sie hilft auch den WohltäterInnen, sich auf der Seite »der Guten« zu fühlen, ohne die Frage nach Gerechtigkeit stellen zu müssen: Wieso gibt es wachsende Armut in einem der reichsten Länder der Erde? Und wie kann sie beseitigt werden?

Mit der ständig größer werdenden Kluft zwischen Reich und Arm wird auch die Trennung der Lebenswelten allenthalben spürbar. Wird sie nur durch Almosen und Mitleid überbrückt, bestätigen sich beide Seiten in ihren Rollen: Großzügig Spendende auf der einen, hilflose Opfer auf der anderen Seite. Individuelle Mildtätigkeit ohne die Stellungnahme zu den politischen Ursachen von Armut und gesellschaftlicher Spaltung gerät leicht zum Almosen, das die Betroffenen in ihrer Rolle der Hilfsbedürftigkeit bestärkt – und entmündigt. Allerdings: Wären politische Strategien zur Mobilisierung gegen die Macht einer politisch-wirtschaftlichen (selbsternannten) Elite einfach zu entwickeln und erfolgreich, gäbe es in Deutschland keine Armut mehr. »Die Unterschichten selbst müssten zur Quelle einer anti-bürgerlichen Gegenbewegung werden.« Der Soziologe Stephan Lessenich (Freitag, 12.09.2009) gibt leider keine Anregungen, wie das geschehen könnte.

Die »Elite« hat der Bevölkerung die neoliberale Politik der letzten Jahre als alternativlose Notwendigkeit dargestellt und die daraus resultierende Kluft zwischen Arm und Reich (wenn überhaupt) mit der »Pferdeäpfel-Theorie« gerechtfertigt: Gib den Pferden viel zu fressen, dann fällt hinten auch was für die Spatzen ab. In Wirklichkeit hat die Politik den globalen »Standort«-Wettbewerb propagiert und dafür Löhne gesenkt, Arbeitsverhältnisse dereguliert, die soziale Sicherung abgebaut, öffentliches Eigentum privatisiert und die Finanzmärkte von allen Fesseln und Kontrollen befreit – mit den bekannten Folgen von wachsender Armut, aber auch einer tiefen Kluft in der Gesellschaft. Und diese wird jetzt als natürlich und verdient legitimiert. Angesichts weiterer Lasten für die »üblichen« Verlierenden ohne Vermögen und in prekären sozialen Verhältnissen wächst aber die Angst der »Oligarchie« vor sozialen Unruhen; denn die offenkundige Ungerechtigkeit, die Armut bei gleichzeitig steigenden Profiten und Vermögen, unterhöhlt die Loyalität von Verlierern und solchen, die es werden könnten. Da muss ideologisch nachgeholfen werden. Der Klassenkampf wird auch medial ausgetragen; die Interpretationshoheit mit

dem Begriffspaar »Leistungsträger« vs. »Unterschicht« nimmt demagogische und zuweilen »sozialrassistische« Formen an.

Deutschland ist kein sozialer Rechtsstaat und nur formal eine Demokratie, solange die soziale Herkunft über Lebenschancen entscheidet, solange Grundrechte auf Gesundheit, Bildung und freie Entfaltung nur auf dem Papier, aber nicht in der Realität für alle Menschen gelten. Diese Grundpfeiler des sozialen Rechtsstaates, nämlich die Verpflichtung des Staates zum Abbau sozialer Ungleichheit und zur Durchsetzung der Wahrnehmbarkeit von Grundrechten für alle Menschen, hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 9. Februar 2010 zu Hartz-IV-Regelsätzen allerdings nicht erwähnt.

Eine Änderung dieser Verhältnisse setzt voraus, dass die Menschen, die bislang Opfer und Leidtragende waren, ohne Angst und Scham ihre Rechte einfordern. Unterstützung und Ermutigung zielen dabei auf Stärkung des Selbstbewusstseins, damit das alte Thema Gerechtigkeit auf die Tagesordnung gesetzt werden kann: »Möge der Kampf beginnen um das berühmte Kapitel der Gleichheit und des Eigentums!«, wie Grachus Babeuf 1797 ausrief.

Kann es gelingen, in einem Bündnis von Tafeln und Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen, sozialen Bewegungen und Erwerbsloseninitiativen nicht nur einen anderen Umgang mit Armut, sondern die Abschaffung von Armut und systematischer Benachteiligung in einem reichen Land auf die Tagesordnung zu setzen? Bislang sind nicht einmal die kleinsten sozialen Absicherungen gegen die Verarmung, wie Eingrenzung des Niedriglohnssektors, gesetzliche Mindestlöhne und Vermögenssteuer durchsetzbar; Armut, Benachteiligung, soziale Not zerreißen die Gesellschaft. Und sie sind durch Einrichtungen wie die Tafeln zu lindern, aber nicht durch mildtätige Almosen zu beseitigen.

Wenn durch eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, Arbeit und Macht der soziale Rechtsstaat verwirklicht wird, werden die Tafeln überflüssig. Darauf sollten Aufklärung, die Suche nach Verbündeten und die politische Aktion zielen. Denn: Es ist genug für alle da – es ist nur ungerecht verteilt. Der Prozess der politischen Mobilisierung wird nachfolgend in zwei Szenen sowohl illustriert als auch andeutungsweise praktiziert.

Szene 1

Eine Gruppe besonderer Persönlichkeiten hat sich im Bundeskanzlerinamt versammelt. Anlass ist der Geburtstag von Josef Ackermann, Deutsche Bank. Außer der gastgebenden Hausherrin Angela Merkel und dem Vizekanzler Guido Westerwelle sind zahlreiche Vorstandsvorsitzende von Konzernen und Banken, Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen, der hessische Ministerpräsident Roland Koch, Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin, Maria-Elisabeth Schaeffler (Milliardärin) und Peter Sloterdijk für den Frankfurter Zukunftsrat (»Gier ist genbedingt«) anwesend. Und natürlich die wichtigsten Meinungsbildner von Springer, Zeit, FAZ und Focus. Die Stimmung nach dem köstlichen Mahl ist locker, die Äußerungen frei, die Einschätzung der Lage in Deutschland optimistisch und von der staatstragenden Verantwortung für die LeistungsträgerInnen getragen – also für sich selbst.

Merkel: Meine Herren, ich muss leider sagen: *Manches wird erst noch schwieriger, bevor es wieder besser werden kann.*¹ Wer wüsste besser als Sie, welche weiteren Grausamkeiten auf die Bevölkerung zukommen. Aber wie mein ehemaliger Wirtschaftsminister zu Guttenberg sagte: *Die Leistungsträger dürfen nicht das Gefühl haben, dass sie alle Lasten aufgebürdet bekommen.*

Koch: Das will hier sicher niemand. Was wir brauchen, sind deutliche Worte gegen *die Perversion des Sozialstaatsgedankens.*

Schirmmacher, FAZ: Kannst du das etwas genauer ausführen, Roland?

Koch: Wir müssen die öffentliche Diskussion beherrschen. Über Vermögenssteuer, über Mindestlöhne wird nicht geredet. Stattdessen sorgen wir dafür, dass der Blick auf die *Schmarotzer und Parasiten* gelenkt wird ...

Merkel: Herr Koch, bitte ...

Koch: ...habe nur den Kollegen Clement zitiert, mit Verlaub. Ich sage aber in der brutalstmöglichen Deutlichkeit: *Wir*

1 Kursiv gesetzte Textstellen sind Originalzitate.

müssen jedem Hartz-IV-Empfänger abverlangen, dass er auch einer niedrigwertigen Arbeit nachgeht.

Ackermann: Klar. Einverstanden.

Westerwelle: Die ganze Hartz-IV-Diskussion trägt doch *sozialistische Züge*. Wir als Leistungselite müssen gegen das Anspruchsdenken einen Wall aufbauen und klar machen: *Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spät-römischer Dekadenz ein.*

Sarrazin: Da stimme ich Ihnen zu. Aber wir müssen auch handeln. Wir haben ja *einen Teil von Menschen, etwa 20 Prozent der Bevölkerung, die nicht ökonomisch gebraucht werden, 20 Prozent leben von Hartz IV und Transfereinkommen. Dieser Teil muss sich auswachsen.*

Springer, Axel Springer AG: Oh, wie ich Ihre Klarheit und Deutlichkeit bewundere. Das braucht unser Land.

Diekmann, BILD: A propos, kennt ihr den? Warum werden Frauen seit fünftausend Jahren unterdrückt? Hm? Weil es sich bewährt hat! (Er lacht wiehernd.)

Sloterdijk: Unser Sozialstaat ist doch inzwischen eine *institutionalisierte Kleptokratie*.

Merkel, leise: Oh, was meint er damit?

Sloterdijk: Das Projekt der Aufklärung ist gescheitert. Das Scheitern manifestiert sich besonders deutlich in der hohen zwangssteuerlichen Belastung von uns, der Leistungselite. Dagegen brauchen wir *eine Revolution der gebenden Hand, einen fiskalischen Bürgerkrieg gegen die Ausbeutung der Produktiven durch die Unproduktiven. Steueraktive werden durch bloße Transfermassennehmer ausgebeutet. Ich habe deshalb vor, ein Manifest der Leistungsträger zu veröffentlichen!*

Schaeffler: Er spricht mir aus der Seele!

Sloterdijk: Es ist die objektive Aufgabe der FDP, endlich die *Leistungsträgerverleumdung zu bekämpfen und dafür zu sorgen, dass der Leistungsträgerkern der deutschen Population sich in Zukunft nicht nur fiskalisch stark mitgenommen fühlt, sondern sich endlich auch politisch, sozial und kulturell gewürdigt weiß.*

(Große Heiterkeit im Saal.)

Koch: Unser tapferer Revolutionär!

Westerwelle: Sag ich doch schon immer. In Deutschland gibt es *nur noch Bezieher von Steuergeld, aber niemanden, der das alles erarbeitet!*

Merkel: Ich möchte aber zu bedenken geben, wir dürfen den Bogen nicht überspannen, sonst stehen uns doch noch soziale Unruhen ins Haus. Wir müssen auch den *guten Geist des Zusammenhalts* beschwören, nicht wahr?

von der Leyen: Klar. Der *Nationale Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010* kam ja auch mit den Hartz-Gesetzen Hand in Hand. Derzeit haben wir übrigens auch noch das *Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung*. In der Inflation der Proklamationen müssen wir mehr das Positive hervorheben. Zum Beispiel die große gesellschaftliche Bedeutung der Tafeln. Immer wieder müssen wir hervorheben: *In Zeiten einer globalisierten Welt brauchen wir solch ein bürgerschaftliches Engagement mehr denn je!*

(Großes Gelächter im Saal, Rufe wie »Hört, hört!«)

Greiner, ZEIT: Ja, prima. *Wenn man akzeptieren könnte, dass Ungleichheit zu den menschlichen Grundbedingungen zählt, gewänne die Tugend der Barmherzigkeit ihr altes Gewicht zurück.*

Merkel: Ja, sehr gut. Sorgen macht mir der soziale Rechtsstaat. Herr Köhler und ich haben es bei den 60-Jahres-Feiern noch tunlichst vermieden, ihn in unseren Reden zu erwähnen. Aber jetzt beginnen immer mehr Chaoten, sich auf ihn zu berufen. Müssen wir dem etwa Rechnung tragen?

(Allgemeines Durcheinander, aus dem nur einzelne Worte heraustönen: *Perversion ... Kleptokratie ... Bürgerkrieg ... kleine Kopftuchmädchen ...*)

Greiner: Der soziale Rechtsstaat wird transformiert, quasi erhöht durch *Barmherzigkeit, durch eine Kultur der Almosen*. Arm und Reich wird dann verbunden für ewig durch ein *mildtätiges Herabblicken und ein hilfesuchendes Emporblicken!*

(Großer Applaus, Deutschlands Elite stößt an.)

Szene 2

Das folgende Gespräch könnte so stattfinden – wenn TafelnutzerInnen und politisch aktive KritikerInnen der sozialen Verhältnisse miteinander ins Gespräch kämen.

Wir sind gespannt, ob im Dialog zwischen »KundInnen« einer Tafel (A und B) und dem Chronisten von Attac (C) Ver-

ständigung möglich ist und vielleicht sogar weiterführende Ideen aufscheinen.

C: Entschuldigung, kann ich mal kurz mit Ihnen reden?

A: Kommt drauf an.

C: Ich schreibe an einem Artikel über die Tafeln. Und da ist mir natürlich die Meinung der Betroffenen wichtig.

A: Dass Sie hier kein Kunde sind, das war mir gleich klar.

C: Ach – wieso?

A: Wieso? Kleidung. Wie Sie die Leute mustern. Wie Sie hier rumstehen. Alles.

C: Also gut, jetzt sind wir ja fast schon mitten im Thema. Machen Sie mit?

A: Ok. Aber ich will unsere Namen nicht in der Zeitung lesen.

C: Wieso unsere?

A: Die Kinder sind schon vorne in der Schlange.

C: Ja? Überhaupt sehe ich hier eine Reihe von Kindern. Sind die alle auf die Tafel angewiesen?

(Jetzt mischt sich ein Mann in der Schlange ein, der aufmerksam zugehört hat.)

B: Oh, die verzichten alle gern auf ihre Lebensperspektive zugunsten der Banker und der reichen Erben!

C (lächelt unsicher): Ach so. Aber Sie sprachen vorhin von »Kunden«. Das stimmt doch so eigentlich nicht, oder?

A: Was stimmt hier schon. Nur die Plastikblumen sind echt. Aber wissen Sie für uns was Besseres? Hilfsbedürftige etwa? Wohlfahrtsempfänger? Oder Almosen-Abhängige? Nee, da ist mir Kunde schon lieber.

C: Kaufen Sie hier regelmäßig ein?

A: Ja. Leider.

C: Warum?

A: Wie bitte? Warum ich hier einkaufe? Oh Mann. Haben Sie schon mal versucht, von Hartz IV zu leben – mit drei Kindern? Alleinerziehend? Nee, haben Sie natürlich nicht, sonst wüssten Sie, was das für ein Gefühl ist, den Kindern kein Pausenbrot mitgeben und keine Schuhe kaufen zu können. Trotz Putzen am Abend. Und deshalb steh ich lieber hier, wenn auch nicht gern, das kann ich Ihnen verraten.

C: Aber das ist ja das Problem! Es geht doch immer mehr Menschen so. Vor 15 Jahren, da gab es zehn Tafeln und heute sind

es schon 900! Vor 40 Jahren war gerade mal jedes 75. Kind arm, heute ist es schon jedes sechste oder fünfte!

A: Das brauchen Sie mir nicht erzählen.

C: Alle zehn Jahre hat sich die Zahl der armen Kinder verdoppelt!

A: Da haben meine aber auch nichts davon.

C: Und gleichzeitig gibt es immer mehr Vermögen, aber in immer weniger Händen! Finden Sie das gerecht?

A: Vom Reden über Gerechtigkeit werden wir auch nicht satt.

C: Ja, schon klar. Ich will nur sagen, dass die Tafeln ein paar Leute satt machen, aber auch dazu beitragen, dass alles so bleibt in Deutschland: ungerecht, asozial, total gespalten. Die Politiker kümmern sich um die Profite der Konzerne und Banken, der reichen Erben und Spekulanten ...

A: Schreien Sie mal nicht so rum. Jetzt will ich Ihnen mal was sagen: Das wissen wir doch alles. Glauben Sie, hier gibt's auch nur einen Menschen, der das nicht am eigenen Leib erfahren hätte? Wenn Sie Hunger haben, reißen Sie den Mund auch nicht so weit auf. Schon gar nicht, wenn Sie auf Almosen angewiesen sind.

C: Das versteh ich schon. Aber wissen Sie, wie ein Sarrazin über Sie redet? Ein Vorstand der Bundesbank! Verächtlich und entwürdigend!

A: Dann entwürdigt er sich nur selber. Darf ich Sie mal was fragen? Wie viel verdienen Sie denn? Fragen Sie mal herum in Ihrem Freundeskreis, wie viele Häuser und Aktien da zusammen kommen. Oder machen Sie mal eine Umfrage bei denen, für die Sie schreiben: Wie viel verdienen die und wie viel haben die auf der Bank? Ja, ja, es ist so schön, sich Gedanken zu machen über die Probleme der Anderen. Wie viel Taschengeld kriegen Ihre Kinder? Und wo waren Sie im Urlaub? Sie leben doch in einer anderen Welt!

B: Birgit, jetzt mach mal ...

A: Halt, ich bin noch nicht fertig. Wenn die guten Bürger am Marktplatz mal ein paar Punks oder Penner mit der Bierflasche gesehen haben, dann rufen sie: Seht ihr, die versaufen doch ihr Geld! Ja, pflegt mal schön euer Vorurteile, verteilt weiter Almosen an die armen Kinder mit den dankbaren Augen und beruhigt euer Gewissen, damit ihr ja nichts ändern müsst!

B: Birgit, so kenn ich dich ja gar nicht. Der Herr hier sagt doch auch nichts anderes. Wir sollten nicht mit denen streiten, die auch gegen Hartz und Niedriglöhne sind, sondern mit den anderen.

A: Wen meinst du, wenn ich fragen darf?

B: Die Verbrecher, die dafür sorgen, dass Kinder in armen Familien zehn Jahre früher sterben als Wohlhabende. Ja, für mich sind das Verbrecher.

A: Und jetzt wirst du uns gleich verraten, wie du das anstellen willst. Die Regierung schön bitten, jetzt tut was für uns?

B: Ach was, das waren doch die, die das angerichtet haben. Die machen doch Politik für die Reichen. Soll ich die ganzen Beispiele aufzählen, die Mehrwertsteuer und die Körperschaftsteuer und die abgeschaffte Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer – sie sorgen so rührend für ihre Leute! Wer hat denn davon profitiert in den letzten zehn Jahren? Die haben 38 Gesetze zur Entfesselung der Finanzmärkte beschlossen, 38, um den Spekulanten und Abzockern den Weg frei zu machen! Und wenn sie sich hoch verspekuliert haben, kriegen sie den Milliardenschirm. Ha, aber nicht von meinen Steuergeldern! Nee. Da müsste schon was anderes passieren.

C: Woher wissen Sie das alles?

B: Sie scheinen ja ein merkwürdiges Bild von den Leuten hier zu haben. Wenn wir wenig Geld haben, haben wir auch wenig im Kopf. Mein Vater ist ein alter Sozi. Erst nach der Agenda und nach Hartz ist er dann ausgetreten. Als er mit 54 seine Arbeit verloren hat.

C: Fühlen Sie sich eigentlich als Teil »einer der größten sozialen Bewegungen unserer Zeit«, wie der Bundesverband der Tafeln sagt?

B: Quatsch, schauen Sie uns doch an. Wir sind doch keine soziale Bewegung. Das ist Armenspeisung und ich bin auf sie angewiesen, aber ich bitte Sie: da bewegt sich doch nichts.

C: Manche sagen, die Tafeln stellen nur die Bedürftigen ruhig.

B: Klar. Deshalb lobt uns unsere Schirmherrin auch so lieb. Kennen Sie sie?

C: Nee, wer ist es denn?

B: Die nette Frau von der Leyen. Können Sie erraten, was sie über uns sagt?

C: Na, da wird was von Globalisierung und Eigenverantwortung und bürgerliches Engagement dabei sein.

B: Hey, Mann, Sie sind gut! Genau das sagt sie.

A: Aber ich versteh dich nicht. Willst du, dass die Tafel wieder verschwindet ...

B: Nee ...

A: Dass sie Arbeitszwang einführen ...

B: ... was sind die 1-Euro-Jobs denn anderes? Natürlich will ich die Tafel behalten, weil wir sie brauchen. Aber mal unter uns: Hättet ihr was gegen Arbeitszwang für die einzuwenden, die nur von dem ererbten Vermögen und den Profiten leben, die andere für sie erarbeitet haben?

A: Meinst du wirklich, dass die nichts leisten?

B: Weißt du, was ich gehört habe? Da haben zum Jahreswechsel Wissenschaftler von so einer Londoner Denkfabrik, New Economics Foundation heißt sie, mal genauer geschaut, was bestimmte Berufsgruppen verdienen und was sie dafür leisten, für die Gemeinschaft. Und da kam heraus, dass ein Investmentbanker für jeden Euro von den Millionen, die er im Jahr kriegt, sieben für uns alle vernichtet! Vernichtet für die Gemeinschaft. Und Steuerberater für die Reichen vernichten sogar 47 Euro für jeden Euro, den sie einnehmen! Und jetzt hör mal: Warst du nicht mal Erzieherin? Bei den Erzieherinnen und bei Putzfrauen und Müllwerkern ist das Verhältnis genau umgekehrt. Die verdienen so wenig, dass einige von ihnen auch hier Schlange stehen. Aber sie leisten das Zehnfache von ihrem Verdienst für die Gesellschaft!

A: Na ja, gewusst hab ich das ja schon immer. Wenn du den Hals nicht voll kriegst, musst du umso lauter rufen, ach, die armen Kinder, gebt ihnen ein warmes Mittagessen! Und eine Hose aus der Kleiderkammer! Damit niemand auf die Idee kommt zu fragen, hey, warum ist das eigentlich so? Ist das denn gerecht? Es stimmt schon: Wärest du nicht arm, wär der nicht reich.

C: Das könnten eigentlich auch sinnvolle Projekte in den Schulen sein: Hartz-IV-Regelsätze berechnen, die auseinanderdriftenden Einkommen und Vermögen vergleichen, damit die Kinder nicht mit dem Gefühl aufwachsen, sie seien Loser und Versager – sie werden dazu gemacht! Woher sollen sie Selbstvertrauen entwickeln?

B: Schaut euch hier mal um: Hier geht keiner aufrecht. Jeder macht sich so klein, wie es nur geht. Und deshalb bleibt auch alles so wie es ist. Nur schlimmer.

A: Aber du holst dir halt auch hier deinen Korb voll Lebensmittel und sagst nichts.

B: Also früher, da waren die Armen, die Arbeiter oder Arbeitslosen, viel selbstbewusster. Die sagten sich: Ja, ich bin arm, aber das ist ungerecht. Und es wird Zeit, dass wir etwas für eine gerechte Verteilung tun. Heute schämt sich jeder, der arm ist, weil Parteien und Presse gegen sie hetzen. Der Spiegel meint, höhere Hartz-IV-Regelsätze kann man nicht rechtfertigen wegen der vielen Extras für die Armen wie Suppenküchen und Tafeln! Die stellen doch alle unter Schmarotzer-Verdacht. Klar, dass dann die Meisten unter dem Existenzminimum anfangen, sich zu schämen und zu denken: Bin ja selbst schuld.

A: Da kannst du halt nichts dagegen machen. Oder glaubt ihr, die werden jetzt in sich gehen und sagen: Ja, wir haben abgesehen was ging, euch ausgenommen wie eine Weihnachtsgans und um euren Anteil betrogen: Da habt ihr unser gierig zusammengerafftes Vermögen!

B: Ja, und dann wachst du auf. Wenn Attac oder die Armutskonferenz oder Die Linke Forderungen stellen und Appelle an die Bundesregierung richten, werden die es doch nicht mal ignorieren. Wir müssten schon selber etwas tun. Ja, warum hier nicht mal auch solche Laufschriften anbringen, wie im Fernsehen für die Aktienkurse? Ich würde hier jeden Tag bekannt geben, wie es ist: So hat sich die Zahl der Niedriglöhner und der Hartz-IV-Familien entwickelt. Und so ist das Vermögen in Deutschland verteilt. Und letztes Jahr sind die Gewinne um vierzig Prozent gestiegen und die Renten um drei Prozent gesunken. Und so weiter.

A: Du hast ja Ideen!

B: Ich hab noch mehr: Ich würde hier Listen auslegen für Unterschriften, dass sich die Regierung bei den Generationen entschuldigt, die sie in die Armut getrieben hat. Und Wiedergutmachung verspricht und einen Schutzschirm, damit es nie wieder passiert. Und jeden Tag sollten wir mit den Kindern vor das Bundesverfassungsgericht ziehen, damit die hohen Richter sehen, wie es im sozialen Rechtsstaat aussieht.

C: Moment, das muss ich notieren ...

B: Dabei könnt ihr uns gern helfen. Ihr habt doch Wissenschaftler und Juristen. Sollten wir nicht durchsetzen, dass Leute, die wegen ihrer sozialen Herkunft benachteiligt wurden und krank geworden sind, eine Zivilklage einreichen können gegen den Staat? Haben wir Grundrechte und einen sozialen Rechtsstaat oder haben wir keinen?

A: Oh, ich glaube, wir haben keinen.

B: Warum hängt dann eigentlich noch kein Transparent am Rathausturm? »Gerechtigkeit für alle!« Und wieso liegt hier eigentlich keine Unterschriftenliste für Mindestlohn und Vermögenssteuer? Also wenigstens das müsste doch sein, oder? So, und jetzt hol ich was zu essen.

Literatur

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2007): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt a.M.

Neue Aufgaben für die Tafeln? Zu sozialökologischen Mitteln und Zwecken der Tafelarbeit

STEPHAN LORENZ

Im Grundsatz 1 zur Arbeit der Tafeln (www.tafel.de) heißt es: »Der Schwerpunkt muss auf dem Einsammeln und Ausgeben von Lebensmitteln liegen.« Damit ist die praktische Tätigkeit beschrieben, die tatsächlich am Beginn der Tafeln stand und die noch heute für sie steht. Mit dem rasanten Wachstum der Tafeln in den vergangenen Jahren weitete sich allerdings auch das Spektrum der Tafel-Tätigkeiten immer weiter aus. Es entstand eine Vielzahl neuer Möglichkeiten zu sammeln und zu verteilen, und das beschränkt sich nicht mehr nur auf Lebensmittel, sondern umfasst z.B. auch Kleidung, Möbel, Flaschenpfand. Schließlich gibt es eine Reihe neuer Tätigkeiten, die gar nichts mit dem ursprünglichen Sammeln/Verteilen im engeren Sinne zu tun haben, von Beratungsangeboten bis zu Kompostierungsprojekten (vgl. Lorenz 2009a). So stellt sich eine wichtige Frage: Wie lassen sich neue Sammel- und Unterstützungstätigkeiten mit dem Tafel-Grundsatz 1 vereinbaren? Oder noch grundlegender: In welchem Verhältnis steht heute die Idee der Tafeln zu den praktischen Tätigkeiten des Sammelns und Verteilens? Wie ist das Verhältnis der Tafel-Zwecke zu den Tafel-Mitteln?

Zu Sinn und Zweck der Tafelarbeit

Dazu muss offensichtlich zuerst geklärt werden, was eigentlich Sinn und Zweck der Tafeln ist. Und das liegt keineswegs so offen zutage, wie zu vermuten wäre. »Helfen«, »Armut verringern«, »Gutes tun«, »sich Engagieren« sind solche Zwecke, die immer wieder genannt werden. Sie sind keineswegs »falsch«, aber bleiben für sich genommen doch recht abstrakt. Die Idee wird häufig weniger durch den Zweck als vielmehr durch die Mittel bestimmt: eben durch das Sammeln und Verteilen von Lebensmitteln. Die Mittel selbst in den Rang der Idee zu erheben ist freilich riskant. Leicht verselbstständigen sie sich und lassen die Zwecke immer weiter hinter sich. Man sammelt und sammelt, verteilt und verteilt, steigert die Effektivität, den Umsatz, die Fahrkilometer, den Fuhrpark usw. Kurz: Man steigert die Mittel – aber was ist mit den Zwecken? Worum ging es eigentlich? Darauf kann die bloße Ausweitung des Tätigkeits-Spektrums offensichtlich keine Antwort geben. Denn damit werden nur neue, »innovative« Sammelaktionsformen erdacht und die Spendenakquisen ausgeweitet. Man muss aber fragen, ob es noch eine Tafelaufgabe ist, z.B. KonsumentInnen aufzufordern, bei ihrem Rundgang durch den Supermarkt ein Produkt zusätzlich zu kaufen, um es dann am Ausgang den Tafeln zu spenden? Zwar sind es tatsächlich Lebensmittel, die gesammelt und verteilt werden. Insofern die KonsumentInnen sie entbehren können und freiwillig geben, könnte man sie sogar als Überschüsse bezeichnen. Für Handel und Produktion gilt das aber ganz sicher nicht, da sie eben doch verkauft wurden. Noch schwieriger wird die Antwort, wo Tafeln zur Angebotserweiterung selbst beginnen zuzukaufen oder wo sie selbst produktiv tätig werden, z.B. Gemüse anbauen.

Die entscheidende Frage bleibt letztlich doch: Sind es die Mittel oder die Zwecke, die dazu anregen, das Spektrum der Tätigkeiten zu erweitern? Dienen die neuen Mittel nur einer immer effektiveren Logistik, der Bewältigung immer größerer Mengen? Oder dienen sie (zumindest auch) dazu, einen bestimmten Zweck besser zu erfüllen, als es allein mit dem »klassischen« Sammeln und Verteilen möglich wäre? An einer Klärung von Sinn und Zweck der Tafeln kommt man nicht vorbei. Erst dann wird sich entscheiden lassen, welche Mittel angemess-

sen sind, welche neuen genutzt werden sollen – oder welche eben nicht.

Um noch einmal über die grundlegenden Intentionen der Tafeln nachzudenken, habe ich vorgeschlagen (Lorenz 2009b), sich u.a. ihre Namensgebung genauer anzusehen. Schließlich ist es dieser Name, unter dem sich alle Tafeln versammeln. Darüber hinaus hat er eine hohe gesellschaftliche Resonanz gefunden. Nicht zuletzt der Streit um nicht vom Bundesverband anerkannte »wilde Tafeln« sowie »Tiertafeln«, »Kindertafeln« oder »Möbeltafeln« zeigt, dass einer breiteren Öffentlichkeit das Tafel-Prinzip unter genau diesem Namen geläufig ist – mal zum Ärger, mal zur Freude des Bundesverbands als Hüter des »Markenzeichens Tafel« (www.tafel.de, Grundsatz 5). Zeit also, noch einmal zu fragen, was es mit »Tafel« eigentlich auf sich hat.

Üblicherweise werden Tafeln zu feierlichen Anlässen ausgerichtet. Gastgeber laden Gäste ein, um sie mit ausgewählten Speisen und Getränken zu bewirten. Gastgeber wie Gäste betreiben einigen Aufwand, ja stehen in der Pflicht, dem Anlass durch Auftreten, Kleidung, Räumlichkeit usw. gerecht zu werden. Die Tafel und das darauf arrangierte Essen stiften den gesellig verbindenden Bezugspunkt zwischen Anlass, Gastgebern und Gästen. So gesehen sind die »Tafeln« offensichtlich das genaue Gegenteil, obwohl auch sie verbinden wollen. Einen besonderen Anlass gibt es nicht, vielmehr einen (finanziell) problematischen Alltag. Ohne einen solchen Anlass kann man auch keine Gäste dazu einladen, vielmehr ist es eine nachzuweisende Bedürftigkeit, die diese »Gruppe« auf abstrakte Weise verbindet und ihnen den Zugang zur Tafel eröffnet. Schließlich kann keine Rede davon sein, dass die Gastgeber (die Tafel-Aktiven) ausgewählte Speisen servieren würden, vielmehr sind sie auf das Sammeln dessen angewiesen, was die Auswahl der KonsumentInnen übrig gelassen hat, was gerade nicht die Gunst der Wahl fand.

Was kann aber dann der Sinn der Namensgebung sein? Handelt es sich gar um einen Zynismus? Offensichtlich nur dann nicht, wenn man »Tafel« als einen Protestbegriff versteht. Gerade weil er das Gegenteil dessen symbolisiert, was die Realität der Tafeln ausmacht, formuliert er moralisch-politische Ansprüche. Gerade weil viele Menschen wenig Anteil am gesell-

schaftlichen Reichtum haben, soll ihnen symbolisch ein Platz an der reich gedeckten »gesellschaftlichen Tafel« ermöglicht werden. Und gerade weil das, was ökonomisch betrachtet nur noch Abfall ist, faktisch aufwendig erzeugte und gewissermaßen »einer Tafel würdige« Lebensmittel sind, wird ein achtungsvoller Umgang damit eingefordert. Folgt man dieser Interpretation, dann müsste das Kernanliegen der Tafeln sein, sich sowohl gegen Armut und Ausgrenzung als auch gegen den achtlosen Umgang mit (Lebensmittel-)Überfluss zu engagieren und die Gleichzeitigkeit von beidem – Ausgrenzung und Überfluss – immer wieder und vehement zu skandalisieren.

Konsequenzen für die Tafelarbeit

Die Protestformel »Tafel« verpflichtet. Denn wenn man nicht am Protest festhält und dennoch unter dem Namen Tafel operiert, dann bleibt wirklich nur Zynismus: die für Konsum und Arbeit »Überflüssigen« (i.S. einiger sozialwissenschaftlicher Debatten, vgl. Bude 2008) werden mit den Resten des Überflusses versorgt und diese Reste so auf »moralisch legitime« Weise entsorgt. Deshalb liegt im Protestsinn der Tafelpraxis von vornherein begründet, ihre Arbeit zu verändern, statt sich zu etablieren. Hierher gehört die immer wieder, selbst vom Vorsitzenden des Bundesverbands erhobene Forderung, dass die Tafeln sich selbst überflüssig machen sollten. Bis dahin müssten sie zu Arbeitsformen finden, die sowohl einen *achtungsvolleren Umgang mit Ressourcen* ermöglichen als auch *Armut und Ausgrenzung tatsächlich vermindern*. *Das sind die Zwecke, an denen die Wahl der Mittel, also der Tafeltätigkeiten, zu bemessen wäre.*

In der Tafel-Praxis spielt insbesondere die Frage nach einem anderen Umgang mit Überfluss meist nur eine untergeordnete Rolle. Als zum Tafel-Bundestreffen 2009 in Göttingen eine Tafelaktive aufstand und sagte, entscheidend für Tafelarbeit sei nicht die Unterstützung Bedürftiger, sondern ihre Ausgangsintention sei gewesen, etwas gegen den achtlosen Umgang mit Lebensmitteln zu unternehmen, stieß sie damit auf wenig Zustimmung. Dabei könnten es gerade die Tafeln sein, die auf Zusammenhänge von Überfluss und Ausgrenzung, Ressourcenverschwendung und Armut aufmerksam machen. Bislang ist es

aber bei den Tafeln eher so, dass der Warenüberfluss als noch ungenutzte Ressource verstanden wird. Die innovative Idee der Tafeln besteht dann einfach darin, eine neue Quelle erschlossen zu haben, die vielerorts reichlich sprudelt. Es geht um »qualitativ einwandfreie Nahrungsmittel, die im Wirtschaftsprozess nicht mehr verwendet werden können« (Tafelgrundsätze, Präambel). Ausdrücklich soll also an der Erzeugung und Verteilung des Überflusses nichts geändert, sondern nur deren Überreste sollen genutzt werden. Wo die Nutzung der Überschüsse so thematisiert wird, wird sie bereits als Lösung verstanden, als sinnvolle Möglichkeit des Umgangs mit Überschüssen. Exemplarisch dafür kann die Homepage der *Wiener Tafel* unter dem Punkt *Hintergründe* zitiert werden:

»Brücke zwischen Überfluss und Mangel:

Zwei Phänomene fallen auf: Überfluß und Vernichtung von Lebensmitteln auf der einen Seite – leere Mägen auf der anderen. Die Wiener Tafel bietet für diesen Widerspruch eine einfache Lösung:

Umverteilung zum Vorteil aller:

Die Wiener Tafel setzt sich für einen sinnvollen Umgang mit Ressourcen ein. Durch unser Engagement ersparen wir der Wirtschaft Kosten, schonen die Umwelt, unterstützen karitative Einrichtungen und bekämpfen effektiv Armut.

Als unabhängige Non-Profit-Organisation (NPO) sorgen wir für sozialen Ausgleich. Wir übermitteln Überschussware an sozial Benachteiligte – effizient, transparent und flexibel. Helfen Sie mit und unterstützen Sie unser Engagement gegen Armut, Ausgrenzung und Wegwerfmentalität!«

(<http://www.wienertafel.at/index.php?id=136>, Zugriff 19.12.2009)

Die Tafeln stehen hier nicht mehr für gesellschaftliche Probleme, sondern für deren Lösung. Überschüsse sollen nicht reduziert, sondern als Ressource genutzt werden. Die eine Seite (Armut und Ausgrenzung) wird aber ohne die andere (neuer Umgang mit Überfluss) nicht befriedigend zu bearbeiten sein (vgl. Lorenz 2009b). Eine gerechtere Teilhabe am Wohlstand wird kaum möglich sein, wenn sich der gesellschaftliche Wettbewerb dem höchsten Ziel verpflichtet, möglichst mehr, möglichst schneller und in möglichst jeder Hinsicht uneingeschränkt konsumieren zu können – koste es, was und wen es wolle. Die zitierte Formel einer »Brücke zwischen Überfluss und

Mangel«, bei den Tafeln häufiger anzutreffen, erweist sich bei genauerer Betrachtung als aufschlussreicher Hinweis. Das Bild der Brücke wird in Alltag oder Politik üblicherweise verwandt, um eine Verbindung zu symbolisieren, die einen wechselseitigen Austausch, eine gegenseitige Anerkennung und Begegnungen auf Augenhöhe ermöglicht. Bei einer »*Brücke zwischen Überfluss und Mangel*« fragt sich freilich, wie dabei ein gleichberechtigter Austausch möglich sein soll? Was hat der Mangel dem Überfluss zu bieten? Welchen Einfluss soll er aus Sicht der Tafeln auf den Überfluss nehmen? Erst recht, wenn man diesen Mangel zu »*leere Mägen*« dramatisiert? Wo nur »*Überschussware übermittelt*« werden soll, ist das offensichtlich gar nicht vorgesehen. Das Bauen einer Brücke bedeutet dann, eine einseitige Transportrichtung festzulegen. Kurz, es geht um dauerhafte Subventionierung des Mangels aus Überschüssen, um Abhängigkeit und nicht um Austausch. Die Seite des Überflusses darf Überschüsse erzeugen wie bisher, denn sie dienen ja dem guten Zweck, nämlich dem Füllen »*leerer Mägen*« (vgl. dazu meinen »Kunden«-Beitrag in diesem Band).

Die mit den Überschüssen angesprochene ökosoziale Dimension ist bei den Tafeln deutlich unterrepräsentiert. Solange nur die Tätigkeiten des Sammelns und Verteilens im Blick sind muss es auch schwierig erscheinen, Produktions- und Konsumkritik zu äußern. Schließlich ist ja das Sammelvolumen umso größer, je mehr produziert, konsumiert (*aus-gewählt*) und weggeworfen wird. Soll man sich wirklich um die eigenen Ressourcen bringen? Erfahrungen damit, wie Sammeln und Kritik zusammen gehen können, sind im Bereich der Kleidersammlung bereits gemacht worden. Offensichtlich bedurfte es dazu größerer Skandale, die die tatsächliche Hilfe der gesammelten Kleidung infrage stellten und zum Teil gegenteilige Effekte in das Licht der Öffentlichkeit rückten. So gründete sich Mitte der 1990er Jahre eine Initiative, die Kriterien dafür entwickelte und überprüft, wie und wo Kleidersammlung sinnvoll und hilfreich sein kann und wo nicht (vgl. www.fairwertung.de). Dabei ist es u.a. möglich, dass die Bezeichnung »Spende« kritisiert wird, weil sie moralische Leistungen assoziiert (unmittelbare Hilfe für Bedürftige), die im Bereich der Kleidersammlung kaum *in dieser assoziierten Form* anzutreffen sind. Man spricht sich damit nicht gegen sinnvolle Aspekte von Kleidersammlungen aus.

Aber dagegen, dass KonsumentInnen umso ungehemmter konsumieren, je mehr sie glauben (oder von Sammlern im Glauben unterstützt werden), dass sie die alten Sachen für einen guten Zweck geben, nämlich die Unterstützung Bedürftiger. Auch Konsumkritik ist also möglich, zusammen mit der Aufforderung an die KonsumentInnen, lieber weniger und höherwertiger zu konsumieren, was letztlich allen zugute komme. Demgegenüber sind die Tafeln, jenseits von Einzelstimmen, noch weit davon entfernt, ihre »Quellen« zu hinterfragen und entsprechende Sammelkriterien zu formulieren.

Auch bei den Tafeln ist es unnötig, mit zweifelhaften Botschaften für die eigene Arbeit zu mobilisieren (z.B.: »Nicht alle Menschen haben ihr täglich Brot«, www.tafel.de). Als würde es darum gehen, Menschen vor dem sicheren Hungertod zu bewahren. Es gibt Menschen, die tatsächlich hungrig zur Tafel kommen, z.B. Kinder ohne Schulbrot. In der Regel geht es aber darum – und das ist Problem genug –, den Tafel-NutzerInnen einen sehr bescheidenen finanziellen Spielraum zu ermöglichen, indem man sie bei den Lebensmittelkosten entlastet.

Darüber hinaus können und leisten die Tafeln mehr. Sie bzw. ihre Ausgabestellen können im gelungenen Fall tatsächlich freundliche Orte der Solidarität sein – was aber den Mangel an sozialen Rechten nicht ersetzen kann. Interessant dabei ist, dass Kritik an den Tafeln gerne mit Tafel-Leistungen widersprochen wird, die gerade nicht zu ihren Kerntätigkeiten des Sammelns und Verteilens gehören. Auch Hermann Gröhe (www.chrismon.de/4012.php; 25.4.2009) stützt sich in seinem Widerspruch zu Thesen Stefan Selkes (2008) letztlich auf »menschliche Zuwendung«, »Beratungsgespräche« und z.B. »Koch-tipps«, um die wertvolle Arbeit der Tafeln zu untermauern. Und tatsächlich haben beispielsweise Kochkurse ein Potenzial, ganz im Sinne von »Hilfe zur Selbsthilfe«, eigene Fähigkeiten zu stärken und so zur Verringerung von Ausgrenzung beizutragen. Wenn sie noch dazu führen, dass etwa Kinder und Jugendliche mit Möglichkeiten des Essens jenseits bloß industriell vorgefertigter Lebensmittel vertraut werden, könnten sie auch zu einem anderen Umgang mit Überfluss beitragen.

Schluss

Die Überlegungen machten deutlich, dass die Tafeln ihrem Sinn nach darauf angelegt sind, ihre eigene Tätigkeit des Sammelns und Verteilens zu verändern. Aber mit Veränderung allein ist noch nichts erreicht, sofern diese Änderungen nur darauf zielen, die Mittel ständig auszuweiten und das eigene Fortbestehen auf Dauer zu stellen. Neue Mittel im Tätigkeitsspektrum der Tafeln sind notwendig, müssen sich aber an den Zwecken rechtfertigen lassen. Und diese Zwecke sind letztlich, so die Argumentation hier, die Verringerung von Armut und Ausgrenzung einerseits, ein achtungsvoller Umgang mit Ressourcen andererseits. Dafür überzeugende und realisierbare Kriterien zu entwickeln, wäre eine wichtige Aufgabe der weiteren Tafelarbeit.

Das erfordert zudem einen Blick über die Tafelarbeit selbst hinaus. Mit der Vermeidung klarer Zielsetzungen hängt ein weiterer wesentlicher Punkt zusammen. Die verfügbaren Stellungnahmen der Tafeln zu ihrer Arbeit kommen in der Regel über eine Feststellung von Armuts- oder Mangelproblemen nicht hinaus. Sie äußern sich aber nicht dazu, wie diese Probleme entstehen und wer möglicherweise dafür verantwortlich zu machen ist (vgl. Lorenz 2009b: 78ff.). Eine solche unpolitische Haltung tut niemandem weh und verschließt folglich auch keine Türen bei der Suche nach Sponsoren und politischer oder medialer Unterstützung. In der Sache führt es aber nicht weiter. Schon bei einfachen technischen Problemen wird man einsehen, dass die Frage nach den Ursachen notwendig ist. Wenn das Licht ausgeht und wieder leuchten soll (Zielsetzung), macht es eben einen Unterschied, ob der Strom ausgefallen, die Glühlampe kaputt oder der Schalter defekt ist. Nur Kerzen aufzustellen bringt die Lampe nicht wieder zum brennen, obwohl Kerzen bis zur Problembeseitigung durchaus hilfreich sein können.

Klare Zielsetzungen benötigen also auch eine Problemdiagnose – und damit wird sich eine politische Positionierung nicht vermeiden lassen, die, wie bei anderen NGOs, keineswegs mit einer vordergründig parteipolitischen zu verwechseln ist. Diesen Mut müssten die Tafeln aufbringen, wenn sie ernsthaft an der Bearbeitung von Problemen interessiert sind.

Die politische Selbstverständigung ist dabei nicht nur Aufgabe der Tafeln allein. Wie die Tafeln klären müssten, zu welchen gesellschaftlichen Veränderungen sie beitragen wollen, so ist letztlich politisch zu klären, welche Tafeln bzw. welchen Umgang mit Überfluss und Ausgrenzung die Gesellschaft will.

Literatur

- Bude, Heinz (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, Bonn.
- Lorenz, Stephan (2009a): Nachhaltige Wohlstandsgewinne? Der Boom der Tafel-Deutungen. In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 22 (3), S. 116-123.
- Lorenz, Stephan (2009b): »Die Tafeln zwischen Konsumismus und ›Überflüssigkeit‹. Zur Perspektive einer Soziologie des Überflusses«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 65-84.
- Selke, Stefan (2008): Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird, Münster.

Dürfen Tafel-Engagierte kritisiert werden? Legitimation einer systemkritischen Position

STEFAN SELKE

Kritik an Tafeln als »Culture Jamming«

Um es kurz zu machen: Die Antwort auf die Frage, ob Tafel-Engagierte kritisiert werden dürfen, lautet: Ja, sie können und sie müssen kritisiert werden. Der Rest ist Kommentar. Kein leichter allerdings, wenn man Prokop (2007) folgt, der Kritik als ein fast unmögliches »Kunststück« beschreibt. Zum Glück bietet die Soziologie die richtige »Plattform« für dieses Kunststück. SoziologInnen sind von Berufs wegen »Störenfriede der Gesellschaft« (Bourdieu 1998). Das scheinbar Selbstverständliche zu hinterfragen ist für die einen Auftrag, für andere Anstoß. Die detaillierte Beschreibung der Wirklichkeit wird von vielen ZeitgenossInnen schon als Anklage verstanden, auch wenn sich darin lediglich der Appell verbirgt, die Folgen des eigenen Handelns immer wieder neu zu überdenken.

Die Idee zur Gründung der Tafeln und die Idee zur Beforschung der Tafeln speisen sich letztlich aus ähnlichen Impulsen: Einer Wut über das »Elend der Welt« (Bourdieu et al. 1998), nun auch in Deutschland, sowie der eher diffusen Angst davor, dass »die Menschheit, anstatt in einen wahren menschlichen

Zustand einzutreten, in eine neue Art von Barbarei versinkt«, wie es schon die prominenten Vertreter der Kritischen Theorie Horkheimer und Adorno (2008: 1) postulierten. Die Tafeln gründeten sich, weil engagierte Menschen die Zunahme an Ungleichheit nicht akzeptierten. Meine forschende Begleitung der Tafeln basiert auf der Wut, dass sich hinter der Fassade eines gut funktionierenden Unterstützungssystems das strukturelle Armutproblem einer reichen Gesellschaft verstecken lässt.

Folgt man Lasn (2008), der die Fassade der Konsumindustrie anprangert, dann ist Wut das einzig ehrliche Gefühl. Kritik im Sinne der von Lasn begründeten kritischen Bewegung ist vor allem ein Mittel des Widerstands gegen Gleichgültigkeit. Lasn nennt diese Form der Kritik »Culture Jamming« – die Zerstörung der liebgewonnen Ansichten und den Versuch der Umcodierung von »Marken« der Konsumgüterindustrie, wodurch es zur sozialen Entmarkierung des Konsumgedankens im öffentlichen Raum kommt. Das Ziel besteht in einer Kritik an den Inszenierungen und Meinungsbildern oder noch grundsätzlicher in einer Kritik an der Manipulierbarkeit der Öffentlichkeit durch den Zeitgeist, der sich als handlungsleitender Code in das Verhalten der Menschen eingeschrieben hat.

Auch Tafeln sind kulturelle Phänomene, die sich auf scheinbar selbstverständliche Codes berufen, hinter einer Marke verstecken¹ und über (mediale) Inszenierungen legitimieren. Soziologische Begleitforschung zu Tafeln kann daher als eine Form des Culture Jammings verstanden werden, die sich an Tafeln im Spannungsverhältnis zwischen Lob und Ablehnung arbeitet. Passend zu den bereits veröffentlichten kritischen Thesen zu Tafeln (Selke 2008, 2009a), wird in diesem Beitrag danach gefragt, wie es im Sinne eines Culture Jammings zu einer Entmarkierung des sozialen und des politischen Raumes kommen kann, in dessen Folge es zumindest die Chance einer neutralen Bewertung von Tafeln gibt.

Ziel dieses Beitrages ist es, die bereits vorgebrachte Kritik am System der Tafeln sowie die notwendige Forschung über Tafeln zu legitimieren. Nach einer kurzen Darlegung des Entstehungskontextes gesellschaftskritischer Thesen über Tafeln

1 Vgl. dazu Kleinhubert (2009), der den Kampf um die »Wertvolle Premiummarke« Tafel beschreibt.

werden die Rahmenbedingungen einer Kritik an den »Tafel-Engagierten« definiert. Einer knappen Zusammenfassung zentraler Dimensionen dieser Kritik folgt abschließend eine Aufforderung zu einer gemeinsamen »praktischen Kritik« von ForscherInnen und Tafel-Engagierten.

Gesellschaftskritische Sichtweisen auf Tafeln

Tafeln sind – trotz oder wegen der Vielzahl möglicher Meinungsbilder – ein ambivalentes Phänomen. Das simple Prinzip der Tafelarbeit sowie die Debatte über bürgerschaftliches Engagement führte in den Medien bis vor kurzem zu einer einseitig positiven Berichterstattung. Tatsächlich aber ließ der enorme Anstieg der Nachfrage nach den Lebensmitteln der Tafeln bei kritischen ZeitgenossInnen den Verdacht aufkommen, dass die Schlangen vor den Ausgabestellen Ausdruck sozialpolitischer Versäumnisse sind und das Engagement der TafelhelferInnen die sozialen Einschnitte lediglich abfedert, ohne die steigende Armut nachhaltig zu bekämpfen.

In jüngster Zeit wurden Tafeln – begleitet auch von einem deutlichen Umbruch in der Art der Medienberichterstattung – eher unter gesellschaftskritischen Aspekten diskutiert. Die breit rezipierte Sozialreportage »Fast ganz unten« (Selke 2008) zeigte erstmals die vielfältigen Paradoxien des Tafelsystems auf. Die gesellschaftliche Bedeutung der Tafeln wurde hierbei erstmals *systemkritisch* hinterfragt. Das war nicht selbstverständlich: Vom begeisterten Beobachter wandelte ich mich binnen eines Jahres Feldforschung in einen Skeptiker und schließlich einen Kritiker. Da ich meine Kritik immer wieder erneuerte – und diese auch häufig nachgefragt wurde – taucht verständlicherweise auch die Frage nach der Legitimation dieser Kritik auf.

Die von mir selbst vertretende Kritik an Tafeln bedarf dabei einer nivellierenden Rahmung: Weder bin ich an einer Abschaffung der Tafeln interessiert, noch kritisiere ich konkrete Personen oder Tafeln. Meine Kritik ist System- bzw. Ideologiekritik. Zu unterscheiden sind hierbei *erstens* die Tafeln vor Ort: Hier leisten Menschen pragmatisch und engagiert Soforthilfe. *Zweitens* das »System« der Tafeln in Deutschland: Das fast flächendeckende Netzwerk von Ausgabestellen hat das Potenzial auch

(sozialpolitisch) zweckentfremdet zu werden. Und *drittens* die Interessensvertretungen der Tafeln: Hier geht es um machtpolitische Abgrenzungen innerhalb der Wohlfahrtsverbände.

Rahmenbedingungen der Kritik an Tafeln

»Kritik« bedeutet vom griechischen Wortstamm her: »scheiden«, »trennen«, »urteilen«, »anklagen« oder »streiten« (Röttgers 1982: 651). Kritik an Tafeln muss also zunächst unterschiedliche Perspektiven auf Tafeln unterscheiden und fragen, welche Konfliktpotenziale durch relevante Akteure repräsentiert werden. Sodann muss Kritik an Tafeln dafür sorgen, dass sich diese Akteure von liebgewonnenen Sichtweisen, Normalitätsfiktionen und Selbstverständlichkeitsunterstellungen trennen, die für sie handlungsleitend geworden sind. Letztlich müssen auch die medialen Zerrbilder über Tafeln dekonstruiert werden.

Diese Form der Kritik intendiert, die verschiedenen Akteure zu einem »geregelten Streit« über Alternativen zu motivieren. Die beste Form von Wissenschaft ist nach Baecker (2007: 101) gerade nicht die Feststellung überprüfbareren Wissens, sondern eine gemeinsam vorgenommene »kontrollierte Form der Ungewissheitssteigerung«. Erst dann können Missstände aufgezeigt und die Frage nach den sich stetig ändernden Existenzbedingungen von Tafeln beantwortet werden. Diese Form der Kritik würdigt die Tatsache, dass es sich bei den mit Tafeln verbundenen Entwicklungen um prozessuale Aspekte des sozialen Wandels handelt.

Es geht indes gerade nicht um Kritik »top-down«, der sich (im Sinne von Immanuel Kant) »alles unterwerfen muss« (Röttgers 1982: 651), sondern eine Kritik mit der Funktion der Aufklärung und der Implementierung eines möglichst breiten öffentlichen Diskurses. Soll diese Kritik wirksam sein, darf sie nicht in Polemik, Herabwürdigung (von Personen) oder in Verweigerung der Tafeln abgleiten. Destruktive oder gar abolitionistische Kritik, die auf ein Verbot der Tafeln abzielt, ist fehl am Platz.

Dieser Ansatz lässt sich gut mit dem Kritikbegriff von Foucault (1982) vereinbaren, dem es im Kern um die Kritik *instituti-*

onalisierter Bewertungssysteme geht. Die Aufgabe dieser Kritik besteht darin, das *System der Bewertungen* (z.B. Wissensformen, Diskurse, Praktiken) über einen Gegenstandsbereich selbst herauszuarbeiten und zielt damit darauf ab, die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung zu rekonstruieren und daraus epistemologische Gewissheit abzuleiten. Für Tafeln bedeutet dies, dass eine soziologisch motivierte Kritik nichts anderes darstellt, als verkleidetes Interesse an den sich widersprechenden gesellschaftlichen Interessenlagen und die Frage nach der Vernünftigkeit bzw. Unvernünftigkeit des Ganzen (vgl. Prokop 2007: 52ff.).

Das Ziel dieser Kritik besteht darin, eine gesellschaftliche Praxis zu verstehen, indem die richtigen Fragen an diese Praxis gestellt werden. Kritik ist also nicht auf Urteile zu reduzieren, sondern besteht im Bemühen, den Dingen auf den Grund zu gehen. Seit Adorno (1998) wissen wir, dass urteilende Verfahren die Kritik von der sozialen Welt trennen. Kritik muss aber vielmehr *Teil* der sozialen Praxis sein. Urteile arbeiten sich am bereits Feststehenden ab, während Kritik davon ausgeht, dass noch nichts endgültig fixiert ist. Diese Form der Kritik nimmt die kontingente Zukunft in den Blick und stellt die Bedingungen der Konstruktion des scheinbar Feststehenden immer wieder in Frage.

Dimensionen einer Kritik am Tafelsystem

Stark vereinfacht können nun zwei Ebenen dieser Kritik unterschieden werden: 1. Das Zusammenspiel aus Mediensystem und Öffentlichkeit. Hier entstehen die Bewertungssysteme, die innerhalb und außerhalb des Tafelsystems wahrnehmungsleitend sind. 2. Die Tafel-Engagierten im engeren Sinne, die sich kaum von ihrem täglichen Handlungsdruck distanzieren (können) und in einem Modus des »immer weiter« und »immer mehr« verharren. Im Folgenden werden die beiden Kritikdimensionen »Wissensformen« und »Praktiken« genannt und kurz vorgestellt.

Kritik an den Wissensformen: Der Rationalitätsmythos der Tafeln

Tafeln müssen kritisiert werden, weil sie Ausdruck eines institutionalisierten Rationalitätsmythos geworden sind. Das System der Tafeln weist eine erstaunliche Homologie zu einem anderen bekannten Phänomen auf, das unter dem Schlagwort Web 2.0 bekannt wurde. Auch hier geht es primär um Mythen, Symbole und Erwartungen, weniger um Fakten (Maaß/Pietsch 2007). Während das Web 2.0 im Wesentlichen eine soziale Konstruktion und weniger eine technische Innovation darstellt, kann der Erfolg der Tafeln primär als Ergebnis sozialer Erwünschtheit und Ausdruck einer zeitgemäßen Chiffre des Sozialen klassifiziert werden.

Folgt man dem neoinstitutionalistischen Ansatz (DiMaggio/Powell 1991), dann kann die Tafelbewegung als Realität gewordenes Set institutioneller Regeln über Hilfebedarfe und Hilfsangebote verstanden werden. Hierbei geht es sowohl um pragmatische als auch um symbolische Aspekte. Pragmatische Aspekte werden vor allem innerhalb der Tafelbewegung selbst diskutiert: Logistik, Lagerhaltung und Leitbilder. Symbolische Aspekte beziehen sich hingegen auf die gesellschaftlich vorrätigen Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster der Praxis der Tafeln. Aus der soziologischen Perspektive sind gerade diese symbolischen Kontexte von Interesse. Diese Muster sind – im Sinne des Kritikbegriffs von Foucault – Gegenstand externer Kritik. Kritik richtet sich auf die Rationalitätsmythen, die zwischenzeitlich auf der Ebene der Praxis unhinterfragt zur Legitimationsgrundlage des eigenen Handelns genutzt werden und sich in irreversible Strukturen der Tafelbewegung eingeschrieben haben.

Von Rationalitätsmythen kann man nach Maaß/Pietsch (2007: 9f.) dann sprechen, wenn es einen regelhaften Zusammenhang zwischen sozial konstruierten Zielen und darauf ausgerichteten Mitteln gibt. Im Fall der Tafeln besteht das Ziel im Postulat der Verbindung einer ökologischen und einer sozialen Idee, d.h. der Umverteilung überflüssiger Lebensmittel an Bedürftige. Als Mittel wurde das meist auf ehrenamtliches Engagement basierende Freiwilligensystem der Tafeln etabliert, das seine Legitimität primär aus dem Wegwerftabu für Lebensmit-

tel und der zeitgeistkonformen Idee privat organisierter Wohlfahrt bezieht.

Über die dauerhaft kommunizierte Referenz auf diese Rationalitätsmythen sichert sich die Tafelbewegung nicht nur ihre (sozialpolitisch problematische) Existenz und Legitimität, sondern garantiert auch einen bislang stetigen Ressourcenzufluss an Spenden. Die öffentliche Diskussion über Tafeln ist latent von den sozialen Erwartungen auf der Basis dieser Rationalitätsmythen geprägt. Durch den hypnotisch redundanten Bezug auf ein weithin akzeptiertes Normensystem² können die Tafel-Engagierten die Einlösung einer »moralischen Verpflichtung« für sich reklamieren.³ Diese »Legitimationsfassade« gilt es zu kritisieren, weil das tatsächliche Geschehen in der Welt der Tafeln sich bereits in vielen Punkten von bisherigen Leitprämissen abgekoppelt hat (Selke 2010), eine Entkopplung von Formal- und Aktivitätsstrukturen, die typisch für eine zur Institution erstarrte soziale Bewegung ist.

Insgesamt sind sich die Tafel-Engagierten ihrer Sache meist so sicher, dass Kritik an Tafeln unerwünscht ist, da sich die Selbstkonzepte der freiwilligen HelferInnen dadurch einer (als unnötig empfundenen) Belastungsprobe ausgesetzt sehen (Selke 2009b). Dies geht soweit, dass in der Tafelwelt unhinterfragte Postulate über Ziel-Mittel-Zusammenhänge zirkulieren, die weder einer ideologischen noch einer empirischen Prüfung unterliegen bzw. Stand halten würden. Mehr noch: Aufgrund des generalisierbaren Charakters dieser Rationalitätsmythen werden alle Formen von Relativierungen, insbesondere das Sprechen über Alternativen, weitgehend ausgeschlossen. Die Evaluation des Tafelsystems beschränkt sich auf weitgehend *quantitative* Kontexte (z.B. die Auflistung von Logistikleistungen, MitarbeiterInnenzahlen etc.) und immunisiert sich gegen Interpretationsspielräume aufgrund fundierter (*qualitativer*) empirischer Fakten.

2 Vgl. dazu auch die Typologisierung der TafelhelferInnen als »aufgeklärte Engagierte«, die »normbefolgend Gutes tun« (von Norman 2009: 100).

3 Dies zeigt sich auch im explizit verwendeten Vokabular der Tafelbewegung und der Berausung an Wort-Euphemismen wie »Ehrenamt«, »Helden des Alltags« oder »Ritter der Tafelrunde« (vgl. dazu auch Lorenz 2009: 75ff.).

Der sozial konstruierte Rationalitätsmythos wurde treffend von der Schirmherrin des Bundesverbandes »Deutsche Tafel e.V.« zusammengefasst: »Tafeln sind ein Erfolgsmodell«.4 Dieser Rationalitätsmythos ermöglicht diskursive Anschlussfähigkeit sowohl für die MitarbeiterInnen, aber auch für viele MedienvertreterInnen und die Öffentlichkeit. Insgesamt lässt sich hier von einer uninformierten Überbewertung der Tafeln sprechen – ein Zustand, der schon allein deshalb kritisiert werden muss, um seinerseits Legitimation für empirische Forschung zu erreichen. Diese muss dann darauf abzielen, den tatsächlichen Gebrauchswert der Tafeln aus der Perspektive der TafelnutzerInnen zu erheben und nicht einfach sozial erwünschte Gebrauchswerte zu postulieren.

Die Medien erweisen sich in diesem Kontext wahrlich als »hygienischer Fabrikraum« (Horkheimer/Adorno 2008: 5) in dem sich im Modus des »gestriegelten Amusements« die Furcht vor der sozialen Wirklichkeit in oberflächlich recherchierten Bildepidemien verflüchtigt. Die Medien als mittelbare Tafel-Engagierte haben mit ihrer Sprache der Anpreisung der Tafeln und der systemimmanenten Theatralität der Berichterstattung letztlich die Zirkulation der Rationalitätsmythen über Tafeln zu verantworten.

Kritik an der Praxis: Tafeln als Stätten der regulierten sozialen Temperatur

In ihrer »Dialektik der Aufklärung« zeigen Horkheimer und Adorno (2008: 147) für das Kino als Symbol der Kultur- bzw. Bewusstseinsindustrie auf, dass es gesellschaftliche Orte gibt, an denen diejenigen, für die es sonst keine Verwendung gibt, zumindest mit ästhetischem Konsum ruhig gestellt werden: »Die Beschäftigungslosen [...] finden Kühle im Sommer, Wärme im Winter an den Stätten der regulierten Temperatur.« Geht man von der Raumtemperatur zum »sozialen Klima« über, dann wird die Analogie zwischen Kino und Tafeln offenkun-

4 Das Statement ist die (verkürzte) Antwort von Ursula von der Leyen, auf eine »Kleine Anfrage« an den Deutschen Bundestag vom 11. Januar 2008, in der nach der gesellschaftlichen Bedeutung der Tafeln gefragt wurde (Bundestag Drucksache 16/7807).

dig: Tafeln sichern den alimentären Konsum (Pfeiffer 2009), ohne dabei aber eine *nachhaltige* und *selbstbefähigte* Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen. Dies ist der Kern der System- und Ideologiekritik an Tafeln.

Tafeln sind lediglich lokale Reparaturnetzwerke für ökonomische und soziale Desintegrationsprozesse (Molling 2009), geben aber keine Impulse für gesellschaftliche Veränderungen. Die ehemals soziale Bewegung ist in einer marktförmigen ökonomischen Bewegung erstarrt, die den Markt der Barmherzigkeit sowie der bürgerlichen Hilfsbereitschaft bedient. In diesem Markt der »Hilfeindustrie« geht es um immer mehr Eigeninteressen der Tafelbetreibenden und -träger, um knappe Ressourcen (Aufmerksamkeit, Spenden etc.) sowie um Monopole am Begriff der »Tafel«.

Die Art der Hilfe bei Tafeln besteht primär in »versorgender« Hilfe und nicht in »befähigender« Hilfe. Was Tafeln anbieten können, ist zwar erfolgreiche Armutsbewältigung. Was nach wie vor fehlt, ist ein essentieller Beitrag zur Armutsbekämpfung. Auch hier lohnt eine Anleihe bei der Kritischen Theorie, denn zwischen ästhetischem und ökonomischem Konsum besteht ein fataler Zusammenhang. Horkheimer/Adorno (2008: 147; Hervorhebung d. V.) behaupten, dass sich Kulturindustrie und Hilfeindustrie so zueinander verhalten, dass in dem ersten System alle Möglichkeiten der Befriedigung (latenter) Bedürfnisse ausgeschöpft werden, während im zweiten System (manifeste) Bedürfnisse höchstens symbolisch befriedigt werden: »Der Gedanke des ›Ausschöpfens‹ gegebener technischer Möglichkeiten, der *Vollausnutzung* von Kapazitäten für ästhetischen Massenkonsum gehört dem ökonomischen System an, das die Ausnutzung der Kapazitäten verweigert, wo es um die *Abschaffung des Hungers* geht.« Für das Vergnügen wird also alles getan, für die Voraussetzung des Vergnügens, eine menschenwürdige Existenzsicherung, noch lange nicht genug.

Tafeln sind daher Symptom eines »New Public Managements« ohne Garantien. Hierbei verschieben sich gerade durch das Engagement der TafelhelferInnen die Grenzen zwischen sozialstaatlicher Absicherung und einem privaten Almosenwesen. Der oft strapazierte Mythos einer Win-Win-Situation zwischen Spendenden und Empfangenden der Spenden basiert letztlich auf einer eindimensionalen Bilanzierung ohne Berück-

sichtigung versteckter (emotionaler, psychischer) Kosten. Die Tafel-Engagierten machen sich (langfristig) durch die Unterstellung einer alternativlosen Selbstverständlichkeit mitverantwortlich an der Neuordnung des Sozialstaates und dessen Min-Max-Methode. Dies ist deshalb kritisch, weil dem Sozialstaatsgedanken die Überzeugung *und* Garantie zugrunde liegt, dass jedem/r BürgerIn die existenzsichernde Teilhabe an materiellen und geistigen Gütern ermöglicht wird und eine angemessene Mindestsicherheit zur Führung eines selbstbestimmten Lebens in Würde und Selbstachtung gewährleistet wird.⁵ Beides kann von den Tafeln *nicht* garantiert werden.

Letztlich etablieren Tafeln beschirmherrschafte Schein- oder Parallelwelten, in denen sich nach dem Wunsch (neo-)liberaler PolitikerInnen leistungsunwillige oder -unfähige Menschen selbst verorten dürfen oder sogar sollen. Sie werden damit auf den Modus der Passivität reduziert. Dies stellt dann das genaue Gegenteil von »aktiver Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben« dar. Die Analogie zum immersiven und eskapistischen Medium Kino macht deutlich, welche Gefahr von diesen Scheinwelten ausgeht: Vergnügen, so schreiben Horkheimer/Adorno (2008: 153), ist nicht »Flucht vor der schlechten Realität, sondern vor dem letzten Gedanken an Widerstand«. Somit legitimiert sich Kritik an den engagierten Tafelmenschen darin, dass sie paradoxerweise gerade durch ihr Engagement den notwendigen Widerstand verhindern, der zu einer Abschaffung derjenigen gesellschaftlichen Verhältnisse führen könnte, die Tafeln erst notwendig mach(t)en.

Praktische Kritik auf der Basis »verdauter Theorie«

Kritik an Tafeln hat, wie dargelegt, den gesellschaftlichen Wert der Tafeln in einem diskursiven Prozess zu prüfen. Trotz der vielen Unterschiede zwischen den Tafeltypen überwiegen je-

5 Vgl. dazu das Urteil der Richter des 1. Senats des Bundesverfassungsgerichts bei der Urteilsverkündung über die Verfassungswidrigkeit des Feststellungsverfahrens zu den Hartz-IV-Regelsätzen am 9. Februar 2010 in Karlsruhe.

doch die Gemeinsamkeiten. Deshalb ist es angemessen von Tafeln als einer »Signatur« der Gegenwartsgesellschaft zu sprechen, weil sich die mit Tafeln verbundenen Teilphänomene letztlich zu einer übergreifenden Zeitdiagnose verbinden lassen. Wir alle sind ZeugInnen, wie sich gegenwärtig unsere kollektive Idee sozialer Gerechtigkeit, unser latentes Menschenbild sowie unsere gesellschaftlich vorrätigen, solidarischen Praktiken wandeln. Vor diesem Hintergrund sind Tafeln der ewig unfertige Prototyp einer neuen dystopischen Gesellschaftsform. Die Rekonstruktion dieses Wandels ist Kritik am System der Bewertung der Tafeln und zugleich Kritik am kulturellen Selbstverständnis der Gegenwartsgesellschaft.

Abschließen möchte ich daher mit der Aufforderung, über die unmittelbaren und mittelbaren Folgen der Tafelbewegung nachzudenken. Dieser Appell richtet sich gleichermaßen an die Tafel-Engagierten wie auch an die VertreterInnen der Disziplinen, die Tafeln gerade als Forschungsfeld entdecken. Tafeln werden noch lange Gegenstand eines chaotischen Kampfes von Meinungen, Werthaltungen und Zeitgeistströmungen sein. Wichtig dabei ist, sich nicht nur in Querschnittsbetrachtungen zu verlieren, sondern Längsschnittanalysen zu wagen. Denn nur im Zeitverlauf wird sich das Ausmaß der Tafelbewegung als Kulturgut erweisen lassen.

Interdisziplinäre Begleitforschung kann dazu eine fundierte empirische und theoretische Basis liefern. ForscherInnen können sich also gemeinsam an einem Projekt beteiligen, dass sich im Sinne des Philosophen Schlegel als »produzierende Kritik« beschreiben ließe (vgl. Röttgers 1982: 666). Diese Kritik enthält einen Doppelaspekt: Einerseits gibt sie einen Anstoß zur Perfektionierung des Ursprungsphänomens (Tafeln), indem der Tafelbewegung das eigene Ideal immer wieder vorgehalten wird. Es würde also schon ausreichen, wenn ForscherInnen und TafelhelferInnen *gemeinsam* überprüften, ob die Prämissen der Tafelbewegung überhaupt noch praktische Relevanz haben.⁶ Gleichzeitig muss sich aber auch die Kritik selbst im

6 Diese Prämissen sind als »Tafel-Grundsätze« auf der Webseite des offiziellen Vertreters der Tafeln, dem Bundesverband »Deutsche Tafel e.V.«, veröffentlicht (<http://www.tafel.de/die-tafeln/tafel-grundsätze>; letzter Zugriff: 20.2.2010)

Dienste dieser Aufgabe perfektionieren. Dazu bedarf es u.a. weiterer Forschungsprojekte, die unabhängig von Interessen der Tafelverbände und -träger gefördert werden.

Daraus kann dann eine »praktische Kritik« erwachsen, die den Zeitgeist demaskiert und diejenigen erreicht, um die es eigentlich geht, Menschen in Armuts- und Risikolagen. Diese Kritik erreicht erst dann eine signifikante Veränderung der gesellschaftlichen Zustände, wenn sie als Sinnbild einer »verdauten Theorie« (Ruge zit. nach Röttgers 1982: 671) eine breite Öffentlichkeit und vor allem die direkt betroffenen Menschen erreicht und deren (politische) Bewertungssysteme verändert.

Diese Form der »begreifenden Kritik« dient der Selbstvergewisserung über die Welt, in der wir leben (wollen).⁷ Es kommt nicht darauf an, die soziale Realität widerspruchsfrei zu beschreiben, sondern die Widersprüche aus der sozialen Realität derart zu entfernen, dass die Notwendigkeit illusionierender Beschreibungsstrategien entfällt. Die Fähigkeit, Kritik auszuhalten oder gar zu fördern, ist konstitutiv für jede Demokratie. Eine Demokratie, die ein Armutsproblem hat, über das nicht kritisch gesprochen und diskutiert werden darf, hat – früher oder später – ein Demokratieproblem. Es darf nicht zu einer politischen Depotenzialisierung von Kritik durch eine vorschnelle Huldigung des Zeitgeistes kommen. Wie schon der Soziologe Hans-Georg Soeffner feststellte: »Wer den Zeitgeist heiratet, ist schnell verwitwet«.

Literatur

- Adorno, Theodor (1998): »Kulturkritik und Gesellschaft«. In: Prismen. Ohne Leitbild, Frankfurt a.M.
- Baecker, Dirk (2007): Studien zur nächsten Gesellschaft, Frankfurt a.M.

7 In sublimierter Form dient der Ansatz einer »begreifenden Kritik« auch der Initiative der »Aktion Mensch«, die seit einigen Jahren fragt: »In welcher Gesellschaft wollen wir leben?«. Zu den Paradoxien dieser Kampagne vgl. Selke (2009b).

- Bourdieu, Pierre et al. (1998): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz.
- Bourdieu, Pierre (1998): »Verstehen«. In: Bourdieu et al., 779-822.
- DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W. (1991): *The New Institutionalism in Organizational Analysis*, Chicago.
- Foucault, Michel (1982): *Was ist Kritik?*, Berlin.
- Horkheimer, Max/Theodor W. Adorno (2008): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt a.M.
- Kleinhubert, Guido (2009): »Wertvolle Premiummarke«. In: *DER SPIEGEL*, 40, 54.
- Lasn, Kalle (2008): *Culture Jamming. Das Manifest der Anti-Werbung*, Freiburg im Breisgau.
- Lorenz, Stephan (2009): »Die Tafeln zwischen Konsumismus und ›Überflüssigkeit‹. Zur Perspektive einer Soziologie des Überflusses«. In: *Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention*, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 65-84.
- Maaß, Christian/Pietsch, Gotthard (2007): *Web 2.0 als Mythos, Symbol und Erwartung. Diskussionsbeitrag Nr. 408 der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Fernuniversität Hagen*.
- Molling, Luise (2009): »Die Tafeln und der bürgergesellschaftliche Diskurs aus gouvernementalistischer Perspektive«. In: *Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention*, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 157-174.
- Pfeiffer, Sabine (2009): *Hunger in der Überflussesgesellschaft. Über die gesellschaftliche (Nicht-)Bewältigung eines als überwunden geglaubten Systems. Vortragstext zur Habilitation an der Fernuniversität Hagen*.
- Prokop, Dieter (2007): *Das fast unmögliche Kunststück der Kritik. Erkenntnistheoretische Probleme beim kritischen Umgang mit der Kulturindustrie*, Marburg.
- Röttgers, Kurt (1982): »Kritik«. In: Brunner, Otto (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*. Stuttgart, 651-675.
- Selke, Stefan (2008): *Fast ganz unten. Wie man in Deutschland durch die Hilfe von Lebensmitteltafeln satt wird*, Münster.

- Selke, Stefan (2009a) (Hg.): Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, Wiesbaden.
- Selke, Stefan (2009b): Es ist angerichtet: Tafeln in Deutschland. Kritik an der Verselbständigung einer Bewegung, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30562/1.html>, 15.4.2010.
- Selke, Stefan (2010): »Tafeln zwischen Mythos und Wirklichkeit. Wie Ernährungsergänzungshilfen unsere Gesellschaft verändern«. In: Forum Sozial, 1, 14-17.
- Von Norman, Konstantin (2009): »Ernährungsarmut und ›Tafelarbeit‹ in Deutschland. Distributionspolitische Hintergründe und non-profitbasierte Lösungsstrategien«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 85-106.

Die Tafeln – und die Zukunft des Sozialstaats

MATTHIAS MÖHRING-HESSE

Die im letzten Jahrzehnt betriebene Sozialpolitik wird man mit guten Gründen kritisieren, dabei jedoch nicht bestreiten können, dass sich der bundesdeutsche Sozialstaat als überaus reformfähig erwiesen hat. Zumal durch die Reformen von der Agenda 2010 wurden die Institutionen der Erwerbslosensicherung und der Arbeitsförderung radikal umgebaut – und damit die Lebensverhältnisse der Erwerbslosen, die auf diese Instrumente angewiesen sind und mit ihnen zu tun haben, drastisch verändert. Wenn man die Veränderungen nicht *nur* als »Sozialabbau« und dann nicht hinreichend begreifen will, wird man auf Stichworte wie »aktivierender Sozialstaat«, »Fordern und Fördern«, Inklusion und Employability sowie Verwaltungsmodernisierung und Gewährleistungverantwortung zurückgreifen müssen. Zwar entstanden die ersten Tafeln in der Bundesrepublik schon in den 1990er Jahren und damit vor den Agenda-Reformen; die Verbreitung der Tafeln über die ganze Republik hinweg, vor allem der rasante Schub seit 2004, sowie die Etablierung der Tafeln in den Städten und Kommunen (»Vertafelung«, vgl. Hartmann 2009) fand jedoch erst in den Zeiten dieser Reformen und danach statt (vgl. dazu Molling in diesem Band: 58). Dabei fügen sich die Tafeln, so lautet zumindest der

Grundtenor vieler der in diesem Sammelband versammelten Beiträge, bestens in das neue Regime des bundesdeutschen Sozialstaats ein: Durch Vernichtung der Arbeitslosenhilfe und die Förderung des Niedriglohnsektors hat dieser die Verarmung zumal der Erwerbslosen aktiv betrieben – und damit den Bedarf für Tafeln geschaffen, in denen Menschen ohne ausreichendes Einkommen ihr Überleben sichern. Die Menschen haben durch die Sozialreformen Rechtsansprüche verloren – und finden nun bei den Tafeln barmherzige Almosen. Freiwillige übernehmen Aufgaben bei der Sicherung des Existenzminimums, denen sich der Sozialstaat dadurch entledigen kann. Indem sie Lebensmittel spenden, die sie ansonsten für teuer Geld entsorgen müssten, übernehmen Unternehmen eine explizite »gesellschaftliche Verantwortung«, nachdem sie zuvor durch den Staat bei Arbeitsschutz und bei den Steuern und damit bei ihrer impliziten gesellschaftlichen Verantwortung entlastet worden sind (vgl. dazu Hiß in diesem Band). So gesehen ist nicht nur die Tafelbewegung erfolgreich, sondern in deren Erfolg zeigt sich auch der Erfolg der neuen Sozialpolitik, wenn man in den Beiträgen dieses Bandes diesen Erfolg auch zumeist negativ bewertet. Die Tafeln erscheinen so als Moment der Zukunft des bundesdeutschen Sozialstaats, die längst schon begonnen hat: Ein Sozialstaat für Arme ohne Rechte, ein Sozialstaat der Mildtätigkeit und Almosen.

Weil zwei gleichzeitige Sachverhalte, liegt es nahe, die Tafeln von den Sozialreformen und den »aktivierenden Sozialstaat« wiederum von den Tafeln her zu verstehen und so letztlich beide als »eins« zu nehmen. Bestätigt mag man sich darin sehen, dass die Tafeln gerade bei denen öffentliche Zustimmung erhalten, die für den »aktivierenden Sozialstaat« in der jüngeren Vergangenheit und in der Gegenwart politisch Verantwortung tragen. Da kann man leicht auf den Gedanken kommen, dass die Tafeln ganz in deren Sinne und so eben ein Moment des von ihnen neu konzipierten Sozialstaats sind.

Doch macht man es sich in Analyse und Kritik des »aktivierenden Sozialstaats« ein wenig zu einfach, wenn man von vornherein die Einheit von Tafeln und »aktivierendem Sozialstaat« unterstellt – und sie dann anschließend kritisch gegen den Sozialstaat hält. Zu einfach deshalb, weil man so weder den Tafeln und dem Sozialstaat, noch möglichen Widersprüchen zwi-

schen beiden auf die Spur kommt. Möglicherweise tut man außerdem dem »aktivierenden Sozialstaat« zu viel der Ehre an, wenn man annimmt, dass er gesellschaftliche Aktivitäten tatsächlich anstoßen und zugleich nach eigenen Zielen steuern kann. Derartige Zweifel werden in diesem Beitrag gehegt – ausdrücklich nicht, um sich mit der Gegenwart des bundesdeutschen Sozialstaats und der eingeschlagenen Richtung seines Umbaus anzufreunden. Im Gegenteil: Es geht um einen normativen Ausblick auf einen Sozialstaat, der nur in Revision der geharzten Sozialpolitik zu haben ist. Für diese Zukunft werden die Tafeln ausdrücklich ausgeschlossen. Zur höheren Wahrscheinlichkeit dieser Zukunft wird aber zurückgewiesen, dass die Tafeln integrales Moment der Gegenwart des Sozialstaats sind, um dessen Zukunft es geht. Wenn auch in vielen Städten und Kommunen die Tafeln von ihren Aktivisten, von den Hilfesuchenden und möglicherweise auch von den Professionellen des lokalen Sozialstaats nicht mehr weggedacht werden können, wird in diesem Beitrag die Relevanz der Tafeln für die sozialstaatliche Sicherung und Fürsorge eher gering geschätzt – und deren Zukunft ohne Tafeln vorgestellt.

»Nicht alle Menschen haben ihr täglich Brot«¹

Im »Schwarzen Kanal«, wenn es ihn noch geben würde, würde Karl-Eduard von Schnitzler an düstren, kalten Montagabenden Schlangen von Hilfebedürftigen vor den Ausgabetischen der Tafeln zeigen – und so den Seinen die Armut im kapitalistischen Westen vorführen. Doch auch ohne einen »Schwarzen Kanal« kommen die Tafeln in´s Bild. Gerne werden sie in den Medien für Berichte über Armut und »Hartz IV« vorgeführt (vgl. dazu Kessl/Schoneville in diesem Band: 35ff.). Mit entsprechenden Bildern und O-Tönen werden Armut und »Hartz IV« zugleich – ob mit oder ohne Absicht – skandalisiert: In einem reichen Land, in dem noch gute, aber für normale KonsumentInnen unzumutbare Lebensmittel entsorgt werden müs-

1 Aus der Präambel der »Tafel-Grundsätze«, Beschlusses des Bundesvorstandes Deutsche Tafel e.V. vom 12. Juli 2008, <http://www.tafel.de/die-tafeln/tafel-grundsaeetze>, 29.03.2010.

sen, können zunehmend mehr Menschen und vor allem immer mehr Kinder ihren Hunger und Durst nur dadurch stillen, dass sie diese Lebensmittel als Almosen nehmen. Gerne werden sie vom Lebensmittelhandel »gespendet«, weil er sie sonst unter hohen Kosten vernichten müsse. Lässt sich dieses »Resteessen« der Armen an den Tafeln dieser Republik aus ökologischen Gründen vielleicht goutieren, sozialpolitisch fallen einem wenige bis gar keine *guten* Gründe ein, dieses »Resteessen« positiv zu beurteilen. Dass zunehmend mehr Menschen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes auf Tafeln angewiesen sind, ist ein sozialpolitischer Skandal; oder genauer: es wäre einer, wenn der Sachverhalt so wäre.

Die Tafeln sind deshalb ein Skandalon, weil an ihnen zwei polare Sachverhalte »zusammenkommen«, einerseits der gesellschaftlich verfügbare Reichtum, ausgedrückt in den Resten eines entsprechenden Konsums, der an den Tafeln angeboten wird, andererseits die Armut derer, die zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes auf diese Reste angewiesen sind und deshalb die Tafeln nutzen (vgl. dazu Lorenz, »Neue Aufgaben«-Beitrag in diesem Band: 179). Den bundesdeutschen Sozialstaat »betrifft« dieser Skandalon, insofern er zumindest den zweiten Sachverhalt verhindern soll und es daher in der Bundesrepublik eine solche Armut eigentlich nicht geben, also niemand auf die an Tafeln angebotenen Reste angewiesen sein sollte. Für dieses »Sollen« braucht man dem Sozialstaat keine Ziele von außen auferlegen; es ist ihm verfassungsrechtlich aufgegeben und somit ein ihm »eingebautes« Sollen. Erst jüngst wieder hat das Bundesverfassungsgericht in seinen Leitsätzen zum Urteil über die ALG II-Regelsätze das »Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums« und entsprechend die Aufgabe des Sozialstaats bestätigt, »jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu [sichern], die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind« (BverfG, Urteil vom 09.02.2010: 1). Diesen Verfassungsauftrag kann der Sozialstaat weder ganz noch teilweise an das freiwillige Engagement von TafelmitarbeiterInnen delegieren und dem Zufall überlassen, welche Nahrungsmittel in welchen Mengen und an welchen Orten dieser Republik kurz vor Ablauf ihres Verfallsdatums »gespendet«

werden. JedeR hat daher, zumindest in der Interpretation des Bundesverfassungsgerichtes, ein grundrechtlich verbrieftes Recht, sein »täglich Brot« nicht an Tafeln besorgen zu müssen. Wenn nun aber in dieser Republik dennoch Menschen auf die Tafeln angewiesen wären, um Hunger und Durst zu stillen und über den Monat zu kommen, wenn also das menschenwürdige Existenzminimum nur durch die Tafeln gewährleistet würde, dann würde der bundesdeutsche Sozialstaat seinem Verfassungsauftrag nicht genügen. Dann wären die Tafeln das sichtbare Skandalon seines Leistungsversagens. Und genau als ein solches Skandalon werden die Tafeln genommen, wenn sie in Berichten über die Armut im Lande oder über die Grundsicherung für Erwerbslose, Kinder oder Alte ins Bild gerückt werden.

Bei dieser fast unvermeidlichen Skandalisierung geht man allerdings den Tafeln und deren Weltkonstruktion »auf den Leim«. Das Hilfeangebot der Tafeln reagiert nicht unmittelbar auf einen besonderen Bedarf von Hilfebedürftigen, sondern begründet sich in den Möglichkeiten der Helfenden und der Bereitschaft ihrer »Spender« (vgl. dazu Lorenz, »Kunden«-Beitrag in diesem Band: 94ff.). An den Tafeln werden, so die nach Meinung von McKinsey »überzeugende Idee« (vgl. Lorenz, »Ansprüche«-Beitrag: 105f.), Lebensmittel, die der Lebensmittelhandel ansonsten als »Abfall« vernichten müsste und deshalb ohne größere moralische Zumutungen »spendet«, als Hilfereervoir nutzen kann, so dass von den Tafeln sowohl die »Spender« einen Gewinn haben, als auch diejenigen, die mit deren »Spenden« unterstützt werden können (vgl. dazu Hiß in diesem Band: 70). Durch das zumeist freiwillige Engagement der vielen TafelmitarbeiterInnen müssen – mit einem beachtlichen logistischen Aufwand – die »Spenden« zu den Hilfebedürftigen gebracht, dafür aber zuvor erst einmal Hilfebedürftige gefunden werden. Um die »großartige Idee« zu verwirklichen, müssen die Tafeln also zunächst den Bedarf finden, den sie mit ihren »Spenden« befriedigen können. Sie finden ihn, indem sie ihn selbst »schaffen« – und zwar dadurch, dass sie einen Teil der Bevölkerung als Arme, z.T. mit eigenen Ausweisen oder über sozialstaatliche Dokumente, identifizieren und zu Armen *machen*, die so arm sind, dass sie nicht einmal »täglich Brot« haben. Indem Tafeln helfen, entsteht mithin die Ernährungsar-

mut, die sie bewältigen helfen – und mit dieser Ernährungsarmut der Skandal, dass der bundesdeutsche Sozialstaat nicht gewährleisten kann, dass in dieser Republik alle Menschen wenigstens genug zu essen und zu trinken haben und mindestens in diesem Sinne menschenwürdig leben können.

Da niemand gezwungen werden kann, das Hilfeangebot der Tafeln wahrzunehmen, trotzdem viele Menschen die Tafeln nutzen, kann deren Konstruktion des Hilfebedarfs nicht ganz an den Bedarfen der TafelnutzerInnen vorbeigehen. Zumindest in der Analyse der Tafeln sollte man gleichwohl die Nutzung der Tafeln nicht schon als eine Bestätigung der mit ihnen vollzogenen Bedarfskonstruktion nehmen. Denn die NutzerInnen können das Hilfeangebot der Tafeln von ihren eigenen Bedarfen her annehmen und so die Tafeln im eigenen Interesse nutzen (vgl. dazu Lorenz, »Kunden«-Beitrag in diesem Band), ohne dadurch zu den »Ernährungsarmen« zu werden, als die sie in der Nutzung »erscheinen«. In Folge der von vielen Tafeln gesetzten Bedingungen können sie die Tafeln zumeist nur dann nutzen, wenn ihr jeweiliges Haushaltseinkommen gering ist; und sie nutzen – nach dem, was wir auch in diesem Sammelband über sie erfahren – die Tafeln zumeist auch nur dann, wenn sie diese Bedingung erfüllen, wenn also ihr Haushaltseinkommen tatsächlich gering und d.h. vermutlich geringer als das der anderen Menschen ist, mit denen sie in der Bundesrepublik gemeinsam leben. Durch die Nutzung der Tafeln können sie ihre Haushaltskasse entlasten – und sich Waren oder Dienstleistungen (einfacher) leisten, die aber nicht auf dem Hilfeplan der Tafeln stehen. So sind sie aber auf die Tafeln keineswegs angewiesen, wie in deren »uninformierten Überwertung« (so Selke in diesem Buch) angenommen wird.

Bei einer solchen Konstellation könnte es sein, dass die problematischen Bedarfe der NutzerInnen gar nicht dort liegen, wo sie von den Tafeln unterstützt werden (können). Darüber hinaus könnte es sein, dass nicht ihr »täglich Brot« ihr Problem ist, sondern die mangelhafte oder fehlende Zugehörigkeit zur Gesellschaft, dass sie nämlich mit ihren geringen Einkommen oder wegen anderer Mangellagen nicht erreichen können, dass sie in »Augenhöhe« mit allen anderen in einer Gesellschaft leben und mit diesen vergleichbare Chancen haben, ihr eigenes Leben zu leben und zugleich die Entwicklung der Gesellschaft im eige-

nen Interesse zu beeinflussen. Ihr geringes Einkommen und die anderen Mangellagen wären dann Ausdruck und zugleich (Mit-)Ursache für gesellschaftliche Ausgrenzung; und die drückt sich nicht, zumindest aber nicht nur darin aus, dass sie in ihrer Ernährung benachteiligt sind. Dass dem so ist, dafür sprechen m.E. viele Indizien, etwa die Verfestigung von Armutslagen bei immer denselben Betroffenen, deren Vererbung auf die Kinder in von Armut betroffenen Haushalten, auch die soziale Einfärbung von Bildungs- und Ausbildungschancen und die räumliche Segregation der Städte. Zunehmend mehr Menschen wird in dieser Republik die volle Zugehörigkeit zu der Gesellschaft verwehrt, in der sie mit den anderen leben, wobei fehlendes Geld neben fehlender Beschäftigung und Bildung eines der wesentlichen Ursachen dafür ist. Wenn diese Diagnose überzeugen kann, dann sollten wir Armut und damit die Lebenslagen der von Armut Betroffenen als eine Situation unzureichender gesellschaftlicher Zugehörigkeit und mangelhafter Beteiligung begreifen und dadurch Armut in einen begrifflichen Zusammenhang mit gesellschaftlicher Ausgrenzung bringen. Dazu aber müssen wir die Weltkonstruktion der Tafeln meiden – und statt dessen eher in die amtlichen Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung schauen. Dort wird – in den bislang vorgelegten Berichten – Armut exklusionstheoretisch angesprochen und damit, zumindest konzeptionell, gesellschaftliche Ausgrenzung auch in Folge von Einkommensarmut zur Herausforderung sozialstaatlicher Aktivitäten gemacht.

Sieht man die Tafeln hingegen als Kompensation sozialstaatlicher Defizite und bestimmt dann das Leistungsversagen des bundesdeutschen Sozialstaats von den Leistungsmöglichkeiten der Tafeln her, dann teilt man mit der »uninformierten Überwertung der Tafeln« deren Überwertung. Man übersieht, dass den sozialstaatlichen Aktivitäten nicht die Bedarfskonstruktion der Tafeln zugrunde liegt, übersieht vor allem, dass die dem Sozialstaat eigene Konstruktion, wie sie sich etwa in den Armuts- und Reichtumsberichten niederschlägt, komplexer und zugleich realistischer als die der Tafeln ist. Geht es über die Gegenwart hinaus um die Zukunft des bundesdeutschen Sozialstaats, dann spricht viel dafür, diese komplexere Bedarfskonstruktion zur Grundlage zu nehmen – und den gegenwärtigen

Sozialstaat beim Wort zu nehmen und für die Zukunft geeignete und hinreichende Aktivitäten einzufordern, um *allen* in der Bundesrepublik lebenden Menschen eine volle Zugehörigkeit und umfassende Beteiligung zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund wird man den vom Verfassungsgericht erinnerten Auftrag einer hinreichenden Grundsicherung bestätigen, dass jedermann und jede(r) menschenwürdig leben kann. Jedoch wird man vom bundesdeutschen Sozialstaat mehr und anderes als die *basics* menschenwürdigen Überlebens, wird nämlich die *basics* gleichberechtigter Zugehörigkeit und Beteiligung erwarten – und wird daher auch weit mehr erwarten, als was Tafeln mit ihren Möglichkeiten bieten können.

»... der moderne Sozialstaat in Deutschland gleiche Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben und auf gerechte Teilhabe schützt ...«²

Von Hause aus war der bundesdeutsche Sozialstaat vor allem darauf abgestellt, den Lebensstandard derer zu sichern, die durch ausfallende Erwerbseinkommen in ihrem über Erwerbsarbeit aufgebauten Lebensstandard bedroht werden. Die Zugehörigkeit zur Gesellschaft und die Möglichkeit, sich an dieser Gesellschaft beteiligen zu können, wurde von den etablierten Sicherungssystemen, und das sind vor allem die Sozialversicherungen, bestenfalls vorausgesetzt, wurde aber nicht aktiv betrieben. Seit den 1980er Jahren, seitdem die strukturelle Massenarbeitslosigkeit und deren Rückwirkungen auf die Sicherungssysteme öffentlich manifest wurden, wird dies dem bundesdeutschen Sozialstaat als Defizit vorgehalten: Mit der ihm »eingebauten« Aufmerksamkeit übersieht er systematisch abweichende Probleme und Verwerfungen – und lässt die davon betroffenen Menschen und Haushalte konsequent in Stich (»neue soziale Frage«). Mehr noch: Die Bedingungen, die er in seinen zentralen Sicherungsinstrumenten setzt, wirken für zunehmend mehr Betroffene als Zugangsbarrieren, so sie die – vor allem in Folge fehlender Beschäftigung – nicht erfüllen können. So grenzt der Sozialstaat die Betroffenen zumindest aus seinen

2 BMAS (2009): 1.

komfortablen Sicherungssystemen aus – und wirkt darüber selbst ausgrenzend. Der bundesdeutsche Sozialstaat, so lautet seither der Vorwurf, kann gesellschaftliche Ausgrenzung nicht nur nicht verhindern, er ist für sie selbst mit *ursächlich*. Auf unterschiedlichen Diskussionspfaden, verbunden mit unterschiedlichsten Versatzstücken der Sozialstaatskritik und Staatsmodernisierung, der Globalisierungsanalysen, der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung sowie der Reformdebatten in den Parteien, erwachsen aus diesem Vorwurf verschiedene Konzepte einer auf gesellschaftliche Inklusion hin orientierten Sozialpolitik, von denen das Konzept eines aktivierenden Sozialstaats nur eins unter mehreren ist (vgl. Opielka 2004: 90).

Dass dem Sozialstaat erstrangig die Aufgabe zufällt, für die Zugehörigkeit und Beteiligung aller seiner WohnbürgerInnen zu sorgen, besteht als Gemeinsamkeit – und hat sich in der Bundesrepublik inzwischen als dominante Aufgabenzuschreibung des Sozialstaats durchgesetzt. Worin sich Inklusion zeigt und entsprechend durch den Sozialstaat befördert werden soll, worin sich – im Gegensatz dazu – Exklusion zeigt und deswegen sozialstaatlicherseits bearbeitet werden muss, was die primären Inklusionsinstanzen und die wichtigsten Motoren der Inklusion sind, auf welchen Wegen und mit welchen Instrumenten Inklusion befördert werden kann, darüber besteht keine Einigkeit; diese Fragen machen wesentlich den gegenwärtigen Dissens in der Sozialpolitik aus. Gleichwohl: Was über viele Jahrzehnte sozialstaatlicherseits nur vorausgesetzt wurde, wurde inzwischen zur primären Aufgabe des Sozialstaates »gemacht«, nämlich die volle gesellschaftliche Zugehörigkeit und Beteiligung aller zu gewährleisten und dazu gesellschaftliche Ausgrenzungen zu bearbeiten.

Zweifelsohne gingen in den Umbau des bundesdeutschen Sozialstaats hin zu einem »aktivierenden Sozialstaat« auch neoliberale Inklusionsvorstellungen ein, denen zufolge gesellschaftliche Zugehörigkeit erstrangig in der erfolgreichen Bewährung auf den Märkten und insbesondere in der erfolgreichen Veräußerung eigenen Arbeitsvermögens auf den Arbeitsmärkten besteht, dagegen die Angewiesenheit auf sozialstaatliche Transfers ein Moment gesellschaftlicher Ausgrenzung darstellt. Deshalb ist aber weder die inzwischen einschlägige Inklusionsorientierung sozialstaatlicher Sicherung und Fürsorge,

noch sind die Sozialreformen der letzten Jahre insgesamt neoliberal. Zudem sollte man – bei aller berechtigten Kritik an den neoliberalen Einschlügen – nicht übersehen, dass mit der neuen Inklusionsorientierung auf eine bestehende Exklusionsdynamik des bundesdeutschen Sozialstaats reagiert wurde, dass mithin »vorher« nicht einfach »alles in Ordnung« und »früher« keineswegs »alles besser« gewesen ist, deswegen die Vergangenheit nicht die Zukunft des bundesdeutschen Sozialstaats orientieren darf.

Gleich wie man den Inklusionsauftrag der sozialstaatlichen Sicherung und Fürsorge auslegt, wenn man die Tafeln an dem Ziel gesellschaftlicher Inklusion bemisst, kommen sie durchweg schlecht weg. Mit ihren spezifischen Hilfemöglichkeiten können sie Ursachen gesellschaftlicher Ausgrenzung nicht bearbeiten, können folglich keine Angebote machen, von Ausgrenzung Betroffene zu einer vollen Zugehörigkeit zu der Gesellschaft zu verhelfen, in der sie mit allen anderen leben, geschweige denn: ihnen keine vergleichbaren Möglichkeiten der gesellschaftlichen Beteiligung verschaffen. Im Gegenteil: Durch die Tafeln werden Ausgrenzungsprozesse verschärft, indem für die wegen fehlender Beschäftigung und geringen Einkommens von Ausgrenzungsprozessen besonders Betroffenen eigenständige Welten des Konsums geschaffen und sie damit »außerhalb« der Gesellschaft gebracht und gehalten werden, zu der sie eigentlich gleichberechtigten Zugang erhalten sollen. Dieses – zugegeben – harte Urteil ist systematischer Natur, schließt nämlich von dem besonderen Hilfeangebot der Tafeln auf deren Wirkung. In ähnlicher Weise wird auch in vielen Beiträgen dieses Sammelbandes über die Tafeln geurteilt.

Mit Hilfe entsprechender Empirie mag man nun über dieses systematische Urteil hinaus genauer in die dann doch buntere Welt der Tafeln schauen – und bei der ein oder bei der anderen Ansätze einer gegensätzlichen Praxis finden: Da werden Tafeln zum Beispiel als Selbsthilfe organisiert und dazu auch die »Arbeitsgelegenheiten« wider ihres durch SGB II vorgesehenen Einsatzzweckes genutzt. Dann kann an den Tafeln eine Solidarität der gemeinsam Betroffenen entstehen, aus der heraus sie sich den ihnen zustehenden Platz in der Gesellschaft erstreiten, der ihnen noch verstellt wird. Man kann entdecken, dass an Tafeln Ehrenamtliche »aus der Mitte der Gesellschaft« mit den

von Ausgrenzung Betroffenen in Kontakt kommen, deren Erfahrungen und Interessen in ihren Orts- und Pfarrgemeinden mitnehmen, dort advokatorisch vertreten und so den von Ausgrenzung Betroffenen eine gewisse Relevanz verschaffen. Oder man wird auszeichnen, dass Tafeln ein gemeinsames Frühstück oder Mittagessen an Schulen beliefern und so den Schulen ein Instrument in die Hand gegeben wird, Ausgrenzungen auf dem Schulhof und Benachteiligungen im Klassenraum zu überwinden. Gemessen am Inklusionsziel gibt es demnach bessere Tafeln – und schlechtere. Doch auch bei einem empirisch aufgeklärten und dann differenzierten Urteil bleibt es bei dem grundsätzlichen Bedenken: Als Ort, an dem die Reste des Lebensmittelhandelns an Bedürftige ausgegeben werden, sind die Tafeln kein sinnvolles Instrument der Inklusionsförderung; sie grenzen – im Gegenteil – ihre NutzerInnen in einen gesonderten Bereich von Gesellschaft aus, indem sie ihnen helfen. Im Rahmen einer auf Inklusion zielenden Sozialpolitik haben die Tafeln daher keinen Platz, weswegen die Zukunft des bundesdeutschen Sozialstaats ohne die Tafeln gedacht werden sollte.

Auch wenn dieses Urteil über die Tafeln überzeugen kann, muss man ihnen zumindest eins zugestehen: Sie haben nie versprochen, dass sie die Inklusion ihrer NutzerInnen fördern (können). Entsprechend dürften sie das harte Urteil zurückweisen und auf eine faire Beurteilung drängen. Darin besteht ein grundlegender Unterschied zum bundesdeutschen Sozialstaat, dessen Umbau mit dem Inklusionsziel begründet wurde, weswegen man ihn von diesem Ziel her auch beurteilen muss. Besonders konsequent wurde der Umbau bei den sogenannten Hartz-Reformen, mithin bei der sozialen Sicherung und der Förderung der von Arbeitslosigkeit Betroffenen, betrieben. Gerade aber bei diesen Reformen zeigt sich, dass die versprochene Inklusionswirkung nicht erzielt werden konnte. Die neu justierte Arbeitsmarktförderung und Arbeitslosenunterstützung hat die gesellschaftliche Ausgrenzung der Geförderten eher forciert.

Hinter den Hartz-Reformen stand die Grundphilosophie, dass Inklusion wesentlich in Beschäftigung besteht und sich für die Betroffenen über ihre erfolgreiche Eingliederung in die Erwerbsarbeit auch alle anderen gesellschaftlichen Bereiche öffnen, dass sich Exklusion dagegen in der Angewiesenheit auf

sozialstaatliche Unterstützung ausdrückt, weswegen die Betroffenen baldmöglichst auf die »eigenen Füße« gebracht und d.h. in irgendeine Form der Beschäftigung gefördert und gefordert werden müssen. In Umsetzung dieser Grundphilosophie wurden und werden Erwerbslose in besondere Formen der Arbeitsförderung (»Arbeitsgelegenheiten«) oder aber in prekäre oder niedrig entlohnte Beschäftigung hinein »gefördert«. So fördert man aber nicht eine Beschäftigung, wie sie für alle anderen Erwerbstätigen »normal« ist, sondern man drängt die Betroffenen in abweichende Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse mit abweichenden Rechten und Pflichten sowie mit geringerer sozialer Sicherung (vgl. dazu Scherschel/Booth/Schierhorn in diesem Band). Entgegen den ausgegeben Zielen haben die Hartz-Reformen so einen Trend angeheizt, dass nämlich nicht mehr nur fehlende Erwerbsarbeit, sondern auch Erwerbsarbeit und die darauf zielende Arbeitsförderung ursächlich dafür ist, dass Menschen nicht gleichberechtigt dieser Gesellschaft zugehörig sind und sich nicht »auf Augenhöhe« mit allen anderen gesellschaftlich beteiligen können. Zudem ist die in den Hartz-Reformen neu geordnete Grundsicherung nicht hinreichend, so dass die BezieherInnen entsprechender Leistungen nicht ein Leben mit vergleichbaren Beteiligungsmöglichkeiten führen können. Das betrifft insbesondere die Haushalte, in denen Kinder leben. Diese haben keine fairen Chancen, in ihren Schulen mitzuhalten und darüber vergleichbare Startpositionen nach ihrer Schulzeit einzunehmen. Entsprechende Bedarfe sind in den Regelsätzen nicht einmal vorgesehen, wie das Bundesverfassungsgericht jüngst bemängelt hat.

Die Inklusionsbilanzen für Tafeln und Sozialstaat sind beide negativ – und doch decken sie sich nicht einfach. So werden die Tafeln an einem ihnen fremden Ziel, der hartzmäßig umgebaute Sozialstaat hingegen an einem ihm eigenen Ziel gemessen. Auch darin unterscheiden sich die Bilanzen: Während den Tafeln, zumindest von ihrer originären Unterstützungsleistung her, kein sinnvoller Beitrag zur gesellschaftlichen Inklusion zugebraut werden kann, ihnen also das Ziel der Inklusion sinnvollerweise nicht normativ vorgeschrieben und für die Zukunft dessen Erfüllung nicht erwartet werden kann, lässt sich dem Sozialstaat die Inklusionsförderung sehr wohl zur Aufgabe machen, wenn er auch in der Gegenwart daran noch scheitert.

Falsch am hartzmäßig umgebauten Sozialstaat ist mithin nicht seine Inklusionsorientierung, falsch ist deren »Umsetzung« – und das heißt: sowohl die grundlegende Ausdeutung von Inklusion bzw. Exklusion als auch die Instrumente der Inklusionsförderung.

Wenn man die Zukunft des bundesdeutschen Sozialstaats zu orientieren sucht, sollte man an seinem Inklusionsauftrag festhalten, den aber anders ausdeuten und entsprechend in anderen Instrumenten umsetzen. Dabei empfiehlt es sich, von einem breiteren Inklusionsverständnis auszugehen und Inklusion von dem Erfordernis einer demokratischen Gesellschaft her zu bestimmen, dass alle BürgerInnen nicht nur die selben Rechte und Freiheiten, sondern auch vergleichbare Möglichkeiten »haben« sollen, die selben Rechte und Freiheiten zu nutzen und umzusetzen (vgl. Möhring-Hesse 2006). Nimmt man den Sozialstaat für das zweite Postulat in die Pflicht, wird man von ihm mehr als die Förderung von Beschäftigungsfähigkeit, sondern die umfassende Gewährleistung vergleichbarer Lebenslagen erwarten. Menschen, die wegen entsprechender Bedarfe sozialstaatliche Unterstützung in Anspruch nehmen, treten dann nicht »aus« ihrer Gesellschaft heraus, sondern nehmen – im Gegenteil – das Recht in Anspruch, »inmitten« ihrer Gesellschaft auch dann leben zu können, wenn sie die dazu notwendigen Ressourcen privat nicht aufbringen können. Mit diesem Auftrag versehen, wird man schließlich vom bundesdeutschen Sozialstaat in der Zukunft erwarten, dass er in seinen Unterstützungsleistungen nicht selbst exkludierend wirkt, dass er im Vollzug genau die Zugehörigkeit und Beteiligung ermöglicht, die er als Ziel seines Vollzugs hat. Ein solcher Sozialstaat ist durchaus denkbar und für die Zukunft auch machbar, wenn gleich er an dieser Stelle nicht in ein paar Federstrichen skizziert werden kann (vgl. dazu Lessenich/Möhring-Hesse 2004). Was immer aber über einen solchen inklusionsfördernden Sozialstaat in der Zukunft gedacht wird und was als Revisionen der Hartz-Reformen in der Gegenwart notwendig ist, die Tafeln haben in einem solchen Zukunftsszenarium keinen Platz.

»Die deutschen Tafeln sind ein herausragendes Beispiel für zivilgesellschaftliches Engagement«³

Stellt man den Sozialstaat in die Verantwortung, mit vergleichbaren Lebenslagen eine notwendige Voraussetzung gesellschaftlicher Zugehörigkeit und Beteiligung zu sichern, dann sieht man ihn als ein Instrument einer ihm vorgelagerten, nämlich gesellschaftlichen Solidarität zwischen BürgerInnen einer demokratischen Gesellschaft, die sich wechselseitig die volle Zugehörigkeit sowie gleiche Rechte und vergleichbare Möglichkeiten der gesellschaftlichen Beteiligung schulden. So gesehen, nutzen BürgerInnen »ihren« Staat, um die ihnen eigene Solidarität auf eine verlässliche Weise wirksam werden zu lassen und auf Dauer zu stellen. Allerdings ist der Staat nicht in allen Hinsichten ein brauchbares Instrument ihrer Solidarität, weswegen sich die BürgerInnen nicht ganz auf ihn verlassen können – und ihren Solidaritätsverpflichtungen unter anderem auch im bürgerschaftlichen Engagement nachkommen. Von daher lohnt sich ein weiterer Blick auf die Tafeln, so sich dort eine Vielzahl von Menschen freiwillig engagieren. Umfang und Intensität dieses Engagements ist beachtlich – und beeindruckend. In Berichten und eigener Anschauung imponiert auch die Professionalität, mit der die Freiwilligen ihr »Unternehmen« managen, die hohen logistischen Anforderungen ihres Hilfeangebots über lange Zeit hinweg und mit großer Verlässlichkeit meistern und ihre unterschiedlichsten Qualifikationen – offenbar geschlechtsspezifisch (vgl. Krüger 2009) – koordinieren (vgl. jedoch auch Molling in diesem Band: 60). Vermutlich verdankt sich die öffentliche Reputation der Tafeln maßgeblich diesem Engagement der TafelhelferInnen, weit mehr jedenfalls als der »überzeugenden Idee«, für die sie sich engagieren, und der Wirkung ihres Engagements.

Die Mobilisierung freiwilligen Engagements gehört mit zu den Aufgaben, die dem bundesdeutschen Sozialstaat bei seinem Umbau hin zu einem »aktivierenden Sozialstaat« aufgegeben wurden: Nicht alles, was der Sozialstaat notwendig als ein zu bearbeitendes »Problem« erkennt und anerkennt, könne und

3 Deutscher Bundestag (2008): 1.

solle er selbst bearbeiten; vieles davon solle er statt dessen »der Gesellschaft« als Aufgabe zuweisen und entsprechende Aktivitäten in der Gesellschaft mobilisieren und zugleich so steuern, dass die staatlicherseits intendierte Lösung auch erreicht wird. In Reflex auf diese Aufgabenzuschreibung werden die Tafeln in vielen Beiträgen dieses Sammelbandes als Vollzug der sozialstaatlich erwarteten Freiwilligkeit und entsprechend als Umstieg von einklagbaren Staatsleistungen auf uneinklagbare Wohltätigkeit gedeutet.

Zwar ist die Empirie in dieser Frage dünn, zumal deren Auslegung schwer, jedoch habe ich Zweifel an dieser Deutung. Der »aktivierende Sozialstaat«, vertreten durch die politisch Verantwortlichen oder die Professionellen in den sozialstaatlichen Institutionen, *reagierte* auf die Tafeln;⁴ er hat sie weder initiiert, noch hat er die TafelmitarbeiterInnen »aktiviert«. Deshalb sollte man die Tafeln und das Engagement der TafelhelferInnen nicht allzu sehr in das Kalkül der politisch Verantwortlichen und der sozialstaatlichen Institutionen stellen, sollte sie statt dessen erstrangig aus den Anliegen, den Einstellungen und Überzeugungen der TafelmitarbeiterInnen heraus verstehen.⁵

Folgt man dieser Maxime, verrät das freiwillige Engagement an den Tafeln mehr über den »moralischen« Zustand der bundesdeutschen Gesellschaft, als über den des Sozialstaates. Offenkundig besteht in dieser Gesellschaft eine hohe Bereitschaft zu freiwilligem Engagement – und zwar genau zu dem Engagement, das an den Tafeln notwendig ist. Aus den Wohlfahrtsverbänden hört man, dass sie keine Probleme haben, genügend

4 Unterstützung und das Wohlwollen von politisch Verantwortlichen und sozialstaatlichen Institutionen haben die Tafeln erst gefunden, nachdem und in dem Maße sie öffentlich anerkannt wurden. Diese Unterstützung ist für die Tafelaktivisten offenbar unbefriedigend (vgl. dazu Lorenz, »Anspruchs«-Beitrag in diesem Band: 106), zudem ist sie unzuverlässig: Mit der öffentlichen Kritik an den Tafeln (vgl. dazu Selke: 187 sowie Kessl/Schoneville: 41f. in diesem Band) werden die politisch Verantwortlichen wohl auch wieder auf Distanz zu den Tafeln gehen.

5 Ähnliches gilt, so vermute ich, auch für die Wohlfahrtsverbände. Sofern die überhaupt Tafeln in ihre Obhut genommen haben, wurden sie dazu häufig durch ihre Freiwilligen »getrieben«, wenn sie denn die nicht frustrieren wollten oder konnten. (Vgl. dazu Kessl/Schoneville in diesem Band: 41f.)

Freiwillige an ihre Tafeln zu rufen, während sie aber in vielen anderen Bereichen vergleichbares Engagement nicht mobilisieren können. Dafür mag es unterschiedliche Gründe geben: Man kann sich etwa vorstellen, dass das Engagement bei den Tafeln für die Freiwilligen hoch attraktiv ist, weil sie vergleichsweise deutlich und unmittelbar erfahren können, dass und wie die eigene Hilfe bei anderen Menschen »ankommt«. An den Tafeln arbeiten die Freiwilligen mit hoher Verantwortung und großer Eigenständigkeit, können dabei häufig berufliche Qualifikationen fortsetzen und zugleich »adeln«. Auch das mag ein Grund dafür sein, dass Freiwillige die Tafeln als Ort ihres Engagements wählen. Schließlich mag auch die öffentliche Anerkennung, die das Engagement der TafelnhelferInnen genießen, Freiwillige mobilisieren. Wenn man aber – zugegeben spekulativ – die eine Besonderheit der Tafeln, nämlich freiwilliges Engagement mobilisieren zu können, mit einer anderen Besonderheit kombiniert, nämlich die, dass die Tafeln gesellschaftliche Inklusion nicht fördern, statt dessen in der Gefahr stehen, Räume »außerhalb« herzustellen und auf diesem Wege gesellschaftliche Ausgrenzungsprozesse zu forcieren, dann liegt eine weitere Antwort nahe: Freiwilliges Engagement an den Tafeln könnte auch deshalb so attraktiv sein, weil man sich in diesem Engagement den Ausgeschlossenen gerade so nähern kann, dass sie ausgeschlossen bleiben. Freiwillige könnten sich an den Tafeln vergewissern, dass sie selbst nicht zu den Ausgeschlossenen gehören; oder sie könnten zu den Ausgeschlossenen auf Distanz gehen und sie »außerhalb« der unter BürgerInnen gebotenen Solidarität stellen, indem man sich ihnen »barmherzig« und mit »reinem Gewissen« zuwendet. Derartige Verdächtigungen bleiben notwendig im Konjunktiv, da sie durch keinerlei Empirie gedeckt und einzig durch den spekulativen Rückschluss einer zudem eher theoretisch erschlossenen Wirkung der Tafeln begründet ist.

Warum auch immer – an den Tafeln engagieren sich viele Menschen. Sie engagieren sich aber für eine Form der Unterstützung, die – unter der Maßgabe demokratischer Solidarität und der ihr innewohnenden Verpflichtung, für volle gesellschaftliche Zugehörigkeit und umfassende Beteiligung sorgen zu müssen –, hoch problematisch ist. Wird man deswegen den Tafeln keine lange Zukunft wünschen können, so wird man

gleichwohl das an den Tafeln geleistete Engagement nicht einfach abschreiben wollen. Gerade weil die demokratische Gesellschaft nicht alle ihre Solidaritätsverpflichtungen dem Staat »überlassen« kann, ist sie darauf angewiesen, bestehende Bereitschaften zum freiwilligen Engagement zu nutzen und für inklusionsförderliche Unterstützungsleistungen zu mobilisieren. Dies ist aber ausdrücklich keine Aufgabe eines »aktivierenden Sozialstaats«, ist vielmehr eine gesellschaftliche Aufgabe: Sofern sich Freiwillige gesellschaftlich »nützlich« machen wollen, machen sie sich von einer gemeinsamen Vorstellung »abhängig«, welches Engagement auf welchen Gebieten und unter welchen Bedingungen *gesellschaftlich* erwünscht und nützlich ist. Solch' gemeinsame Vorstellungen sind nicht einfach da, sondern müssen gesellschaftlich ausgehandelt werden. Das Engagement der TafelmitarbeiterInnen und die (nicht nur) in den Beiträgen dieses Sammelbandes geäußerte Kritik daran sind nun aber ein Indiz dafür, dass ein solch' gemeinsames Verständnis gegenwärtig nicht besteht. Angesichts des freiwilligen, aber eben problematischen, zumindest aber problematisierten Engagements an den Tafeln scheint daher eine Debatte über die Zukunft bürgerschaftlichen Engagements dringend notwendig. Allerdings ist eine solche Debatte heikel, sofern Freiwillige verprellt werden könnten, deren Bereitschaften zerstört und die Autonomie ihres Engagements missachtet werden könnte. Wünschenswert wäre es daher, die notwendige Debatte ginge von den TafelhelferInnen selbst aus und wäre dann ihre Debatte über die Zukunft (auch) ihres Engagements. Vielleicht ließe sich (auch) über die Reflexion der Tafelaktivisten klären, mit welchem Engagement (auch) der bundesdeutsche Sozialstaat in der Zukunft rechnen muss, ohne dass er dieses »aktivieren« könnte.

Literatur

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2009): Mit neuem Mut. Nationale Strategie für Deutschland zur Umsetzung des Europäischen Jahres 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung, <http://www.bmas.de/portal/33452/>

- property=pdf/2009_05_29_europaeisches_jahr_2010_strategiebericht.pdf, 02.04.2010.
- Deutscher Bundestag (2008): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jan Korte, Dr. Petra Sitte, Roland Claus, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 16/7972), Berlin, <http://dip.bundestag.de/btd/16/079/1607972.pdf>, 29.03.2010.
- Hartmann, Dieter (2009): »Mit der sozialen Frage kehrt die Barmherzigkeit zurück. Gegen die Vertafelung der Gesellschaft«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 263–271.
- Krüger, Petra (2009): »Gender works im ehrenamtlichen Engagement einer Tafel«. In: Tafeln in Deutschland. Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention, hg. v. Stefan Selke, Wiesbaden, S. 223–239.
- Lessenich, Stephan/Möhring-Hesse, Matthias (2004): Ein neues Leitbild für den Sozialstaat. Eine Expertise im Auftrag der Otto Brenner Stiftung und auf Initiative ihres wissenschaftlichen Gesprächskreises, Berlin.
- Möhring-Hesse, Matthias (2006): »Beteiligung – Befähigung – Verteilung. Der Sozialstaat als Instrument demokratischer Solidarität«. In: Der fraglich gewordene Sozialstaat. Aktuelle Streitfelder – ethische Grundlagenprobleme, hg. v. Michael Schramm, Paderborn, S. 91–104.
- Opielka, Michael (2004): Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek.

Armut schändet nicht – Über den Unterschied zwischen Armut und Elend

MARIANNE GRONEMEYER

Wenn von den Armen der Gesellschaft die Rede sein soll, dann denken wir zu allererst an Deklassierung und an den Verlust der Zugehörigkeit. Wir denken an die Scheiterer in der Erfolgsgesellschaft, an die Ausgegrenzten oder Ausgestoßenen. Und dann richten sich die Bemühungen der Wohlmeinenden, deren soziales Gewissen noch schlägt, auf die Frage, wie diejenigen, die unten, draußen und weg vom Fenster sind, wieder hereingeholt werden können, wie sie in die Lage versetzt werden könnten, von ganz unten her emporzuklimmen auf der gesellschaftlichen Stufenleiter, damit sie ihrer schändlichen Position in den dunklen Niederungen der Gesellschaft, wo es nichts zu holen gibt, nichts zu kaufen, nicht mal was zu saufen, entkommen könnten, damit auch sie wieder einen Platz mit guter Aussicht auf Gegenwart und Zukunft, einen Platz am Fenster eben, eingeräumt bekämen. Es ginge also um die Wiedereingliederung der Ausgemusterten, um die Integration der Desintegrierten.

Aber bevor wir diese schnelle Schlussfolgerung ziehen, müssen wir einige viel grundsätzlichere Fragen stellen.

Zum Beispiel die: Ist es wirklich richtig, dass die Verlierenden in dem großen Gewinnspiel, das über Erfolg und Scheitern

entscheidet, ausgestoßen sind aus der Gesellschaft, nachdem sie für überflüssig erklärt und als lästige Kostgänger identifiziert wurden? Ist nicht ihr Elend gerade darin zu sehen, dass ihnen zwar ihre Nichtverwendbarkeit bescheinigt wurde, sie aber dennoch der Drangsalierung durch die geltenden Reglements der beinharten Konkurrenzgesellschaft *nicht* entkommen? Sie sind eben nicht draußen und frei zu tun, was ihnen nützt, sondern angekettet an die Spielregeln der Gesellschaft, die sie nicht als Funktionsträger aber als Deklassierte braucht. Für überflüssig kann man sich nicht selbst erklären und dann seinen Hut nehmen und gehen und versuchen, sich auf eigene Faust durchzuschlagen, nach selbst gesetzten Zielen und nach bescheidenen Maßstäben sein Auskommen suchen; man kann sich eben nicht auf je eigene Weise nützlich machen und ein Stück Freiheit dadurch gewinnen, dass man weniger von dem braucht, was zum sogenannten Lebensstandard gehört. Sogar überflüssig kann man nur von Systemes Gnaden sein. Und dann wird den Untauglichen ihr Platz zugewiesen und ein *ingeschränktes Daseinsrecht* nach Maßgabe dessen, was eine Gesellschaft sich leisten zu können glaubt, zugebilligt. Und es scheint ein Gesetz der Geschichte zu sein, dass die reichsten Gesellschaften in dieser Hinsicht am geizigsten sind.

An diesem Punkt sind bereits einige moderne Selbstverständlichkeiten auf dem Prüfstand. Die Behauptung, dass die moderne industrielle Gesellschaft diejenigen, für die sie keine Verwendung hat, zu ihrer Bestandssicherung unbedingt braucht, scheint vollkommen widersprüchlich, sogar widersinnig zu sein. Aber der Widersinn hat Methode. Sie braucht sie, nicht um sie in Reih und Glied zu stellen und sich ihrer Arbeitskraft zu bedienen, sondern um denen, die noch teilhaben an dem tagtäglichen Konkurrenzkampf vor Augen zu stellen, wohin es führt, wenn man aus dem *rat race* ausgeschieden wird. Konkurrenz lässt sich eben nur befeuern, wenn den Siegenden Verlierende gegenüberstehen und wenn jedem einzelnen die Idee eingepflanzt worden ist, dass es allein in seiner oder ihrer Verantwortung liegt, ob er oder sie im Spiel bleibt oder wegen unzureichender Leistung einen Platzverweis erhält. Jeder soll glauben, dass er seines Glückes Schmied ist und dass ein unauflöslicher Zusammenhang zwischen der Fortune und der eigenen Anstrengung besteht; so dass jeder seine Niederlage selbst

zu verantworten hat und sich also mit *dem* Rang zufrieden geben muss, der ihm als Folge seiner Nicht-Bewährung zugebilligt wird. Die Deklassierten sind ein unverzichtbarer Konkurrenzmotor. Und sie werden bei der Stange und bei der Loyalität gehalten mit Rückkehrversprechen, einer Rückkehr allerdings, die ihnen als Lohn für Wohlverhalten winkt, dafür, dass sie sich auch in aussichtsloser Lage weiter abstrampeln und um Zugehörigkeit buhlen. Den Jungen werden immer fernere Ausbildungsziele gesteckt, die sie bis ins hohe Erwachsenenalter beschäftigen, die Alten werden durch Rüstigkeitsertüchtigung, Gesundheitspflicht und Amüsierangebote im Hochbetrieb gehalten. Die Fremden werden für ihre Anpassungsanstrengungen belohnt – wenn sie aufgehört haben, fremd zu sein, gelten sie vielleicht als satisfaktionsfähig –, und die Arbeitslosen werden in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen gejagt, die ihnen auch nichts nützen, oder zum 1-Euro-Job verdonnert.

Sie alle werden – das ist die Gegenleistung dafür, dass sie unauffällig bleiben – auf niedrigstem Niveau versorgt, aber die Freiheit, durch eigenes Tun für sich selbst zu sorgen, also da-seinsmächtig zu sein, bleibt ihnen verwehrt.

Armut und Elend

Lassen sie mich zur Klärung dessen, was hier zur Debatte steht, eine Begriffsdifferenzierung vortragen. Wir sind gewohnt zwei Zustandsbeschreibungen, mit denen eine karge Lebenslage von Menschen bezeichnet wird, synonym zu verwenden. Wir nehmen an, dass es ungefähr dasselbe meint, wenn wir von einem Menschen sagen, er sei arm oder er sei elend. In Wahrheit beschreiben diese beiden Begriffe, nämlich Armut und Elend, vollkommen verschiedene Lebenslagen. Von jemandem zu sagen, er sei arm, heißt, er lebe auf bescheidenem Lebensniveau, sei aber in der Lage, sein Dasein aus eigenen Kräften zu fristen in Gemeinschaft mit jenen, denen er zugehört. Es ist nichts Beklagenswertes am Zustand der Armut. Der bedeutende Filmmacher und Ketzer in politischen Angelegenheiten, Pier Paolo Pasolini, forderte in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sogar ein *Recht* auf Armut, und er beklagte den Untergang der *Kultur* der Armut. Will sagen: es wird weltweit den Men-

schen das Recht verwehrt, arm zu sein. Das mag zynisch klingen, ist es aber keineswegs. Eine afrikanische Familie, die in ihrem Egumbo lebt, und den zugehörigen Hirseacker bebaut, die ein paar Ziegen und Hühner hält, ihre Hütten mit dem Lehm, den sie im Boden findet, baut und sie deckt mit dem Stroh der geernteten Hirse, die einen Gemüsegarten vom Acker abzweigt und ein paar Bäume gepflanzt hat, den Marula-Baum zum Beispiel, der ölhaltige, nussähnliche Früchte trägt und obendrein den Grundstoff für ein berauschendes Getränk liefert, die ihre Gefäße aus dem gefundenen Ton herstellt und Körbe aus Hirsestroh flicht, ist nicht entwicklungsbedürftig. Sie ist arm, aber daseinsmächtig. Wenn ich in einer solchen Familie zu Gast geladen bin, hätte ich es schwer, ihr ein Gastgeschenk aus meinem kulturellen Umfeld zu machen. Ich habe dies tatsächlich bestürzend erfahren, als ich im Rahmen eines Forschungsprojektes solche Besuche gemacht habe. Alles, was ich dort aus meiner Welt hätte einführen können, ist für diese auskömmliche Lebensweise zutiefst verderblich und zerstörerisch, denn es erzeugt einen Sog nach und eine Abhängigkeit vom Geld, mit dem man Waren kaufen kann. Die Taschenlampe, von der ich glaubte, dass sie Licht und Orientierung in dunkle Nächte bringen kann, verlangt in kürzester Zeit, mit Batterien gefüttert zu werden, die man nur für Geld erwerben kann, und sie zerstört die Fähigkeit, sich in der Dunkelheit zu orientieren. Und die in Glitzerpapier gewickelten Süßigkeiten für die Kinder führen zur Vermüllung des Geländes und bringen es um seine geordnete Schönheit. Es ist kaum etwas vorstellbar, was unter den Bedingungen der industriellen Warenproduktion erzeugt wird, das in einem Egumbo als nützlich angesehen werden könnte. Das Leben dort mag schwer und mühsam sein, aber entwicklungsbedürftig ist es nicht, denn die dort Lebenden sind arme und daseinsmächtige Menschen. Ich erzähle noch ein zweites Beispiel, das mir in besonderer Weise meine von der Entwicklungsideologie infizierte Gesinnung klar gemacht hat: Wie selbstverständlich es für mich geworden ist, zu glauben, dass wir brauchen, was uns industriell und institutionell zur Verfügung gestellt wird, wurde mir an einer Beobachtung in Agra, der Stadt, in die Abertausende von Touristen wegen des berühmten Tadsch Mahal pilgern, deutlich. Am Fuße der Burg von Agra, in einer Nische, die durch einen vorspringenden

Turm des Befestigungsringes gebildet wurde, saß eine ältere Frau, die diesen Ort durch einige in den Sand gelegte Steine als ihre Heimstatt markiert hatte. Vom Boden schöpfte sie eine Handvoll Sand und rieb damit einen ein wenig verbeulten Aluminium-Topf in rhythmischen Bewegungen so lange aus, bis er in der Sonne blinkte. Meine erste Regung war tiefes Bedauern dafür, dass diese Frau ganz offensichtlich keinen Zugang zu Wasser hatte, der es ihr erlaubt hätte, den Topf auszuwaschen. Aber plötzlich änderte sich der Blick auf das, was ich sah: Sollte ich die Frau bedauern, weil sie kein Wasser hatte, oder dafür bewundern, dass sie es nicht brauchte?

Es ist kein Zufall, dass ich zur Beschreibung der Armut nicht auf ein Beispiel aus meiner Gesellschaft zurückgreifen kann, obwohl die neuesten Armutsberichte von dort alarmierende Zahlen vermelden. Denn in meiner Gesellschaft ist die Armut so gut wie ausgestorben und hat dem Elend Platz gemacht. Worin unterscheidet sich das Elend von der Armut?

Es ist die Pointe und der Ehrgeiz der industriellen Gesellschaft, die Verhältnisse so einzurichten, dass sie ihre Mitglieder lückenlos mit allem versorgt. Damit sie immer neue Wachstumsschübe, die sie genau wie die Konkurrenz unbedingt braucht, um sich aufrecht zu erhalten, in Gang setzen kann, muss sie immer neue Versorgungslücken entdecken. Das Glück, das sie ihren Mitgliedern in Aussicht stellt, besteht darin, dass die sich in möglichst allen lebenssichernden Tätigkeiten durch Maschinen oder institutionelle Dienstleistungen vertreten lassen können und ihre Anstrengung darauf konzentrieren, es in der einen Tätigkeit, in der sie das Geld verdienen, um all diese Versorgungsleistungen zu bezahlen, möglichst weit zu bringen. Die industrielle Gesellschaft rastet nicht, ehe sie nicht alle ihre Mitglieder auf die einzigen Tätigkeitsformen eingeschworen hat, die sie dulden kann. In der industriellen Gesellschaft können wir nur, erstens, Produkte fertigen (Waren oder Dienstleistungen). Wir sind also in der Zeit, in der wir unsere bezahlte Arbeit verrichten, Produzenten oder besser: funktionierende Teilchen in gigantischen Produktionsmaschinen. Oder wir können, zweitens, konsumieren und das Geld, das wir als Produzenten verdient haben, verausgaben für alle *die* Lebensverrichtungen, die wir nicht mehr selber machen können oder sollen oder wollen. Noch, wenn wir schlafen, sind wir

Konsumenten. Wir konsumieren, garagiert neben unseren abgestellten Autos unsere Unterbringung, wie Ivan Illich sagt, und schlafen uns zurecht, damit wir anderntags unsere Produzentenrolle bis zur neuen Erschöpfung wieder wahrnehmen können.

Die dritte Tätigkeit, die die Konsumgesellschaft uns zur herben Untertanenpflicht macht, ist die Verrichtung von Schattenarbeit. Ivan Illich, der diese Art von Arbeit präzise analysiert und identifiziert hat, schreibt: »Schattenarbeit wird geleistet von dem Konsumenten, insbesondere im konsumierenden Haushalt. Als Schattenarbeit bezeichne ich all jene Tätigkeiten, durch die der Verbraucher gekaufte Waren [auch Dienstleistungen] in ein nutzbares Gut umwandelt. Schattenarbeit umfasst die Zeit und Mühe, die wir aufwenden müssen, um der gekauften Ware jenen Wert hinzuzufügen, ohne den sie für den Gebrauch untauglich wäre« (Illich 1995: 31). Die Schattenarbeit nimmt rapide zu. Immer mehr Zeit muss aufgewendet werden, um die Waren und warenförmigen Dienstleistungen, die wir einkaufen können, auch tatsächlich gebrauchen zu können. Immer mehr von der Arbeit, die im Zuge der Rationalisierung in den Betrieben eingespart wird, wird dem Konsumenten aufgehast. Selbstbedienung überall: in der Bank, am Fahrkartenautomaten, in der Gesundheitsüberwachung, im Schulwesen und im Supermarkt. Aber all dies sind Tätigkeiten, die nicht uns selbst oder den Menschen, mit denen wir Umgang haben, gelten. Sie sind viel mehr ein Dienst an *den* Institutionen, die uns unsere herkömmlichen Tätigkeitsfelder überhaupt erst streitig gemacht haben. Durch Schattenarbeit richten sich die Gesellschaftsmitglieder selbst und gegenseitig für ihre Institutionen- und Maschinentauglichkeit zu. Mit der Hausaufgabenunterstützung wird nicht der Wissensdurst des Kindes befriedigt, sondern seine Schultauglichkeit verbessert. Das Warten im Sprechzimmer des Arztes gilt nicht der eigenen Gesundheit, sondern ist ein Dienst, den ich dem reibungslosen Funktionieren des Medizinbetriebs schulde. Mit dem Gang zur Berufsberatung schaffe ich mir nicht Rat, sondern arbeite daran, meine Verwertbarkeit wieder herzustellen. Das enorme Aufkommen an therapeutischen Maßnahmen wird notwendig, damit Kinder und Erwachsene ihren institutionellen Alltag überhaupt überstehen können. Schattenarbeit ist Dienstbarkeit für Institutio-

nen, für Waren, die nichts taugen und für den eigenen Gebrauch erst zugerichtet werden müssen, und für den angeblich automatisierten Maschinenbetrieb. Immer mehr Zeit muss in diese Handlangerei für den Apparat investiert werden, Zeit, die den Wohltaten, die wir einander gewähren könnten, abgeht.

Kurzum, die Industriegesellschaft rastet nicht, ehe sie nicht alles, was Menschen zum Leben brauchen, in käufliche Ware überführt hat und ehe nicht alle auf den Lebensstandard eingeschworen sind, den *sie* als schicklich erachtet. Alle müssen ihre Tätigkeit der Warenproduktion zur Verfügung stellen, und alle stehen unter Konsumpflicht und müssen sich an den gültigen Standards messen lassen, an Bildungsstandards, Gesundheitsstandards, Sicherheitsstandards, Komfortstandards, Geschwindigkeitsstandards usw. Auf dem jeweiligen verbindlichen Standard kann man sich nur durch Kaufakte halten. Der Standard aller Standards ist also die angemessene Kaufkraft. Wer den Standards nicht genügen kann, und wer immer noch sein Dasein statt mit Waren mit eigenen unmittelbar nützlichen Tätigkeiten sichert (etwas, was es de facto nur noch in den armen Ländern hier und da gibt), ist entwicklungsbedürftig:

Wer über kein Spülklosett verfügt, ist entwicklungsbedürftig, wer seine Kochwärme nicht aus der Steckdose bezieht, ebenso. Wer etwa glaubt, dass man ohne die Schule gebildet sein kann, ohne Versicherung im Kreis von Freunden sich hinreichend sicher fühlen kann, ohne High-Tech-Medizin leidlich gesund, wer glaubt, dass man ohne das Automobil mobil, ohne Coca Cola durstgestillt sein kann und ohne den Sterbeberater bereit sein zu sterben, der ist überfällig für Bekehrung und – wo die nicht fruchtet – für den unnachgiebigen Zwang zum Konsumismus.

- Ehe nicht einer ein Konsument und ein Mehrfachklient geworden ist, abhängig von der Zufuhr der Versorgungsindustrie, abhängig von Serviceleistungen der Dienstleistungsindustrie, kann er nicht als hinreichend loyal gelten;
- ehe nicht der letzte Erdenbürger zum beliefungsbedürftigen Mängelwesen wurde, zum *Drug-addict*, zum *Junky*, der nach den Drogen der Versorgungsindustrie japst und jammert und mit jedem Schuss abhängiger wird, hilfloser, unfähiger, sich selbst zu erhalten;

- ehe nicht jeder glaubt, dass sein Mensch-Sein, seine Humanitas, seine Vollständigkeit als menschliches Wesen auf Ge-
deih und Verderb an den Markenartikeln, die von der In-
dustrie ausgespuckt werden, hängt;
- ehe nicht jeder Mann und jede Frau begriffen hat, dass wir
unsere Häuser nicht mehr selber bauen müssen, unsere
Nahrung nicht mehr anbauen, unsere Kinder nicht mehr er-
ziehen müssen, uns um unseren kranken Nachbarn nicht
mehr kümmern müssen, dass wir uns nicht mehr bewegen
müssen, weil wir so komfortabel bewegt werden, dass wir
nichts mehr lernen müssen außer der Bedienung des Com-
puters, dass wir nicht einmal mehr ein Gewissen ausbilden
müssen, weil das Gerät, das uns lenkt und steuert und si-
chert und vorgibt, unser Leben von der Mühsal zu befreien,
so fabelhaft gewissenhaft ist, dass wir es nicht mehr sein
müssen;
- ehe all dies nicht machtvoll durchgesetzt ist, kann die mo-
derne Macht ihrer Mächtigkeit nicht sicher sein und wenn
das alles machtvoll durchgesetzt ist, zeigt sich, dass man es
nicht bezahlen kann, als Individuum nicht und nicht als Ge-
sellschaft.

Und da nun beginnt das Elend, das sich von der Armut prof-
fund unterscheidet. Wer elend ist, ist zuerst unfähig gemacht
worden, sich seiner eigenen Kräfte und Könnerschaften – bis
hin zum Aushalten von Leid, Beeinträchtigung und Kargheit –
bedienen zu können. Und sodann ist er, weil er seine Arbeits-
kraft auf dem Markt nicht mehr loswerden kann, außerstande,
für das, was er selbst nicht mehr vermag, andere zu bezahlen.
Er ist seiner Fähigkeiten, seiner Zuständigkeit für sich und die
Seinen und seiner Kaufkraft *zugleich* beraubt. Das ist wirklich
teuflich. Und das ist der Zustand, der elend genannt werden
muss – im Gegensatz zur Armut –, denn er bedeutet totale Ab-
hängigkeit.

Verstehen wir es richtig: Der Konsumismus ist totalitär.
Niemand darf ihm entkommen. Verrückterweise nicht einmal
die Habenichtse der Welt, die hoffnungslos abgehängt sind von
der Möglichkeit, als Konsumenten ihr Auskommen zu finden,
die niemals als zahlungskräftige Käufer das Geschäft beleben
werden. Auch sie sollen sich am Standard messen, sollen in die

Konkurrenz um die Weltofferten hineingezwungen werden, Lebensmühe darauf verwenden, sich Millimeter um Millimeter ächzend vorzuarbeiten in die schöne neue Konsumentenwelt, in der der Gelderwerb absoluten Vorrang genießt vor dem Broterwerb.

Bedürfnisse und Sorge

Alle müssen *bedürftig* werden. Warum das? Nun, nur wer *bedürftig* ist, ist beherrschbar. Moderne Macht, Machtgebaren, das auf der Höhe der Zeit ist, ist nicht tyrannisch oder diktatorisch. Es fuchtelte nicht mit Gewalt herum. Moderne Macht ist elegant, von souveräner Unauffälligkeit. Sie wandert in die Bedürfnisse ein, so dass die Unterworfenen wollen, was sie sollen, ihre Unterworfenheit leugnend, befangen im Freiheitswahn.

›Bedürfnisse‹, hören wir auf das Wort. Im ›Bedürfnis‹ steckt das ›Dürfen‹. Wer *bedürftig* ist, wer *Bedürfnisse* geltend macht, hält sich an das, was man wollen *darf*. Und wollen dürfen wir nur noch, was die Konzerne an Gütern und Dienstleistungen im Angebot haben, wie verderblich und schädlich die Produkte auch immer sein mögen. Wer Bedürfnisse hat, ist vollständig erpressbar. Das Bedürfnis nach bezahlter Arbeit zum Beispiel hat eine Erpressungsmaschinerie größten Stils hervorgebracht. Keine Sorte ›Wohlverhalten‹ und Unterwerfung, die nicht mit der Gewährung oder Vorenthaltung eines Arbeitsplatzes abgezwungen werden kann, bis hin zur ›freiwilligen‹ Selbstgefährdung, Selbstausbeutung und Selbstschädigung. Wer sich hingen selbst erhalten kann, wer sein täglich Brot erzeugen und sein leidliches Auskommen aus eigener Kraft in Gemeinschaft mit anderen bewerkstelligen kann, der ist nicht beherrschbar, weil er nicht erpressbar ist.

In den reichen Ländern ist das Projekt des Konsumismus abgeschlossen. Hier hat die moderne Macht ausgesorgt. Die Bewohner der reichen Weltareale sind zu fast 100 Prozent Konsumenten, in nahezu jeder Lebensverrichtung auf Versorgungspakete angewiesen, *bedürftig* bis auf die Knochen. In den armen Ländern steht die Vollendung des Projektes noch aus, wiewohl auch hier der *Glaube* an den Konsumismus sich epidemisch ausgebreitet hat. Nur steht wegen erwiesener Aussichts-

losigkeit die Glaubenspraxis hinter der Glaubensüberzeugung noch zurück.

Dass dem Coca Cola-Schluck aus der Dose vor dem nahrhaften Hirsegetränk aus der eigenen Herstellung der Vorzug gebührt, wird auch im südlichen Afrika kaum noch bezweifelt; dass die von hochbezahlten Experten exekutierte High-Tech-Medizin der traditionellen Heilkunst den Rang ablauft und deren Heilkraft in das Reich des Aberglaubens verweist, hat sich auch im ländlichen Indien herumgesprochen, obwohl an den ›Segnungen‹ der High-Tech-Medizin nur ein Prozent der indischen Bevölkerung teilhaben kann.

Wie aber konnte es gelingen, dass eine Freiheitsberaubung solchen weltweiten Ausmaßes beinahe ungehindert ihren Lauf nahm? Den Menschen wurde als Gegenleistung für ihre geopferte Daseinsmächtigkeit Enormes versprochen: Die Warenflut, von der die einen großen oder übergroßen, die anderen einen kleinen oder gar keinen Teil abkriegen, wartet im wesentlichen mit vier großen Verheißungen auf. Sie soll den Menschen Zeitgewinn einbringen, sie befreien von den zeitraubenden Verrichtungen der täglichen Daseinsorge; sie soll ihnen Sicherheit bringen, ein Sicherheitspaket gegen alle nur denkbaren Gefahren; sie soll sie von der Mühsal befreien und Bequemlichkeit und Komfort bereitstellen; und sie soll dazu verhelfen, sich durch exklusiven Besitz von exklusiven Waren von anderen zu unterscheiden und Anspruch auf Ansehen und Anerkennung geltend machen zu können. Tatsächlich hat jedoch die Bekämpfung der verrinnenden Zeit durch Beschleunigung eine nie da gewesene Zeitknappheit beschert, die Bekämpfung der Unsicherheit eine beispiellose Bedrohung und Ängstigung, die Bekämpfung der Mühsal hat unendliche Beschwerden eingetragen, so dass die Menschen massenhaft unter des Last des Alltags zusammenbrechen und depressiv werden, wie die Diagnose lautet. Die Gier nach Anerkennung hat ein ebenso massenhaftes Scheitern zur Folge, ein Elend der zweiten Etage.

Die Menschen werden bei ihren Sorgen, Ängsten und Befürchtungen gepackt. Zum Wesen der Sorge gehört ihre Allgegenwärtigkeit und auch lebensvergällende Eindringlichkeit. Das heißt, dass sie das, worum sie sich ausschließlich dreht, das Leben und dessen Erhalt nämlich, gerade bis auf den Grund vergiftet. Sie ist eine zugleich treibende und lähmende Lebens-

melodie. Unablässig verführt sie die Menschen, ihr Heil in der Vorsorge zu suchen, in der Sicherungsanstrengung. Unablässig treibt sie sie an, sich selbst und dem Lauf der Dinge voraus zu sein, besessen von der Zukunft und gegenwartsvergessen: Ihrem wuchernden Wesen zum Trotz schränkt die Sorge die menschlichen Aspirationen ungemein ein, weil sie alle menschlichen Bestrebungen darauf ausrichtet, Gefahren zu wittern und dem Unheil zuvorzukommen.

Nicht immer war die Sorge so giftig, so beherrschend und bedrückend. Sie war einmal hilfreicher und maßvoller, als ihre Bedeutungsfülle noch in guter Balance war. Die Sorge ist nämlich in der deutschen Sprache doppeldeutig: »Das deutsche Wort <S.> hat zwei Grundbedeutungen, zwischen denen es durchaus Übergänge geben kann: zum einen ›sorgen für‹ etwas oder jemanden im Sinn der Fürsorge, zum anderen ›sich sorgen um‹ im Sinne des ängstlichen Besorgtseins« (Ritter/Gründer [Hg.] 1995: 1086). Von den beiden einstmals gleichgewichtigen Bedeutungen ist die eine gänzlich ins Hintertreffen geraten, während die andere den Begriff – und die zugehörige Praxis – für sich mit Beschlag belegt hat. Die *Fürsorge* musste der *Vorsorge* weichen. Eine außerordentliche Sprachverwirrung ging damit einher. Fürsorge wurde als eine entmündigende, degradierende und herabsetzende Haltung identifiziert, die denjenigen, dem sie zuteil wurde, in seiner Selbstbestimmung unzumutbar beeinträchtigte, ihn zum Opfer eines unerlaubten Übergriffs machte. Demgegenüber genießt die Vorsorge als Garantin der Unabhängigkeit einen guten Ruf. Tatsächlich aber sind die Befunde ganz andere. Die Fürsorge, die Sorge für jemanden oder etwas, *musste* in Misskredit geraten, weil uns, wie ich zu zeigen versucht habe, die Möglichkeit, für uns und andere zu sorgen, drastisch beschnitten ist. Durch ihre Verunglimpfung wurde nun dieser Verlust in einen Befreiungsakt umgedeutet. Und während wir einer der schönsten menschlichen Möglichkeiten, nämlich Fürsorge zu üben und uns umeinander zu kümmern, mehr und mehr beraubt wurden, sollen wir uns als Gewinner fühlen. Da wir aber nicht mehr in einem substanziellen Sinn fürsorglich für uns und andere sein können, müssen wir uns natürlich um unsere Versorgung ernstlich sorgen. Im Gegensatz zu allem, was wir zu denken gewohnt sind, dass nämlich je mehr und besser wir versorgt sind, wir desto sorglo-

ser sein können, befreit uns die Rundumversorgung mit den Zutaten des Daseins keinesfalls von der Sorge. Im Gegenteil, sie beraubt uns der Möglichkeit, sorglos zu sein. Wir können über den Daumen sagen, dass wir umso sorgenvoller in die Zukunft schauen, je umfassender unsere Versorgung ist. Wie das? Wenn wir nicht mehr für uns und andere sorgen können, weil dazu die Notwendigkeit und die Gelegenheiten, die Fähigkeiten, das Vertrauen ineinander, die Zuständigkeit und der Bewegungsspielraum einfach nicht mehr reichen, dann sind wir abhängig davon, versorgt zu werden, und weh uns, wenn die Versorgung ausbleibt. Folglich: Die Vorsorge, nicht die Fürsorge, bestreitet mir meine Daseinsmächtigkeit.

Sie steht immer unter dem Vorbehalt des Ungenügens. Sie macht die Versorgungsansprüche unersättlich und verlangt angesichts der Bedrängnis meines prekären Lebens ›Immer-mehr-vom-Gleichen‹-Versorgungsmuster: mehr Lebensjahre, mehr Gesundheitsmaßnahmen, mehr Leidvermeidung, mehr Zerstreuung und Ablenkung, mehr Supermarkt, mehr Sicherheitsgarantien und mehr Geld, das vor allem.

Während mich die Fürsorge an den Anderen oder an eine ernstliche Aufgabe verweist, entspringt die Vorsorge meiner Angst um Selbsterhalt und Selbstbehauptung: in der Vorsorge meldet sich die kleinliche, die geizende, die selbstische und ängstliche Sorge, während die recht verstandene Fürsorge großherzig, verausgabend und zugewandt ist. Die Vorsorge ist konsumistisch, die Fürsorge dagegen bringt etwas hervor, das sie verausgaben kann. Wer fürsorglich ist, hat ein Herz für das Schwache. Wer vorsorglich ist, ist der Schwäche gegenüber zutiefst berührungseingänglich. Er kann sie an sich und ändern nicht leiden und strengt sich an, ihr mit präventiven Maßnahmen zuzukommen. Weh ihm, wenn sie ihn trotzdem befällt.

Ich resümiere: Unser Armutverständnis ist von der konsumistischen Propaganda infiziert. Wir haben uns verleiten lassen zu glauben, Armut sei nur eine Frage der unzureichenden Versorgung mit den ›Reichtümern‹, die von der industriellen Gesellschaft erwirtschaftet werden, und es käme folglich darauf an, den sogenannten Reichtum nach Kräften zu mehren, so lange, bis er für alle reicht. Oder wir hätten für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu kämpfen. Gegenmacht dieses Kampfgeistes zielt darauf, den Reichtum, den die

Macht widerrechtlich an sich gerissen hat, umzuverteilen. Aber können wir das wirklich wollen? Der Reichtum ist ja nicht unschuldig geblieben. Der ganze vorhandene Überfluss, der zur Umverteilung anstünde, ist von der Art, dass er Abhängigkeit erzeugt, dass er alles zum Mittel macht, inklusive der Menschen, die sich dieser Mittel bedienen. Und es macht diejenigen, die sie nicht bezahlen können, zu *drop outs*, die sich ihrer Niedrigkeit schämen müssen.

Alles, was die Macht verwaltet, ist in Geldwert berechnet, alles ist warenförmig und käuflich. Alles ist gegen alles austauschbar, alles zeichnet sich durch einen eklatanten Mangel an wirklicher Brauchbarkeit aus. Alles dient dazu, den Neid zu schüren und die Apartheid, die Trennung der Habenichtse von den Begüterten zu verewigen. Alles, was die Macht verwaltet, stiehlt den Menschen ihre schöpferischen Fähigkeiten. Die Fähigkeiten, die tausendfältigen selbstbestimmten Könnerschaften werden den Bedürfnissen geopfert. Alles, was die Macht verwaltet, ist gezeichnet von stupidester Einförmigkeit, trostloser Ödnis, beklemmender Bleichheit und Leblosigkeit.

Wollen wir das alles wirklich umverteilen? Wem wäre damit geholfen?

Wäre nicht ein ganz anderer Weg angezeigt? Die Ungerechtigkeit, die den Elenden widerfährt besteht nicht nur darin, dass sie zu wenig abkriegen. Das auch. Noch dramatischer ist aber, dass sie zu ihrem eigenen Unterhalt durch ihr eigenes Tun nichts mehr beitragen können. Wir haben uns unser Tun stellen lassen, sagt Ronald D. Laing. Wenn wir an Gerechtigkeit denken, dann denken wir zuallererst und fast ausschließlich an die gerechte *Teilnahme*, daran, dass alle von dem großen Kuchen ihren Teil nehmen können, und vergessen dabei, dass die gerechte *Teilgabe*, die Möglichkeit, nach besten Kräften seinen Teil zum Gelingen des gesellschaftlichen Miteinanders beizutragen, für alle Gesellschaftsmitglieder die einzige Möglichkeit ist, zum Frieden zu gelangen.

Wo alle darum kämpfen, ihr Teil zu *kriegen*, wird jeder des Nächsten Feind, und der Vorrat wird niemals reichen. Unersättlichkeit und verewigte Knappheit sind die Folgen. Wenn alle ihr Teil dazu *geben*, ein gedeihliches Miteinander der verschiedensten Daseinsweisen zu ermöglichen, wird der gesellschaftliche Reichtum enorm vermehrt, auch wenn wir dann viel be-

scheidener leben werden. Und wir werden im Gegensatz zur ökonomischen Propaganda freier sein. Denn zwar nicht jeder Euro, den wir *nicht haben*, aber jeder den wir *nicht brauchen*, bedeutet einen winzigen Zuwachs an Freiheit.

Subsistenz und Kompetenz

Wohin haben uns diese Überlegungen geführt, und was bedeuten sie für die Installierung von ›Tafeln‹ als Beitrag zur notdürftigen Versorgung derjenigen, die in einem der reichsten Länder der Welt, trotz dieses Reichtums, durch die immer weitläufigeren Maschen des sozialen Netzes fallen? Lässt sich gegen diese Nothilfe wirklich der Einwand erheben, sie untergrabe die Kräfte der Selbsterhaltungsfähigkeit derjenigen, denen sie zuteil wird? Kommt dieser Verdacht der menschenverachtenden Rede von der ›sozialen Hängematte‹, in der es sich die Harz IV-Empfänger auf Kosten und zu Lasten der so genannten »Leistungssträger« (was für ein abscheuliches Wort, das durchaus in der Liste der Unwörter seinen Platz finden sollte!) komfortabel sein lassen, gefährlich nahe?

Nein, ich habe nicht gegen diese solidarische Initiative argumentiert. Sie gehört zu den freundlichsten Gesten, die in unseren zunehmend klirrender werdenden, konkurrenzgepeitschten Verhältnissen praktiziert werden. Gegen sie ist schon deshalb nichts einzuwenden, weil sie von Bürgern für Bürger bereitgestellt wird. So wie die Verteidigung des ›Rechtes auf Armut‹ sich fundamental unterscheidet von der ›Austerity-Politik‹ (P.P.Pasolini) von oben, so unterscheidet sich dies Bürgerengagement von der lückenlosen staatlichen Daseinsvorsorge, die die Selbsterhaltungskräfte zum Erliegen bringt.

Aber dennoch stimmt mich nachdenklich, was mir von Mitarbeitern einer Tafel, die in meiner Nachbarschaft gegründet wurde, berichtet wird. Es gebe da eine erhebliche Irritation bei den freiwilligen Helfern, wenn die Hilfesuchenden, die Nahrungsmittel, die man ihnen anbot, schlangweg ablehnten. Mit so viel Undankbarkeit hatten die Helfer nicht gerechnet, als sie ihre Hilfe großzügig zur Verfügung stellten. Einmal abgesehen davon, dass es auch Notleidenden erlaubt sein muss, etwas, das man ihnen gewährt, nicht haben zu wollen, erwies sich dann,

bei genauerer Nachfrage, diese Ablehnung keinesfalls als rüder Undank und übertriebene Ansprüchlichkeit.

Es war vielmehr so, dass die angebotenen Lebensmittel bei den Empfängern und Empfängerinnen Ratlosigkeit auslösten. Sie kannten sie nicht, sie wussten buchstäblich nichts damit anzufangen. Was macht man mit Mangold oder mit einer Avocado oder Kichererbsen, wenn man nicht weiß, was das ist und wie daraus eine Speise werden kann.

Hier zeigt sich, was das Wort ›Elend‹ meint. Den Elenden fehlt es an Kaufkraft und an der Fähigkeit, sich zuständig zu fühlen für die eigenen Angelegenheiten. Sie haben als reine Konsumenten verlernt, ihr Leben in eigener Zuständigkeit zu meistern. Darin sind ihnen übrigens die Helfenden nicht sehr überlegen. Wir haben alle unsere Hilflosigkeit in Sachen Lebensmeisterung sehr weit getrieben. Helfer und Bedürftige sind in dieser Hinsicht ebenbürtig, können sich also nahezu auf Augenhöhe begegnen.

Man liest oft, dass alten Leuten eine so kleine Rente bleibt, dass sie sich von Katzenfutter ernähren müssen. Das eigentlich traurige an dieser Geschichte ist, dass die Menschen nicht mehr wissen, dass für den Preis einer Dose Katzenfutter auch eine bescheidene, einfache, aber gute Mahlzeit bereitet werden kann.

Die Idee der Tafel vergibt ihre besten Möglichkeiten, wenn sie nicht die Gelegenheit der Begegnung, die sich da bietet, nutzt, um in gemeinsamer Anstrengung wenigstens kleine Zuständigkeiten für das eigene Leben zurück zu gewinnen. ›Subsistenz‹ nennen wir diesen Anspruch, sich kompetent für die eigene Daseinsbewältigung zu wissen. Sie ist systematisch ausgerottet worden. Aber sie ist die einzige wirkliche Hoffnung, die den in Not Geratenen bleibt. Um sie müssen wir kämpfen. Zur Subsistenz gehört die Kompetenz. Kompetenz ist ein wunderbar doppeldeutiges Wort. Es sagt, dass wir fähig und zuständig sind, unsere eigenen Angelegenheiten gemeinsam mit andern in die Hand zu nehmen. Unter der Überschrift: »Gemeinsam gegen den Niedergang: Engagierte Bürger kämpfen für die Wiederbelebung fast verlassener Dörfer – mit oft erstaunlichem Erfolg« fand ich vor einigen Tagen (7. Juni 2010) in der Süddeutschen Zeitung einen Bericht, der von solchen gemeinschaftlichen Anstrengungen berichtet, die eigenen Lebensgrundlagen zu sichern. An kommunale Gärten wäre zu denken,

an subsistente Kulturanstrengungen. Es wäre herauszufinden, welche Kompetenzen in der Gemeinschaft von Helfern und Bedürftigen brachliegen, die auf ihre Nutzung geradezu warten. Subsistenz ist eine Veränderung auf leisen Sohlen. Sie wäre in kleinen Schritten zu erproben und insgeheim, denn Selbsterhaltungsbestrebungen werden in unserer Gesellschaft mit äußerstem Argwohn verfolgt, auch wenn das Gegenteil verlautbart wird. Wohlgemerkt, die Wachstumsgesellschaft ist darauf angewiesen, dass ihre Mitglieder bis auf die Knochen bedürftig bleiben.

Literatur

- Illich, Ivan (1995): *Genus. Zu einer historischen Kritik der Gleichheit*. 2. überarb. und erg. Aufl., München.
- Ritter, Joachim/Gründer, Karlfried (Hg.) (1995): *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Band 9, Art. ›Sorge‹, Basel.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AGH	Arbeitsgelegenheit (»1-Euro-Job«)
ALG I	Arbeitslosengeld I (Ansprüche darauf basieren auf Beiträgen in die Arbeitslosenversicherung)
ALG II	Arbeitslosengeld II (steuerfinanziert, Erhalt nach Bedürftigkeitsprüfung)
ARGE	Arbeitsgemeinschaft (zur »Grundsicherung für Arbeitssuchende« nach SGB II; Behörde, die Anspruch auf ALG II prüft)
CSR	Corporate Social Responsibility (Soziale Verantwortung von Unternehmen)
GEZ	Gebühreneinzugszentrale
NGO	Non Governmental Organization/Nicht-Regierungs-Organisation
SBG	Sozialgesetzbuch

AUTORINNENVERZEICHNIS

Alisch, Monika, Prof. Dr. habil., Stadtsoziologin, Professorin für sozialraumorientierte Soziale Arbeit, Sozialplanung und Soziologie an der Hochschule Fulda beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Fragen sozialer Ungleichheit, Partizipation und lokaler Governance.

Becker, Maike, ist Mitarbeiterin in Personalmanagement/-entwicklung und Aus-/ Weiterbildung bei der Lidl Austria GmbH. Sie studierte Pädagogik in Trier und fertigte ihre Diplomarbeit zu Tafeln und Kinderarmut an.

Booth, Melanie, ist wiss. Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Arbeitsmarktforschung, prekäre Beschäftigung, Wandel des Wohlfahrtsstaates und soziale Ungleichheit.

Eufinger, Jürgen, ist Sachbereichsleiter Gemeinwesenarbeit beim Caritasverband für den Bezirk Limburg e.V. und Mitglied des Vorstandes der Caritas-Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Sicherung.

Goettle, Gabriele, lebt als Schriftstellerin und freie Journalistin in Berlin. Der Text über den Teltower Tisch erschien in ihrer seit Anfang 2009 laufenden Reportagen-Serie »Über das Geld«.

Göring-Eckardt, Katrin, ist Abgeordnete des Deutschen Bundestages für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie ist Bundestagsvizepräsidentin und zugleich Präses der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands. Als Politikerin beschäftigt sie sich seit langem mit den Themen Sozialpolitik und Familienpolitik.

Görner, Regina, Dr. phil., ist seit 2005 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall; außerdem ist sie im Bundesvorstand von CDU und CDA. Zuvor war sie Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales im Saarland.

Gronemeyer, Marianne, Dr. rer. soc., lebt in Friesenheim, verfasste ihre Habilitationsschrift zur »Macht der Bedürfnisse« (1988) und war bis 2006 Professorin für Erziehungs- und Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Wiesbaden.

Hiß, Stefanie, ist Juniorprofessorin für Wirtschaftssoziologie/Soziologie der Finanzmärkte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, gefördert von der VolkswagenStiftung als Schumpeter-Fellow. Von ihr liegen mehrere Veröffentlichungen zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen vor.

Kessl, Fabian, Prof. Dr., ist Erziehungs- und Politikwissenschaftler und als Hochschullehrer tätig an der Universität Duisburg-Essen, FB Bildungswissenschaften, Institut für Soziale Arbeit und Sozialpolitik. Arbeitsschwerpunkte sind Sozialpädagogische Transformationsforschung, Empirie der Lebensführung, Sozialraumforschung, Machtanalysen Sozialer Arbeit.

Lorenz, Stephan, Dr. phil., Soziologe M.A., ist wiss. Mitarbeiter und leitete ein DFG-gefördertes Forschungsprojekt zu den Tafeln am Institut für Soziologie in Jena.

Möhring-Hesse, Matthias, ist »Professor für Philosophische und theologische Grundlagen des sozialen Handelns« an der Hochschule Vechta und arbeitet schwerpunktmäßig zu Armut, Ausgrenzung und Sozialstaat.

Molling, Luise, Politikwissenschaftlerin, studierte in Frankfurt a.M. und Berlin (FU) und fertigte ihre Diplomarbeit zu Tafeln und Sozialstaatsentwicklung an.

Rammer, Georg, arbeitet in Karlsruhe als Psychologe in der Kinder- und Jugendhilfe. Als Attac-Mitglied organisierte er im Januar 2010 den Kongress »Kinderarmut und Verteilungsgerechtigkeit« mit.

Scherschel, Karin, Dr. rer. soc., Soziologin, ist wiss. Mitarbeiterin im DFG-Sonderforschungsbereich 580 am Institut für Soziologie in Jena. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind (Asyl-) Migration, Rassismus, Soziale Ungleichheit, aktivierende Arbeitsmarktpolitik und Prekarisierung.

Schierhorn, Karen, ist wiss. Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Frauen- und Geschlechterforschung, Arbeitsmarktforschung und soziale Ungleichheit.

Schoneville, Holger, Dipl.-Soz.-Arb./Soz.-Päd., ist wiss. Mitarbeiter am Institut für Sozialpädagogik und Soziologie der Lebensalter an der Universität Kassel, FG für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Soziale Arbeit und außerschulische Bildung. Sein Promotionsprojekt ist »Armut, soziale Ausgrenzung und die Lebensmittelausgaben ›Die Tafeln«.

Selke, Stefan, Prof. Dr. phil., lehrt Soziologie an der Hochschule Furtwangen University und als Lehrbeauftragter an der Universität Karlsruhe. Daneben ist er als Autor und Publizist zu medien- und gesellschaftskritischen Themen tätig. Er initiierte das Onlineportal www.tafelforum.de.

Weber, Stefan, ist Abteilungsleiter Soziale Sicherung und Migration beim Caritasverband für die Diözese Limburg e.V. und Mitglied des Vorstandes der Caritas-Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Sicherung.

Sozialtheorie



ULRICH BRÖCKLING,
ROBERT FEUSTEL (HG.)
Das Politische denken
Zeitgenössische Positionen

Januar 2010, 340 Seiten, kart., 25,80 €,
ISBN 978-3-8376-1160-1



MARKUS GAMPER,
LINDA RESCHKE (HG.)
Knoten und Kanten
Soziale Netzwerkanalyse in Wirtschafts-
und Migrationsforschung

Oktober 2010, ca. 280 Seiten, kart., ca. 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1311-7



JÜRGEN HOWALDT, MICHAEL SCHWARZ
»Soziale Innovation« im Fokus
Skizze eines gesellschaftstheoretisch
inspirierten Forschungskonzepts

August 2010, 152 Seiten, kart., 18,80 €,
ISBN 978-3-8376-1535-7

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de

Sozialtheorie



KARIN KAUDEŁKA,
GERHARD KILGER (HG.)
Die Arbeitswelt von morgen
Wie wollen wir leben und arbeiten?

September 2010, ca. 234 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 19,80 €,
ISBN 978-3-8376-1423-7



MAX MILLER
Sozialtheorie
Eine Kritik aktueller
Theorieparadigmen.
Gesammelte Aufsätze

Dezember 2010, ca. 300 Seiten,
kart., ca. 27,80 €,
ISBN 978-3-89942-703-5



ELISABETH MIXA
Body & Soul
Wellness: von heilsamer Lustbarkeit
und Postsexualität

Dezember 2010, ca. 250 Seiten,
kart., zahlr. Abb., ca. 24,80 €,
ISBN 978-3-8376-1154-0

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de

Sozialtheorie

ROSWITHA BRECKNER

Sozialtheorie des Bildes

Zur interpretativen Analyse
von Bildern und Fotografien

Oktober 2010, ca. 386 Seiten, kart.,
zahlr. z.T. farb. Abb., ca. 33,80 €,
ISBN 978-3-8376-1282-0

HANNELORE BUBLITZ

Im Beichtstuhl der Medien

Die Produktion des Selbst
im öffentlichen Bekenntnis

März 2010, 240 Seiten, kart., 25,80 €,
ISBN 978-3-8376-1371-1

MICHAEL BUSCH, JAN JESKOW,
RÜDIGER STUTZ (HG.)

Zwischen Prekarisierung und Protest

Die Lebenslagen und
Generationsbilder von
Jugendlichen in Ost und West

Januar 2010, 496 Seiten, kart., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1203-5

PRADEEP CHAKKARATH,
DORIS WEIDEMANN (HG.)

Kulturpsychologische Gegenwartsdiagnosen

Bestandsaufnahmen zu
Wissenschaft und Gesellschaft

Oktober 2010, ca. 226 Seiten,
kart., ca. 25,80 €,
ISBN 978-3-8376-1500-5

ATHANASIOS KARAFILLIDIS

Soziale Formen

Fortführung eines
soziologischen Programms

September 2010, ca. 404 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 24,80 €,
ISBN 978-3-8376-1560-9

MATTHIAS KLEMM

Das Handeln der Systeme

Soziologie jenseits des Schismas
von Handlungs- und
Systemtheorie

Oktober 2010, ca. 250 Seiten,
kart., ca. 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1569-2

CAROLIN KOLLEWE,
ELMAR SCHENKEL (HG.)

Alter: unbekannt

Über die Vielfalt
des Älterwerdens.

Internationale Perspektiven

Januar 2011, ca. 280 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1506-7

SOPHIE-THÉRÈSE KREMPL

Paradoxien der Arbeit

oder: Sinn und Zweck des
Subjekts im Kapitalismus

Oktober 2010, ca. 330 Seiten, kart.,
zahlr. z.T. farb. Abb., ca. 32,80 €,
ISBN 978-3-8376-1492-3

HERFRIED MÜNKLER,
MATTHIAS BOHLENDER,
SABINE MEURER (HG.)

Sicherheit und Risiko

Über den Umgang mit Gefahr
im 21. Jahrhundert

März 2010, 266 Seiten,
kart., zahlr. Abb., 26,80 €,
ISBN 978-3-8376-1229-5

HERFRIED MÜNKLER,
MATTHIAS BOHLENDER,
SABINE MEURER (HG.)

Handeln unter Risiko

Gestaltungsansätze zwischen
Wagnis und Vorsorge

Juli 2010, 288 Seiten, kart., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1228-8

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**